

## Allgemeine Untersuchungen zur Sozialgeschichte

Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, hrsg. von Werner Conze (= Industrielle Welt, Bd. 21), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 401 S., Ln., 69 DM.

Die vorliegende Aufsatzsammlung steht im Rahmen neuerer Sozialgeschichte, wie sie in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten aus der Auseinandersetzung mit soziologischen und ökonomischen Fragestellungen und Theorien hervorgegangen ist, und im Zusammenhang quantifizierender Methoden, die für die Geschichtswissenschaft im gleichen Zeitraum entwickelt wurden; die neuere Familienforschung ist eines der Felder, auf dem diese beiden Ansätze vorzugsweise zusammentrafen. Sie nahm ihren Ausgang von der durch Pierre Goubert und Louis Henry in Frankreich entwickelten Methode der Familienrekonstitution, die von Peter Laslett und seinen Mitarbeitern in Cambridge aufgegriffen und seither in verschiedenen Richtungen weiterentwickelt wurde. Die Verbindung dieses mikrodemographischen Ansatzes mit dem makrodemographischen der älteren Bevölkerungswissenschaft kennzeichnet einen Teil dieser fünfzehn Beiträge, die auf einer Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte im April 1975 in Bad Homburg vorgetragen wurden<sup>1</sup>. Ihr übergreifendes Interesse gilt dem Problem der Familie im Wandel von der entfalteten Agrargesellschaft zum Industriesystem; gleichwohl sind sie nach Methode, Fragestellung und Forschungsergebnissen durchaus heterogen. Zum Teil handelt es sich nicht um abgeschlossene Arbeiten, sondern um Berichte über laufende Forschungsvorhaben: nicht zufällig, denn diese Thematik wurde in der Bundesrepublik erst Anfang der siebziger Jahre aufgegriffen, und das Buch ist eines der ersten, das sowohl einen Überblick über die aktuellen Problemstellungen wie detaillierte Forschungsergebnisse vorlegt.

Im ersten Beitrag exponiert *Laslett* eine »starke Theorie«; auf provokatorische Weise »kühn, dürr, abstrakt und unhistorisch« (S. 13), soll sie eine kausale Verbindung zwischen

<sup>1</sup> *Peter Laslett*, Familie und Industrialisierung: eine »starke Theorie«; *Hans Linde*, Familie und Haushalt als Gegenstand bevölkerungsgeschichtlicher Forschung; *Michael Mitterauer*, Auswirkungen von Urbanisierung und Frühindustrialisierung auf die Familienverfassung an Beispielen des österreichischen Raums; *Roger Schofield*, The Relationship between Demographic Structure and Environment in Preindustrial Western Europe; *Adelheid Gräfin zu Castell*, Forschungsergebnisse zum gruppenspezifischen Wandel generativer Strukturen; *Heilwig Schomerus*, Sozialer Wandel und generatives Verhalten: zur branchenspezifischen Untersuchung generativen Verhaltens; *Sune Åkerman*, Computerized Family Reconstruction; *Arthur E. Imhof*, Ländliche Familienstrukturen an einem hessischen Beispiel: Heuchelheim 1690–1900; *David Sabean*, Verwandtschaft und Familie in einem württembergischen Dorf 1500–1870; *David Levine*, Proletarianization, Economic Opportunity and Population Growth; *Hans Medick*, Zur strukturellen Funktion von Haushalt und Familie im Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zum industriellen Kapitalismus: die protoindustrielle Familienwirtschaft; *William H. Hubbard*, Forschungen zur städtischen Haushaltsstruktur am Ende des 19. Jahrhunderts: Das Grazhaus-Projekt; *Walter Schaub*, Städtische Familienformen in sozialgenealogischer Sicht: Oldenburg 1743–1870; *Andrejs Plakans*, Familial Structure in the Russian Baltic Provinces; *Karin Hausen*, Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« – eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben.

Familie und Industrialisierung leisten. Letztere bzw. die Frage, »warum die Menschen so bereitwillig, ja eifrig Fabrikarbeiter wurden« (S. 31), verdanke sich ihrem Drang, unter Umgehung älterer sozialer und ökonomischer Restriktionen (Heiratsalter, Besitz) den geschätzten Status der Ehe zu erlangen. Eine Bestätigung dieser gewiß problematischen These bietet das Buch nicht, und mit Recht kritisiert *Medick* den Mangel an dialektischer Theorie bei Laslett (S. 256 f.). Die Mehrzahl der Aufsätze sucht sich generalisierender Theoreme dieses Abstraktionsgrads und monokausaler Korrelierungen zu enthalten und beschränkt sich auf die Kritik gängiger Vorstellungen, auf methodische Reflexionen, unter denen auch der Hinweis auf die in den Hintergrund getretenen, aber unverzichtbaren Ergebnisse der älteren Bevölkerungswissenschaft und aggregierter Daten zu nennen ist (*Linde, Gräfin zu Castell*); des weiteren auf Lokal- und Regionalstudien (Salzburg und Niederösterreich im 17.–19. Jahrhundert, Eßlingen 1846–1914, Fleninge in Schweden 1819–1890, Heuchelheim in Hessen 1690–1900, Neckarhausen in Württemberg 1500–1870, Graz 1850–1910, Oldenburg 1743–1870, die baltischen Provinzen Rußlands im 19. Jahrhundert, Shephed, Colyton und Bottesford in England im 17.–19. Jahrhundert) und ihren überregionalen, aber meist punktuellen Vergleich (*Imhof, Sabean, Mitterauer, Levine*); der Darlegung der Quellenbasis und der Technik ihrer Verarbeitung ist breiter Raum gewidmet (*Mitterauer, Schomerus, Åkerman, Imhof, Hubbard, Schaub*). Berechtigte Kritik am vorwiegend quantifizierenden Vorgehen findet sich im Beitrag von *Karin Hausen*: »[...] eine um des Kriteriums der Quantifizierbarkeit willen hingegenommene Reduktion eines Sach- und Forschungsgebietes ausschließlich auf solche Phänomene, die der Quantifizierung zugänglich sind« (S. 365), kann die sozialhistorische Realität nicht erschöpfen.

Einige bemerkenswerte Forschungsergebnisse verdienen, summarisch hervorgehoben zu werden. *Mitterauer* kommt in seiner Studie, die »das Bild der Statik und der Homogenität vorindustrieller Familienstrukturen in Frage« stellt (S. 132), zum Ergebnis, daß das entscheidende Kriterium für unterschiedliche Familienkonstellationen nicht so sehr das der Industrialisierung ist, sondern das (ältere) der Urbanisierung; gleichwohl sind auf dem Land wie in der Stadt die Familienkonstellationen wenig homogen, vielmehr nach Berufen und Schichten unterschieden. Diese soziale Differenzierung von Familienformen und Bevölkerungsweisen wird – in prononciertem Gegensatz zum Mythos von »der« vorindustriellen Familie – auch in den meisten übrigen Beiträgen hervorgehoben; branchenspezifische Unterschiede des generativen Verhaltens während der Industrialisierung werden im Aufsatz von *Schomerus* behandelt, regional- und schichtenspezifische Unterschiede bis ins 20. Jahrhundert bei *Gräfin zu Castell*. Während der Einfluß der Industrialisierung auf die Familie meist in der Veränderung der Arbeitsorganisation gesehen wird, betonen vor allem *Schofield, Gräfin zu Castell* und *Medick* die Bedeutung und Auswirkung der Konsummöglichkeit und des Nahrungsspielraums, die von Vererbung und Reallohn abhängen. Auf die Rolle von Verwandtschaftsbeziehungen jenseits der in einem Haushalt lebenden Familie weist *Sabean* hin, und *Imhof* stellt eine erstaunliche Verbreitung bewußter Geburtenkontrolle für Heuchelheim fest; im Zusammenhang mit anderen Faktoren schließt er daraus auf eine langfristige Tendenz zur »Ökonomisierung des sexuellen Lebens« (S. 225). *Plakans'* Bericht über die kur- und livländische (lettische) Familienverfassung des 18. und 19. Jahrhunderts weist nach, daß – im Unterschied zu der von der Cambridge-Gruppe ausgehenden Tendenz, die Existenz älterer Formen von Großfamilie radikal anzuzweifeln – hier eine bäuerliche Großfamilie vorherrschte, die von dem west- und mitteleuropäischen Familientypus abzuweichen scheint. *Medick* zeigt, wie »die produzierende Familie der ländlich-gewerblichen Unterschichten [...] als wesentlicher Agent im Wachstumsprozeß des entstehenden Kapitalismus« fungierte (S. 264), daß aber die ausschließliche Produktivitätsorientierung des Kapitalismus eine solche familiäre Arbeitsbasis mit ihrem Raum für antiproduktivistische Formen von Konsum, Muße und Festen zerbrechen mußte. *Karin Hausen* beschreibt die Entstehung und Durchsetzung der modernen Polarisierung und

Komplementarisierung des Charakters, der Rolle und der Arbeit von Männern und Frauen seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und ihren Zusammenhang mit der industriellen und privaten Arbeitsorganisation. Den beiden letztgenannten Beiträgen kommt das Verdienst zu, auf eine Problematik hinzuweisen, die bisher in der Bundesrepublik – anders als in England, Frankreich und den USA – ebenso vernachlässigt wurde wie bis vor kurzem die Familienforschung, mit der sie jedoch viel zu tun hat: die Rekonstruktion der vergessenen und verschwiegenen Geschichte von Frauen<sup>2</sup>. Gisela Bock

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 2), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 287 S., kart., 42 DM (für Abonnenten der Zeitschrift 37 DM).

Seit mehreren Jahren ist das Thema: Revolution, Revolutionsforschung und Revolutionstheorie in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt. Die Gründe für die gegenwärtige intensive Beschäftigung mit einem in der älteren geschichtswissenschaftlichen Forschung kaum eigens thematisierten Bereich liegen offen zutage. In diesem Kontext kann auch das von H.-U. Wehler herausgegebene Sonderheft als ein wichtiges Dokument dieser jüngsten Bemühungen gelten. Denn die Revolutionsforschung der letzten fünf Jahre hat nicht nur eine kaum überschaubare Literatur hervorgerufen, die in dieser Veröffentlichung Beachtung findet. Auch ist inzwischen von Kritikern dieser Forschungsrichtung zu hören, es sei noch nicht gelungen, »zum Wesen der Revolution« vorzudringen; so eine Äußerung anlässlich des jüngst in den USA durchgeführten Symposiums zu Revolutionstheorie und geschichtswissenschaftlicher Forschung. Zwar können einzelne Beiträge dieses Sonderheftes auch zur Bestätigung dieser resignierenden Aussage herangezogen werden. Insgesamt aber werden gerade an diesem Heft bedeutende Fortschritte innerhalb der jüngsten Revolutionsforschung deutlich.

Das Sonderheft vereinigt neuere Studien zur amerikanischen Revolution mit einer ausführlichen theoretischen Arbeit zum Stand der Revolutionsforschung und mit drei weiteren Aufsätzen zur Revolutionsgeschichte in Europa. Diese Zusammenstellung ist besonders glücklich; denn sie macht auf die Vorzüge sowohl der jüngsten empirischen Forschungsarbeiten als auch der theoretischen Reflexion innerhalb der Revolutionsgeschichte aufmerksam. Darüber hinaus deutet sie auf noch unausgeschöpfte Möglichkeiten hin, die in der engeren Verknüpfung von theoretischer und empirischer Arbeit auf diesem Gebiet liegen.

Der Aufsatz von *Hans-Christoph Schröder* »Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive« kann mit Gewinn gelesen werden, insbesondere weil Schröder den Vergleich mit der amerikanischen Revolution im Hinblick auf die sogenannte »puritanische Revolution«, nicht aber auf die »Glorious Revolution« durchführt. Allerdings wird dieser Beitrag gerade dann wenig befriedigen, wenn nach dem Revolutionsverständnis des Verfassers gefragt wird. Hier ist nur sehr Widerspruchsvolles zu erfahren. Auf der einen Seite bezog nach Schröder die englische Revolution breite Volksschichten wie auch Teile der unteren Mittelschichten ein und führte somit zu einer radikalen Infragestellung der bisherigen Gesellschaftsordnung. Auf der anderen Seite leugnet Schröder die soziale Komponente der Revolution fast völlig zugunsten einer politischen und verfassungsgeschichtlichen Deutung. In der englischen Abneigung gegen den Begriff »innovation« glaubt er einen konservativen Grundzug erkennen zu können, ungeachtet der Tatsache, daß

<sup>2</sup> Vgl. dazu *Gisela Bock / Barbara Duden*, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft*. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118–199.

Komplementarisierung des Charakters, der Rolle und der Arbeit von Männern und Frauen seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und ihren Zusammenhang mit der industriellen und privaten Arbeitsorganisation. Den beiden letztgenannten Beiträgen kommt das Verdienst zu, auf eine Problematik hinzuweisen, die bisher in der Bundesrepublik – anders als in England, Frankreich und den USA – ebenso vernachlässigt wurde wie bis vor kurzem die Familienforschung, mit der sie jedoch viel zu tun hat: die Rekonstruktion der vergessenen und verschwiegenen Geschichte von Frauen<sup>2</sup>. Gisela Bock

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 2), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 287 S., kart., 42 DM (für Abonnenten der Zeitschrift 37 DM).

Seit mehreren Jahren ist das Thema: Revolution, Revolutionsforschung und Revolutionstheorie in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt. Die Gründe für die gegenwärtige intensive Beschäftigung mit einem in der älteren geschichtswissenschaftlichen Forschung kaum eigens thematisierten Bereich liegen offen zutage. In diesem Kontext kann auch das von H.-U. Wehler herausgegebene Sonderheft als ein wichtiges Dokument dieser jüngsten Bemühungen gelten. Denn die Revolutionsforschung der letzten fünf Jahre hat nicht nur eine kaum überschaubare Literatur hervorgerufen, die in dieser Veröffentlichung Beachtung findet. Auch ist inzwischen von Kritikern dieser Forschungsrichtung zu hören, es sei noch nicht gelungen, »zum Wesen der Revolution« vorzudringen; so eine Äußerung anlässlich des jüngst in den USA durchgeführten Symposiums zu Revolutionstheorie und geschichtswissenschaftlicher Forschung. Zwar können einzelne Beiträge dieses Sonderheftes auch zur Bestätigung dieser resignierenden Aussage herangezogen werden. Insgesamt aber werden gerade an diesem Heft bedeutende Fortschritte innerhalb der jüngsten Revolutionsforschung deutlich.

Das Sonderheft vereinigt neuere Studien zur amerikanischen Revolution mit einer ausführlichen theoretischen Arbeit zum Stand der Revolutionsforschung und mit drei weiteren Aufsätzen zur Revolutionsgeschichte in Europa. Diese Zusammenstellung ist besonders glücklich; denn sie macht auf die Vorzüge sowohl der jüngsten empirischen Forschungsarbeiten als auch der theoretischen Reflexion innerhalb der Revolutionsgeschichte aufmerksam. Darüber hinaus deutet sie auf noch unausgeschöpfte Möglichkeiten hin, die in der engeren Verknüpfung von theoretischer und empirischer Arbeit auf diesem Gebiet liegen.

Der Aufsatz von *Hans-Christoph Schröder* »Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive« kann mit Gewinn gelesen werden, insbesondere weil Schröder den Vergleich mit der amerikanischen Revolution im Hinblick auf die sogenannte »puritanische Revolution«, nicht aber auf die »Glorious Revolution« durchführt. Allerdings wird dieser Beitrag gerade dann wenig befriedigen, wenn nach dem Revolutionsverständnis des Verfassers gefragt wird. Hier ist nur sehr Widerspruchsvolles zu erfahren. Auf der einen Seite bezog nach Schröder die englische Revolution breite Volksschichten wie auch Teile der unteren Mittelschichten ein und führte somit zu einer radikalen Infragestellung der bisherigen Gesellschaftsordnung. Auf der anderen Seite leugnet Schröder die soziale Komponente der Revolution fast völlig zugunsten einer politischen und verfassungsgeschichtlichen Deutung. In der englischen Abneigung gegen den Begriff »innovation« glaubt er einen konservativen Grundzug erkennen zu können, ungeachtet der Tatsache, daß

2 Vgl. dazu *Gisela Bock / Barbara Duden*, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft*. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118–199.

die geforderten »old privileges« etwas radikal Neues beinhalteten. Auch vertauscht Schröder in seiner Argumentation immer wieder Ursache und Wirkung. So rückt er beispielsweise von der sozialökonomischen Deutung der englischen Revolution ab mit der bedingt richtigen, allerdings nur vom Ergebnis her gesehen zutreffenden Bemerkung, daß eine Umwälzung der Gesellschaftsverfassung nicht stattfand. An den sozio-ökonomischen Bedingungen und an der Intentionalität der englischen Revolution geht er aber durch seine Fixierung auf die politische und verfassungsrechtliche Fragestellung vorbei, ebenfalls übergeht er die insbesondere von Zagorin durchgeführte Analyse zur Englischen Revolution. (Nach Zagorin stellt z. B. die Englische Revolution einen Kampf innerhalb der herrschenden Gruppen Englands dar). Schließlich mißachtet Schröder den wiederum von Zagorin aufgestellten Anspruch, daß komparatistisch angelegte Revolutionsforschung sich immer auf die Analyse »ganzer Gesellschaften« richten muß (vgl. Meyer 1968). Durch die Vernachlässigung sowohl der soziologisch faßbaren Komponenten der revolutionären Bewegung als auch der einzelnen Entwicklungsstufen innerhalb der englischen Revolution übergeht Schröder auch weitere unter revolutionstheoretischer Sicht wichtige Probleme wie die Gefahr einer Parlamentsdiktatur und die Tatsache der Spaltung innerhalb der Parlamentsarmee. Die Unentschlossenheit des Verfassers im Hinblick auf die Beurteilung der englischen Revolution kommt schließlich darin zum Ausdruck, daß er manchmal in Anlehnung an die ältere, liberale und stark ideengeschichtlich geprägte Interpretationsrichtung Gardiners von der puritanischen Revolution spricht, andererseits diesen neueren sozialgeschichtlich überholten Begriff einer »Puritan Revolution« in Anführungszeichen setzt. Indem Schröder dem tertium comparationis, der Frage nach der Besonderheit revolutionärer Veränderung, nicht eigens nachgeht, vermag der Vergleich der beiden Revolutionen zwar manche Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede in den Bedingungen und dem Verlauf der englischen und der amerikanischen Revolution aufzuzeigen; denn Schröder geht im Sinne eines komparatistischen Verfahrens vier Punkten, erstens dem präventiven Charakter, zweitens dem Zurücktreten der internationalen, universalistischen Komponente, drittens der Rolle der religiösen Fragen und viertens den Organisationsformen jeweils in beiden Revolutionen nach. Diese Verfahrensweise gibt aber keinen Aufschluß über generellere Aussagen zum allgemeineren Verständnis von Revolutionen. Die Wahl dieser vier Punkte ist allzu willkürlich, um zu verallgemeinerungsfähigen Erkenntnissen zu gelangen.

Anders demgegenüber sind die methodische Verfahrensweise und die Ergebnisse von *Heinz Schilling* einzuschätzen, der sich in seinem fundierten Beitrag »Der Aufstand der Niederlande« ausführlich mit der revolutionstheoretischen Literatur auseinandersetzt und entsprechend seiner eingeleiteten Vorklärung eine gesellschaftstheoretisch fundierte These seinen weiteren Ausführungen zugrunde legt. Nach Schilling stellt die niederländische Revolution »in ihrem gesellschaftlichen Kern [...] eine Auseinandersetzung innerhalb der aus Adel, Großbürgertum – im geringen Maße auch Großbauerntum – zusammengesetzten politischen Elite dar« (S. 203). Somit wendet Schilling ein Erklärungsmuster an, das für die Erfassung der soziopolitischen Entwicklungsdynamik in Deutschland, vor allem aber in England und Frankreich in der jüngsten Forschung vielfach verwandt und in seiner Aussagekraft und in seiner Verallgemeinerungsfähigkeit bestätigt worden ist.

Die beiden Aufsätze von *Heide Gerstenberger* »Revolution und Staatsgründung« und von *Dirk Hoeder* »Vom korporativen zum liberalen Eigentumsbegriff: Ein Element der amerikanischen Revolution« verdienen besondere Aufmerksamkeit. Denn in beiden Beiträgen haben die zentralen Begriffe zur Erfassung gesellschaftlicher Veränderung einen präzisen Bedeutungsgehalt. In diesem Sinne bezeichnet *Gerstenberger* die Gesellschaftsstruktur der Kolonialzeit insgesamt als »frühkapitalistisch«, während die Unionsgründung vorwiegend als »Ausdruck von Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft«, insbesondere des Zwangs, sich den Bedingungen der Weltkonkurrenz zu unterwerfen, und des nach-revolutionären Stabilisierungsprozesses der amerikanischen Gesellschaft gesehen wird (S. 46, 50). Erst aus

dieser gesamtgesellschaftlichen Sicht äußert sich H. Gerstenberger zur Frage nach dem revolutionären Charakter der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, wobei sie hervorhebt, daß es »doch ein gewaltiger Unterschied [ist], ob die gesamte soziale Struktur, ob die gesellschaftliche Organisation der Reduktion, umgewälzt wird, oder ob die Veränderungen innerhalb ein und derselben gesellschaftlichen Grundstruktur durchgesetzt werden« (S. 47).

Auf der Basis einer am Marxismus orientierten, undogmatischen Verwendung von Schlüsselkategorien gesellschaftlicher Veränderung, einer kritischen Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur und einer empirisch gehaltvollen Darstellung der Interessenpolitik der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen vermag Gerstenberger das Besondere der amerikanischen Staatsgründung zu erarbeiten. Nach ihr handelt es sich nicht um eine soziale Revolution. Vielmehr verwendet Gerstenberger den Begriff Revolution im Sinne der Zeitgenossen, die ihren Unabhängigkeitskampf als Revolution bezeichneten, um ihrem Ziel »der Durchsetzung einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung« Ausdruck zu verleihen. Die Fragestellung von Gerstenberger ist auf die genauere Bestimmung dieses Staates, der nicht die Interessen aller, vielmehr die Interessen dieser bürgerlichen Gesellschaft vertrat, gerichtet. Sie gelangt auf diese Weise zu einer Hervorhebung der »typisch bürgerlichen Prinzipien von Staatsorganisation«, die nach H. Gerstenberger gerade an der Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten als einem »originalen Produkt einer bereits bürgerlich organisierten Gesellschaft« in besonders prägnanter Form nachweisbar sind. In diesem Sinne werden an der Gründung des amerikanischen Staates beide in sich widerspruchsvollen Momente des bürgerlichen Staates, »das größtmögliche Maß an ökonomischer und politischer Bürgerfreiheit, welches in der bürgerlichen Revolution durchgesetzt worden ist, und gleichzeitig die strukturellen Begrenzungen, die von Anfang an der Entfaltung solcher Freiheit durch die spezifisch bürgerlich-kapitalistische Organisation dieser Gesellschaft gesetzt wurden« (S. 38), aufgedeckt.

Als aufschlußreiche Ergänzung zu diesem Beitrag ist der Aufsatz von D. Hoeder zu verstehen. Denn obgleich D. Hoeder nur »einem Element der amerikanischen Revolution« nachgehen will, unterstützen seine Ergebnisse die umfassende Argumentationsweise von Gerstenberger. D. Hoeder untersucht den Widerspruch zwischen korporativem und liberalem Eigentumsverständnis, »etn[en] Grundwiderspruch des puritanischen Ethos und auch der politischen Theorie, die der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und Verfassung (1789) zugrunde lag«. Dabei zeigt er, »daß die Revolutionsperiode einen entscheidenden Schritt vom korporativen zum liberalen Eigentumsverständnis mit sich brachte, oder schärfer formuliert, daß die Befreiung des Eigentums von Restriktionen zu den Gründen gehört hat, die zur Revolution geführt haben« (S. 76).

Bemerkenswert erscheint an diesem Beitrag zweierlei: zum einen die soziologisch präzise Fassung des Eigentumsbegriffs, zum anderen die enge Verbindung des Eigentumsbegriffs mit dem sozialen Verhalten der einzelnen Gruppen, Schichten und Klassen der Gesellschaft. In diesem Sinne hebt Hoeder beispielsweise hervor, daß es sich bei der Betonung von Eigentum in der politischen Theorie nicht um Eigentum allgemein, auch nicht um ein korporatives Verständnis von Eigentum, sondern »um substantial property, als Reichtum oder Kapital«, handelt (S. 87). Ebenfalls geht er dem Eigentumsbegriff der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und ihrem jeweiligen Klassenbewußtsein nach, um erst somit die Ambivalenz des Eigentumsbegriffs im Bedingungsgefüge der gesellschaftlichen Veränderung aufzudecken.

Neben diesen beiden Beiträgen, die implizit von gesellschaftstheoretischen Prämissen bestimmt sind, z. B. von der Annahme einer Abfolge von Gesellschaftsformationen und von grundlegenden, von der Produktionsphäre ausgehenden Veränderungen, sind zwei Beiträge zur Wirkungsgeschichte zu nennen, wobei *Horst Dippel* (»Die Wirkung der amerikanischen Revolution auf Deutschland und Frankreich«) auf bisher unbekanntes Akten-

material zurückgreift, während *Elisabeth Fehrenbach* (»Deutschland und die Französische Revolution«) sich auf ein Literaturresümee beschränkt.

Zwei weitere Beiträge zur Revolutionsursachenforschung sind hervorzuheben. *Hermann Wellenreuther* (»The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies: Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689–1776«) weist nach, wie die Kolonisten im Verlauf fast eines Jahrhunderts eigene Vorstellungen über die Grundlagen ihres politischen Gemeinwesens entwickelt hatten, die mit der englischen verfassungsrechtlichen Auffassung nicht mehr vereinbar waren. Nach Wellenreuther war die amerikanische Revolution nur »der konsequente Schlußstrich unter eine Entwicklung, die sich lange vorher vollzogen hatte« (S. 75).

*Jürgen Bergmann* (»Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848: Zur Krise von 1845 bis 1848 in Deutschland«) geht dem Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Revolution nach. Bergmann macht deutlich, daß nicht von »einer« Krise zwischen 1846 und 1849 gesprochen werden kann, daß vielmehr zwischen der Konjunkturerwicklung im industriewirtschaftlichen Bereich und im Agrarsektor unterschieden werden muß. Indem er mit statistischen Materialien der Konjunkturerwicklung sowohl im Agrarbereich als auch im monetären Sektor nachgeht, kann er als Ergebnis festhalten, daß »sich die Krise des monetären Sektors Ende 1847 andeutete und erst 1848 voll zum Ausbruch kam, während die vom Agrarsektor ausgehende Hungersnot und Teuerung dagegen im Frühjahr 1848 bereits überwiegend vorbei war« (S. 285). Auf dieser Basis vermag Bergmann die alte Frage nach dem Zusammenhang von ökonomischer Krise und 1848er Revolution neu zu stellen. Dabei eröffnet Bergmann selbst die Möglichkeit, Ansätze der neueren Revolutions- und Krisenforschung mit diesen Ergebnissen zu konfrontieren und somit zur Entwicklung angemessener Fragestellungen und zu weiterführenden Hypothesen zu gelangen – eine vielversprechende Möglichkeit. Denn Bergmanns Studie setzt genau an der Stelle an, an der Konjunkturforschung und Revolutionsforschung fruchtbar zusammenwirken und zu einem vorrangigen Erklärungsinstrument für die Entstehung gesellschaftlicher Krisen werden können. Diesen Zusammenhang von Konjunkturforschung und neueren sozialwissenschaftlichen Theorien der Revolution deutet Bergmann an, betont aber zugleich, daß er »noch der Gegenstand eingehender Untersuchungen sein« müsse (S. 287).

Während diese einzelnen Beiträge in sehr unterschiedlichem Maße von revolutionstheoretischen Ansätzen und Theorievorgaben bestimmt sind, stellt der Beitrag von *Georg P. Meyer* (»Revolutionstheorie heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht«) den Versuch dar, wenn auch nur thesen- und umrißhaft, »einen Rahmen für die Analyse von Revolutionen« (S. 126) abzustecken. Nach einer Erörterung des Revolutionsbegriffs (I) und der Behandlung einiger »klassischer« thematischer Schwerpunkte der bisherigen Revolutionsforschung (II) geht Meyer der Reichweite und der Konsistenz einzelner theoretischer Erklärungsansätze nach (III), um abschließend nach einer prinzipielleren Kritik der besprochenen Revolutionstheorien (IV) selbst einen »Rahmen« für die Analyse von Revolutionen (V) abzustecken.

Trotz dieses klaren Aufbaus leidet der Beitrag darunter, daß der Verfasser sich nicht mit der nötigen methodischen Klarheit an sein eigenes Programm hält. Daher werden beispielsweise die heute faßbaren, unterschiedlichen Begriffsbestimmungen von Revolution innerhalb der Revolutionsforschung nicht deutlich. Das Ausweichen in die Unterschiedlichkeit »der Untersuchungseinheiten« mag nicht überzeugen (S. 130). Ebenfalls tritt an die Stelle einer »Behandlung einiger ›klassischer‹ Schwerpunkte der bisherigen Revolutionsforschung ein knapper Aufriß ›klassischer Studien‹ seit 1920, ausgehend von der Arbeit von Edwards, um weiterhin am Modell von Eckstein, dem Ansatz von Craine Brinton und der Typologie von Chalmers Johnson den Einfluß der »Naturgeschichte« von Edwards nachweisen zu können. Trotz der Verbindung von historischer Forschung und systema-

tischen Interessen seien »diese von der ›Naturgeschichte‹ inspirierten Arbeiten [...] in paradoxer Weise unhistorisch« (S. 140). Schließlich geht Meyer an den drei neueren Theorieentwürfen von Davies/Gurr, von Chalmers Johnson und von Charles Tilly der Reichweite und inneren Konsistenz der neuesten Revolutionsforschung nach, die sich »durch ihre weit ambitionierteren Entwürfe und durch ihr noch stärker gebrochenes Verhältnis zur Geschichte von den ›naturgeschichtlichen‹ Vorläufern« (S. 141) unterscheidet.

Sowohl in der von Davies entwickelten »J-Kurve« als auch im Theorem von der »relativen Deprivation« von Gurr erkennt Meyer einen wichtigen Schritt von einem individualpsychologischen zu einem sozialpsychologischen Erklärungsmodell. Trotz kritischer Einwände (Davies wird merkwürdigerweise »ökonomische Monomanie« attestiert, S. 145) sieht Meyer hier einen vielversprechenden Forschungsansatz, während »Johnson's systemtheoretische Reformulierung und Synthese eigentümlich vertrauter Ergebnisse der Revolutionsforschung – zumindest intentional – [als] wichtiges Korrektiv der individual- wie sozialpsychologischen Verkürzungen der revolutionstheoretischen Perspektive« gewertet werden (S. 152). Schließlich wird das Prozeß-Modell von Tilly, das, wie Meyer hervorhebt, die Mängel sowohl der Sozialpsychologie als auch der soziologischen Systemtheorie zu überwinden sucht, als »einseitig« verworfen. Nach Meyer ist das von Tilly gewählte Abstraktionsniveau für empirische Forschung zu hoch und zu formal. Tilly erliege »dem Trugschluß einer Theorie der Revolution« (S. 155).

Erst nach dieser kritischen Auseinandersetzung mit drei führenden Theorieentwürfen gelangt Meyer zu seinen »prinzipielleren Einwänden«, die als allgemeine Postulate an eine historisch-sozialwissenschaftliche Revolutionsforschung verstanden werden können. Denn aus den »durchgängigen Mängeln dieser Teiltheorien revolutionärer Transformationsprozesse« gewinnt Meyer seine Prinzipien, die auf so unterschiedlichen Ebenen liegen, wie die Forderungen nach einem ideologiekritischen Verfahren, nach abstrakter Begrifflichkeit, die nicht in terminologische Hochstapelei umschlägt, nach Quantifizierung, ohne ins Technologische abzugleiten, und dergleichen mehr. Von grundlegender Bedeutung ist aber seine an dem gegenwärtigen Diskussionsstand zur Modernisierungs- und zur sozialen Evolutionstheorie gewonnene Forderung, Revolutionsforschung müsse sich an dem Reflexionsniveau sowohl »der Modernisierungstheorien« als auch der »traditionellen marxistischen Theorie« messen. Damit benennt Meyer zugleich das für seinen eigenen Rahmen bestimmte Prinzip, das mit der von Wehler in seiner Auseinandersetzung mit Karl Marx und Max Weber vorgeschlagenen Kompromißformel identisch ist. Ohne selbst eine Vorentscheidung für einen Theorieansatz zu treffen, sucht Meyer diese in der gegenwärtigen Diskussion zur Disposition gestellten Ansätze in ein Forschungsinstrumentarium zu verwandeln – ein Unternehmen, das nicht geklärte methodologische Fragen aufwirft. Meyer bezeichnet diesen Versuch selbst als »problematisch« (S. 169).

Dieser Beitrag ist für die augenblickliche Forschungslage symptomatisch. Im Sinne eines erfreulich weit gefaßten Pluralismusverständnisses werden unterschiedliche Ansätze als heuristisches Instrumentarium zu einer, wie Meyer sagt, »Synthese« gebracht, ohne den Anspruch auf theoretische Stringenz zu erheben. Somit wird ein Rahmen für Revolutionsforschung abgesteckt, der die Vorteile der forschungsstrategischen Offenheit zu verwirklichen sucht, ohne den Nachteilen eines intellektuellen Stillstands zu erliegen.

Annette Kuhn

Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. von Max Spindler, Bd. IV, 1/2: Das Neue Bayern 1800–1970, Verlag C. H. Beck, München 1974/75, XLVI, 1398 S., in 2 Teilbänden, Ln., 174 DM. – Unveränderte Sonderausgabe u. d. T.: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800–1970, 1978, 2 Teilbde. in Schuber, 74 DM.

Mit dem »Handbuch der bayerischen Geschichte« wurde ein Werk vollendet, das eine Art »Gebhardt« der bayerischen Landesgeschichte zu sein beansprucht<sup>1</sup>. Der erste Teilband ist unter dem Titel »Staat und Politik« der politischen Geschichte im engeren Sinne gewidmet, der zweite Band zunächst, unter dem Titel »Innere Entwicklung«, der Bevölkerungs-, Sprach-, Wirtschafts-, Sozial- und Kirchengeschichte, und schließlich, unter dem Titel »Das geistige Leben«, der Entwicklung des Schul- und Hochschulwesens, der Literatur, dem Pressewesen, der Bildenden Kunst, der Musik und der »öffentlichen Kulturpflege«. Diese Gliederung zeigt schon das konservative Geschichtsverständnis, das dem Werke zugrunde liegt. Ein genauerer Blick auf den Umfang der einzelnen Teile bestätigt das noch. Während der ganze erste Band die Geschichte des »Staates« Bayern behandelt, umfassen die Kapitel über die Sozial- und Wirtschaftsentwicklung, inkl. Bevölkerungs- und Sprachgeschichte, 230 Seiten, die Geschichte der beiden Kirchen 60 Seiten und die Entwicklung des »geistigen Lebens« 330 Seiten.

Das Handbuch beginnt mit der Darstellung der Gründungszeit des modernen bayerischen Staates (1799–1825) von *Eberhard Weis*, einem der besten Beiträge des Werkes. Weis beschränkt sich zwar, entsprechend der Gesamtkonzeption, weitgehend auf die politische Geschichte, d. h. die Geschichte der Herrschaftsträger in Bayern, behandelt jedoch auch Alternativprogramme oppositioneller Gruppen, so die »Jakobinischen Bestrebungen zur Revolutionierung Bayerns« (S. 10 f.), die bislang nur selten erforscht wurden<sup>2</sup>.

Die Zeit von 1825 bis 1848 beschreibt der Herausgeber *Max Spindler* (S. 89–223). Auch wenn man der Ansicht zustimmen kann, daß der bayerische König in dieser Zeit – Ludwig I. – einen sehr gewichtigen Einfluß auf die innere Entwicklung seines Landes ausübte, und es deshalb gerechtfertigt erscheint, diesen Abschnitt mit »Regierungszeit Ludwigs I.« zu überschreiben, so entgeht Spindler doch nicht der Gefahr, diese Zeitepoche allzu sehr von der Person des Monarchen aus zu betrachten. Die Gliederung der ersten Hauptkapitel nach den Regierungsjahren der bayerischen Könige hat zur Folge, daß die Revolution von 1848/49 in zwei Beiträgen abgehandelt wird, da Ludwig I. am 19. März 1848 abdankte. Die Vorgeschichte und den Beginn der Revolution behandelt Spindler etwas kurz, aber sachlich und informativ. Die weitere Entwicklung schildert dann *Hans Rall* in seinem Beitrag »Die politische Entwicklung von 1848 bis zur Reichsgründung 1871« (S. 228–282). Seine Darstellung der revolutionären Ereignisse kann in keiner Weise befriedigen. Er erwähnt zwar beiläufig die während dieser Zeit entstandenen Arbeiter- bzw. Arbeiterbildungsvereine sowie die beiden gesamt-bayerischen Arbeiterkongresse vom April und November 1848, ohne jedoch deren Zusammenhang mit der gesamtdeutschen »Arbeiterverbrüderung« überhaupt anzudeuten. Sicher hat Rall Recht, wenn er schreibt, daß die Initiatoren dieser Vereine meist Intellektuelle waren, doch er nennt diese nicht Initiatoren, Gründer oder ähnlich, sondern – und das ist schon sehr aufschlußreich – »Antreiber«, die – hier wird seine Voreingenommenheit gegen die demokratischen Kräfte der Revolution ganz deutlich – »absinkende Berufsgruppen« gegen die Herrschaftsträger »aufhetzten« (S. 232).

1 Früher bereits erschienen: Bd. I: Das Alte Bayern. Das Stammesherzogtum bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts, München 1967; Bd. II: Das Alte Bayern. Der Territorialstaat. Vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, München 1969; Bd. III, 1/2: Franken, Schwaben, Oberpfalz bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, München 1971 (2 Teilbände).

2 Kritisch rezipiert hier *Weis* die bahnbrechenden Arbeiten des DDR-Historikers *Heinrich Scheel*: »Süddeutsche Jakobiner« (1962) und »Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden« (1965).

Der folgende Beitrag von *Dieter Albrecht* über die Zeit von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hebt sich durch Genauigkeit und große Sachlichkeit von dem Ralls ab. Allerdings ist die konservative Grundeinstellung des Verfassers klar erkennbar, so wenn er einigen Dissertationen aus der Schule von Karl Bosl, auf die er sich sehr oft bezieht, eine Überbetonung und Dramatisierung der »Diskrepanzen und Spannungen der Vorkriegszeit« unterschiebt (S. 349 f.), obwohl diese nur versucht haben, das traditionelle Geschichtsbild vom friedlichen und konfliktlosen Bayern vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer Quellenstudien etwas in Frage zu stellen<sup>3</sup>. In seinem Abschnitt »Parteien und Verbände« behandelt er auch die Entwicklung der Sozialdemokratie in Bayern von der Gründung der ersten Mitgliedschaft des ADAV in Augsburg 1864 bis zum Ersten Weltkrieg (S. 307–312)<sup>4</sup>.

Die politische Entwicklung Bayerns während der Weimarer Republik beschreibt *Albert Schwarz*. Sehr ausführlich, ja für ein Handbuch zu detailliert, schildert er die Zeit des Übergangs von der Monarchie zur Republik (S. 387–453), wobei seine Antipathie gegen die revolutionären Kräfte deutlich erkennbar wird. Er bezieht sich bei seinen Ausführungen meist auf die ältere Memoirenliteratur, während er die wichtigen neueren Forschungen meist nur – und nicht einmal vollzählig – in seinen Literaturangaben erwähnt<sup>5</sup>. Knapper und sachlicher sind dagegen seine Kapitel über die weitere Entwicklung bis 1933 (S. 454–517).

Allzu kurz ist der Abschnitt »Bayern im NS-Staat« von *Ludwig Volk* ausgefallen. Sein Kapitel »Von der Staatsregierung zur Reichsmittelbehörde« (S. 518–530) ist noch recht informativ, auch wenn es inzwischen durch zwei neuere Arbeiten teilweise überholt ist<sup>6</sup>. Dagegen muß das zweite Kapitel »Zwischen Anpassung und Widerstand« (S. 530–537) Befremden erregen. Auf knapp einer Seite behandelt er den Vernichtungsfeldzug des NS-Regimes gegen die Juden, drei Seiten dagegen widmet er dem Kampf des Regimes gegen die Kirchen<sup>7</sup> und schließlich eine Seite den verschiedenen »Oppositionsgruppen«. Hierbei erwähnt er auch beiläufig den Widerstand sozialistischer und kommunistischer Gruppen. Namentlich erwähnt er lediglich einige Mitglieder des Kreisauer Kreises, des Kreises um die Geschwister Scholl und einer monarchistischen Widerstandsgruppe.

Den letzten Beitrag des ersten Bandes widmen *Ernst Deuerlein* und *Wolf D. Gruner* der Zeit von 1945 bis 1972. Allerdings kann man von einer genaueren Darstellung nur für die Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik sprechen (S. 538–617), während für die Jahre von 1949 bis 1972 lediglich wichtige Fakten (Wahlergebnisse, Regierungsumbildungen) zusammengestellt werden (S. 617–644).

Der *zweite Band* des Handbuchs beginnt mit einigen Kapiteln über das Land Bayern, seine Bodenschätze und die Bevölkerungsentwicklung von *Hans Fehn* (S. 647–708), in denen

3 Er erwähnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Dissertationen von *Karl Möckel*, *Die Prinzregentenzeit*, München/Wien 1972 (vgl. Rez. in: Afs XV, 1975, S. 629 f.), *Willy Albrecht*, *Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918*, Berlin 1968, und *Richard Kessler*, *Heinrich Held als Parlamentarier*, Berlin 1971.

4 Ein paar Ungenauigkeiten seien hier richtiggestellt: Die von den Münchener und Augsburger Lassalleanern im Januar 1870 gegründete Arbeiterpartei hieß »Allgemeiner Deutscher Sozialdemokratischer Arbeiterverein« (S. 308); F. J. Ehrhart wurde erst 1898 MdR; G. v. Vollmar gehörte dem Reichstag auch schon 1881–1887 an (S. 310).

5 Vgl. *Karl Bosl* (Hrsg.), *Bayern im Umbruch*. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969.

6 *Falk Wiesemann*, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933*, Berlin 1975, und *Ortwin Domröse*, *Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röh-putsch*, München 1974.

7 Diese ausführliche Behandlung des sogenannten Kirchenkampfes wird noch unverständlicher, wenn man bedenkt, daß im Abschnitt des Handbuchs über die Katholische Kirche dieses Thema von *Helmut Witetschek* noch einmal erörtert wird (Bd. 2, S. 941–943). Beide Autoren gehen übrigens mit keinem Wort auf die schon über 15 Jahre dauernde Diskussion über die allzu große Anpassung der Kirchen an das NS-Regime ein.

einige wichtige Daten und Fakten zusammengestellt werden. Doch leidet dieser Abschnitt wie auch die folgenden über die Wirtschafts- und Sozialentwicklung an einer übermäßigen Kürze, so daß ihr Informationswert oft sehr gering ist und man auch für allgemeinere Fragen auf die angegebene Literatur zurückgreifen muß. Gerade für diese Kapitel wären einige Karten, Tabellen und Diagramme von großem Nutzen gewesen. Lediglich der Beitrag von *Ingo Reiffenstein* über »Mundarten und Hochsprache« (S. 709–731) wird durch zwei Karten ergänzt. Der Benutzer des Handbuchs hat ja nicht immer den auch von Max Spindler herausgegebenen sehr guten Atlas zur bayerischen Geschichte zur Hand<sup>8</sup>.

Relativ ausführlich sind die beiden Abschnitte über die Entwicklung der Landwirtschaft und der Landbevölkerung von *Adolf Sandbergen* und *Pankraz Fried* (S. 732–780). Der Überblick von *Wolfgang Zorn* über die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft ist zwar recht kurz (S. 782–845), aber informativ. Weniger befriedigt seine Darstellung der »Sozialentwicklung der nichtagrarischen Welt« (S. 846–882), da hier zwar die gesellschaftlichen Führungsgruppen genauer analysiert werden, die anderen Bevölkerungsgruppen (gewerblicher Mittelstand, Angestellte, Land- und Industriearbeiter) lediglich erwähnt und mit einigen allgemeinen Bemerkungen abgetan werden. So erfährt man z. B. nichts über die Entstehung des städtischen Proletariats in Bayern<sup>9</sup>. Eine Schwäche fast aller Artikel des Handbuchs sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Regionale Besonderheiten werden zwar öfter erwähnt, aber nicht näher analysiert. Die Abschnitte über die politische Entwicklung wie auch die meisten Kapitel des zweiten Bandes sind zudem allzu sehr auf die Landeshauptstadt München zentriert. Nur die Beiträge zur Literaturgeschichte von *Hans* und *Karl Pörnbacher* (S. 1089–1145) beschäftigen sich in besonderen Kapiteln mit der fränkischen Entwicklung.

Nicht befriedigen können die Ausführungen von *Lothar Kuppelmayr* über die Tageszeitungen in Bayern, da sie sehr ungenau und lückenhaft sind (S. 1146–1173). So wurde in München zwischen dem »Proletarier«, der von 1869 bis 1871 erschien, und den Zeitungen Vierecks (ab 1882) noch als sozialdemokratisches Blatt der »Zeitgeist« (1873–1878) herausgegeben. Das wichtige sozialdemokratische Blatt Nürnbergs, die »Fränkische Tagespost« (1872–1933), wird gar nicht erwähnt.

Ergänzt wird das Handbuch durch Stammtafeln der Wittelsbacher, ein Verzeichnis aller bayerischen Minister, statistische Tafeln über die Ergebnisse aller Landtagswahlen von 1869–1970 und ein umfangreiches Register (S. 1303–1398).

Im ganzen muß man die Herausgabe des Handbuchs als große Leistung würdigen: Gibt es auch nicht über alle Fragen hinreichende Auskunft, so können einem doch die zahlreichen Literaturangaben meist weiterhelfen. Vielleicht ist es zudem möglich, wenigstens einige der aufgezeigten Mängel bei einer eventuellen späteren Neubearbeitung zu beseitigen.

Willy Albrecht

Friederike Hausmann, Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (= Verfassungsgeschichte, Bd. 2), Verlag Herbert Lang, Bern/Verlag Peter Lang, Frankfurt 1975, XIV, 288 S., brosch., 41,40 sFr.

Welche Bedeutung der Rheinbundära für die »Modernisierung« der deutschen Staatenwelt unter politisch-administrativem wie unter sozialem Aspekt, längerfristig betrachtet, zukommt, ist in der deutschen Geschichtsschreibung zugunsten des idealisierten preußischen

<sup>8</sup> *Bayerischer Geschichtsatlas*, hrsg. von Max Spindler, Redaktion G. Diepolder, München 1969.

<sup>9</sup> Eine wichtige Arbeit zu diesem Thema, die allerdings im Titel nichts von dieser Relevanz verrät, hat Zorn anscheinend nicht herangezogen: *Fintan Michael Phayer*, Religion und das gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850, München 1970.

einige wichtige Daten und Fakten zusammengestellt werden. Doch leidet dieser Abschnitt wie auch die folgenden über die Wirtschafts- und Sozialentwicklung an einer übermäßigen Kürze, so daß ihr Informationswert oft sehr gering ist und man auch für allgemeinere Fragen auf die angegebene Literatur zurückgreifen muß. Gerade für diese Kapitel wären einige Karten, Tabellen und Diagramme von großem Nutzen gewesen. Lediglich der Beitrag von *Ingo Reiffenstein* über »Mundarten und Hochsprache« (S. 709–731) wird durch zwei Karten ergänzt. Der Benutzer des Handbuchs hat ja nicht immer den auch von Max Spindler herausgegebenen sehr guten Atlas zur bayerischen Geschichte zur Hand<sup>8</sup>.

Relativ ausführlich sind die beiden Abschnitte über die Entwicklung der Landwirtschaft und der Landbevölkerung von *Adolf Sandbergen* und *Pankraz Fried* (S. 732–780). Der Überblick von *Wolfgang Zorn* über die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft ist zwar recht kurz (S. 782–845), aber informativ. Weniger befriedigt seine Darstellung der »Sozialentwicklung der nichtagrarischen Welt« (S. 846–882), da hier zwar die gesellschaftlichen Führungsgruppen genauer analysiert werden, die anderen Bevölkerungsgruppen (gewerblicher Mittelstand, Angestellte, Land- und Industriearbeiter) lediglich erwähnt und mit einigen allgemeinen Bemerkungen abgetan werden. So erfährt man z. B. nichts über die Entstehung des städtischen Proletariats in Bayern<sup>9</sup>. Eine Schwäche fast aller Artikel des Handbuchs sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Regionale Besonderheiten werden zwar öfter erwähnt, aber nicht näher analysiert. Die Abschnitte über die politische Entwicklung wie auch die meisten Kapitel des zweiten Bandes sind zudem allzu sehr auf die Landeshauptstadt München zentriert. Nur die Beiträge zur Literaturgeschichte von *Hans* und *Karl Pörnbacher* (S. 1089–1145) beschäftigen sich in besonderen Kapiteln mit der fränkischen Entwicklung.

Nicht befriedigen können die Ausführungen von *Lothar Kuppelmayr* über die Tageszeitungen in Bayern, da sie sehr ungenau und lückenhaft sind (S. 1146–1173). So wurde in München zwischen dem »Proletarier«, der von 1869 bis 1871 erschien, und den Zeitungen Vierecks (ab 1882) noch als sozialdemokratisches Blatt der »Zeitgeist« (1873–1878) herausgegeben. Das wichtige sozialdemokratische Blatt Nürnbergs, die »Fränkische Tagespost« (1872–1933), wird gar nicht erwähnt.

Ergänzt wird das Handbuch durch Stammtafeln der Wittelsbacher, ein Verzeichnis aller bayerischen Minister, statistische Tafeln über die Ergebnisse aller Landtagswahlen von 1869–1970 und ein umfangreiches Register (S. 1303–1398).

Im ganzen muß man die Herausgabe des Handbuchs als große Leistung würdigen: Gibt es auch nicht über alle Fragen hinreichende Auskunft, so können einem doch die zahlreichen Literaturangaben meist weiterhelfen. Vielleicht ist es zudem möglich, wenigstens einige der aufgezeigten Mängel bei einer eventuellen späteren Neubearbeitung zu beseitigen.

Willy Albrecht

Friederike Hausmann, Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (= Verfassungsgeschichte, Bd. 2), Verlag Herbert Lang, Bern/Verlag Peter Lang, Frankfurt 1975, XIV, 288 S., brosch., 41,40 sFr.

Welche Bedeutung der Rheinbundära für die »Modernisierung« der deutschen Staatenwelt unter politisch-administrativem wie unter sozialem Aspekt, längerfristig betrachtet, zukommt, ist in der deutschen Geschichtsschreibung zugunsten des idealisierten preußischen

<sup>8</sup> *Bayerischer Geschichtsatlas*, hrsg. von Max Spindler, Redaktion G. Diepolder, München 1969.

<sup>9</sup> Eine wichtige Arbeit zu diesem Thema, die allerdings im Titel nichts von dieser Relevanz verrät, hat Zorn anscheinend nicht herangezogen: *Fintan Michael Phayer*, Religion und das gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850, München 1970.

Reformmodells lange Zeit gelehnt oder bagatellisiert worden. Auch wenn inzwischen die fällige Revision des borussisch-kleindeutschen Geschichtsbildes beachtliche Fortschritte gemacht hat, bleibt doch noch viel zu tun, um die Entwicklung innerhalb der Rheinbundstaaten im Wechselspiel zwischen den Kräften der Beharrung und Bewegung, der Reform und der Restauration aufzuhellen und in ihren Voraussetzungen wie in ihren Auswirkungen über das Jahr 1815 hinaus einsichtig zu machen.

In einer noch primär agrarisch orientierten Wirtschafts- und Sozialordnung besaßen alle Fragen, die das Bodenrecht betrafen, naturgemäß größte gesellschaftspolitische Relevanz und Brisanz. Die Studie von Friederike Hausmann zielt somit auf ein Thema, an dem die Probleme rheinbündischer Reformbemühungen insgesamt einsichtig gemacht werden können. Bewußt sucht die Autorin den Rahmen einer verfassungsgeschichtlichen Arbeit in engerem Sinne zu sprengen, indem sie »das dialektische Verhältnis von wirtschaftlich-sozialen und rechtlich-politischen Veränderungen« in das Zentrum ihrer Untersuchung stellen möchte (S. XIV). Freilich bringt ein derartiger höchst wünschenswerter Integrationsversuch auch seine Probleme hinsichtlich Stoffbeherrschung und Stoffdurchdringung mit sich.

Hausmann verortet die Regierung Montgelas »am Wendepunkt zweier Epochen«, zwischen »Feudalismus« und »industriellem Kapitalismus«; sie wertet die Agrarreformen der »Bauernbefreiung« als »historische Voraussetzung und Bedingung für die Durchsetzung des industriellen Kapitalismus« (S. IX). Aus dieser »historischen Einordnung« leitet sie Fragestellung und Wertmaßstab für die Beurteilung der Agrarpolitik der Regierung Montgelas ab: »Inwiefern ist sie ein bewußter oder unbewußter Beitrag zu dieser Entwicklung, hat sie sie zu verhindern oder zu befördern gewußt« (S. X). Dieser globale, von Marx'schem Geschichtsdanken angehauchte Orientierungsrahmen, dessen Prämissen nicht genauer hinterfragt werden, bedeutet allerdings keinen allzu strengen Raster für die Durchführung der Arbeit. Soweit er die Argumentation der Verfasserin im einzelnen bestimmt, erweist er sich kaum als sehr erkenntnisfördernd. Besonders gilt dies für den ersten, problematischsten Teil der Studie über die »wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen« für die bayerische Agrarpolitik während der Rheinbundperiode (S. 1–97). Da Hausmann in ihrem Überblick über die wirtschaftliche Situation Bayerns gegen Ende des 18. Jahrhunderts von vornherein darauf ausgeht, »die qualitativen Merkmale der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser Zeit als Endphase der feudalen Wirtschafts- und Sozialordnung zu charakterisieren« und »die Elemente des Übergangs zum industriellen Kapitalismus zu benennen« (S. 1 f.), gerät sie immer wieder in die Gefahr, die vorgefundenen Informationen auf dieses Bezugsschema zuzuschneiden oder sich gar mit »einigen allgemeinen Überlegungen« zu bestimmten Fragen zu behelfen (S. 27). So entsteht ein Bild von scheinbar zwingender, bei genauerem Zusehen jedoch oft genug brüchiger Logik.

Die ganze – im Detail hier nicht vorzuführen – Argumentationskette läuft darauf hinaus, daß die Agrarverfassung Altbayerns während des 18. Jahrhunderts zunehmend durch »tiefe innere Auflösungserscheinungen« angesichts sich zuspitzender innerer »Widersprüche« (S. 52, 73 f.) gekennzeichnet gewesen sei, verursacht durch die Statik von sozialer Organisation der bäuerlichen Bevölkerung in der Gemeinde und von Produktionsformen, die seit dem Mittelalter fast unverändert geblieben seien, und fortwährend ansteigende Abgabenforderungen seitens des Staates und der Grund- und Gerichtsherren. So habe »die Verarmung unter der bäuerlichen Bevölkerung – und damit der Ausfall ihrer Leistungsfähigkeit für den Staatsetat – ein solches Ausmaß angenommen, daß ein politisches Eingreifen bzw. eine zu ihren Gunsten aktive Wirtschaftspolitik unumgänglich geworden war« (S. 272). Auch wenn man keineswegs dazu geneigt ist, die Agrarverhältnisse im Altbayern des 18. Jahrhunderts zu idyllisieren, so scheint doch gegenüber der oft recht apodiktischen Darstellung mit ihren Zwangsläufigkeitstendenzen Vorsicht angebracht. Daß über die tatsächliche Belastung der bayerischen Landwirtschaft durch »Feudalabgaben« und Steuern

bisher noch nicht allzuviel bekannt ist, Hausmann daher über die Relation von Brutto- bzw. Nettoertrag zu den landes-, gerichts- und grundherrlichen Erfordernissen nur recht spärliche Angaben machen kann und über die Entwicklung dieser Relation während des 18. Jahrhunderts keinerlei Informationen liefert, ist ihr nicht anzulasten. Angesichts einer derartigen Forschungslage wäre aber auch um so größere Zurückhaltung angebracht, was generalisierende Aussagen über nicht nur *absolut*, sondern auch *relativ* steigende Abgabenbelastung des agrarischen Sektors betrifft. Daß die Steuern vor allem infolge zunehmend kostspieligeren militärischen Aufwandes im System der europäischen Mächte in Kriegzeiten schon während des 17. Jahrhunderts immer wieder sprunghaft hochschnellten und langfristig stärker angestiegen sind als die landwirtschaftliche Produktion, dürfte für die europäische Staatenwelt ziemlich allgemein gelten. Ebenso trifft es zu, daß sich aus dieser Entwicklung wachsende Spannungen zwischen Landesherrschaft und Grundherrschaft – um die komplizierten Verhältnisse schlagwortartig zu bezeichnen – wegen der beiderseitigen Anteile an den bäuerlichen Abgaben ergeben konnten; die Bauernschutzpolitik ist bekanntlich aus diesem Tatbestand erwachsen. Wie weit die Grundherrschaften die Leistungen ihrer Grundholden effektiv steigerten, ist noch weithin ungeklärt. Für die Behauptung Hausmanns, die Grundherren hätten im Wettlauf mit dem Landesherren die Belastung ihrer Grundholden hochgetrieben bis hin zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, genügt es jedenfalls kaum, das in Bayern besonders gründlich ausgebaute Institut der Besitzwechselabgaben zu zitieren. Von ihrem Ausbeutungs- und Verelendungspostulat her weiß Hausmann selbst die – übrigens höchst überprüfungsbedürftige – Annahme, die Naturgefälle seien bis zum Ende des 18. Jahrhunderts »meist« in einen festen Geldbetrag verwandelt worden, als nachteilig für die Pflichtigen zu interpretieren: Auch wenn die Agrarpreise während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zugunsten der bäuerlichen Wirtschaft langfristig spürbar anstiegen, habe sich die erhöhte Geldleistung durch wachsende Marktabhängigkeit bei stark schwankenden Preisen um so drückender für die Pflichtigen ausgewirkt – als ob die Preisschwankungen nicht die Konsequenz unterschiedlich guter Ernten gewesen wären, die Bauern also bei fortdauernder fixer Naturalleistung in Fehl Jahren besonders hart durch die Abgaben betroffen worden wären, während sie bei fixierter Geldleistung gerade dann relativ glimpflich davon kamen, falls sie einen Marktüberschuß produzierten. Auf dem Hintergrund solcher Argumentationsweise wirkt auch Hausmanns »Beweisführung«, die schwarzmalerschen Aussagen der zeitgenössischen Reformliteratur über die bayerischen Agrarzustände seien »durchaus nicht übertrieben« gewesen, nicht gerade stringent. Immerhin stimmt es nachdenklich, wenn Männer wie Hazzi und Rottmanner bei höchst pathetisch-radikalen Tönen schließlich nur zu sehr bescheidenen konkreten Reformvorschlägen gelangen. Ob sich diese Diskrepanz zwischen Kritik und Reformforderung einfach mit dem Hinweis auf die »Schwäche des Bürgertums« auflösen läßt (S. 88), erscheint zumindest fragwürdig. Pauschale Aussagen über die damalige ökonomische und soziale Wirklichkeit werden jedenfalls eine Klärung des Sachverhalts nicht herbeiführen.

Die Hausmannsche Interpretation der bayerischen Agrarzustände nötigt eigentlich zu der Schlußfolgerung, daß die Regierung Montgelas *grundlegende* Veränderungen zugunsten der ländlichen Bevölkerung realisieren *mußte*, um den Zusammenbruch der Landwirtschaft und damit auch des bayerischen Staates zu verhindern. Das Fazit des zweiten Teils der Studie, der durch differenzierende Analyse sehr viel mehr überzeugt als der einleitende Abschnitt, stellt nun aber dessen Aussagen zumindest implizit in Frage, wird doch deutlich, daß in der Ära Montgelas »die Agrarpolitik keinen leitenden Stellenwert in der politischen Gesamtkonzeption hatte« (S. 101) und nur recht zaghafte Ansätze zu einer ernstzunehmenden und durchgreifenden Grundentlastung zeitigte. Ihre Motive sind mutatis mutandis die gleichen, welche auch die Agrarpolitik der anderen Rheinbundstaaten, teilweise sogar die preußische »Bauernbefreiung« jener Jahre bestimmten: Zwar bemühte sich die Regie-

zung im Zeichen zu vollendender Staatssouveränität zunächst darum, den grundherrlichen Adel in öffentlich-rechtlicher Hinsicht möglichst weitgehend in die bürokratisch-zentralistische Verwaltungsorganisation einzugliedern und seine fortdauernden gerichtsherrlichen Kompetenzen gründlich zu beschneiden, doch scheute sie davor zurück, verbindlich regulierend in den weitgehend als »privatrechtlich« betrachteten Bereich der Grundherrschaft und in bestehendes »Eigentum« einzugreifen. Verstärkt wurde ihre Zurückhaltung durch den Umstand, daß der bayerische Staat infolge der Säkularisation selbst zum größten Grundherrn geworden war. So entstand sehr schnell eine spürbare Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Herstellung von »Freiheit und Eigentum« im agrarischen Bereich einerseits und der Sorge vor finanziellen Einbußen durch die hierzu erforderlichen Agrarreformen andererseits.

Hausmann zeichnet sorgfältig die verschiedenen Stadien der Agrarpolitik nach, die vorhandenen Meinungsdivergenzen zwischen den und innerhalb der verschiedenen Behörden, die Mängel und Inkonsequenzen von Planung und Durchführung, die Widersprüche in den Zielsetzungen der Regierung, das Hemmnis der noch ausstehenden Steuerrektifikation, die Widerstände der bis 1808 noch existenten landschaftlichen Verordnungen, die Probleme überhaupt, die sich bei der Ablösung von für besonders wertbeständig gehaltenen Rechten und einer etwaigen gleichwertigen Wiederanlage der Ablösungsgelder bei dem weitgehenden Fehlen entsprechend sicherer und rentierender Anlagemöglichkeiten ergeben.

Mit Nachdruck, vielleicht etwas zu pointiert, arbeitet die Verfasserin schließlich aus dem oft verwirrenden Detail einen grundlegenden agrarpolitischen Kurswechsel der Regierung Montgelas heraus, der im Zeichen der Konstitution von 1808 mit der Beseitigung des landwirtschaftlichen Einflusses zugunsten einer dauerhaften Absicherung der (nun gleichsam entpolitisierten) adligen Privilegierung eingesetzt, sich aber auch in der Gemeindepolitik speziell hinsichtlich der Gemeinheitsteilungen zugunsten des konservativen bäuerlichen Elements geltend gemacht und einen ausgesprochen restaurativen Zug getragen habe. Es sei dahingestellt, ob das Fazit, der »in sich widersprüchliche Charakter der Agrarpolitik« sei »nicht ein Fehler der agrarpolitischen Konzeption der Regierung, sondern notwendiges Ergebnis des widerspruchsvollen Entwicklungsstandes des gesellschaftlichen Strukturwandels um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert« gewesen (S. 276), die tatsächlichen oder vermeintlichen Widersprüche nicht zu sehr in den Vordergrund rückt, ob nicht noch stärker auf das Fortwirken kameralistischer Reformtradition mit ihren durchaus begrenzten Zielen, auf das Problem der im einzelnen zu erprobenden innerstaatlichen Vereinheitlichung und Integration, nicht zuletzt auf das Dilemma einer vom Primat der Außenpolitik bestimmten Kriegszeit abzuheben wäre, in der ein längerfristig angelegtes Agrarreformkonzept nur schwer entwickelt, geschweige denn realisiert werden konnte; der Informationswert der vorliegenden Untersuchung wird davon nicht im Kern berührt.

Wolfgang v. Hippel

Walter Steitz, Feudalwesen und Staatssteuersystem, Bd. 1: Die Realbesteuerung der Landwirtschaft in den süddeutschen Staaten im 19. Jahrhundert (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 7 – Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 297 S., kart., 68 DM.

Die anzuzeigende, mit 17 Schaubildern und zahlreichen Tabellen ausgestattete Arbeit behandelt das Problem der Realbesteuerung der Landwirtschaft in Baden, Württemberg und Bayern im 19. Jahrhundert, besonders in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Zunächst setzt sich Steitz mit der damaligen theoretischen Grundsteuerdiskussion auseinander, die im wesentlichen die gesamtfinanztheoretische Fragestellung widerspiegelte. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Grundsteuertheorie in Deutschland meist »Ausfluß der exekutiven

zung im Zeichen zu vollendender Staatssouveränität zunächst darum, den grundherrlichen Adel in öffentlich-rechtlicher Hinsicht möglichst weitgehend in die bürokratisch-zentralistische Verwaltungsorganisation einzugliedern und seine fortdauernden gerichtsherrlichen Kompetenzen gründlich zu beschneiden, doch scheute sie davor zurück, verbindlich regulierend in den weitgehend als »privatrechtlich« betrachteten Bereich der Grundherrschaft und in bestehendes »Eigentum« einzugreifen. Verstärkt wurde ihre Zurückhaltung durch den Umstand, daß der bayerische Staat infolge der Säkularisation selbst zum größten Grundherrn geworden war. So entstand sehr schnell eine spürbare Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Herstellung von »Freiheit und Eigentum« im agrarischen Bereich einerseits und der Sorge vor finanziellen Einbußen durch die hierzu erforderlichen Agrarreformen andererseits.

Hausmann zeichnet sorgfältig die verschiedenen Stadien der Agrarpolitik nach, die vorhandenen Meinungsdivergenzen zwischen den und innerhalb der verschiedenen Behörden, die Mängel und Inkonsequenzen von Planung und Durchführung, die Widersprüche in den Zielsetzungen der Regierung, das Hemmnis der noch ausstehenden Steuerrektifikation, die Widerstände der bis 1808 noch existenten landschaftlichen Verordnungen, die Probleme überhaupt, die sich bei der Ablösung von für besonders wertbeständig gehaltenen Rechten und einer etwaigen gleichwertigen Wiederanlage der Ablösungsgelder bei dem weitgehenden Fehlen entsprechend sicherer und rentierender Anlagemöglichkeiten ergeben.

Mit Nachdruck, vielleicht etwas zu pointiert, arbeitet die Verfasserin schließlich aus dem oft verwirrenden Detail einen grundlegenden agrarpolitischen Kurswechsel der Regierung Montgelas heraus, der im Zeichen der Konstitution von 1808 mit der Beseitigung des landwirtschaftlichen Einflusses zugunsten einer dauerhaften Absicherung der (nun gleichsam entpolitisierten) adligen Privilegierung eingesetzt, sich aber auch in der Gemeindepolitik speziell hinsichtlich der Gemeinheitsteilungen zugunsten des konservativen bäuerlichen Elements geltend gemacht und einen ausgesprochen restaurativen Zug getragen habe. Es sei dahingestellt, ob das Fazit, der »in sich widersprüchliche Charakter der Agrarpolitik« sei »nicht ein Fehler der agrarpolitischen Konzeption der Regierung, sondern notwendiges Ergebnis des widerspruchsvollen Entwicklungsstandes des gesellschaftlichen Strukturwandels um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert« gewesen (S. 276), die tatsächlichen oder vermeintlichen Widersprüche nicht zu sehr in den Vordergrund rückt, ob nicht noch stärker auf das Fortwirken kameralistischer Reformtradition mit ihren durchaus begrenzten Zielen, auf das Problem der im einzelnen zu erprobenden innerstaatlichen Vereinheitlichung und Integration, nicht zuletzt auf das Dilemma einer vom Primat der Außenpolitik bestimmten Kriegszeit abzuheben wäre, in der ein längerfristig angelegtes Agrarreformkonzept nur schwer entwickelt, geschweige denn realisiert werden konnte; der Informationswert der vorliegenden Untersuchung wird davon nicht im Kern berührt.

Wolfgang v. Hippel

Walter Steitz, Feudalwesen und Staatssteuersystem, Bd. 1: Die Realbesteuerung der Landwirtschaft in den süddeutschen Staaten im 19. Jahrhundert (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 7 – Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 297 S., kart., 68 DM.

Die anzuzeigende, mit 17 Schaubildern und zahlreichen Tabellen ausgestattete Arbeit behandelt das Problem der Realbesteuerung der Landwirtschaft in Baden, Württemberg und Bayern im 19. Jahrhundert, besonders in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Zunächst setzt sich Steitz mit der damaligen theoretischen Grundsteuerdiskussion auseinander, die im wesentlichen die gesamtfinanztheoretische Fragestellung widerspiegelte. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Grundsteuertheorie in Deutschland meist »Ausfluß der exekutiven

Praxis« war, da es sich bei den deutschen Theoretikern nicht selten um Angehörige der Finanzverwaltung handelte.

In der solide gearbeiteten Studie wird sodann das steuertechnische Problem der Bemessungsgrundlage analysiert, eine Fragestellung, die für die drei süddeutschen Staaten besonders am Anfang des 19. Jahrhunderts sehr aktuell war; denn sie mußten nach den Gebietserweiterungen der napoleonischen Zeit versuchen, ihr neues Staatsgebilde zu festigen, wie dies Eberhard Weis für das Königreich Bayern im Spindler-Handbuch, Bd. 4, so trefflich zeigt. Besonders wichtige Konsolidierungsmaßnahmen waren von der Natur der Sache her Schritte zur Reorganisation der Finanzverwaltung. Hierbei trachtete man danach, folgende Steuerprinzipien zu verwirklichen: a) den Grundsatz der Allgemeinheit der Staatssteuern und b) das Prinzip der Gleichheit. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mußten diese Grundsätze mit dem noch bestehenden System feudaler Abgaben in Konkurrenz treten, da dieselben Objekte belastet wurden.

Ausführlich behandelt Steitz dann die steuertechnischen Maßnahmen zur Ausformung des Ertragsteuersystems in den drei Staaten. Da dieses System die Sollertragsfähigkeit des Steuerobjektes zu erfassen versuchte, waren die »agrarökonomischen Bestimmungsverhältnisse für die Realbesteuerung« wichtig. Diese Verhältnisse werden in der Studie im einzelnen Land für Land vorgeführt. Der Verfasser widmet sich hier besonders dem Problem der Abgrenzung der Feudalordnung gegenüber dem Staatssteuersystem in diesen Staaten, wo die Ablösung der feudalen Grundlasten später einsetzte als etwa in Preußen und wo sie zudem parallel zu den Reformmaßnahmen am Steuersystem durchgeführt werden mußte.

Schließlich werden Steuerlast und Steuerwirkung der landwirtschaftlichen Realbesteuerung im 19. Jahrhundert behandelt. Der Verfasser kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Realsteuerlast relativ gering war, daß jedoch für den Landwirt die Gesamtsteuerlast (staatliche Realsteuern, Bezirkssteuern, feudale Ablösungszahlungen) entscheidend waren, eine Gesamtbelastung, die besonders im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts drückend wurde. Vom Standpunkt des Staatssteuersystems aus machten sich Grundlast und Ablösungszahlung sowie Kreis- und Gemeindeumlagen störend bemerkbar.

Die solide aus den Quellen erarbeitete Studie stellt einen interessanten Beitrag zur deutschen Finanz- und Steuergeschichte des 19. Jahrhunderts dar. Peter Claus Hartmann

Rolf Engelsing, *Der literarische Arbeiter. Bd. I: Arbeit, Zeit und Werk im literarischen Beruf*, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 553 S., Ln., 148 DM.

Belehrt und angeblich gewarnt durch die »politische Geschichte der Freien Universität Berlin von 1964 bis 1974«, geht Engelsing in seiner hinsichtlich des methodischen Verfahrens recht eigentlich nur politisch zu rechtfertigenden Abhandlung davon aus, daß sich die hier angestrebte wie jedwede sozialgeschichtliche Darstellung – derzeit zumindest – vor allen tendenziösen, ideologisierenden und dogmatisierenden Festschreibungen zu bewahren hat. Die »Konzentration«, die »fast allseitig[e] Beschränkung«, wie sie sich für Ranke aus den Abgrenzungen seiner »ständische[n] Lebenshaltung« (?) und aus seiner damit konform gehenden Ausrichtung auf eine »kanonische Literatur« ergeben haben soll, wird dementsprechend ebenso verworfen wie der, so wird unterstellt, gegenwärtig übliche soziologische Tribut an aktuelle oder zumindest modische »Parteistandpunkt[e]«. Damit ist eine interpretatorische Grundkonzeption formuliert, deren Bedenkliches nicht allein darin besteht, daß, was Ranke anlangt, die heuristische Vorentscheidung als Lizenz seiner nunmehr anachronistischen wissenschaftsgeschichtlichen Position verkannt wird und die Distanzierung von den neueren und neuesten sozialgeschichtlichen Untersuchungen bzw. von deren mutmaßlichen ideologischen Verankerungen aus einer ebenso vorschnellen wie ungerechten und

Praxis« war, da es sich bei den deutschen Theoretikern nicht selten um Angehörige der Finanzverwaltung handelte.

In der solide gearbeiteten Studie wird sodann das steuertechnische Problem der Bemessungsgrundlage analysiert, eine Fragestellung, die für die drei süddeutschen Staaten besonders am Anfang des 19. Jahrhunderts sehr aktuell war; denn sie mußten nach den Gebietserweiterungen der napoleonischen Zeit versuchen, ihr neues Staatsgebilde zu festigen, wie dies Eberhard Weis für das Königreich Bayern im Spindler-Handbuch, Bd. 4, so trefflich zeigt. Besonders wichtige Konsolidierungsmaßnahmen waren von der Natur der Sache her Schritte zur Reorganisation der Finanzverwaltung. Hierbei trachtete man danach, folgende Steuerprinzipien zu verwirklichen: a) den Grundsatz der Allgemeinheit der Staatssteuern und b) das Prinzip der Gleichheit. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mußten diese Grundsätze mit dem noch bestehenden System feudaler Abgaben in Konkurrenz treten, da dieselben Objekte belastet wurden.

Ausführlich behandelt Steitz dann die steuertechnischen Maßnahmen zur Ausformung des Ertragsteuersystems in den drei Staaten. Da dieses System die Sollertragsfähigkeit des Steuerobjektes zu erfassen versuchte, waren die »agrarökonomischen Bestimmungsverhältnisse für die Realbesteuerung« wichtig. Diese Verhältnisse werden in der Studie im einzelnen Land für Land vorgeführt. Der Verfasser widmet sich hier besonders dem Problem der Abgrenzung der Feudalordnung gegenüber dem Staatssteuersystem in diesen Staaten, wo die Ablösung der feudalen Grundlasten später einsetzte als etwa in Preußen und wo sie zudem parallel zu den Reformmaßnahmen am Steuersystem durchgeführt werden mußte.

Schließlich werden Steuerlast und Steuerwirkung der landwirtschaftlichen Realbesteuerung im 19. Jahrhundert behandelt. Der Verfasser kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Realsteuerlast relativ gering war, daß jedoch für den Landwirt die Gesamtsteuerlast (staatliche Realsteuern, Bezirkssteuern, feudale Ablösungszahlungen) entscheidend waren, eine Gesamtbelastung, die besonders im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts drückend wurde. Vom Standpunkt des Staatssteuersystems aus machten sich Grundlast und Ablösungszahlung sowie Kreis- und Gemeindeumlagen störend bemerkbar.

Die solide aus den Quellen erarbeitete Studie stellt einen interessanten Beitrag zur deutschen Finanz- und Steuergeschichte des 19. Jahrhunderts dar. Peter Claus Hartmann

Rolf Engelsing, *Der literarische Arbeiter. Bd. I: Arbeit, Zeit und Werk im literarischen Beruf*, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 553 S., Ln., 148 DM.

Belehrt und angeblich gewarnt durch die »politische Geschichte der Freien Universität Berlin von 1964 bis 1974«, geht Engelsing in seiner hinsichtlich des methodischen Verfahrens recht eigentlich nur politisch zu rechtfertigenden Abhandlung davon aus, daß sich die hier angestrebte wie jedwede sozialgeschichtliche Darstellung – derzeit zumindest – vor allen tendenziösen, ideologisierenden und dogmatisierenden Festschreibungen zu bewahren hat. Die »Konzentration«, die »fast allseitig[e] Beschränkung«, wie sie sich für Ranke aus den Abgrenzungen seiner »ständische[n] Lebenshaltung« (?) und aus seiner damit konform gehenden Ausrichtung auf eine »kanonische Literatur« ergeben haben soll, wird dementsprechend ebenso verworfen wie der, so wird unterstellt, gegenwärtig übliche soziologische Tribut an aktuelle oder zumindest modische »Parteistandpunkt[e]«. Damit ist eine interpretatorische Grundkonzeption formuliert, deren Bedenkliches nicht allein darin besteht, daß, was Ranke anlangt, die heuristische Vorentscheidung als Lizenz seiner nunmehr anachronistischen wissenschaftsgeschichtlichen Position verkannt wird und die Distanzierung von den neueren und neuesten sozialgeschichtlichen Untersuchungen bzw. von deren mutmaßlichen ideologischen Verankerungen aus einer ebenso vorschnellen wie ungerechten und

zumal simplifizierenden und generalisierenden Polemik hervorgeht (bei Helmut Möller, *Die kleinbürgerliche Familie im 18. Jahrhundert. Verhalten und Gruppenkultur*, Berlin 1969, oder etwa bei Rudolf Schenda, *Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770–1910*, Frankfurt 1970, hätte sich Engelsing unschwer eines Besseren belehren lassen können!); die hier von ihm propagierten und strikt verfolgten hermeneutischen Maximen rufen auch und insbesondere insofern alle Vorbehalte auf den Plan, als mit dem von Engelsing praktizierten eigentümlichen Streben nach Unvoreingenommenheit und unbedingter Sachgerechtigkeit die Materialsammlung konsequent zu einem der planen und platten Beliebigkeit ausgelieferten Konglomerat verkommt. So sehr es zu begrüßen ist, daß der Autor einer nachträglichen, an Spezialthemen orientierten Auswertung des von ihm zusammengetragenen vielfach statistischen Materials nicht durch »pädagogische« Fingerzeige vorgreifen möchte, so wenig entbindet ihn doch sein eifriges Bemühen um das »Sichtbare, Findbare, Sammelbare, Mitteilbare« von der Pflicht und ostentativen Notwendigkeit, »die fortschreitende Gliederung« der ermittelten Daten und Fakten und deren nachfolgende »Kombination« unter dem Aspekt der Relevanz, der Angemessenheit und der historischen Bedingtheit zu begründen und auszuloten. Andernfalls – und dies eben ist hier auf Schritt und Tritt zu beklagen – verfallen denn die zahlreichen Detailauskünfte durchweg der Nichtssagendheit oder finden einzig als marginale historische Kuriosität ihre Würdigung: Daß der »Arzt Schiller« (!) ebenso wie der »Rechtsanwalt Goethe« (!) seine schriftstellerische Tätigkeit als »Arbeit« verstand, zumal er sich ihr täglich bis zu vierzehn Stunden zuwandte, ist schwerlich als gewichtige Information anzusehen, und daß z. B. Karl Marx bisweilen zehn Stunden pro Tag am Schreibtisch saß und Thomas Mann während der Sommerferien am Hiddensee ebenso und ebensoviel arbeitete wie zu Hause, kann, für sich genommen, wenig verschlagen. Art und Umfang des täglichen Arbeitsaufwands vermöchten nur dann aufschlußreich zu sein, wenn gleichzeitig mit den exemplarisch erwähnten Auskünften dargetan würde, unter welchen politischen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Bedingungen der »literarische Arbeiter« tätig war und welchen Zielsetzungen er sich verpflichtete, d. h. was Gegenstand und Intention sowie »Inzitant« seines Schaffens war, was das Spezifikum der »Schreibart« und was die je eigenen werkimmanenten Erfordernisse der schriftstellerischen Produktion ausmachte. – Von der Klärung solcher als fundamental zu erachtenden Zusammenhänge entfernt sich Engelsing indessen noch dadurch zusätzlich, daß er eine verbindliche und dem Sachverhalt hinreichend Rechnung tragende Klärung der für seine umfängliche Untersuchung zentralen Begriffe schuldig bleibt. So versteht er unter »literarischen Arbeitern« Poeten und Philosophen, Ärzte und Anwälte, Studenten und Lehrer unterschiedlichster Profession, Angestellte ebenso wie Beamte; doch – unbeschadet seiner Rationalisierung des Genie-Begriffs und seiner Problematisierung der Intuitionsdoktrin – sperrt sich Engelsing angesichts der Breite und Vielfalt des Untersuchungsspektrums gegenüber aller Differenzierung mit der einschlägig mystifizierenden Feststellung: »Mögen auch in der Kunst Offenbarungen des Unterbewußten in freier Form und unmittelbarer bestehen als in der Wissenschaft, so gewinnt auch diese Begriffe und Vorstellung aus traumvermittelten Bildern und Zusammenhängen und Ergebnisse aus unbewußten Zuständen und Prozessen«. Solche okkultistische Verschüttung, die die Sachferne ebensowenig fürchtet wie die Banalität, konvergiert mit ganz offensichtlicher Leichtfertigkeit, mit der Engelsing den Begriff der »literarischen Arbeit« definiert, indem er erklärt: »Auf jeden Fall beginnt die Existenz des literarischen Arbeiters erst mit fortgesetzter literarischer Arbeit, und sie endet, wo diese aufhört. Mit wenig Arbeit und mit gelegentlicher Arbeit ist nicht genug getan und meistens mehr Verwirrung als Nutzen gestiftet«. – Engelsing versichert, daß er sich bei seinen hier unterbreiteten Untersuchungen auf keinerlei Forschungstradition beziehen konnte; es ist allerdings auch nichts auszumachen, was wünschen ließe, daß mit dieser Abhandlung – sie bildet den ersten Teil einer auf zwei Bände veranschlagten Arbeit – eine Tradition gestiftet würde. Wolfgang Kutteneuler

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, hrsg. und eingel. von Monika Richarz (= Veröffentlichungen des Leo-Baeck-Instituts), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976, 500 S., Ln., 39,80 DM.

Die von Monika Richarz herausgegebenen und eingeleiteten Selbstzeugnisse deutscher Juden liefern den ersten Beitrag zu einer geplanten Sozialgeschichte des deutschen Judentums vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945, die in drei Bänden erscheinen und sich zeitlich wie folgt strukturieren soll: Der erste, hier vorliegende Band umfaßt die Zeitspanne des rechtlichen und sozialen Emanzipationsprozesses der Juden von ungefähr 1780 bis zur Reichsgründung 1871. Der zweite Band soll die Geschichte des Judentums im Kaiserreich widerspiegeln, der dritte schließlich die Weimarer Republik und das Dritte Reich umfassen (S. 14). Die Herausgeberin lehnt sich eng an das von R. Rürup vorgelegte Strukturmodell zur Geschichte des Judentums an, das von einer Parallelität zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung vom Feudalismus zum liberalen Konkurrenzkapitalismus und der Entwicklung der Judenfrage in Deutschland ausgeht, d. h. es wird nach den Konsequenzen des Industrialisierungsprozesses und den Auswirkungen der Emanzipationsgesetzgebung für die Lage des Judentums in Deutschland gefragt.

Deshalb werden die im Leo-Baeck-Institute (New York) vorhandenen Quellengattungen (Autobiographien, Biographien, Familiengeschichten, Tagebücher, Firmengeschichten, die Geschichten jüdischer Gemeinden, Reiseberichte, Briefe, und darin: Predigten, Testamente, Familiendokumente, Geschäftsberichte, Mitgifflisten, Kochrezepte, Stammbäume) unter dem Leitmotiv des sozialen Wandels ausgewählt und strukturiert (S. 11 f.; S. 17). Das vorgestellte Material entstammt meist der Feder unbekannter Personen aus dem jüdischen Bürgertum. Da der Stolz auf die Leistung und den sozialen Aufstieg eine sehr starke Motivation für das Niederschreiben von Memoiren seitens jüdischer Bürger in diesem Zeitraum darstellte, stammt die Mehrzahl der Quellen aus dem Bildungsbürgertum und der wirtschaftlichen Mittel- und Oberschicht, während die soziale Unterschicht des deutschen Judentums kaum repräsentiert ist (S. 13).

In diesem Band dominiert also der soziale Erfolg als hauptsächlicher Beweggrund für die Überlieferung, während in den folgenden Bänden, die den Zeugnissen von Emigranten gewidmet werden sollen, als Motivation die Vermittlung von Herkunft und Sprache für Kinder und Enkel, die in einer anderen Umgebung aufwachsen, sowie der starke Leidensdruck der im Dritten Reich Verfolgten im Vordergrund stehen werden (S. 13).

Die Herausgeberin nimmt die Bedenken der Kritik vorweg, die die Frage nach dem Wert des Materials für die wissenschaftliche Diskussion stellen wird. Denn als Quellen der Sozialgeschichte werfen die Autobiographien einige Probleme auf: Sie sind stark subjektiv gefärbt, daher oft auch unglaubwürdig oder harmonisierend, und sind eingeschränkt in ihrer sozialen Repräsentativität, so daß sich eine Überprüfung mit anderen Quellengruppen als notwendig erweisen wird. Allerdings liegen – wie hinlänglich bekannt – für die Geschichte des deutschen Judentums kaum sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studien vor, so daß sich bei der Einordnung und Verwertung der vorgelegten Dokumente Schwierigkeiten ergeben dürften, auch wenn sich in neuerer Zeit eine deutliche Zuwendung zu sozialgeschichtlichen Untersuchungen des deutschen Judentums bemerkbar macht (S. 15 f.).

Anhand der ausgewählten Dokumente werden die soziale Mobilität und der soziale Aufstieg, die Veränderungen der Berufsstruktur, die Urbanisierung und Emigration, die sozialen Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden, die politische Haltung der Juden, ihre Religiosität und ihre Bräuche, die Veränderungen in der Familienstruktur, die Wandlungen innerhalb der jüdischen Gemeinden sowie die Problematik von Stadt- und Landjudentum als subjektive Erlebnisse dokumentiert (S. 17).

Das Material lasse eine thematische Gliederung nur mit Einschränkungen zu, weil in dem jeweils vorgestellten Dokument immer mehrere Dimensionen angesprochen würden: M.

Richarz gruppiert demzufolge im 1. Teil die ältesten Memoiren aus der Zeit des Feudalismus, die Aufschluß über die Situation des Schutzjudentums geben. Die Teile 2–7 stellen verschiedene Berufsgruppen vor, wobei der Textilindustrie breiter Raum gewährt wird, weil in diesem Bereich jüdische Unternehmungen besonders häufig anzutreffen waren. Teil 8 widmet sich insbesondere den Kindheitserinnerungen deutscher Juden und trägt damit den Charakter einer Milieuschilderung. Teil 9 schließlich – der kleinste Bereich – stellt thematisch die Probleme jüdischer Auswanderer nach Übersee in den Vordergrund.

Zum Verständnis der Dokumente hat M. Richarz einen komprimierten Abriss über die Entwicklung der rechtlichen und sozialen Lage deutscher Juden, die beruflichen Umschichtungsprozesse, die religiösen und kulturellen Wandlungen und über das Gemeindeleben vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1871 vorausgeschickt (S. 19–69), der jedoch kaum neue Fakten vermittelt, wenn dem Leser die Studien von Theilhaber, Ruppin, Silbergleit, Sterling, Adler, Kampmann und vor allem Rürup bekannt sind.

Der Wert einer Veröffentlichung derartiger Dokumente liegt im wesentlichen darin, daß hier vielschichtige Primärquellen vorgestellt werden, die Auskunft über das Alltagsleben jüdischer Familien und Gemeinden, die Erfahrungen von Juden im gesellschaftlichen und geschäftlichen Umgang mit Christen, die praktischen Konsequenzen der Emanzipationsgesetzgebung und ihre Anwendung im alltäglichen Leben geben und zudem einen Eindruck von den Auswirkungen antisemitischer Affekte und gar Pogromstimmungen auf die Betroffenen selbst vermitteln.

Die Selbstzeugnisse können deshalb zur Überprüfung und Vertiefung der bisherigen Kenntnisse über die Situation des Judentums dienen, die bislang weitestgehend in beruflichen und demographischen Statistiken erfaßt worden ist (so Theilhaber, Ruppin, Silbergleit).

Gerade weil die Dokumente subjektive Erlebnisse wiedergeben, denen man sonst nur in Form der literarischen Verarbeitung nachspüren kann (wie in Jacob Wassermanns Roman »Die Juden von Zirndorf« [1897] sowie Ernst Tollers [1933] und Gustav Mayers [1949] Memoiren), stellt ihre Herausgabe einen wichtigen Beitrag zur Sozialgeschichte des Judentums dar. Im übrigen ist als besonders verdienstvoll die Auswahl der Quellen hervorzuheben: Denn einige Selbstzeugnisse widerlegen das gängige Vorurteil, die Juden hätten sich fast ausschließlich im Handel, Bank- und Verkehrswesen oder in akademischen Berufen bewährt. Vielmehr vermitteln die Lebensbeschreibungen auch einen konkreten Eindruck von der beruflichen Ausbildung und Praxis jüdischer Handwerker und beleuchten in einigen Fällen sogar, wie sich Juden als ansässige Bauern ihren Lebensunterhalt verdienten, auch wenn den objektiven Gegebenheiten gemäß der Schilderung des Alltags jüdischer Händler, Kaufleute und Bankiers breiter Raum gewährt wird. Die Auswahl verdeutlicht ebenso anschaulich, mit welchen spezifischen Schwierigkeiten die Juden im sozialen Umfeld und bei der Assimilation sowohl in den verschiedenen ländlichen Regionen als auch in den Großstädten Deutschlands zu kämpfen hatten. Insofern stellt der vorliegende Band auch eine neue und wichtige Grundlage für regionalgeschichtlich akzentuierte Studien zur Judenfrage dar, denen sich die Forschung zwar neuerdings widmet, wobei sie aber doch noch große Lücken aufzuarbeiten hat. Indem die Herausgeberin sowohl einen sozialgeschichtlichen Überblick vorangestellt, jedem Dokument eine Zusammenfassung seiner wesentlichen Gehalte vorausgeschickt, jeweils die in den Dokumenten verwandten jiddischen Ausdrücke und erwähnten jüdischen Feste erläutert hat, erleichtert sie nicht nur dem Historiker die Benutzung dieser Quellenedition, sondern könnte auch interessierte »Laien« motivieren, das Buch schätzen zu lernen.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Manfred Stürzbecher (Hrsg.), *Deutsche Ärztebriefe des 19. Jahrhunderts* (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte, hrsg. v. Wilhelm Treue, Bd. 19), Musterschmidt Verlag, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1975, 216 S., engl. brosch., 48 DM.

Manfred Stürzbecher möchte mit der angezeigten Quellensammlung versuchen, an Hand von Briefen »einen gewissen Einblick in die Lebensverhältnisse von Ärzten im vorigen Jahrhundert zu geben« (S. 7). Die ausgewählten Dokumente sollen keine Geschichte der Medizin eines Jahrhunderts ersetzen, sollen aber deutlich machen, »daß die Korrespondenz von Ärzten als eine wichtige Quelle anzusehen ist« (S. 9). Mit dieser Sammlung sollen bisher unveröffentlichte Briefe einem großen Leserkreis als Quellenlesebuch zugänglich gemacht werden. Ferner ist es Absicht des Herausgebers, »an Hand von Briefen auf kulturhistorische Zusammenhänge des Gesundheitswesens und der Medizin im 19. Jahrhundert aufmerksam zu machen« (S. 10).

Als wesentlichste Einschränkungen dieser weitgefaßten Ziele nennt der Herausgeber die Abhängigkeit von den erhaltenen und ausgewählten Briefen und ihren Autoren. Ferner geben die Briefe die wissenschaftshistorischen Vorgänge, die Ablösung der naturphilosophischen Medizin durch die naturwissenschaftliche Medizin, nur unvollkommen wieder; die Briefe sind daher vor dem Hintergrund dieses Prozesses zu sehen. Manfred Stürzbecher, der beste Kenner der Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens Deutschlands, veröffentlicht Briefe vorwiegend aus Archiven der DDR, die er vor nunmehr annähernd zwanzig Jahren eingesehen und kopiert hat und die heute der westdeutschen Forschung nahezu unzugänglich sind: das ehemalige Preußische Geheime Staatsarchiv, das Literatur-Archiv der Berliner Akademie der Wissenschaften, die Sammlung Darmstädter der Staatsbibliothek in Berlin und das Ernst-Haeckel-Haus in Jena. Provenienz und Inhalt der Dokumente beschränken sich daher vor allem auf den mittel- und ostdeutschen Raum.

Die vierzig Autoren und auch die Empfänger der insgesamt achtzig edierten Schriftstücke sind in der weitaus größten Zahl berühmte Ärzte, die zu den bedeutendsten Wissenschaftlern ihrer Zeit gehörten. Christoph Wilhelm Hufeland, Johann Evangelista Purkinje, Johannes Müller, Emil du Bois-Reymond, Max Pettenkofer, Rudolf Virchow, Johann von Mikulicz-Radecki und Emil von Behring seien genannt. Die Briefe geben Einblicke in die Organisation des Medizinalwesens, in die Krankheiten hochgestellter Persönlichkeiten, in den persönlichen Lebensbereich und den Bekannten- und Freundeskreis berühmter Ärzte. Den größten Raum nehmen Schreiben über wissenschaftliche Arbeiten und insbesondere Hochschulangelegenheiten ein; in den letztgenannten Mitteilungen zeigt sich, daß sich die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen jener Zeit in einem überaus harten Konkurrenzkampf an den Universitäten niederschlugen.

Die Texte wurden vom Herausgeber jeweils mit einer kurzen Biographie ihres Autors versehen. Biographische Daten des Empfängers und sonst genannter Personen sowie sachliche Hinweise, gegebenenfalls mit weiterführenden Literaturangaben, finden sich in den Erläuterungen. Ein Sachregister, ein geographisches Register und ein Personenregister runden die gute Ausstattung des Buches ab.

Der Quellenwert der Briefe ergibt sich, da hier keine systematische Sammlung zu einem Thema oder einer Person vorliegt, aus der jeweiligen Fragestellung. Während die Schreiben Max Pettenkofers (S. 72–78) für eine Untersuchung zur Entwicklung der öffentlichen Hygiene von Belang sind, geben die Briefe Carl Rabls an seinen Lehrer Ernst Haeckel (S. 149–160) Hinweise auf die Entwicklung der Abstammungslehre. Hingegen sind die Briefe Rudolf Virchows von 1848 und 1849 an seinen Freund Wilhelm von Wittich (S. 92 ff.) nicht nur von einer ansprechenden literarischen Kraft, sondern zeigen Hochgefühl und bald folgende Resignation des Revolutionärs von 1848. Hervorzuheben sind die am Ende des Bandes aufgeführten Briefe des praktischen Arztes Dr. Friedrich Hermann Otto und des Kreisphysikus Dr. Werner Friedrich Eduard H. Joesting an Rudolf Virchow (S. 176–178).

Hier wird die Belastung, soziale Bedrängnis und Not des praktizierenden Arztes spürbar – Otto hatte seine Praxis in einem Industrievorort Magdeburgs, Joesting saß in einem Dorf in der rheinischen Provinz.

Gerade diese Briefe zeigen das Dilemma der vorliegenden Sammlung. Stürzbecher kommt das Verdienst zu, diese Dokumente der Forschung zugänglich gemacht zu haben. Vor allem durch den beigefügten Apparat werden auch kulturhistorische Zusammenhänge des Gesundheitswesens und der Medizin im 19. Jahrhundert in Schlaglichtern aufgezeigt. Doch kommt hier wieder nur die vergleichsweise dünne Oberschicht von berühmten Ärzten, Wissenschaftlern und Beamten zu Wort. Einen Einblick in die Lebensverhältnisse der praktizierenden Ärzte, die die medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung sicherzustellen hatten, kann die vorliegende Sammlung mithin nicht gewähren. Hier wären zahlreiche weitere Briefe und Dokumente niedergelassener und beamteter Ärzte nötig. Stürzbecher weist selbst darauf hin, daß eine umfassende Geschichte der Armenärzte Berlins noch aussteht (S. 181). Darüber hinaus ist eine Kultur- und Sozialgeschichte der Ärzteschaft im Zeitalter der Industrialisierung Deutschlands sicherlich weiterhin ein wesentliches Desiderat der Medizinhistorie.

Alfons Labisch

Carsten Küther, Räuber und Gauner in Deutschland. Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 20), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976. 197 S. und 2 Faltkarten, kart., 24 DM.

Der »Sozialbandit« wird heute weitgehend als eine Abart des bäuerlichen Rebellen betrachtet, obwohl der Grad seines politischen Bewußtseins und die Grenze, welche ihn vom gewöhnlichen Räuber trennt, umstritten bleiben. Fest steht jedenfalls, daß dieser Typus des »edlen Räubers« seinem eigenen und dem bäuerlichen Rechtsempfinden nach genau das Gegenteil eines Verbrechers ist, nämlich ein Verteidiger oder Wiederhersteller des eigentlichen Rechts. Solche Bauernvertreter sind im deutschen 18. Jahrhundert, dem Hauptfeld der Untersuchungen Küthers, kaum zu finden, außer im Fall des »bayrischen Hiesel«, der laut Verfasser eindeutig zu ihnen gehört. Das Gros der mitteleuropäischen Räuber des 18. Jahrhunderts bestand aus Mitgliedern der eben *nicht* in die »rechtschaffene« Gesellschaft integrierten, sondern aus ihr verstoßenen Randschichten und Außenseiter: »unehrliche« Gewerbe, entwurzelt Vagantenvolk, Zigeuner, Juden, die Subkultur der oft erblichen Kriminalität. Der Verfasser sucht in dieser interessanten Studie über Räuber und Gauner in Deutschland im Zuge eines Vergleichs zwischen den beiden Räubertypen zu beweisen, daß der in eigener und gesellschaftlicher Wertschätzung anti-soziale Räuber auch zum Teil als Vertreter der sozialen Rebellion angesehen werden kann.

Der Vergleich zwischen den beiden Räubertypen ist begrüßenswert. Die Struktur der bäuerlichen Bande ist straffer und militärischer, da sie – eben weil in der Öffentlichkeit lebend und nicht insgeheim, dank der bäuerlichen Unterstützung – ständig kampfbereit sein muß und auch weil Übergriffe gegen das Rechtsgefühl der Bevölkerung durch den Führer verhindert bzw. bestraft werden müssen. Umgekehrt ist die Gaunerbande loser und »freiheitlicher« organisiert, tritt oft nur bei Aktionen als Bande auf und hält hauptsächlich als Teil eines über große geographische Gebiete verbreiteten und durch persönliche und Familienbande verbundenen Netzes der Asozialen zusammen. Während die Bauernbande, bei der – wenigstens bei den Wilderern des Bayrischen Hiesel – das finanzielle Moment kaum die Hauptrolle spielt, den Rückhalt in der normalen ländlichen Gesellschaft findet, bedarf die Gaunerbande einer Organisation der Hehler und der »sicheren Häuser« unter den Randgruppen und Außenseitern der Gesellschaft. Die Parallelen der einen mit der klassischen ländlichen Guerrilla, der andern mit gewissen modernen Formen der minoritären Terroraktion liegen nahe.

Hier wird die Belastung, soziale Bedrängnis und Not des praktizierenden Arztes spürbar – Otto hatte seine Praxis in einem Industrievorort Magdeburgs, Joesting saß in einem Dorf in der rheinischen Provinz.

Gerade diese Briefe zeigen das Dilemma der vorliegenden Sammlung. Stürzbecher kommt das Verdienst zu, diese Dokumente der Forschung zugänglich gemacht zu haben. Vor allem durch den beigefügten Apparat werden auch kulturhistorische Zusammenhänge des Gesundheitswesens und der Medizin im 19. Jahrhundert in Schlaglichtern aufgezeigt. Doch kommt hier wieder nur die vergleichsweise dünne Oberschicht von berühmten Ärzten, Wissenschaftlern und Beamten zu Wort. Einen Einblick in die Lebensverhältnisse der praktizierenden Ärzte, die die medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung sicherzustellen hatten, kann die vorliegende Sammlung mithin nicht gewähren. Hier wären zahlreiche weitere Briefe und Dokumente niedergelassener und beamteter Ärzte nötig. Stürzbecher weist selbst darauf hin, daß eine umfassende Geschichte der Armenärzte Berlins noch aussteht (S. 181). Darüber hinaus ist eine Kultur- und Sozialgeschichte der Ärzteschaft im Zeitalter der Industrialisierung Deutschlands sicherlich weiterhin ein wesentliches Desiderat der Medizinhistorie.

Alfons Labisch

Carsten Küther, Räuber und Gauner in Deutschland. Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 20), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976. 197 S. und 2 Faltkarten, kart., 24 DM.

Der »Sozialbandit« wird heute weitgehend als eine Abart des bäuerlichen Rebellen betrachtet, obwohl der Grad seines politischen Bewußtseins und die Grenze, welche ihn vom gewöhnlichen Räuber trennt, umstritten bleiben. Fest steht jedenfalls, daß dieser Typus des »edlen Räubers« seinem eigenen und dem bäuerlichen Rechtsempfinden nach genau das Gegenteil eines Verbrechers ist, nämlich ein Verteidiger oder Wiederhersteller des eigentlichen Rechts. Solche Bauernvertreter sind im deutschen 18. Jahrhundert, dem Hauptfeld der Untersuchungen Küthers, kaum zu finden, außer im Fall des »bayrischen Hiesel«, der laut Verfasser eindeutig zu ihnen gehört. Das Gros der mitteleuropäischen Räuber des 18. Jahrhunderts bestand aus Mitgliedern der eben *nicht* in die »rechtschaffene« Gesellschaft integrierten, sondern aus ihr verstoßenen Randschichten und Außenseiter: »unehrliche« Gewerbe, entwurzelt Vagantenvolk, Zigeuner, Juden, die Subkultur der oft erblichen Kriminalität. Der Verfasser sucht in dieser interessanten Studie über Räuber und Gauner in Deutschland im Zuge eines Vergleichs zwischen den beiden Räubertypen zu beweisen, daß der in eigener und gesellschaftlicher Wertschätzung anti-soziale Räuber auch zum Teil als Vertreter der sozialen Rebellion angesehen werden kann.

Der Vergleich zwischen den beiden Räubertypen ist begrüßenswert. Die Struktur der bäuerlichen Bande ist straffer und militärischer, da sie – eben weil in der Öffentlichkeit lebend und nicht insgeheim, dank der bäuerlichen Unterstützung – ständig kampfbereit sein muß und auch weil Übergriffe gegen das Rechtsgefühl der Bevölkerung durch den Führer verhindert bzw. bestraft werden müssen. Umgekehrt ist die Gaunerbande loser und »freiheitlicher« organisiert, tritt oft nur bei Aktionen als Bande auf und hält hauptsächlich als Teil eines über große geographische Gebiete verbreiteten und durch persönliche und Familienbande verbundenen Netzes der Asozialen zusammen. Während die Bauernbande, bei der – wenigstens bei den Wilderern des Bayrischen Hiesel – das finanzielle Moment kaum die Hauptrolle spielt, den Rückhalt in der normalen ländlichen Gesellschaft findet, bedarf die Gaunerbande einer Organisation der Hehler und der »sicheren Häuser« unter den Randgruppen und Außenseitern der Gesellschaft. Die Parallelen der einen mit der klassischen ländlichen Guerrilla, der andern mit gewissen modernen Formen der minoritären Terroraktion liegen nahe.

Der Versuch, die Gauner als Sozialrebelln zu deuten, überzeugt weniger. Klar ist wohl, daß Räuber und Gauner sozusagen *ex officio* Opfer des Systems sind und daher wohl mit anderen Opfern eine gewisse Sympathie entwickeln bzw. deren Sympathie erregen können; und auch, daß sich ihre Aktion vorwiegend gegen die verhältnismäßig Wohlhabenden richtet. Ob dies als »Rebellion« zu betrachten ist, wäre fraglich. Das Element der Rebellion im Bauernbanditen besteht in dessen Verteidigung eines herkömmlichen Modells der gesellschaftlichen Beziehungen gegen »die Ungerechtigkeit«. Sein Handeln impliziert ein »Programm«, das etwa durch Beseitigung der Ungerechtigkeit und Rückkehr (auch des Bauernbanditen selbst) zur »rechten« Ordnung der Dinge verwirklicht werden kann. Der Gauner hat aber kein Programm als das, eben *nicht* zur rechtschaffenen Gesellschaft zu gehören, und versucht auch kaum in diese einzutreten. Er existiert als *permanenter* Außenseiter, als Mitglied spezialisierter Gruppen der Pariaschichten einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft, in der eben seine Funktion als Gauner ist, ein solcher zu sein. Der Verfasser zitiert mit Recht das Wort des Räubers Damian Hessel: »Wir sind notwendig [...] Gott erweckt und sendet uns um die Reichen und Geizigen zu züchtigen« (S. 59 f.). Der Sinn dieser Rationalisierung, der z. B. in einer Kastengesellschaft wie der Indiens, aber auch in einer mittelalterlichen zum Allgemeingut der Ideologie gehört, scheint aber nicht klar erfaßt zu sein. Es handelt sich doch wohl hier, trotz allem Ressentiment gegen die Ordnung, die einen Mann in die »Unehrllichkeit« verbannt, um das Gegenteil einer Rebellion, nämlich um eine Anerkennung dieser Ordnung selbst und der »gegengesellschaftlichen« oder subalternen Funktion des Antisozialen in ihr. Der Bettler existiert, um dem guten Christen die Gelegenheit zur Barmherzigkeit zu geben; der Räuber in einer analogen Symbiose mit den Be-raubten.

Kann man in einer solchen Lage das Wort »Rebellion« überhaupt als sozialen Begriff verwenden? Doch wohl erst im vollen Sinn, wenn der Paria dagegen protestiert, daß es »unehrliche« Berufe gibt, der Räuber an eine Gesellschaft denkt, in der niemand rauben soll oder muß. Es kann sich allerdings das Außenseitertum in bestimmten Umständen als Surrogat für die Rebellion entwickeln, in dem sich nämlich potentielle Rebellen aus der »rechtschaffenen« Gesellschaft in die »krumme« absetzen bzw. in ihr Zuschlupf finden. Wie weit das im Deutschland des 17. und 18. Jahrhunderts zutrif, geht aus dem Buch nicht hervor.

Daß die Grenze zwischen dem funktionellen Außenseiter und der protestierenden Unterschicht oft unklar ist, ergibt sich allerdings schon aus der Existenz einer bedeutenden Schicht der »Vaganten«, innerhalb der eben Räuber, Gauner und anderes fahrende Volk ihren sozialen Standort haben und aus der sie sich zum Teil rekrutieren. Die Mitgliedschaft der Banden scheint aber doch hauptsächlich aus versippten und oft erblichen Verbrechergruppen und aus institutionalisierten Parias sowohl der ausgestoßenen Völker (Zigeuner, Juden) wie der vagierenden Berufe zu kommen (Kap. II). Der Verfasser warnt wohl mit Recht vor der unkritischen Deutung der statistischen Quellen, daß es für Verbrecher vorteilhaft war, anerkannten Wanderberufen zugerechnet zu werden (S. 154), bezweifelt aber diese Beziehung kaum.

Obwohl er mit Recht unsere Unkenntnis dieser riesigen Vagantenschicht beklagt – er schätzt sie, laut bayrischen Quellen, konservativ auf 10 % der seßhaften Bevölkerung –, so steht doch fest, daß diese Schicht zum Großteil aus verarmten, entwurzelten und deklassierten Menschen der »arbeitenden Armut« bestand und mit den Struktur- und Konjunkturänderungen in der »rechtschaffenen« Gesellschaft schrumpfte oder anwuchs. Eben für die letzten Jahrzehnte vor der französischen Revolution, die Krise des Ancien Régime, ist das sprunghafte Anwachsen solcher Randschichten, deren soziale, geschlechtliche und altersmäßige Zusammensetzung und die Machtlosigkeit der Behörden, ihr anders als mit Terror entgegenzutreten, schon von Historikern untersucht wurden (Vgl. z. B. N. Castan, *La justice expéditive*, in: *Annales E.S.C.* 31, 1976, S. 331–361). Es wäre wünschenswert, das

Vagantenphänomen in Deutschland ähnlich in den historischen Wandel dieser Epoche einzubauen.

Abschließend kann man dem Verfasser zustimmen, wenn er die politische Machtlosigkeit der Vagantenbevölkerung ihrer scharfen Trennung (zum jeweiligen Zeitpunkt) von der sesshaften zuschreibt. Kann man aber behaupten, »der Haß der Vagantenbevölkerung gegen Staat und soziale Verfassung teilte sich auch dem [...] Banditen mit und wurde von ihm – so scheint es – gar konsequenter ausgelebt«? Das wird sich erst untersuchen lassen, wenn wir mehr Klarheit über die politische und soziale Gedankenwelt solcher zeitweilig oder permanent entwurzelter Randschichten der arbeitenden Bevölkerung besitzen. Sicher ist aber die »Stilisierung von durch die Obrigkeit als kriminell abqualifizierten Personen« (S. 120) in der Volksmeinung nicht nur »zu Wohltätern, zu Helden, zu Robin-Hood-Figuren«, sondern auch zum Sprachrohr der Stummen. Es ist wohl kein Zufall, daß die (übrigens ideologisch vieldeutige) Zeremonie der öffentlichen Hinrichtung mit den später durch Moritaten kolportierten »letzten Worten« der Opfer eben im England des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Wichtig ist auch die vom Verfasser erwähnte, aber nicht besonders hervorgehobene literarische Verwertung des Räubers, die, wie bei Gays Bettleroper und bei Schiller, eine tiefere Sozialkritik andeutet.

Küthers wertvolles Buch eröffnet also einen bedeutenden Fragenkomplex, mit dem sich Historiker noch lange zu beschäftigen haben werden. Eric J. Hobsbawm

Paul Hugger, Sozialrebelln und Rechtsbrecher in der Schweiz. Eine historisch-volkskundliche Studie, Atlantis-Verlag, Zürich/Freiburg 1976, 143 S., Ln., 19,80 DM.

Das Büchlein Paul Huggers sucht zu beweisen und beweist auch, daß das Phänomen des Sozialrebellentums und des Rechtsbruches mit Elementen des Sozialprotests in der modernen Schweizer Geschichte vorzufinden ist. Der Verfasser beschreibt und kommentiert zwei Fälle im Jura des 18. Jahrhunderts, in denen chiliastische und nativistische Strömungen erkenntlich sind, einen seines Erachtens nach klaren Fall des Sozialbanditentums im Tessin (»Mattirolo«, 1813–1902) und sonstiges Räubertum in der welschen und italienischen Schweiz. Aus der deutschen Schweiz kommt lediglich der dem Schinderhannes ähnliche Fall des Gauners Bernhard Matter (1821–1854). Da diese Episoden der Schweizer Volksgeschichte außerhalb des Landes und wohl auch innerhalb dessen traditioneller Geschichtsschreibung wenig bekannt sind, bringt das Buch dem Leser viel Neues.

Sein Hauptwert liegt aber weniger in solchen Entdeckungen bzw. Wiederentdeckungen als in der Untersuchung der im Volke fortlebenden Ideen, insofern als diese in den erwähnten Episoden und in der späteren Volkserinnerung an sie Ausdruck finden. Der Verfasser beschreibt sein Werk mit Recht als »eine volkskundlich-historische Studie«, und seine Arbeit unterstreicht den Wert der Volkskunde für den modernen Sozialhistoriker, was übrigens schon von anderen Schweizer Historikern (Rudolf Braun) und auch in größerem Maßstab von den Historikern der französischen Sozialbewegungen des 19. Jahrhunderts auf dem Lande bewiesen worden ist. Es geht Hugger hauptsächlich um die Mythologisierung des Sozialrebelln und Rechtsbrechers als Volkshelden, wobei die eigentlichen Gestalten und Ereignisse, die den Anlaß zum Mythos geben, weitgehend umgedeutet werden. So unterstreicht er in der Ideologie der Bauern die Suche nach einem idealen Urzustand der Gesellschaft (wie er in der Schweiz konkret im Hinweis auf »die uralten Eydtgenossen vor Ettllich hundert Jahren« zum Ausdruck kommt), den Traum der Abschaffung jeglicher Obrigkeit, der sich in der Utopie verliert (S. 24), vielleicht auch den bewußten Rückgriff auf archaische Waffen (S. 24, 108). Ferner weist er auf die Tendenz hin, gewisse Gestalten zu Kultusfiguren umzuformen, wie z. B. noch heute den Rennfahrer Jo Siffert und den Gletscherpiloten Hermann Geiger (S. 28).

Vagantenphänomen in Deutschland ähnlich in den historischen Wandel dieser Epoche einzubauen.

Abschließend kann man dem Verfasser zustimmen, wenn er die politische Machtlosigkeit der Vagantenbevölkerung ihrer scharfen Trennung (zum jeweiligen Zeitpunkt) von der sesshaften zuschreibt. Kann man aber behaupten, »der Haß der Vagantenbevölkerung gegen Staat und soziale Verfassung teilte sich auch dem [...] Banditen mit und wurde von ihm – so scheint es – gar konsequenter ausgelebt«? Das wird sich erst untersuchen lassen, wenn wir mehr Klarheit über die politische und soziale Gedankenwelt solcher zeitweilig oder permanent entwurzelter Randschichten der arbeitenden Bevölkerung besitzen. Sicher ist aber die »Stilisierung von durch die Obrigkeit als kriminell abqualifizierten Personen« (S. 120) in der Volksmeinung nicht nur »zu Wohltätern, zu Helden, zu Robin-Hood-Figuren«, sondern auch zum Sprachrohr der Stummen. Es ist wohl kein Zufall, daß die (übrigens ideologisch vieldeutige) Zeremonie der öffentlichen Hinrichtung mit den später durch Moritaten kolportierten »letzten Worten« der Opfer eben im England des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Wichtig ist auch die vom Verfasser erwähnte, aber nicht besonders hervorgehobene literarische Verwertung des Räubers, die, wie bei Gays Bettleroper und bei Schiller, eine tiefere Sozialkritik andeutet.

Küthers wertvolles Buch eröffnet also einen bedeutenden Fragenkomplex, mit dem sich Historiker noch lange zu beschäftigen haben werden. Eric J. Hobsbawm

Paul Hugger, Sozialrebell und Rechtsbrecher in der Schweiz. Eine historisch-volkskundliche Studie, Atlantis-Verlag, Zürich/Freiburg 1976, 143 S., Ln., 19,80 DM.

Das Büchlein Paul Huggers sucht zu beweisen und beweist auch, daß das Phänomen des Sozialrebellentums und des Rechtsbruches mit Elementen des Sozialprotests in der modernen Schweizer Geschichte vorzufinden ist. Der Verfasser beschreibt und kommentiert zwei Fälle im Jura des 18. Jahrhunderts, in denen chiliastische und nativistische Strömungen erkenntlich sind, einen seines Erachtens nach klaren Fall des Sozialbanditentums im Tessin (»Mattirolo«, 1813–1902) und sonstiges Räubertum in der welschen und italienischen Schweiz. Aus der deutschen Schweiz kommt lediglich der dem Schinderhannes ähnliche Fall des Gauners Bernhard Matter (1821–1854). Da diese Episoden der Schweizer Volksgeschichte außerhalb des Landes und wohl auch innerhalb dessen traditioneller Geschichtsschreibung wenig bekannt sind, bringt das Buch dem Leser viel Neues.

Sein Hauptwert liegt aber weniger in solchen Entdeckungen bzw. Wiederentdeckungen als in der Untersuchung der im Volke fortlebenden Ideen, insofern als diese in den erwähnten Episoden und in der späteren Volkserinnerung an sie Ausdruck finden. Der Verfasser beschreibt sein Werk mit Recht als »eine volkskundlich-historische Studie«, und seine Arbeit unterstreicht den Wert der Volkskunde für den modernen Sozialhistoriker, was übrigens schon von anderen Schweizer Historikern (Rudolf Braun) und auch in größerem Maßstab von den Historikern der französischen Sozialbewegungen des 19. Jahrhunderts auf dem Lande bewiesen worden ist. Es geht Hugger hauptsächlich um die Mythologisierung des Sozialrebell und Rechtsbrechers als Volkshelden, wobei die eigentlichen Gestalten und Ereignisse, die den Anlaß zum Mythos geben, weitgehend umgedeutet werden. So unterstreicht er in der Ideologie der Bauern die Suche nach einem idealen Urzustand der Gesellschaft (wie er in der Schweiz konkret im Hinweis auf »die uralten Eydtgenossen vor Ettllich hundert Jahren« zum Ausdruck kommt), den Traum der Abschaffung jeglicher Obrigkeit, der sich in der Utopie verliert (S. 24), vielleicht auch den bewußten Rückgriff auf archaische Waffen (S. 24, 108). Ferner weist er auf die Tendenz hin, gewisse Gestalten zu Kultusfiguren umzuformen, wie z. B. noch heute den Rennfahrer Jo Siffert und den Gletscherpiloten Hermann Geiger (S. 28).

Besonders interessant ist seine Analyse der Wechselbeziehung zwischen traditioneller Volkerinnerung und sozialem Meinungsdruck einerseits, politischer Entwicklung andererseits, z. B. im Fortleben des politisch engagierten Volksliedes im Berner Jura. So entstehen die noch heute populären Lieder über die Bauernunruhen von 1730–1740 ein Jahrhundert später im Zuge der Radikalisierung der 1830er Jahre, und ähnlich leben traditionell erhaltene Themen in der gegenwärtigen Radikalisierung im gleichen Gebiet wieder auf – auch wieder durch politische Volkslieder. Überhaupt bringt Huggers Buch durch solche Analysen einen bedeutenden, auch für Nichtschweizer wichtigen Beitrag zum Verständnis des heutigen jurassischen Separatismus, der sich weitgehend auf die historischen Ressentiments der sowohl französischsprachigen wie katholischen Jurassiens im Berner Kanton zu stützen scheint (S. 38–55). Für das Studium des modernen Nationalismus als (ländlicher) Volksbewegung ist das Buch daher von Bedeutung und ergänzt größer angelegte Untersuchungen wie die von John W. Cole und Eric Wolf (*The Hidden Frontier*, 1974).

Das anregende Buch enthält zahlreiche Illustrationen und bringt einige interessante Dokumente im Anhang.  
Eric J. Hobsbawm

George Rudé, *Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730–1848*. Deutsche Übersetzung von Sieglinde Summerer und Gerda Kurz, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1977, 258 S., Pb., 28 DM.

Die Motive, Funktionen und Ergebnisse der zahlreichen Volksunruhen in der Übergangsepoche von der statisch-agrarischen Privilegiengesellschaft zum dynamisch-industriellen Wettbewerbs- und Profitsystem sind ein wichtiges, von der Geschichtswissenschaft jedoch vernachlässigtes Thema. Die meisten Historiker benutzen je nach ihrer politischen und sozialen Einstellung abgegriffene Klischees; den einen gelten die Teilnehmer an Volksaufständen als Kämpfer für Gerechtigkeit und Freiheit, den anderen als Pöbel und Kanaille. Die Volksmassen, die ja kaum eigene schriftliche Zeugnisse hinterließen und sich nur in der Aktion artikulierten, werden in der Regel zu einem abstrakten, gesichtslosen Phänomen reduziert.

Der englische, jetzt in Kanada lehrende Historiker George Rudé hat in jahrzehntelangem Studium die Volksbewegungen Englands und Frankreichs im 18. und 19. Jahrhundert untersucht und mit neuer Methodik und Quellenforschung bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er zieht nicht nur Spitzel-, Denunzianten- und Polizeiberichte, Gerichtsprotokolle, Flugschriften und Pressemeldungen heran, sondern verwendet auch Steuerlisten, Preis- und Lohntabellen, Finanzurkunden, Wählerverzeichnisse, um herauszufinden, wer sich an den Volksaufständen beteiligte. Rudés Werk »Die Massen in der französischen Revolution«, das 1959 im englischen Original und zwei Jahre später in deutscher Übersetzung erschien, hat ihm weit über die Fachwelt hinaus einen renommierten Namen eingetragen. Seine jetzt vorliegende Arbeit »The Crowd in history. Popular disturbances 1730–1848« (London 1964) mußte vierzehn Jahre warten, bevor sie ins Deutsche übertragen wurde.

Rudé stellt fest, daß die Verhaltensmuster, Aktionsformen und Ziele der Volksmassen in agrarischen und in industriellen Gesellschaften stark voneinander abweichen. Für die vorindustrielle Sozialordnung sind die religiöse und chiliastische Heilsbewegung sowie der Bauernaufstand, die »Jacquerie«, die die Schlösser der Adligen anzündet und zerstört, die typische Form des Volksprotests. In der Übergangszeit von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft – und diese Epoche wird im vorliegenden Band untersucht – richtet sich die Rebellion in erster Linie gegen die Teuerung, besonders die unerschwinglichen Brotpreise. Die Teilnehmer des Aufruhrs rekrutieren sich meist aus verelendeten städtischen Plebejern, die noch kein Klassenbewußtsein besitzen. Da die Stadt- und Dorfarmen durchschnittlich 80 % ihres Einkommens für Brot ausgaben, war in der französischen Revolution (wie schon die Historiker Carlyle und Michelet erkannten) das Hungerelend die Haupt-

Besonders interessant ist seine Analyse der Wechselbeziehung zwischen traditioneller Volkerinnerung und sozialem Meinungsdruck einerseits, politischer Entwicklung andererseits, z. B. im Fortleben des politisch engagierten Volksliedes im Berner Jura. So entstehen die noch heute populären Lieder über die Bauernunruhen von 1730–1740 ein Jahrhundert später im Zuge der Radikalisierung der 1830er Jahre, und ähnlich leben traditionell erhaltene Themen in der gegenwärtigen Radikalisierung im gleichen Gebiet wieder auf – auch wieder durch politische Volkslieder. Überhaupt bringt Huggers Buch durch solche Analysen einen bedeutenden, auch für Nichtschweizer wichtigen Beitrag zum Verständnis des heutigen jurassischen Separatismus, der sich weitgehend auf die historischen Ressentiments der sowohl französischsprachigen wie katholischen Jurassiens im Berner Kanton zu stützen scheint (S. 38–55). Für das Studium des modernen Nationalismus als (ländlicher) Volksbewegung ist das Buch daher von Bedeutung und ergänzt größer angelegte Untersuchungen wie die von John W. Cole und Eric Wolf (*The Hidden Frontier*, 1974).

Das anregende Buch enthält zahlreiche Illustrationen und bringt einige interessante Dokumente im Anhang.  
Eric J. Hobsbawm

George Rudé, *Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730–1848*. Deutsche Übersetzung von Sieglinde Summerer und Gerda Kurz, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1977, 258 S., Pb., 28 DM.

Die Motive, Funktionen und Ergebnisse der zahlreichen Volksunruhen in der Übergangsepoche von der statisch-agrarischen Privilegiengesellschaft zum dynamisch-industriellen Wettbewerbs- und Profitsystem sind ein wichtiges, von der Geschichtswissenschaft jedoch vernachlässigtes Thema. Die meisten Historiker benutzen je nach ihrer politischen und sozialen Einstellung abgegriffene Klischees; den einen gelten die Teilnehmer an Volksaufständen als Kämpfer für Gerechtigkeit und Freiheit, den anderen als Pöbel und Kanaille. Die Volksmassen, die ja kaum eigene schriftliche Zeugnisse hinterließen und sich nur in der Aktion artikulierten, werden in der Regel zu einem abstrakten, gesichtslosen Phänomen reduziert.

Der englische, jetzt in Kanada lehrende Historiker George Rudé hat in jahrzehntelangem Studium die Volksbewegungen Englands und Frankreichs im 18. und 19. Jahrhundert untersucht und mit neuer Methodik und Quellenforschung bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er zieht nicht nur Spitzel-, Denunzianten- und Polizeiberichte, Gerichtsprotokolle, Flugschriften und Pressemeldungen heran, sondern verwendet auch Steuerlisten, Preis- und Lohn Tabellen, Finanzurkunden, Wählerverzeichnisse, um herauszufinden, wer sich an den Volksaufständen beteiligte. Rudés Werk »Die Massen in der französischen Revolution«, das 1959 im englischen Original und zwei Jahre später in deutscher Übersetzung erschien, hat ihm weit über die Fachwelt hinaus einen renommierten Namen eingetragen. Seine jetzt vorliegende Arbeit »The Crowd in history. Popular disturbances 1730–1848« (London 1964) mußte vierzehn Jahre warten, bevor sie ins Deutsche übertragen wurde.

Rudé stellt fest, daß die Verhaltensmuster, Aktionsformen und Ziele der Volksmassen in agrarischen und in industriellen Gesellschaften stark voneinander abweichen. Für die vorindustrielle Sozialordnung sind die religiöse und chiliastische Heilsbewegung sowie der Bauernaufstand, die »Jacquerie«, die die Schlösser der Adligen anzündet und zerstört, die typische Form des Volksprotests. In der Übergangszeit von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft – und diese Epoche wird im vorliegenden Band untersucht – richtet sich die Rebellion in erster Linie gegen die Teuerung, besonders die unerschwinglichen Brotpreise. Die Teilnehmer des Aufruhrs rekrutieren sich meist aus verelendeten städtischen Plebejern, die noch kein Klassenbewußtsein besitzen. Da die Stadt- und Dorfarmen durchschnittlich 80 % ihres Einkommens für Brot ausgaben, war in der französischen Revolution (wie schon die Historiker Carlyle und Michelet erkannten) das Hungerelend die Haupt-

triebkraft der aufständischen Massen. – In der modernen Industriegesellschaft sind Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen der organisierten (oft von Intellektuellen geführten) Arbeiterschaft die verbreitetste Form der Protestbewegung.

Bei den meisten sozialen Unruhen zwischen 1730 und 1848 in England und Frankreich vermengten die Aufständischen ihre Sehnsucht nach der Wiederkehr einer angeblich glücklichen idyllischen Vergangenheit mit vorwärtsweisenden Forderungen nach wirtschaftlicher Verbesserung und sozialer Chancengleichheit. Der »Mehlkrieg« von 1775 in Paris und den benachbarten Provinzen zehrte noch nicht vom Ideengut der Aufklärung; die Aufständischen sahen die Kornhändler und Gutsbesitzer als ihre Gegner an und beriefen sich auf traditionelle Rechte. Der vom Reformator Turgot dekretierte freie Getreidehandel entsprach dem bürgerlichen Wirtschaftsliberalismus, führte jedoch infolge fehlender Kontrolle der Lebensmittelzufuhr zu Elend bei den handarbeitenden Bevölkerungsschichten und somit zum Aufstand.

Im Zentrum der Sansculottenaufstände in den Entscheidungsjahren der französischen Revolution stand weniger die Auseinandersetzung um Verfassungsfragen und monarchische oder republikanische Staatsform als die Sorge um die Sicherung der materiellen Existenz. Der Zorn des Volks entlud sich sowohl gegen die Aristokraten, die man des Komplotts gegen die Revolution beschuldigte, als auch gegen die bürgerlichen Spekulanten, Schieber und Wucherer, die sich am Schweiß des hungernden und kämpfenden Volks bereicherten. Die Sansculotten erhoben den utopischen Ruf nach egalitärer Besitzumschichtung und postulierten ein »Naturrecht auf Existenz«, das den natürlichen Rechten auf Eigentum übergeordnet sei. Sozialistische Vorstellungen des Gemeineigentums waren ihnen fremd; sie bejahten ebenso wie die Verfechter der kapitalistischen Ideologie das Eigentumsrecht an Produktionsmitteln, wollten jedoch nur die eigene persönliche Arbeit gelten lassen und negierten die Ausbeutung von Lohnabhängigen. Nicht nur in ihrer Ideologie, sondern auch in ihren Kampfformen unterschieden sich die Sansculotten von bürgerlichen Vorstellungen. Ihre Bewegung erzielte mit dem Höchstpreisgesetz von Ende September 1793 einen Erfolg, als sich der bürgerliche Jakobinerkonvent durch den Druck der Straße gezwungen sah, auf die liberalen Marktwirtschaftsprinzipien zugunsten einer Wirtschaftskontrolle zeitweilig zu verzichten.

Es gab auch politisch konservative, ja reaktionäre Volksbewegungen. In England waren die verzweifelten Handspinner und -weber, die durch die neuen Maschinen brotlos gemacht wurden und keinerlei soziale Rechte genossen, die Hauptbeteiligten bei den Unruhen der Maschinenstürmer; mit diesen Empörungen gegen die aufkommende Industriegesellschaft waren die sozialen Unruhen »für Kirche und König« verwandt, die von militantem Chauvinismus und Fremdenhaß durchdrungen waren; als Fremde galten außer Franzosen, Spaniern, Juden und Katholiken, die für das Volkseleud verantwortlich gemacht wurden, auch Schotten und Iren. Diese Aufständischen proklamierten ihre Bindung an die traditionelle Ordnung gegen Neuerungsbestrebungen und griffen 1791 den renommierten Chemiker Joseph Priestley, einen Ehrenbürger der französischen Republik, an, dessen Haus angezündet wurde. – 1830 führte die erstmalige Benutzung von Dreschmaschinen zu einer großen Landarbeiterrevolte in England, den »Captain Swing«-Aufständen. Bei der kurz darauf einsetzenden Chartistenbewegung konstatiert Rudé eine Vermengung von traditionellen Massenaktionen und modernen Arbeitskämpfen des Industrieproletariats.

Die überaus informative Arbeit Rudés ist ein wichtiger Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpsychologie. Leider weist die deutsche Ausgabe eine Reihe von Mängeln auf, die dem Verlag anzulasten sind. Der nichtssagende Untertitel der Überschrift »England und Frankreich« teilt im Gegensatz zum englischen Original nichts von Volksunruhen mit. Das Fehlen eines Registers erschwert die Benutzung der Arbeit. Im Inhaltsverzeichnis lautet die Überschrift des 2. Teils »Die industriellen Massen«, während im Text selbst (S. 179) richtig »Die vorindustriellen Massen« gemeint sind. Zahllose Druckfehler entstellen den Text; die vier

sinnentstellendsten seien angemerkt: Der Sturm auf die Bastille fand 1789, nicht 1783 statt (S. 8); der Herausgeber des Gedenkbandes über Maximilien Robespierre heißt Markov, nicht Marlor (S. 120); die proletarischen Unruhen in Paris brachen am 21. Juni, nicht am 21. Mai 1848 aus (S. 160); was schließlich »Berufungsgenossenschaften« sind (S. 157), bleibt Geheimnis der beiden Übersetzerinnen. Walter Grab

Charles Tilly / Louise Tilly / Richard Tilly, *The Rebellious Century. 1830–1930*, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1975, XV, 354 S., Ln., \$ 10.20.

»Dieses Buch befaßt sich hauptsächlich mit Veränderungen in Form, Häufigkeit, Ort und Trägern kollektiver Gewalt in drei europäischen Ländern in einer Zeit, die durch Industrialisierung und Urbanisierung geprägt ist. Es verfolgt durchgehend die Frage, wie sich Industrialisierung, Urbanisierung und die damit verbundenen Veränderungen auf die kollektive Gewalt ausgewirkt haben [...] Es behandelt diese Fragen überwiegend im Vergleich verschiedener Orte, Zeiten und Menschen hinsichtlich ihres Verhältnisses zur kollektiven Gewalt, zu anderen Konfliktformen, zu abweichendem Verhalten und zum säkularen Strukturwandel« (S. 13). Zeugt dieses Programm schon im Umfang der Problemstellung nicht von Kleinmut, so wird es zusätzlich dadurch erschwert, daß die Verfasser (Charles Tilly für Frankreich 1830–1960, Louise Tilly für Italien 1830–1922, Richard Tilly für Deutschland 1816–1933) ihre Aufgabe theorieorientiert und mit quantitativ analytischen Methoden zu lösen versuchen. Wer die Schwierigkeit des Gegenstandes kennt, weiß, daß dabei viele Fragen offenbleiben müssen. Wenn die Ergebnisse aber selbst reduzierte Erwartungen nicht immer erfüllen, so hat das eine Reihe von Gründen, die vor allem mit dem Erkenntnisinteresse, dem Konfliktverständnis und dem Verfahren der Autoren zusammenhängen.

Wie die meisten neueren Arbeiten zum sozialen Protest geht auch diese Studie auf die Erfahrung der unruhigen sechziger Jahre zurück. Die »heißen Sommer« in den städtischen Farbigengettos der USA und die dadurch ausgelöste Soziologendebatte über Konfliktursachen und Protestverhalten haben deutliche Spuren hinterlassen. Diesem Kontext entspricht die Wahl des Konfliktindikators »kollektive Gewalt« und des theoretischen Ansatzes – Konzepte der Verelendung und Entwurzelung durch Kommerzialisierung und Urbanisierung, deren Erklärungswert nicht nur für »Das rebellische Jahrhundert«, sondern auch für die Konflikte der Gegenwart geprüft werden soll. Beides erweist sich als Mißgriff: Um die Ursachen- und Formveränderungen kollektiven Handelns während eines Jahrhunderts fundamentalen Strukturwandels in Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Ordnung analysieren zu können, hätte es einer differenzierteren Meßgröße als der Gewalt bedurft. Ihr Stellenwert als Konfliktindikator wie als Ausdruck kollektiven Handelns variiert mit der Entwicklung alternativer Einflußmöglichkeiten wie Demonstration, Streik, Wahl usw., die ebenfalls in die Untersuchungszeit fällt. Ohne die sorgfältige Analyse des gewaltlosen Protests läßt sich weder der Formwandel kollektiver Aktionen zureichend erfassen, noch die Frage nach den Bedingungen ihrer Gewaltsamkeit beantworten. Die Tillys haben diesen Mangel erkannt, aber nach Abschluß ihrer Datensammlung nicht mehr durchgreifend korrigieren können. So weiten sie zwar ihre Argumentation auf den Gesamtbereich kollektiver Aktionen aus, müssen dafür aber einen verwirrenden Methodenbruch in Kauf nehmen. Überwiegt in den drei Länderkapiteln die Interpretation quantitativer Befunde, so löst sich ihr Versuch, allgemeine Aussagen über das kollektive Handeln zu formulieren, immer mehr von der Materialbasis. In den beiden Schlußkapiteln (»Comparisons« und »Conclusions«) gewinnt die empirisch kaum noch gesicherte Spekulation beträchtlichen Raum. Ähnlich unbefriedigend verläuft der Test der etwas rüde unter den

sinnentstellendsten seien angemerkt: Der Sturm auf die Bastille fand 1789, nicht 1783 statt (S. 8); der Herausgeber des Gedenkbandes über Maximilien Robespierre heißt Markov, nicht Marlor (S. 120); die proletarischen Unruhen in Paris brachen am 21. Juni, nicht am 21. Mai 1848 aus (S. 160); was schließlich »Berufungsgenossenschaften« sind (S. 157), bleibt Geheimnis der beiden Übersetzerinnen. Walter Grab

Charles Tilly / Louise Tilly / Richard Tilly, *The Rebellious Century. 1830–1930*, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1975, XV, 354 S., Ln., \$ 10.20.

»Dieses Buch befaßt sich hauptsächlich mit Veränderungen in Form, Häufigkeit, Ort und Trägern kollektiver Gewalt in drei europäischen Ländern in einer Zeit, die durch Industrialisierung und Urbanisierung geprägt ist. Es verfolgt durchgehend die Frage, wie sich Industrialisierung, Urbanisierung und die damit verbundenen Veränderungen auf die kollektive Gewalt ausgewirkt haben [...] Es behandelt diese Fragen überwiegend im Vergleich verschiedener Orte, Zeiten und Menschen hinsichtlich ihres Verhältnisses zur kollektiven Gewalt, zu anderen Konfliktformen, zu abweichendem Verhalten und zum säkularen Strukturwandel« (S. 13). Zeugt dieses Programm schon im Umfang der Problemstellung nicht von Kleinmut, so wird es zusätzlich dadurch erschwert, daß die Verfasser (Charles Tilly für Frankreich 1830–1960, Louise Tilly für Italien 1830–1922, Richard Tilly für Deutschland 1816–1933) ihre Aufgabe theorieorientiert und mit quantitativ analytischen Methoden zu lösen versuchen. Wer die Schwierigkeit des Gegenstandes kennt, weiß, daß dabei viele Fragen offenbleiben müssen. Wenn die Ergebnisse aber selbst reduzierte Erwartungen nicht immer erfüllen, so hat das eine Reihe von Gründen, die vor allem mit dem Erkenntnisinteresse, dem Konfliktverständnis und dem Verfahren der Autoren zusammenhängen.

Wie die meisten neueren Arbeiten zum sozialen Protest geht auch diese Studie auf die Erfahrung der unruhigen sechziger Jahre zurück. Die »heißen Sommer« in den städtischen Farbigengettos der USA und die dadurch ausgelöste Soziologendebatte über Konfliktursachen und Protestverhalten haben deutliche Spuren hinterlassen. Diesem Kontext entspricht die Wahl des Konfliktindikators »kollektive Gewalt« und des theoretischen Ansatzes – Konzepte der Verelendung und Entwurzelung durch Kommerzialisierung und Urbanisierung, deren Erklärungswert nicht nur für »Das rebellische Jahrhundert«, sondern auch für die Konflikte der Gegenwart geprüft werden soll. Beides erweist sich als Mißgriff: Um die Ursachen- und Formveränderungen kollektiven Handelns während eines Jahrhunderts fundamentalen Strukturwandels in Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Ordnung analysieren zu können, hätte es einer differenzierteren Meßgröße als der Gewalt bedurft. Ihr Stellenwert als Konfliktindikator wie als Ausdruck kollektiven Handelns variiert mit der Entwicklung alternativer Einflußmöglichkeiten wie Demonstration, Streik, Wahl usw., die ebenfalls in die Untersuchungszeit fällt. Ohne die sorgfältige Analyse des gewaltlosen Protests läßt sich weder der Formwandel kollektiver Aktionen zureichend erfassen, noch die Frage nach den Bedingungen ihrer Gewaltsamkeit beantworten. Die Tillys haben diesen Mangel erkannt, aber nach Abschluß ihrer Datensammlung nicht mehr durchgreifend korrigieren können. So weiten sie zwar ihre Argumentation auf den Gesamtbereich kollektiver Aktionen aus, müssen dafür aber einen verwirrenden Methodenbruch in Kauf nehmen. Überwiegt in den drei Länderkapiteln die Interpretation quantitativer Befunde, so löst sich ihr Versuch, allgemeine Aussagen über das kollektive Handeln zu formulieren, immer mehr von der Materialbasis. In den beiden Schlußkapiteln (»Comparisons« und »Conclusions«) gewinnt die empirisch kaum noch gesicherte Spekulation beträchtlichen Raum. Ähnlich unbefriedigend verläuft der Test der etwas rüde unter den

Oberbegriff »Zusammenbruch« gezwungenen Theorien, die einen direkten Zusammenhang von Protest und Industrialisierung/Urbanisierung behaupten. Zwar zeigt sich – und das ist gewiß eines der wichtigsten Ergebnisse des Buches –, daß eine solche direkte Beziehung nicht besteht, daß der sozioökonomische Strukturwandel nur vermittelt über die Organisation der Konfliktparteien (»Solidaritätsthese«) und die staatliche Repression die kollektive Aktion beeinflusst, aber die Art und Mechanik dieser Vermittlung, d. h. die Entstehung latenter Konflikte und ihre Umsetzung in manifestes Handeln, bleibt unklar. Weniger generalisierte Theorie und eine schärfere kategoriale Unterscheidung und empirische Erfassung von Ursachen und Manifestationsbedingungen kollektiver Aktionen hätten wahrscheinlich zu besseren Resultaten geführt.

Die enge Definition des Indikators und die offenbar nur geringe Zahl systematisch erhobener Konfliktinformationen hängen nicht nur mit dem zeitlichen und räumlichen Umfang des Themas zusammen, der die Anwendung differenzierterer Indikatoren und Kategorien erschwert, sondern auch mit dem Vorverständnis der Autoren, die Konflikt ausschließlich als politischen Machtkampf begreifen. In einem weiten Begriffsinne ist das sicher richtig und ein erheblicher Fortschritt gegenüber einer Forschungsrichtung, die soziale Proteste überwiegend als apolitische oder bestenfalls vopolitische Phänomene interpretiert hat. Er wird aber fragwürdig, wenn es sich lediglich um einen Etikettentausch handelt und die detaillierte Untersuchung der vielfältigen Ursachen, Austragsweisen, Träger und Funktionen darüber zu kurz kommt. Wenn der Streik und andere überwiegend gewaltlose Formen der Auseinandersetzung als »politisch zu marginal, um ein repräsentatives Bild des Kampfes um die Macht zu geben« (S. 10, s. a. S. 15), schon bei der Materialerhebung ausscheiden, kann das Ergebnis der Materialanalyse kaum noch überraschen: Das von den Tillys immer wieder betonte Hauptergebnis des Buches, der politische Charakter der kollektiven Aktion als Kampf um die Macht, steht unter starkem Tautologieverdacht.

Materialgrundlage der Studie ist eine Datensammlung zur kollektiven Gewalt, die für Frankreich und Deutschland durch eine systematische Auswertung von Tageszeitungen für mehr als ein Jahrhundert erstellt worden ist. Eine so aufwendige Vorarbeit ist nicht mehr vom Autor allein, sondern nur noch mit einer Anzahl von Helfern zu bewältigen. Das hat mehrere Konsequenzen: Einmal müssen die Erhebungskriterien so formal definiert werden, daß sie eine möglichst einheitliche, zweifelsfreie Entscheidung über die Aufnahme und kategoriale Einordnung der ermittelten Fälle erlauben. Zum andern lernen die Autoren das Material zu einem guten Teil erst in der auf die erhobenen Daten zusammengeschrumpften Form kennen. Der durch das grobe Erfassungsraster bedingte Informationsverlust wird also kaum noch durch die Kenntnis der Quelle und ihrer Gesamtberichterstattung über den jeweiligen Fall gemildert, die bei Eigenerhebungen die unvermeidliche Distanz zwischen historischer Realität und Datenaggregat erträglich macht. Die Folgen zeigen sich nicht nur im Zwang zur »abgehobenen« Argumentation, die dem hohen Abstraktionsniveau der aggregierten Daten entspricht, sondern auch in der Gefahr, Veränderungen in der Griffbarkeit des Indikators entweder gar nicht oder zu spät zu bemerken. So brachte die Fallsammlung für Frankreich eine unerwartet niedrige Besetzung der notorisch unruhigen Jahre 1870/71. Wie einer Anmerkung (S. 60) zu entnehmen ist, stand bei Drucklegung des Buches eine »sorgfältige Überprüfung« der Daten für die Jahre 1861–1929 – immerhin mehr als die Hälfte der gesamten Zeitreihe – kurz vor dem Abschluß. Sie »ergab, daß unsere Zahlen für die Ereignisse dieser 69 Jahre im Vergleich zur vorhergehenden und zur folgenden Periode durchgehend zu niedrig waren«. Für die empirische Basis des Buches ist das ein bedenkliches Eingeständnis. Was ist bei solchen Prämissen von den Folgerungen aus quantitativen Befunden zu halten, die von den Verfassern nicht kontrolliert wurden, weil sie ihren Erwartungen entsprachen? Und was ist aus der quantifizierenden Methode geworden? Sie sieht sich auf ihrem eigenen Feld durch simples Handbuchwissen korrigiert, wo sie doch angetreten war, Meßbares zu präzisieren und über die Ermittlung statistischer Zu-

sammenhänge kausale und funktionale Beziehungen aufzudecken, die auf andere Weise nur schwer zu erkennen und nicht sicher zu belegen sind.

Ein großer Wurf ist »Das rebellische Jahrhundert« nicht geworden, trotz aller Vorbehalte aber ein wichtiges und lesenswertes Buch. Mit der kollektiven Aktion untersucht es zum erstenmal ein nicht nur in der deutschen Geschichtsschreibung vernachlässigtes Thema zeit- und länderübergreifend auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Es bietet einen bisher nicht verfügbaren Überblick über die Entwicklung der kollektiven Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Es korrigiert hartnäckige Vorurteile, formuliert eine Fülle anregender Hypothesen, mit denen sich die weitere Forschung auseinandersetzen muß, aber es demonstriert auch die Gefahren, denen sie sich dabei gegenübersehen wird. So ausgewiesene Konflikthistoriker und versierte Quantifizierer die Tillys auch sind, sie haben sich mehr vorgenommen, als beim gegenwärtigen Forschungsstand zu erreichen ist. Das Standardwerk über den sozialen Protest im 19. und 20. Jahrhundert, das der Titel vermuten läßt, ist noch zu schreiben.

Heinrich Volkmann

Alan S. Milward / S. B. Saul, *The Development of the Economies of Continental Europe, 1850–1914*, George Allen & Unwin, London 1977, pp. 555, clothbound, £ 12.50.

This economic history of continental Europe, 1850–1914, is a continuation of an earlier work which covered the period 1780–1870. The authors point out in their introduction that certain topics which the reader might expect to find in the second volume have already been discussed in the first. These topics include economic changes in population and technology as well as the development of the Scandinavian states. The two works clearly belong together and it is a pity that they have not been described as Volume I and Volume II.

The second volume will prove to be a boon to students of economic history since it deals in an authoritative fashion not only with national economies which had become highly industrialised by 1914 but also with hitherto neglected countries which were still predominantly agrarian in character in the early twentieth century, though important branches of manufacture had developed in some of them. It would be difficult to find anywhere else such excellent discussions on the economic history in modern times of the Habsburg territories, Spain, Italy, and the Balkans. The authors attempt, with considerable success, to explain why some countries enjoyed periods of rapid economic growth, while others did not. They rightly stress the fact that expansion results from the interaction of many diverse factors and that no single factor is ever likely to be the sole cause of economic growth or retardation. The volume is an excellent introduction to a difficult subject and the bibliographies at the end of each chapter are a useful guide to further reading.

An economic history of Europe can be written in several ways, each of which has its merits and its drawbacks. It is possible to discuss the economic development of particular states or of regions which cover more than one country. And it is possible to deal with the continent as a whole by examining various topics such as industrialisation, agriculture, transport, banking and so forth. The authors of this book have used three methods. France, Germany, Russia, and Austria-Hungary each have a chapter to themselves but Italy and Spain as well as the Balkan states are examined together. And the last two chapters deal with topics covering the whole of Europe. The employment of a diversity of methods of examining the economic development of modern Europe is not without its drawbacks and the authors might have served their readers better if they had presented their material in one way.

The maps leave something to be desired. If an economic history is to have maps then they should illustrate factors of economic significance such as natural resources, industries, crops, or communications. The maps in this book are political maps and provide very little information concerning the economic development of countries or regions. In the map of Germany the »Kingdom« of Baden should be the Grand Duchy.

W. O. Henderson

sammenhänge kausale und funktionale Beziehungen aufzudecken, die auf andere Weise nur schwer zu erkennen und nicht sicher zu belegen sind.

Ein großer Wurf ist »Das rebellische Jahrhundert« nicht geworden, trotz aller Vorbehalte aber ein wichtiges und lesenswertes Buch. Mit der kollektiven Aktion untersucht es zum erstenmal ein nicht nur in der deutschen Geschichtsschreibung vernachlässigtes Thema zeit- und länderübergreifend auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Es bietet einen bisher nicht verfügbaren Überblick über die Entwicklung der kollektiven Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Es korrigiert hartnäckige Vorurteile, formuliert eine Fülle anregender Hypothesen, mit denen sich die weitere Forschung auseinandersetzen muß, aber es demonstriert auch die Gefahren, denen sie sich dabei gegenübersehen wird. So ausgewiesene Konflikthistoriker und versierte Quantifizierer die Tillys auch sind, sie haben sich mehr vorgenommen, als beim gegenwärtigen Forschungsstand zu erreichen ist. Das Standardwerk über den sozialen Protest im 19. und 20. Jahrhundert, das der Titel vermuten läßt, ist noch zu schreiben.

Heinrich Volkmann

Alan S. Milward / S. B. Saul, *The Development of the Economies of Continental Europe, 1850–1914*, George Allen & Unwin, London 1977, pp. 555, clothbound, £ 12.50.

This economic history of continental Europe, 1850–1914, is a continuation of an earlier work which covered the period 1780–1870. The authors point out in their introduction that certain topics which the reader might expect to find in the second volume have already been discussed in the first. These topics include economic changes in population and technology as well as the development of the Scandinavian states. The two works clearly belong together and it is a pity that they have not been described as Volume I and Volume II.

The second volume will prove to be a boon to students of economic history since it deals in an authoritative fashion not only with national economies which had become highly industrialised by 1914 but also with hitherto neglected countries which were still predominantly agrarian in character in the early twentieth century, though important branches of manufacture had developed in some of them. It would be difficult to find anywhere else such excellent discussions on the economic history in modern times of the Habsburg territories, Spain, Italy, and the Balkans. The authors attempt, with considerable success, to explain why some countries enjoyed periods of rapid economic growth, while others did not. They rightly stress the fact that expansion results from the interaction of many diverse factors and that no single factor is ever likely to be the sole cause of economic growth or retardation. The volume is an excellent introduction to a difficult subject and the bibliographies at the end of each chapter are a useful guide to further reading.

An economic history of Europe can be written in several ways, each of which has its merits and its drawbacks. It is possible to discuss the economic development of particular states or of regions which cover more than one country. And it is possible to deal with the continent as a whole by examining various topics such as industrialisation, agriculture, transport, banking and so forth. The authors of this book have used three methods. France, Germany, Russia, and Austria-Hungary each have a chapter to themselves but Italy and Spain as well as the Balkan states are examined together. And the last two chapters deal with topics covering the whole of Europe. The employment of a diversity of methods of examining the economic development of modern Europe is not without its drawbacks and the authors might have served their readers better if they had presented their material in one way.

The maps leave something to be desired. If an economic history is to have maps then they should illustrate factors of economic significance such as natural resources, industries, crops, or communications. The maps in this book are political maps and provide very little information concerning the economic development of countries or regions. In the map of Germany the »Kingdom« of Baden should be the Grand Duchy.

W. O. Henderson

Harald Winkel (Hrsg.), Vom Kleingewerbe zur Großindustrie. Quantitativ-regionale und politisch-rechtliche Aspekte zur Erforschung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im 19. Jahrhundert (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 83), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1975, 259 S., brosch., 59,60 DM.

Der Titel dieser Aufsatzsammlung erweckt zwar den Eindruck, als ginge es um die Geschichte der Unternehmen schlechthin im Industrialisierungsprozeß. Doch wird der Leser schon im Vorwort belehrt, daß »Fragen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert« und »Aspekte der historischen Statistik« Gegenstand der Aufsätze sind.

Um einen Teil der Beurteilung vorwegzunehmen: Von Theorieanwendung und Prozeßanalyse (die nach neuerer Auffassung unverzichtbarer Teil der systematischen, sozialwissenschaftlich inspirierten historischen Analyse sind) kann nicht die Rede sein. »Quantitative Analysen des Gewerbes [. . . und . . .] Untersuchungen der Sozialstruktur« (Winkel) sind nicht geleistet worden. Daran ändert weder etwas die von Teuteberg formulierte Widmung zu seinem knapp die Hälfte des verfügbaren Raumes beanspruchenden Beitrag (»Walther G. Hoffmann in memoriam«; S. 9) noch die in ökonomischen Termini gefaßte Rückständigkeitsthese und die eher aufgepfropft wirkende Feststellung, das britische Wollgewerbe sei aufgrund einer »Degression der Produktionskosten« (S. 102) dem deutschen vorangeilt, obwohl es historisch wesentlich jünger war. Pauschalurteile über den vorliegenden Band sind jedoch nicht gerechtfertigt; ich will darum versuchen, jeden Beitrag für sich selber zu würdigen.

Ins Auge fällt zunächst die Heterogenität des Buches: Neben den Beiträgen von Hans-Jürgen Teuteberg (Das deutsche und britische Wollgewerbe um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur quantitativ-komparativen Wirtschaftsgeschichte), Gustav Otruba (Quantitative, strukturelle und regionale Dynamik des Industrialisierungsprozesses in Österreich-Ungarn vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges) und Diedrich Saalfeld (Methodische Darlegungen zur Einkommensentwicklung und Sozialstruktur 1760–1860 am Beispiel einiger deutscher Städte), die mit einigem Wohlwollen quantitativ genannt werden können, erscheinen die Ausführungen von Karl Heinrich Kaufhold (Die Auswirkungen der Einschränkung der Gewerbefreiheit in Preußen durch die Verordnung vom 9. Februar 1849 auf das Handwerk) und Fritz Blaich (Ökonomische und politische Hintergründe des »Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen« vom 25. 5. 1910) nahezu traditionell, selbst wenn sie Zahlen in der Argumentation verwenden. Insbesondere die Arbeit von Kaufhold erregt in diesem Zusammenhang (und in diesem Band) Verwunderung, weil man weiß, daß er quantitativ-analytisch gearbeitet hat. Der Beitrag von Jürgen Kocka (Expansion – Integration – Diversifikation. Wachstumsstrategien industrieller Großunternehmen in Deutschland vor 1914) scheint auf den ersten Blick den Rahmen dieses Sammelwerkes vollends zu sprengen, denn es ist weder von »quantitativ-regionalen« noch von »politisch-rechtlichen Aspekten« der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im 19. Jahrhundert explizit die Rede. Allerdings bietet dieser Aufsatz etwas, das, mit Ausnahme des Saalfeldschen Beitrages (auf den ich noch zurückkomme), alle Arbeiten aufs schmerzlichste vermissen lassen: die notwendigen Erwägungen zur Hypothesenbildung im Vorfeld der quantitativen Analyse. Kritisch muß freilich angemerkt werden, daß die hier entfaltete Begrifflichkeit noch keine operationale Schärfe aufweist. Um so interessanter erscheint der Doppelcharakter der Gerschenkronschen »Rückständigkeit« als Hypothese. Man darf gespannt sein auf die empirische Einlösung des hier formulierten Anspruchs.

Mit dem ausdrücklichen Bezug auf W. G. Hoffmanns »Stadien und Typen der Industrialisierung« stellt Teuteberg seiner Studie einen Anspruch voran, den er im wichtigsten, von ihm selber allerdings anscheinend ausgeblendeten Punkt nicht einzulösen vermag: Die zitierte Arbeit von Hoffmann basiert auf dem Versuch, ein sowohl empirisch fundiertes

als nationalökonomisch-theoretisches Entwicklungsmodell zu entwerfen, das auch systematische internationale Vergleiche ermöglichen sollte. Teuteberg schreibt statt dessen eine je auf England und Deutschland bezogene Monographie des Wollgewerbes, um – ein bloß gliederungstechnischer Kunstgriff! – allerdings den Ländervergleich unter verschiedenen Sachgesichtspunkten durchzuhalten. Obwohl Teuteberg sich m. E. ganz und gar zu Unrecht auf Hoffmann bezieht, könnte es dennoch sein, daß er, wie der Untertitel behauptet, einen »Beitrag zur quantitativ-komparativen Wirtschaftsgeschichte« geleistet hat. Die langen und zeitlich sehr weit zurückreichenden Schilderungen der frühen bis frühesten Geschichte der Wollgewerbe betonen den von mir behaupteten Charakter einer »Doppelmonographie«, den die Sachgliederung nur unzureichend verwischt. So sind denn in diesen Teilen neben den zahlreichen Zahlenangaben zu den verschiedenen Zeitpunkten nur einige wenige – und angesichts der für diese Zeiten (S. 19: für das 15. bzw. 16. Jahrhundert) durchweg zweifelhaften Qualität statistischen Materials nur bedingt interpretierbare – quantitative Angaben im analytischen Sinne enthalten. Wenn nach einem Drittel des Raumes, den Teutebergs Arbeit beansprucht, die Argumentation vom tabellarisch geordneten statistischen Material her geführt zu werden scheint, sieht sich derjenige, der eine komparativ-quantitative Analyse erwartet hat, wiederum enttäuscht, weil die Möglichkeiten des meist schon in der veröffentlichten Literatur kommentierten Materials, die durch Umordnung oder Kennzahlbildung gegeben gewesen wären, einerseits nicht genutzt wurden und andererseits der z. T. mangelhafte, im ganzen aber recht unterschiedliche Aussagewert der Zahlen mit einem pauschalen Hinweis (S. 99) abgetan wird. Teutebergs Studie ist keine quantitative Analyse: Sie benutzt die Daten, aber man hat den Eindruck, daß sie quantitatives Material weniger als Stütze, sondern meist nur als Illustration des Arguments verwendet. So liegt denn auch die Stärke der Arbeit, die trotz der 30 Tabellen im Kern qualitative Geschichtsschreibung bleibt, nicht im theoretisch inspirierten systematischen internationalen Vergleich der Entwicklungen des Wollgewerbes in England und Deutschland, sondern in einer zusammenfassenden Darstellung der genannten Entwicklungen unter Einbeziehung des in der Literatur verstreuten statistischen Datenmaterials. Wenn die Ausführungen in der Zusammenfassung (S. 98 ff.) dennoch einen intensiven Vergleich zwischen den Ländern zum Inhalt haben, so ist dies als weiteres Verdienst des Beitrages anzusehen, nicht jedoch als Ergebnis komparativ-quantitativer Wirtschaftsgeschichte. Otrubas Beitrag (S. 105 ff.) versucht von einer engen Zielsetzung aus eine »erste Bestandsaufnahme« (S. 136) des verfügbaren Materials, um »Anregungen für weitere Forschungen« zu geben: Nach einer kurzen Literaturübersicht folgt die notwendige Kritik der statistischen Erhebungsergebnisse. Es handelt sich bei dieser Arbeit um eine unabdingbare Vorarbeit zur quantitativen Analyse, mit der auf der Basis der im Anhang ausgebreiteten Daten im Grunde unverzüglich begonnen werden könnte. Die Arbeit besticht im übrigen durch die Übereinstimmung von Anspruch und Gebotenem und befriedigt insoweit den Leser völlig. Insgesamt bietet dieser Band keine quantitative Analyse im Sinne einer sozialwissenschaftlich-systematisch ansetzenden Geschichtsschreibung. Die Ausnahme bildet der Beitrag von Saalfeld, der soziologische Kategorien nicht nur aufnimmt, sondern versucht, systematische quantitative Dokumentation mit historischer Gesellschaftsanalyse integrativ zu verbinden. Angesichts der weithin noch vorherrschenden traditionellen Arbeiten handelt es sich vor allem mit den entwickelten Materialbasen und der unter gerade diesem Gesichtspunkt zusammengetragenen und verarbeiteten Literatur gleichwohl um ein außerordentlich nützliches Buch. – Allerdings muß angemerkt werden, daß jene von Kocka in die Diskussion gebrachte Unterscheidung zwischen Wirtschaftshistorikern und »reinen« Wirtschaftshistorikern (S. 223) befremdend anmutet.

Gerd Hohorst

Uwe Ziegler, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur Hohenzollerns im 19. Jahrhundert (= Arbeiten zur Landeskunde Hohenzollerns, Bd. 13), Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1976, 238 S., kart., 32 DM.

Wer sich die Mühe macht, in eins oder mehrere der ungezählten Regional-, Orts- und Firmenarchive zu gehen, und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte das dort lagernde Material in aufbereiteter Form zugänglich macht, hat sich auch dann ein Verdienst erworben, wenn er seinem von vornherein zu hochgeschraubten methodisch-darstellerischen Anspruch am Ende nicht gerecht geworden ist. Uwe Ziegler ist dafür zu danken, daß er eine Fülle interessantes Tatsachenmaterial zusammengetragen und überschaubar zusammengestellt hat. Die »evolutionäre Entwicklung und Umgestaltung der sozioökonomischen Struktur der hohenzollernschen Lande im 19. Jahrhundert« hat er *nicht* beschrieben. Es ist fraglich, ob das mit dem alles in allem doch recht punktuellen Material überhaupt einigermaßen überzeugend möglich gewesen wäre. In jedem Fall aber hätte Ziegler seine Dissertation dann anders anlegen müssen. Entwicklung und Umgestaltung sind Funktionen der Zeit und Ergebnis menschlichen Handelns. Die Zeit aber steht in dieser Arbeit gleichsam still, und die Szene ist unbelebt. Das Buch ist nicht nur streng systematisch gegliedert, zwischen den Gliederungspunkten werden vor allem so gut wie keine inhaltlichen Bezüge hergestellt. Der Autor hat sein Archivmaterial be-, aber nicht verarbeitet. Die Einzelabschnitte (Staatsgebiet, Bevölkerungsverhältnisse, Staatsverfassung, Landesverwaltung etc.), die im übrigen mit einem Übermaß an stocktrockener Sachlichkeit geschrieben sind, könnten fast nach Belieben umgestellt werden. Die Wirkungszusammenhänge zwischen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gestaltung im Ablauf der Zeit bleiben unerörtert, als hätte es sie nicht gegeben.

Allein im Abschnitt über die Agarreformen in Hohenzollern-Sigmaringen, dem umfangreichsten und besten des Buches, kommt das Element des wirtschaftlich-sozialen Wandels zur Geltung, freilich auch hier, ohne z. B. zu den bescheidenen Industrialisierungsansätzen in Beziehung gesetzt zu werden. Den Versuch eines Vergleichs der beiden untersuchten Regionen, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, hat Ziegler gar nicht erst in Angriff genommen. So hat er keine abgerundete Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hohenzollerns vorgelegt, über deren Sinn man angesichts des territorialen und personellen Umfangs der preußischen Exklave wohl auch streiten könnte, sofern mit ihr nichts Exemplarisches verdeutlicht werden kann, wohl aber eine aspektreiche Materialsammlung, die für jeden, der sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Südwestregion beschäftigt, viel Informationsgewinn bringt.

Volker Hentschel

Enno Knobel, Die Hessische Rechtspartei. Konservative Opposition gegen das Bismarckreich (= Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte, hrsg. vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Bd. 5), Verlag N. G. Elwert (in Kommission), Marburg 1975, VII, 312 S., kart., 32 DM.

Die Hessische Rechtspartei war eine politische Gruppierung ohne bemerkenswerte Resonanz und mithin ohne Wirkungskraft. Sie hat keine Spuren in der Geschichte des Kaiserreichs hinterlassen. Wenn Enno Knobel 50 Seiten über sie geschrieben hätte, wäre gleichwohl ein interessanter Aufsatz dabei herausgekommen. Er hat 270 Seiten und damit ein über weite Strecken etwas langweiliges Buch geschrieben. Eine scharfumrissene Fragestellung hätte ihn davor vielleicht bewahren können. Es gibt sie nicht. Das wesentliche Motiv für die Entstehung der Arbeit scheint gewesen zu sein, daß eine »umfassende Darstellung der Hessischen Rechtspartei« bislang fehlte. Das ist ein unzureichender Grund, wenn er nicht mit der Überlegung verbunden ist, warum eine »umfassende« Darstellung notwendig sei. Um die nicht neue Feststellung erneut zu unterstreichen, »daß selbst noch im Kaiserreich

Uwe Ziegler, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur Hohenzollerns im 19. Jahrhundert (= Arbeiten zur Landeskunde Hohenzollerns, Bd. 13), Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1976, 238 S., kart., 32 DM.

Wer sich die Mühe macht, in eins oder mehrere der ungezählten Regional-, Orts- und Firmenarchive zu gehen, und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte das dort lagernde Material in aufbereiteter Form zugänglich macht, hat sich auch dann ein Verdienst erworben, wenn er seinem von vornherein zu hochgeschraubten methodisch-darstellerischen Anspruch am Ende nicht gerecht geworden ist. Uwe Ziegler ist dafür zu danken, daß er eine Fülle interessantes Tatsachenmaterial zusammengetragen und überschaubar zusammengestellt hat. Die »evolutionäre Entwicklung und Umgestaltung der sozioökonomischen Struktur der hohenzollernschen Lande im 19. Jahrhundert« hat er *nicht* beschrieben. Es ist fraglich, ob das mit dem alles in allem doch recht punktuellen Material überhaupt einigermaßen überzeugend möglich gewesen wäre. In jedem Fall aber hätte Ziegler seine Dissertation dann anders anlegen müssen. Entwicklung und Umgestaltung sind Funktionen der Zeit und Ergebnis menschlichen Handelns. Die Zeit aber steht in dieser Arbeit gleichsam still, und die Szene ist unbelebt. Das Buch ist nicht nur streng systematisch gegliedert, zwischen den Gliederungspunkten werden vor allem so gut wie keine inhaltlichen Bezüge hergestellt. Der Autor hat sein Archivmaterial be-, aber nicht verarbeitet. Die Einzelabschnitte (Staatsgebiet, Bevölkerungsverhältnisse, Staatsverfassung, Landesverwaltung etc.), die im übrigen mit einem Übermaß an stocktrockener Sachlichkeit geschrieben sind, könnten fast nach Belieben umgestellt werden. Die Wirkungszusammenhänge zwischen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gestaltung im Ablauf der Zeit bleiben unerörtert, als hätte es sie nicht gegeben.

Allein im Abschnitt über die Agarreformen in Hohenzollern-Sigmaringen, dem umfangreichsten und besten des Buches, kommt das Element des wirtschaftlich-sozialen Wandels zur Geltung, freilich auch hier, ohne z. B. zu den bescheidenen Industrialisierungsansätzen in Beziehung gesetzt zu werden. Den Versuch eines Vergleichs der beiden untersuchten Regionen, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, hat Ziegler gar nicht erst in Angriff genommen. So hat er keine abgerundete Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hohenzollerns vorgelegt, über deren Sinn man angesichts des territorialen und personellen Umfangs der preußischen Exklave wohl auch streiten könnte, sofern mit ihr nichts Exemplarisches verdeutlicht werden kann, wohl aber eine aspektreiche Materialsammlung, die für jeden, der sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Südwestregion beschäftigt, viel Informationsgewinn bringt.

Volker Hentschel

Enno Knobel, Die Hessische Rechtspartei. Konservative Opposition gegen das Bismarckreich (= Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte, hrsg. vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Bd. 5), Verlag N. G. Elwert (in Kommission), Marburg 1975, VII, 312 S., kart., 32 DM.

Die Hessische Rechtspartei war eine politische Gruppierung ohne bemerkenswerte Resonanz und mithin ohne Wirkungskraft. Sie hat keine Spuren in der Geschichte des Kaiserreichs hinterlassen. Wenn Enno Knobel 50 Seiten über sie geschrieben hätte, wäre gleichwohl ein interessanter Aufsatz dabei herausgekommen. Er hat 270 Seiten und damit ein über weite Strecken etwas langweiliges Buch geschrieben. Eine scharfumrissene Fragestellung hätte ihn davor vielleicht bewahren können. Es gibt sie nicht. Das wesentliche Motiv für die Entstehung der Arbeit scheint gewesen zu sein, daß eine »umfassende Darstellung der Hessischen Rechtspartei« bislang fehlte. Das ist ein unzureichender Grund, wenn er nicht mit der Überlegung verbunden ist, warum eine »umfassende« Darstellung notwendig sei. Um die nicht neue Feststellung erneut zu unterstreichen, »daß selbst noch im Kaiserreich

das ›nationale Band‹ [...] bei weitem nicht alle 1866 und 1871 mühsam bezwungenen heterogenen und zentrifugalen Kräfte fest umschloß«, wäre sie nicht notwendig gewesen. Mit alledem ist natürlich nicht gesagt, daß hier eine nutzlose oder schlechte Arbeit angezeigt würde. Der Verdruß über die Länge sollte das Urteil über den Gehalt nicht allzusehr färben. Die bemerkenswerteste Einsicht, die das Buch vermittelt, liegt gleichsam quer zu seiner vermuteten Absicht. Am Beispiel der Hessischen Rechtspartei kann eben *nicht* verdeutlicht werden, daß eine großdeutsch-föderalistische Lösung eine reale Alternative zur Bismarckschen Reichsgründung gewesen ist. Knobels Buch setzt mit der überzeugenden Feststellung ein, daß sich die annektierten Kurhessen 1866 den neuen Verhältnissen sehr schnell angepaßt, daß breite Bevölkerungsschichten die Annexion aus wirtschaftlichen Gründen sogar begrüßt haben. Die legitimistisch-föderalistische Opposition, um die es in der Arbeit geht, ist von Anbeginn eine einflußlose Randerscheinung gewesen. Ihre Ursprünge waren denn auch weniger eigentlich politischer als vielmehr geistlicher Natur. Personell ist die Partei, die es im Sinne eines engeren Parteibegriffs im übrigen nur zwischen 1890 und 1911 gegeben hat, lange Zeit von »renitenten« lutherisch-orthodoxen Pastoren getragen worden. Erst Mitte der 1870er Jahre hat der konservative Politiker und Publizist Wilhelm Hopf die hessische Renitenz gegen die preußische Staatskirche zum allgemeinen politischen Protest ausgeweitet. Von ihm ist das Legitimitätsprinzip, das im ersten Jahrzehnt nach der Einverleibung als integrierende Kraft nicht stark genug gewesen ist, um parteibildend wirken zu können, mit ethisch-religiösen Motiven zu einem eigentümlichen Denkkzusammenhang verbunden worden, der jegliche Anlehnung an andere Parteien ausschloß, nie auf Widerhall bei den Massen rechnen konnte und mit der Zeit völlig erstarrte. Hopf hat noch die revolutionären Ereignisse von 1918 als das Gericht Gottes über die Revolution von oben im Jahre 1866 gewertet. Er ist die beherrschende Figur der Hessischen Rechtspartei von Anfang bis Ende gewesen. Seiner Person und seiner vor allem publizistischen Tätigkeit gilt denn auch der zentrale Teil des Buches. Ihm geht eine weit zurückgreifende Darstellung der hessischen Renitenz voran, und ihm folgt ein Überblick über Versuche, die föderalistischen Rechtsgruppierungen in verschiedenen Regionen zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzufassen. Es ist dies die Geschichte wiederholten Scheiterns und vielleicht der interessanteste Teil des Buches. Die gesamte Geschichte der legitimistisch-föderalistischen Rechten, ob nun in Hessen oder darüber hinaus, ist arm an Aktivität und Wirkung. Das nötigt die Darstellung zur Kürze oder zu ausgedehnten Reflexionen des Denkens und Wollens ihrer Exponenten. Knobel hat sich fürs Zweite entschieden. Freilich hatten auch das Denken und Wollen Hopfs und seiner Genossen enge Grenzen. Vor allem entwickelten sie sich nicht fort. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich bei aufeinanderfolgenden Betrachtungen der Persönlichkeit Hopfs, seiner Rolle als Publizist und Parteipolitiker und seiner Bemühungen, auf die Einigungsversuche im Reich Einfluß zu nehmen, ermüdende Wiederholungen häufen.

Das ist unerfreulicher als die paar sachlichen Unstimmigkeiten. Als Kurhessen 1866 preußisch wurde, konnte den neuen Untertanen die völlige Gewerbefreiheit noch nicht zugute kommen, weil sie erst 1869 eingeführt wurde. Und nicht die Reichstagswahlen von 1890, sondern die von 1887 sind Kartellwahlen genannt worden.

Volker Hentschel

Manfred Messerschmidt, Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelmischen Deutschland (= Erträge der Forschung, Bd. 43), Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1975, V, 163 S., kart., 30,50 DM (Mitgliederpreis 17,50 DM).

Daß der Krieg nichts als die Fortsetzung der politischen Bestrebungen mit veränderten Mitteln sei, dieser von Clausewitz in seinem Hauptwerk »Vom Kriege« und in seinen Briefen in mannigfachen Formulierungen variierte Satz bildet den Hintergrund für eine

das »nationale Band« [...] bei weitem nicht alle 1866 und 1871 mühsam bezwungenen heterogenen und zentrifugalen Kräfte fest umschloß«, wäre sie nicht notwendig gewesen. Mit alledem ist natürlich nicht gesagt, daß hier eine nutzlose oder schlechte Arbeit angezeigt würde. Der Verdruß über die Länge sollte das Urteil über den Gehalt nicht allzusehr färben. Die bemerkenswerteste Einsicht, die das Buch vermittelt, liegt gleichsam quer zu seiner vermuteten Absicht. Am Beispiel der Hessischen Rechtspartei kann eben *nicht* verdeutlicht werden, daß eine großdeutsch-föderalistische Lösung eine reale Alternative zur Bismarckschen Reichsgründung gewesen ist. Knobels Buch setzt mit der überzeugenden Feststellung ein, daß sich die annektierten Kurhessen 1866 den neuen Verhältnissen sehr schnell angepaßt, daß breite Bevölkerungsschichten die Annexion aus wirtschaftlichen Gründen sogar begrüßt haben. Die legitimistisch-föderalistische Opposition, um die es in der Arbeit geht, ist von Anbeginn eine einflußlose Randerscheinung gewesen. Ihre Ursprünge waren denn auch weniger eigentlich politischer als vielmehr geistlicher Natur. Personell ist die Partei, die es im Sinne eines engeren Parteibegriffs im übrigen nur zwischen 1890 und 1911 gegeben hat, lange Zeit von »renitenten« lutherisch-orthodoxen Pastoren getragen worden. Erst Mitte der 1870er Jahre hat der konservative Politiker und Publizist Wilhelm Hopf die hessische Renitenz gegen die preußische Staatskirche zum allgemeinen politischen Protest ausgeweitet. Von ihm ist das Legitimitätsprinzip, das im ersten Jahrzehnt nach der Einverleibung als integrierende Kraft nicht stark genug gewesen ist, um parteibildend wirken zu können, mit ethisch-religiösen Motiven zu einem eigentümlichen Denkkzusammenhang verbunden worden, der jegliche Anlehnung an andere Parteien ausschloß, nie auf Widerhall bei den Massen rechnen konnte und mit der Zeit völlig erstarrte. Hopf hat noch die revolutionären Ereignisse von 1918 als das Gericht Gottes über die Revolution von oben im Jahre 1866 gewertet. Er ist die beherrschende Figur der Hessischen Rechtspartei von Anfang bis Ende gewesen. Seiner Person und seiner vor allem publizistischen Tätigkeit gilt denn auch der zentrale Teil des Buches. Ihm geht eine weit zurückgreifende Darstellung der hessischen Renitenz voran, und ihm folgt ein Überblick über Versuche, die föderalistischen Rechtsgruppierungen in verschiedenen Regionen zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzufassen. Es ist dies die Geschichte wiederholten Scheiterns und vielleicht der interessanteste Teil des Buches. Die gesamte Geschichte der legitimistisch-föderalistischen Rechten, ob nun in Hessen oder darüber hinaus, ist arm an Aktivität und Wirkung. Das nötigt die Darstellung zur Kürze oder zu ausgedehnten Reflexionen des Denkens und Wollens ihrer Exponenten. Knobel hat sich fürs Zweite entschieden. Freilich hatten auch das Denken und Wollen Hopfs und seiner Genossen enge Grenzen. Vor allem entwickelten sie sich nicht fort. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich bei aufeinanderfolgenden Betrachtungen der Persönlichkeit Hopfs, seiner Rolle als Publizist und Parteipolitiker und seiner Bemühungen, auf die Einigungsversuche im Reich Einfluß zu nehmen, ermüdende Wiederholungen häufen.

Das ist unerfreulicher als die paar sachlichen Unstimmigkeiten. Als Kurhessen 1866 preußisch wurde, konnte den neuen Untertanen die völlige Gewerbefreiheit noch nicht zugute kommen, weil sie erst 1869 eingeführt wurde. Und nicht die Reichstagswahlen von 1890, sondern die von 1887 sind Kartellwahlen genannt worden.

Volker Hentschel

Manfred Messerschmidt, Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland (= Erträge der Forschung, Bd. 43), Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1975, V, 163 S., kart., 30,50 DM (Mitgliederpreis 17,50 DM).

Daß der Krieg nichts als die Fortsetzung der politischen Bestrebungen mit veränderten Mitteln sei, dieser von Clausewitz in seinem Hauptwerk »Vom Kriege« und in seinen Briefen in mannigfachen Formulierungen variierte Satz bildet den Hintergrund für eine

traditionsreiche und bis heute nicht abgerissene Diskussion über die Grenzen der Auswirkungen von »Eigengesetzlichkeiten« militärischer Organisationen. Diese Diskussion wird unter Politikern und Militärs, aber auch unter Historikern und Militärwissenschaftlern geführt. Man kann sie unter den Aspekten der Kriegsführung, der militärischen Strategie zu fassen versuchen – dann geht es um die Frage, wo und aufgrund welcher Gewichtungen die Entscheidungen über den Beginn und die Art von Kriegshandlungen sowie über deren Ziele fallen. Man kann sie unter organisationssoziologischem Vorzeichen zu fassen versuchen – dann geht es um die Probleme der Integration und Kontrolle von Streitkräften nicht nur im Krieg selbst, sondern bereits zu jedem anderen Zeitpunkt ihrer Existenz.

Da in Deutschland seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die grundlegenden innen- und außenpolitischen Vorgänge allesamt von dem Verhalten der Streitkräfte entscheidend beeinflusst worden sind, ist es kein Wunder, daß das Verhältnis Militär-Politik häufig zum Thema historischer und soziologischer Forschung gemacht wurde und wird. Entgegen den Unkenrufen mancher Konservativer, für die die Tradition offenbar nur weihevoll und museal-emotional zu begreifen ist, wird man keineswegs davon auszugehen haben, daß in der Gegenwart das Interesse an der historischen Entwicklung Deutschlands in den letzten hundert Jahren und insbesondere auch an der Rolle der Streitkräfte in dieser Entwicklung verloschen sei. Das Gegenteil ist der Fall, und das ist erfreulich, denn trotz der grundlegenden Änderung, die das Verhältnis Militär-(Außen-)Politik durch die Entwicklung von nuklearen Waffensystemen und interkontinentalen Trägersystemen erfahren hat, ist die Beschäftigung mit diesem Thema von erheblicher Relevanz für die Gegenwart. Dies gilt in erster Linie für die innenpolitischen Komponenten des Themas. Das, was in schlagwortartiger Kürze von den verschiedensten Beobachtern als »Militarismus« bezeichnet wird, ist ein Phänomen, dessen verschiedenartige Formen in Vergangenheit und Gegenwart, in Industrie- und Entwicklungsländern, in »linken« und in »rechten« Versionen, als »Militärisch-Industrieller Komplex« oder als Entwicklungsdiktatur allemal als eine Herausforderung für die auf Entfaltung der Menschenwürde bedachte Demokratie auftritt.

Obleich eine Reihe fundierter Studien zum Militarismusproblem und seinen vielfältigen Erscheinungen vorliegt, kommt als Fazit einer kritischen Betrachtung der Literatur heraus, daß uns noch viele historische und empirische Daten fehlen, ehe der Versuch einer systematisch-vergleichenden Betrachtung umfassend genug angelegt werden kann. In einem solchen Stadium der Forschung sind zusammenfassende Literaturberichte und -kommentare ein wichtiges Hilfsmittel. Manfred Messerschmidt, Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt und hervorgetreten mit einer umfangreichen Arbeit über die Ideologien der Wehrmacht, ordnet in dem vorliegenden Bändchen die deutschsprachige und einen Teil der ausländischen Literatur in sechs Kapitel ein: Bismarck und die Armee im Verfassungskonflikt, Reichsgründung, National- und Staatsbewußtsein, Militär-Parlament, Armee-Marine-Außenpolitik, Militarismus. Es gelingt ihm dabei, ein Panorama der Forschungsarbeiten und der damit verbundenen Kontroversen über unterschiedliche Positionen in der Forschung aufzuzeigen, dessen Kenntnis nicht nur für den Experten wichtig ist, sondern auch dem interessierten Laien einen Überblick zu verschaffen dienen kann. Auch ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft ist dieser kleine Band. Man kann darin einmal mehr lernen, daß und wie vehemente Diskussionen innerhalb der Disziplin (z. B. über G. Ritters »Staatskunst und Kriegshandwerk« am Ende der fünfziger, über F. Fischers »Griff nach der Weltmacht« am Beginn der sechziger Jahre) selbstverständlich durch außerwissenschaftliche (sprich: politische) Instanzen beeinflusst oder gar induziert wurden. Zur Einarbeitung in das Problemfeld »Wilhelminischer Militarismus und seine Wurzeln« ist die vorliegende Studie empfehlenswert.

Wilfried von Bredow

Wilhelm Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 17), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976, 344 S., Ln., 48 DM.

Die vorliegende Studie reiht sich ein in die Arbeiten einer mittleren und jüngeren Generation von Historikern, die in Fortführung einer lange Jahre verschüttet gebliebenen Tradition die innenpolitischen, außenpolitischen und herrschaftslegitimatorischen (im herkömmlichen Sprachgebrauch: ideologischen) Aspekte sozialer Entwicklungen nicht trennen, sondern in ihren wechselseitigen Bezügen aufzeigen möchte. Diese Tradition weist zwar nicht viele Namen auf – im Zusammenhang mit der Geschichtsschreibung über das Deutsche Reich fällt meist nur der Name E. Kehrs –, ist jedoch durch die Forschung zahlreicher jüngerer Historiker glänzend rehabilitiert worden. Auch Geschichtsschreibung und die Bemühungen von Professoren besitzen ja – darauf wird in Deists Arbeit verschiedentlich hingewiesen – herrschaftslegitimatorische Aspekte, und so ist es kein Zufall, daß Kehrs Arbeiten seinerzeit auf die eisige Ablehnung der Zunft stießen.

Eine solche systematisch-kritisches Bemühen um die Analyse der politischen Vorgänge verdrängende oder sogar ganz ausschließende Identifikation mit den bestimmenden Akteuren des Kaiserreichs gehört heute zu den Ausnahmeerscheinungen. Der Forschung der Historiker kommt das zugute, wie man nicht zuletzt an der gediegenen und in vielen Punkten gerade für den Politikwissenschaftler hochinteressanten Arbeit von Deist nachprüfen kann. Deist betrachtet die Flottenpolitik des kaiserlichen Deutschland (im Anschluß an die immer wieder zustimmend zitierte große Studie von Volker Berghahn über den Tirpitz-Plan) als nicht nur gegen Großbritannien gerichtet, sondern zugleich auch als eine antiparlamentarische Initiative, mit dem Ziel, auch dieses militärische Machtinstrument – die Marine – einzig in der Verfügungsgewalt des Monarchen zu belassen. Wenn die Flottenpolitik als entscheidende Komponente der deutschen Weltmachtspolitik zudem innenpolitisch im Sinne einer »sekundären Integration« wirken sollte, kam es vor allem auch darauf an, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen die Inhalte dieser Politik dem Volk »verkauft« wurden. Der Erfolg war jedenfalls überwältigend: »Für die Stärke des Echos war vor allem entscheidend, daß jene beiden Ausformungen des Nationalbewußtseins, der Reichspatriotismus und die neueren nationalistischen Bewegungen, sich in der Akklamation und Propagierung der Flotten- und Weltmachtspolitik vereinigten und die nationale Idee dadurch ganz allgemein eine kraftvolle, in die Zukunft weisende Perspektive erhielt und in dem militärischen Instrument der Flotte ein Symbol gewann, das sich als umfassend und zugleich als flexibel genug erwies, um die unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Traditionen und Erwartungen an sich zu binden und zu integrieren« (S. 15). Dieses Ergebnis der »Krisenstrategie von Tirpitz« – wie wurde es erreicht, welche Anknüpfungspunkte für eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung gab es, welche Mittel wurden zu ihrer Manipulation eingesetzt? Welche Wechselbeziehungen bestanden zwischen dem Konzept von Tirpitz und seiner »Verkaufsstrategie«? Dieses sind die Fragestellungen der vorliegenden Studie. Ihr Autor verfolgt die Arbeit des für »Öffentlichkeitsarbeit« (wie man heute sagt) zuständigen Organs im Reichsmarineamt, des offenbar die ganzen Jahre über von außerordentlich befähigten Offizieren geleiteten Nachrichtenbureaus von seinen Anfängen bis zum Kriegsausbruch 1914.

Schon zu Beginn der 1890er Jahre konnte jede kaiserliche Regierung mit der »allgemeinen Militärfrömmigkeit der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten« fest rechnen<sup>1</sup>. Diese bezog sich jedoch kaum auf die Marine. Deist zitiert einen der wenigen Artikel aus dem Militär-Wochenblatt, die sich in der ersten Hälfte der 1890er Jahre überhaupt mit Fragen

<sup>1</sup> Vgl. die aus dem Blickwinkel einer anderen Disziplin geschriebene, aber damit zugleich auch eingehende sozialgeschichtliche Kenntniss vermittelnde Studie von Roswitha Flatz, *Krieg im Frieden*. Das aktuelle Militärstück auf dem Theater des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt 1976.

der Marine beschäftigten. Darin wird beklagt, daß das Interesse des Volkes an maritimen Dingen oberflächlich sei, daß es an fundierten Arbeiten zum Thema fehle. Vor diesem Hintergrund gewinnen die in wenigen Jahren erzielten Erfolge des Nachrichtenbureaus noch größeres Gewicht. Für Tirpitz war diese maritime Abstinenz total unverständlich. Sein Credo ist in wenigen Sätzen zusammengefaßt: »Ist es denn so schwer einzusehen, daß die Interessen Deutschlands auf Europa nicht beschränkt bleiben dürfen, wenn Deutschland bei der heutigen Entwicklung sich lebensfähig erhalten will? Glaubt man wirklich, daß eine Weltindustrie möglich ist ohne Welthandel und ein Welthandel ohne Weltmacht? Eine Weltmacht ist aber nicht zu denken ohne eine starke Flotte« (S. 35). Die Anfänge der Marinepropaganda gehen auf eine vom Kaiser angeregte Verfügung des Reichsmarineamtes vom Januar 1894 zurück. »Stimmungmachen für Marinezwecke« hieß die Aufgabe, und wenn auch die ersten Aktivitäten in dieser Richtung nur erst keimhaft die bald die ganze Nation bewegenden Themen und Grundsätze erkennen ließen, fehlen doch schon in dieser Anfangszeit nicht die Hinweise darauf, daß die Existenzberechtigung der Marine um so leichter nachzuweisen sei, je nachdrücklicher ihr Zusammenhang mit den wirtschaftlichen See-Interessen Deutschlands ins Bewußtsein gehoben würde (vgl. S. 33 und 42 f.). Erst mit der Ernennung von Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes am 17. Juni 1897 war die Voraussetzung dafür geschaffen, die verschiedenen Vorstellungen und Aktivitäten der maritimen Öffentlichkeitsarbeit effizient und mit aus heutiger Sicht fast avantgardistischer Propagandaphantasie zu koordinieren. Die Leitung des neu eingerichteten Nachrichtenbureaus übernahm Korvettenkapitän von Heeringen. Ihm vor allem ist es zu »verdanken«, daß dem Nachrichtenbureau ein durchschlagender Erfolg beschieden war. Welche Maßnahmen wurden zum Zwecke der Beeinflussung der Öffentlichkeit ergriffen? Zunächst einmal stellte Heeringen (immer mit der Rückendeckung des Staatssekretärs) sicher, daß alle Informationen, die von Interesse für die Öffentlichkeit sein konnten, der neuen Abteilung zur Verfügung gestellt wurden. »Die gesamte Behörde wurde für die Propaganda in Dienst genommen« (S. 75). Es muß jeden, der sich mit der Informationsfreudigkeit von Behörden, insbesondere von militärischen Behörden, auskennt, überraschen, daß diese organisatorischen Vorstellungen intern durchgesetzt und praktiziert werden konnten. Indes bleibt dies nicht die einzige Überraschung. Im Rahmen der Bemühung, die Marine der Öffentlichkeit so weit wie möglich »zugänglich« zu machen (im wahrsten Sinne des Wortes), gelang es dem Nachrichtenbureau durchzusetzen, daß sie auch so etwas wie eine »permanente Ausstellung« ihrer selbst zu sein habe. Gegen den z. T. erbitterten Widerstand der Truppe wurden ausgedehnte Besichtigungsreisen durchgeführt (insbesondere auch mit Schulklassen). Der tägliche Dienst hatte sich nach solchen Anforderungen zu richten.

Eine weitere wichtige Maßnahme des Nachrichtenbureaus bestand darin, die Vorstellungen des Staatssekretärs über die richtige Seestrategie und die richtigen Schiffbauprogramme dadurch zu popularisieren, daß das Seeoffizierkorps (einschließlich der pensionierten Offiziere) einerseits zu vermehrter schriftstellerischer Tätigkeit animiert, andererseits jedoch mit zuweilen rigorosen Drohungen (bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung) daran gehindert wurde, abweichende Meinungen zu publizieren. Standardwerke für die marinestrategischen Überlegungen wurden die mit quasi offiziellem Auftrag übersetzten und verbreiteten Schriften von Mahan. Gegenüber unliebsamen Veröffentlichungen wurde, wenn nötig, auch der Kaiser selbst bemüht. Nicht nur an dieser Stelle des Buches hat der Rezensent in seinem Exemplar vermerkt, wie wenig bestimmte Praktiken der militärstrategischen und militärpolitischen Öffentlichkeitsarbeit sich seit Kaisers Zeiten verändert haben.

Von besonderer Bedeutung für das erfolgreiche Wirken des Nachrichtenbureaus war insbesondere das Verhältnis zu den Journalisten und zu den Parlamentariern. Das bis heute beliebte Instrument der »Parlamentarierreise« wurde zum erstenmal vom Nachrichtenbureau praktiziert. Und weil die Offiziere ein erstaunlich ausgeprägtes Fingerspitzengefühl für den Umgang mit der Presse entwickelten, wurde es von allen Seiten gelobt. Einer der

Nachfolger Heeringens hat die Maxime dieses Umgangs mit der Presse einmal so zusammengefaßt: »Ich nenne es einen Erfolg, wenn es gelingt im Verlauf einer gewissen Periode einen oder mehrere Gedanken so zu lancieren, daß die Autoren schließlich glauben, sie seien die Erfinder dieser Gedanken und ferner, daß die öffentliche Meinung diese Gedanken als eine selbstverständliche Wahrheit aufnimmt« (S. 133). Die Stärke des Nachrichtenbureaus lag darin, die verschiedensten Geister in eine bestimmte Marschrichtung zu dirigieren, ohne daß diese den Taktstock wahrnahmen.

Zielgruppe des Nachrichtenbureaus war in erster Linie das Bildungsbürgertum, in zweiter Linie das Kleinbürgertum. Nur am Rande und dann mit nicht gerade überwältigendem Ergebnis bemühte man sich auch um die Arbeiterschaft. Dies gehörte auch nicht in den Katalog der verschiedenen innenpolitischen Integrationsstrategien der Regierung: Es ging immer vor allem um die Integration der verschiedenen *bürgerlichen* Gruppierungen. Oder, wie es unnachahmlich der Fürst Hatzfeld ausdrückte: »Unpolitisch heißt vor allem, daß die Agitation sich gegen keine der bürgerlichen Parteien richten darf« (S. 233). Dieses Wort ist im Zusammenhang der Diskussion um den Flottenverein gefallen, eine nationale Sammlungs- und Begeisterungsbewegung, die mit tatkräftiger Unterstützung des Nachrichtenbureaus ins Leben gerufen wurde, dann jedoch bald eine Tendenz zur Eigenentwicklung ausbildete, die von Tirpitz als zwiespältig beurteilt wurde. Dessen Politik bestand darin, unter Beibehaltung einer gemäßigt anti-englischen Stimmung die Marine so auszubauen, daß ein Stärkeverhältnis von 2 : 3 erreicht wurde; dazu kam es ihm darauf an, den Äternat zu erreichen, d. h. nicht von jedesmal neu umkämpften Flottenvorlagen im Parlament abhängig zu sein. Nebenbei sollte die Flottenbegeisterung, an der im übrigen einige »Flottenprofessoren« nicht unbeteiligt waren (vgl. S. 87), integrativ wirken, und das tat sie gewiß, erstaunlicherweise sogar und besonders im deutschen »Nord-Süd-Konflikt«, d. h. also in Süddeutschland (vgl. S. 125). Der Flottenverein nun, jedenfalls in den Jahren, in denen General Keim führend dort tätig war, zerstörte durch Maßlosigkeit in der Propaganda dieses Kalkül. Die plebiszitäre Komponente, die dem ganzen Konzept Tirpitz' ebenfalls unterlegt war (vgl. S. 269), konnte, wenn ungehörlich in den Vordergrund gerückt, die Integrationsbestrebungen im Innern zunichte machen. Die Auseinandersetzungen um den und mit dem Flottenverein nehmen deshalb zu Recht großen Raum in der vorliegenden Arbeit ein.

An dieser Stelle soll die historische Entwicklung des Tirpitz-Plans und seines Niedergangs nicht weiter beschrieben werden. Man lese die Studie von Deist füglich auch erst nach dem Berghahn'schen Werk über den Tirpitz-Plan. In seinen Schlußbetrachtungen faßt Deist die Bedeutung der Arbeit des Nachrichtenbureaus noch einmal zusammen: »Die Präsentation der Belange der Marine in der Öffentlichkeit und die Beeinflussung und Steuerung der Öffentlichen Meinung im Sinne der anvisierten politischen Zielsetzung konnten nun nicht mehr als Randaufgaben des politischen Geschäfts betrachtet werden, sondern bildeten einen unverzichtbaren Bestandteil der Flottenpolitik insgesamt [...]. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes war die erste staatliche Institution, die sich im vollen Umfange diese veränderten Verhältnisse auf dem Gebiete des Publikationswesens zunutze machte und sich dadurch in der Methodik ihres Vorgehens ebenso von den älteren wie von den gleichzeitigen Praktiken amtlicher Beeinflussung der Öffentlichen Meinung [...] wesentlich unterschied« (S. 326).

Bei einer Neuauflage sollten die auf den Seiten 130 und 311 unter den Tisch gefallenen Zeilen ergänzt werden.

Wilfried von Bredow

Martin Kitchen, *The Silent Dictatorship: The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916–1918*, Croom Helm Ltd., London 1976, 301 pp., Hardback, £ 8.50.

»The characteristic form of government in Germany from Bismarck to Hitler was thus bonapartism«. This claim Kitchen seeks to substantiate with his analysis of Hindenburg's and Ludendorff's reign from behind the scenes during 1916–1918. The claim is supported by a lengthy summary for the period 1866–1916, though no parallel attempt is offered for the era 1918–1933. Kitchen's book directs attention to the shift in conservative ideology, from elitism to an awareness of the need for mass support. Implicitly, Kitchen poses the question why Hindenburg, despite helping to lose the war, later attained such prominence; the simple answer being that his earlier role remained hidden. While examining a significant set of problems with novel information and pertinent questions, the author has not kept to the high standard set in his excellent study on the officer corps between 1890 and 1914. He has neither clarified the concept of ›bonapartism‹ by which he seeks to explain the political involvements of the high command, nor directly addressed the historiographical debate on the extent and nature of Ludendorff's ›dictatorship‹.

In Kitchen's view the characteristic response by German political leaders to the structural weaknesses and contradictions of Imperial Germany was ›bonapartism‹, a form of pseudo-plebiscitary government by which – following Marx in »The Eighteenth Brumaire of Napoleon Bonaparte« – power was held by an independent executive to maintain bourgeois rule: »The secret of this imperialism, or ›caesarism‹, was that it claimed to transcend the class divisions of society and act for the good of all« (p. 11). Without further clarifying the distinction between ›imperialism‹ and ›bonapartism‹, Kitchen cites contemporaries who saw in Bismarck's policies the deployment of wars and foreign involvements to counteract internal changes. Then he builds upon historians such as Kehr, Röhl, Rosenberg, Wehler, Stegmann and Berghahn to illustrate that »bonapartism in Germany was the result of an attempt to reconcile economic modernization and the preservation of the social *status quo* [. . . as] constitutionally the only adequate form of government« (p. 14). To paste over the great differences which the late 19th century brought in the wake of industrialization, a series of mechanisms are identified as supplementing bonapartism: concentration of anti-socialist and anti-democratic groups (*Sammlungspolitik*), *Welt-politik* through naval policies based on nationalistic, mass support and coup d'état considerations. These »radical conservative politics, the anti-English, anti-Russian and anti-proletarian thrust« culminated in a world war which placed even greater pressure upon Germany's rulers through the inability to achieve a decisive victory. According to Kitchen »the politics of the High Command under Hindenburg and Ludendorff must be seen against the background not only of the failure of Moltke and Falkenhayn, but also in the perspective of the problems facing German society since Bismarck. [. . .] They were needed to deliver the decisive victory that would secure the achievement of the extensive war aims of the ruling class, and which it was hoped would cement the social *status quo*. The enormous popularity of Hindenburg, who had become a figure of almost mythical proportions, gave the supreme command a plebiscitary dimension which was to be exploited to the full by the military propagandists and chauvinist politicians« (p. 21 f.). Yet, Ludendorff and Hindenburg brought a more radical version of the ›revolution from above‹: »Their ›state socialism‹ went further than Bismarck's cynical manipulations of Lassallian ideas. Their ideology of the equality of field grey was far more extreme than Bismarck's appeals to the ›productive classes‹. Their imperialist aims were far more extensive, just as the *Vaterlandspartei*, their main political support, was a radical version of *Sammlungspolitik*. The politics of the High Command under Hindenburg and Ludendorff were a militarized form of bonapartism« (p. 22). This thesis includes, first, that a ›silent dictatorship‹ existed through »some curious workings of social psychology [by which] Hindenburg and Luden-

dorff appeared more infallible and invincible the more it became apparent that Germany's military position was precarious in the extreme« and second, that they extended »the ›purely military‹ to include almost all aspects of political life« (p. 273 f.). While acknowledging that the OHL did not have »unchallenged and complete authority in domestic politics«, Kitchen thinks »its influence was nevertheless preponderant« (p. 275). Its position was dependent upon the embodiment of the »aspirations of significant sectors of society« namely, »the heavy industrialists, the agrarians, and their political organizations: the Pan Germans and the *Vaterlandspartei*. The propaganda efforts of the OHL were used to gain wide popular support, giving to the regime its distinct bonapartist flavour« (p. 277). The resulting ›silent dictatorship‹ stood halfway between »the bonapartism of Bismarck and the fascist dictatorship of Hitler« (p. 277). Kitchen thereby tries to place the Hindenburg-Ludendorff escapade in the wider context of Germany's political developments.

The lack of information on how the High Command's popularity emerged, the extent to which it affected the populace or how it influenced the war effort, cannot be overcome by reference to »some curious workings of social psychology« (p. 273). Neither can the lack of precision on the concept ›bonapartism‹ be compensated by an historical review of the mechanisms through which German elites sought to avoid the political consequences of social pressures. The question immediately arises: is every claim to »transcend the class divisions of society and act for the good of all« (p. 11) bonapartism? L. Gall has shown very recently how vaguely and descriptively the term ›bonapartism‹ has been employed in most of the literature to which Kitchen refers (Bismarck und der Bonapartismus, *Historische Zeitschrift* CCXXXIII, 1976, p. 618 ff.).

The concern to place the Ludendorff-Hindenburg regime within a ›bonapartist‹ tradition also brings a surprising consequence for the study. The historiographical debate on whether Ludendorff perpetrated a dictatorship or not, and if so, of what kind, has been long and heated. In 1928 Arthur Rosenberg (*Entstehung der Weimarer Republik*) set out factors which accounted for the dissolution of Imperial Germany, concentrating upon the period 1916–1918. As one of the first historians with access to internal government documents he painted an especially convincing picture of the social stress imposed upon the Bismarckian constitutional structure by world war. He was the first to maintain that behind the Imperial facade a military dictatorship took all the major decisions. In 1930 Otto Kirchheimer (*Weimar – und was dann?* reprinted 1964) concluded similarly that »the monarchy in its old form« »was terminated by the *Machtergreifung* of General Ludendorff« whose rule was shaped »by heavy industry's influence«. During the 1950s East German historians took up the theme as they sought the economic and social origins of fascism. In 1959 W. Richter outlined the extensive ties between state, labor and military and emphasized that behind the OHL's power stood the interest groups of heavy industry. His colleagues Schröter and Weber further illuminated the military's ties to industrial circles, even if they did not convincingly illustrate that the military leaders were primarily instruments of industry. (An admission in the East German collective study: *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Berlin 1970, vol. II, p. 61, that the proof for how the industrialists transformed their demands into government decisions has yet to be presented, is often overlooked.) While Kitchen gives due credit to the East German studies he does not directly confront their views which surely conflict with his ›bonapartist‹ thesis. Yet, most startling is the lack of an explicit statement on G. A. Feldman's widely acclaimed »Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918« with its thesis that Ludendorff exercised less influence than previously thought, and that the inefficiency and incapability of the German economic and administrative system drew the »vaccinating« military leaders into ever more spheres. Feldman saw the military more as victims than as initiators within a disintegrating structure. Is Kitchen indirectly trying to hint that Feldman's study has been overrated; the few

references to it in the notes are quite critical. A significant aspect in evaluating the type of politics which the OHL perpetrated, is when and how the civilians regained control. Kitchen terminates his account with Ludendorff's resignation. But, W. Sauer (*Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie*, in E. Kolb, ed., *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972, p. 77 ff.) has indicated that the OHL and then the naval leadership continued the previous type of politics right into November 1918. In addition, in an extensive documentary edition on the military in internal politics W. Deist introduced his collection with the views that the OHL under Ludendorff and Hindenburg were supported by the »overwhelming majority of the populace« and they »quickly developed to the sole military and decisive political institution of the Kaiserreich«, but it »would present an inaccurate picture if the behavior of the third OHL [...] were presented in combination with the concept dictatorship«. (*Militär und Innenpolitik 1914–1918*, I, Düsseldorf 1970, p. LIII). While Kitchen acknowledges much of this literature, except Rosenberg, Kirchheimer and Sauer, he does not directly take issue with those who refuse to see a dictatorship (for instance, Feldman) or with those who see a military dictatorship with varying degrees of influence from industrial circles. Kitchen insists a dictatorship existed (p. 273) even though hidden: »Thus paradoxically the more the OHL was able to hide behind the figure of the chancellor, the greater became its power and strength. Such was the nature of the ›silent dictatorship« (p. 272). A direct confrontation with the literature would have helped remove ambiguities, especially since some authors maintain it is not proper to speak of a Ludendorff dictatorship per se, though not indicating what the per se signifies (an approach found in: J. Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918*, Göttingen 1973, p. 127).

Despite these critical reservations, Kitchen's study offers a valuable addition to the mass of literature on Germany during world war one. On civilian-military relations during the last half of the war, his account demonstrates in detail the extreme political involvements of the High Command. The core of the study traces that involvement from the appointment of Hindenburg and Ludendorff aided by the intrigues of Colonel Bauer and the support of Bethmann Hollweg in late summer 1916 chronologically to October 1918. Kitchen notes that Wilhelm II recognized the dangers to royal prerogatives by his reluctance to appoint anyone with »pseudo-democratic« support. Then Kitchen succinctly outlines the organization at military headquarters and the High Command within it. This short chapter is especially valuable for the clear statement of the legal and political position of the regional (deputy) commanding generals under the state of siege. However, in presenting the operations of these commanders and their extensive controls plus the public resentment called forth by their propaganda, repression and censorship, Kitchen challenges some of his own views on the popularity of the military (especially p. 60). Again it raises the question on what basis the bonapartist rule existed. But Kitchen presents the OHL's economic and foreign policy involvements very well. He thinks that for the OHL »the militarization of society was almost an end in itself« (p. 75) as they pushed through the Hindenburg Program to control labor (which Kitchen refuses to see in Feldman's terms as a »triumph of labor«). On foreign affairs and unrestricted submarine warfare up to mid-1917, the story told is similar to that in K. Jarausch, *The Enigmatic Chancellor*, New Haven 1973, since both used most of the same archival files. But, unlike Jarausch, Kitchen maintains that the differences between Bethmann and the OHL remained »over means rather than ends« (p. 122, also 105 and 109 where Kitchen points to Gerhard Ritter's lack of information on Bethmann's ›compromising‹). Kitchen leaves no doubt that he accepts Fischer's views on the war aims debate. What he attempts to add is that by late 1916 the initiative had gone over to the military leaders and their means of attaining »the delusions«. In providing the background to the July Crisis, including the efforts of Carl Duisberg's ›Adlon Action‹ group, Kitchen writes that the military leaders had reservations

about an outright dictatorship: »Hindenburg and Ludendorff were particularly anxious to retain their popularity, for they were keenly aware that much of their power rested on this pseudo-democratic popular support« (p. 128 f.). To illustrate this and similar claims (»magical figure of Hindenburg«, p. 133) Kitchen brings no evidence. It is this lack of any tie to the public which raises doubts about the bonapartist thesis. His account of Brest-Litovsk, the Bucharest Peace and the attempts to control the Baltic and Polish lands, shows more than other studies the policy-making influence of the OHL. Throughout Kitchen demonstrates the dictatorship silently at work behind the Hertling government. Yet, the bonapartist element, the special pseudo-democratic support remains unsubstantiated. The conclusion on Brest-Litovsk exemplifies Kitchen's assertions: »[...] and the majority of Germans gave their full support to the annexationist ambitions and the power political illusions of the government and the OHL« (p. 184). But, surely the Reichstag majority cannot be equated with the German people for as Kitchen himself acknowledges »the Reichstag was still to a large extent a ›fig leave of absolutism« (p. 152, note 15). How does one measure what the majority of Germans wanted during a state of siege *despite which* some struck for peace and political reforms?

Kitchen has demonstrated better than any other author the extent of Ludendorff's and Hindenburg's influence over the German government, erected in such a manner that they would not have to face any responsibility for their actions. But Kitchen has not demonstrated the bonapartist element because he has restricted his account and analysis solely to the relations between the OHL and the government. He shows that the »concept of the ›purely military« was extended to include nearly every aspect of political life. Since the German public did not become aware of this ›silent dictatorship« Kitchen correctly observes that militarism is »a problem of society as a whole« (p. 278). Dieter K. Buse

Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918* (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Drpste Verlag, Düsseldorf 1974, 227 S., Pb., 48 DM.

Die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands während des Ersten Weltkrieges hat, nachdem das diesen Problemen gewidmete Forschungsprojekt der Carnegiestiftung aus den zwanziger Jahren für Deutschland nicht vollendet worden ist<sup>1</sup>, in den letzten Jahren durch eine Reihe wichtiger Untersuchungen<sup>2</sup> neue Impulse erhalten. Unverkennbar ist freilich, daß sich das Interesse überwiegend auf zwei Fragestellungen konzentriert hat: einmal auf Ursachen der Revolution von 1918 und ihr »Scheitern«, zum andern auf die Analyse der Veränderungen im Verhältnis von Wirtschaft und Staat, die sich in gesamtgesellschaftliche Erklärungsmodelle des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« oder des »organisierten Kapitalismus« verdichtet hat<sup>3</sup>. Zu kurz gekommen ist dem-

1 Eine Zusammenstellung aller in dieser Reihe erschienenen Bände bei *Peter Graf Kielmannsegg*, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Frankfurt 1968, S. 719; wichtig ist vor allen Dingen auch die nur in englischer Sprache erschienene Zusammenfassung der bis 1933 veröffentlichten Bände von *Albrecht Mendelssohn Bartholdy*, *The War and German Society*, New Haven 1937.

2 *Gerald D. Feldman*, *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton 1966; *ders.*, *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton 1977; *ders.* / *Heidrun Homburg*, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977; *R. B. Armeson*, *Total Warfare and Compulsory Labor. A Study of the Military-Industrial Complex in Germany during World War I*, The Hague 1964; *Jürgen Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973.

3 Vgl. u. a. *Hellmuth Weber*, *Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918*, Berlin – DDR 1966; *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin – DDR 1968/69; *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974; *J. Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg*.

about an outright dictatorship: »Hindenburg and Ludendorff were particularly anxious to retain their popularity, for they were keenly aware that much of their power rested on this pseudo-democratic popular support« (p. 128 f.). To illustrate this and similar claims (»magical figure of Hindenburg«, p. 133) Kitchen brings no evidence. It is this lack of any tie to the public which raises doubts about the bonapartist thesis. His account of Brest-Litovsk, the Bucharest Peace and the attempts to control the Baltic and Polish lands, shows more than other studies the policy-making influence of the OHL. Throughout Kitchen demonstrates the dictatorship silently at work behind the Hertling government. Yet, the bonapartist element, the special pseudo-democratic support remains unsubstantiated. The conclusion on Brest-Litovsk exemplifies Kitchen's assertions: »[...] and the majority of Germans gave their full support to the annexationist ambitions and the power political illusions of the government and the OHL« (p. 184). But, surely the Reichstag majority cannot be equated with the German people for as Kitchen himself acknowledges »the Reichstag was still to a large extent a ›fig leave of absolutism« (p. 152, note 15). How does one measure what the majority of Germans wanted during a state of siege *despite which* some struck for peace and political reforms?

Kitchen has demonstrated better than any other author the extent of Ludendorff's and Hindenburg's influence over the German government, erected in such a manner that they would not have to face any responsibility for their actions. But Kitchen has not demonstrated the bonapartist element because he has restricted his account and analysis solely to the relations between the OHL and the government. He shows that the »concept of the ›purely military« was extended to include nearly every aspect of political life. Since the German public did not become aware of this ›silent dictatorship« Kitchen correctly observes that militarism is »a problem of society as a whole« (p. 278). Dieter K. Buse

Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918* (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Drpste Verlag, Düsseldorf 1974, 227 S., Pb., 48 DM.

Die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands während des Ersten Weltkrieges hat, nachdem das diesen Problemen gewidmete Forschungsprojekt der Carnegiestiftung aus den zwanziger Jahren für Deutschland nicht vollendet worden ist<sup>1</sup>, in den letzten Jahren durch eine Reihe wichtiger Untersuchungen<sup>2</sup> neue Impulse erhalten. Unverkennbar ist freilich, daß sich das Interesse überwiegend auf zwei Fragestellungen konzentriert hat: einmal auf Ursachen der Revolution von 1918 und ihr »Scheitern«, zum andern auf die Analyse der Veränderungen im Verhältnis von Wirtschaft und Staat, die sich in gesamtgesellschaftliche Erklärungsmodelle des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« oder des »organisierten Kapitalismus« verdichtet hat<sup>3</sup>. Zu kurz gekommen ist dem-

1 Eine Zusammenstellung aller in dieser Reihe erschienenen Bände bei *Peter Graf Kielmannsegg*, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Frankfurt 1968, S. 719; wichtig ist vor allen Dingen auch die nur in englischer Sprache erschienene Zusammenfassung der bis 1933 veröffentlichten Bände von *Albrecht Mendelssohn Bartholdy*, *The War and German Society*, New Haven 1937.

2 *Gerald D. Feldman*, *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton 1966; *ders.*, *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton 1977; *ders.* / *Heidrun Homburg*, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977; *R. B. Armeson*, *Total Warfare and Compulsory Labor. A Study of the Military-Industrial Complex in Germany during World War I*, The Hague 1964; *Jürgen Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973.

3 Vgl. u. a. *Hellmuth Weber*, *Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918*, Berlin – DDR 1966; *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin – DDR 1968/69; *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974; *J. Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg*.

gegenüber bis heute die präzise Untersuchung der realen ökonomischen und sozialen Situation und ihrer Veränderungen während des Krieges; dies gilt sowohl für eine schichten-spezifische wie auch für eine sektorale und branchenmäßige Analyse. Die Forschungsdefizite, die hier noch vorhanden sind<sup>4</sup>, beeinflussen auch die Ergebnisse dieser Studie, die den ersten Teil der Habilitationsschrift von Zunkel wiedergibt, da die an sich notwendige Rückkoppelung der Diskussionen über die Wirtschaftsordnungspolitik mit der realen ökonomischen und sozialen Lage der Beteiligten nur ganz unzureichend erfolgen kann und damit deren Motive und Interessen relativ undeutlich bleiben.

Die wesentliche Leistung dieses Buches besteht in der akribischen Wiedergabe der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmerverbänden, einzelnen industriellen Unternehmungen und ihren führenden Persönlichkeiten einerseits und den zivilen und militärischen Behörden andererseits über die Wirtschaftsordnungspolitik während des Krieges sowie auch schon seit 1915 über die nach dem Kriege zu verfolgende Wirtschaftsordnungspolitik, während die Haltung der politischen Parteien und der Gewerkschaften zu diesen Problemen und die zumindest bei der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften stets als integrale Einheit mit der Wirtschaftsordnung betrachtete Frage der zukünftigen Sozialordnung meist nur am Rande mitbehandelt werden bzw. nur bei der Erörterung der Entstehungsgeschichte der ZAG stärkere Berücksichtigung finden. Gut herausgearbeitet werden von Zunkel die unterschiedlichen Positionen zu der zentralen Streitfrage, welches Maß an Einfluß der Staat auf die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft erhalten sollte, wie weit seine Eingriffe in Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen gehen durften, schließlich auch ob die Regulierung der Arbeitsorganisation und der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu den legitimen Aufgaben des Staates gehören sollte. Diese unter den Schlagworten von »Staatssozialismus«, »Gemeinwirtschaft« und »freier Wirtschaft« geführte Kontroverse über die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates wird von Zunkel im wesentlichen an den Debatten um Organisationsfragen festgemacht, so am sogenannten »wirtschaftlichen Generalstab«, dem »Reichskommissariat für Übergangswirtschaft«, den zahlreichen Kriegsgesellschaften, dem Reichswirtschaftsamt und schließlich dem Demobilmachungsamt. Dabei bestätigen sich die Ergebnisse, die schon von Gerald D. Feldman erarbeitet worden sind<sup>5</sup>; einmal wird deutlich, wie weitgehende Systemveränderungen von den Vertretern der »Gemeinwirtschaft«, d. h. in erster Linie von Wichard von Moellendorff und den von ihm beeinflussten und nach der Revolution in die Schlüsselstellungen des Reichswirtschaftsamts einziehenden Beamten, in geringerem Maße auch von Rathenau, geplant waren und welche relativ geringen Durchsetzungschancen sie in dem bürokratischen und politischen Entscheidungsprozeß besaßen, zum ändern, wie stark die Aversionen der Industrie – ungeachtet aller internen Divergenzen, auch ungeachtet der Tatsache, daß einzelne Industriebranchen in Verteidigung ihrer eigenen Position immer wieder Anlehnung und Hilfe beim Staat gegen andere Industriebranchen suchten – sich an der gesamten staatlichen Reglementierung – gleich ob damit dauernde Systemveränderungen oder nur eine möglichst hohe Effizienz bei der Herstellung und Verteilung kriegswichtiger Güter erreicht werden sollte – aufluden, so daß der Kampf gegen den

<sup>4</sup> Um nur einige der wichtigsten zu nennen: Wir wissen praktisch nichts über die personale Einkommensverteilung und ihre Änderungen, so gut wie nichts über die reale industrielle und landwirtschaftliche Produktion, wenn man sich nicht auf die wenigen, höchst fragwürdigen Schätzungen verlassen will; ganz unerforscht ist die Frage neu entstehender subproletarischer Schichten, und über die Differenzierungsprozesse innerhalb der Industriearbeiterschaft bringt die Literatur ebenfalls nur Andeutungen.

<sup>5</sup> Vgl. neben dem in Anm. 2 genannten Buch vor allem seine Aufsätze: *German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*. Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 312–341; *The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation*, in: *IWK 19/20, 1972*, S. 45–102.

»Staatssozialismus« weitaus wichtiger als die traditionelle Bekämpfung der »sozialistischen Gefahr« wurde, ja, daß schließlich das Bündnis mit den ehemals als Todfeinden betrachteten sozialistischen Gewerkschaften als Rettung vor der als gefährlicher angesehenen staatlichen Ordnungspolitik gesucht wurde. Wichtig und über die bisherigen Ergebnisse hinausführend ist in diesem Zusammenhang, daß die zahllosen einschneidenden, dabei wenig koordinierten und noch weniger effizienten Eingriffe des Reichswirtschaftsamtes in die Textilwirtschaft eine besondere Bedeutung gewonnen haben, zumal in diesem Industriebereich offensichtlich von den staatlichen Behörden auch nicht die finanziellen Kompensationen, die in anderen Branchen gewährt wurden und dort die Eingriffe vom Unternehmerstandpunkt erträglicher machten, zugestanden worden sind.

Ogleich Zunkel die Benutzung der in den Archiven der DDR befindlichen Akten der Reichsämtler und preußischen Ministerien verweigert wurde und er dieses Quellendefizit nur teilweise durch die übrige bundesstaatliche Überlieferung auszugleichen vermochte, dürften mit dieser Untersuchung bis auf geringe Korrekturen, die sich noch ergeben könnten, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung während des Ersten Weltkrieges geklärt sein, jedenfalls wenn man die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftsordnungspolitik hinreichend analysiert ist, wenn die von Industriellen, Gewerkschaftlern, Beamten und Politikern formulierten Meinungsäußerungen und organisatorischen Konzeptionen genau wiedergegeben werden. Mir scheint allerdings, daß dies nur die eine, keineswegs etwa unwichtigere, aber doch nur die eine Seite des Problems ist. Ergänzt werden müßte dies durch eine ebenso stringente Analyse der realen ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung, die uns im einzelnen Aufschluß darüber geben könnte, welche konkreten Interessen sich in Befürwortung wie Bekämpfung und in der Ausprägung des sich im Krieg voll entfaltenden Staatsinterventionismus durchgesetzt haben.

Peter-Christian Witt

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 31), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 627 S., Ln., 43 DM.

Anders als die vorwiegende Fragerichtung von Friedensforschung nach Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen setzt die Untersuchung zweier von *Huber / Schwerdtfeger* herausgegebener Aufsatzsammlungen bei den Chancen sozialer Gruppen zur Realisierung von Frieden an. Als exemplarische Gruppen wurden der deutsche Protestantismus und die Arbeiterbewegung ausgewählt.

Der hier referierte Band fragt historisch und systematisierend nach den Handlungsformen, in denen die christlichen Kirchen ihrem irenischen Anspruch gerecht werden können, sowie nach den Hindernissen auf ihrem Weg von theologischer Programmatik zu gesellschaftlich-kirchlicher Praxis.

Fallstudien, die spezifische Vergleiche zwischen dem Verhalten christlicher Organisationen gegenüber Krieg und Revolution beabsichtigen, finden sich eingebettet in einen Bezugsrahmen aus drei historischen Längsschnitten, in denen Prozesse analysiert werden, welche die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem Krieg/Frieden besonders beeinflussten.

Ausgehend von einem aufweisbaren »Zusammenhang zwischen der Struktur einer Organisation und deren [...] Handlungsgrenzen« (S. 11), verfolgen *Wolfgang Huber* und *Theodor Strohm* in der ersten Tendenzanalyse das Werden der sozialen Gestalt des Protestantismus seit der Reformation. Dabei werden die Verfassungstendenzen im außerdeutschen Protestantismus berücksichtigt, dort wie hier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklung der jeweiligen Staatsverfassungen. Zwei grundlegenden Verfassungstypen lassen

»Staatssozialismus« weitaus wichtiger als die traditionelle Bekämpfung der »sozialistischen Gefahr« wurde, ja, daß schließlich das Bündnis mit den ehemals als Todfeinden betrachteten sozialistischen Gewerkschaften als Rettung vor der als gefährlicher angesehenen staatlichen Ordnungspolitik gesucht wurde. Wichtig und über die bisherigen Ergebnisse hinausführend ist in diesem Zusammenhang, daß die zahllosen einschneidenden, dabei wenig koordinierten und noch weniger effizienten Eingriffe des Reichswirtschaftsamtes in die Textilwirtschaft eine besondere Bedeutung gewonnen haben, zumal in diesem Industriebereich offensichtlich von den staatlichen Behörden auch nicht die finanziellen Kompensationen, die in anderen Branchen gewährt wurden und dort die Eingriffe vom Unternehmerstandpunkt erträglicher machten, zugestanden worden sind.

Ogleich Zunkel die Benutzung der in den Archiven der DDR befindlichen Akten der Reichsämtler und preußischen Ministerien verweigert wurde und er dieses Quellendefizit nur teilweise durch die übrige bundesstaatliche Überlieferung auszugleichen vermochte, dürften mit dieser Untersuchung bis auf geringe Korrekturen, die sich noch ergeben könnten, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung während des Ersten Weltkrieges geklärt sein, jedenfalls wenn man die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftsordnungspolitik hinreichend analysiert ist, wenn die von Industriellen, Gewerkschaftlern, Beamten und Politikern formulierten Meinungsäußerungen und organisatorischen Konzeptionen genau wiedergegeben werden. Mir scheint allerdings, daß dies nur die eine, keineswegs etwa unwichtigere, aber doch nur die eine Seite des Problems ist. Ergänzt werden müßte dies durch eine ebenso stringente Analyse der realen ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung, die uns im einzelnen Aufschluß darüber geben könnte, welche konkreten Interessen sich in Befürwortung wie Bekämpfung und in der Ausprägung des sich im Krieg voll entfaltenden Staatsinterventionismus durchgesetzt haben.

Peter-Christian Witt

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 31), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 627 S., Ln., 43 DM.

Anders als die vorwiegende Fragerichtung von Friedensforschung nach Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen setzt die Untersuchung zweier von *Huber / Schwerdtfeger* herausgegebener Aufsatzsammlungen bei den Chancen sozialer Gruppen zur Realisierung von Frieden an. Als exemplarische Gruppen wurden der deutsche Protestantismus und die Arbeiterbewegung ausgewählt.

Der hier referierte Band fragt historisch und systematisierend nach den Handlungsformen, in denen die christlichen Kirchen ihrem irenischen Anspruch gerecht werden können, sowie nach den Hindernissen auf ihrem Weg von theologischer Programmatik zu gesellschaftlich-kirchlicher Praxis.

Fallstudien, die spezifische Vergleiche zwischen dem Verhalten christlicher Organisationen gegenüber Krieg und Revolution beabsichtigen, finden sich eingebettet in einen Bezugsrahmen aus drei historischen Längsschnitten, in denen Prozesse analysiert werden, welche die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem Krieg/Frieden besonders beeinflussten.

Ausgehend von einem aufweisbaren »Zusammenhang zwischen der Struktur einer Organisation und deren [...] Handlungsgrenzen« (S. 11), verfolgen *Wolfgang Huber* und *Theodor Strohm* in der ersten Tendenzanalyse das Werden der sozialen Gestalt des Protestantismus seit der Reformation. Dabei werden die Verfassungstendenzen im außerdeutschen Protestantismus berücksichtigt, dort wie hier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklung der jeweiligen Staatsverfassungen. Zwei grundlegenden Verfassungstypen lassen

sich die vielfältigen protestantischen Organisationsformen zuordnen: dem autoritär-bürokratischen sowie dem demokratisch-genossenschaftlichen, wie er in schweizerischen und britisch-amerikanischen Traditionen verwurzelt, in Deutschland aber nur als Ausnahme aufgetreten ist (etwa die Herrnhuter Brüdergemeine, freiprotestantische Organisationen im vorinstitutionellen Raum, Bekennende Kirche im Dritten Reich).

Zwar wandeln sich Kirchen mit weitgehender Selbstverwaltung der Basis leichter zur Sekte als die Amtskirchen, sind gleichwohl flexibler und eher in der Lage, auf neue Herausforderungen aus der Gesellschaft kompetent zu reagieren. Bürokratisch-autoritäre Kirchen hingegen tendieren zur Übernahme von Ideologie und Verhalten etablierter öffentlicher Gewalt, verlieren damit die Chance kritischer Distanz, was sich im Falle aggressiver Staatspolitik als wenig friedensfördernd auswirkt.

*Wilhelm Janssens* Tendenzanalyse bietet eine detaillierte Übersicht über den Wandel des begrifflichen Gehaltes von Krieg und Frieden vom Beginn des Mittelalters bis ins 20. Jahrhundert. Diese Bedeutungsverschiebungen spiegeln sozioökonomische Veränderungen der abendländischen Gesellschaft, in deren Verlauf sich Erscheinungsform, Funktion und Charakter dessen änderten, was jeweils mit ›Krieg‹ und ›Frieden‹ bezeichnet wurde. So unterlagen Krieg/Frieden den unterschiedlichsten Bewertungen im öffentlichen Bewußtsein: Galten im Mittelalter der »gerechte Krieg« und der »zeitliche Frieden«, so strebte die Aufklärung nach dem »ewigen Frieden«, rasch gefolgt vom Bellizismus der europäischen Nationalstaaten seit dem Niedergang der Napoleonischen Herrschaft. Immer wieder kommt das Wechselspiel zwischen dem Funktionswandel von Krieg/Frieden im rechtlich-politischen Bereich und seiner Verarbeitung durch Theologie bzw. Kirche zur Darstellung. Dabei zeigt sich, daß nur selten die Friedensverheißung des Evangeliums gegenüber geltenden Vorstellungen kritisch eingebracht wurde.

Im poetisch-literarischen Bereich fragt *Martin Schmidts* Tendenzanalyse, inwieweit sich unmittelbar vor dem Untersuchungszeitraum der Fallstudien Kriegsverherrlichung nachweisen läßt. Nach Abflauen der Kriegsfurcht infolge des Dreißigjährigen Krieges erschien der Krieg zur Mitte des 18. Jahrhunderts »gleichsam in Festbeleuchtung« (S. 131) dank einer Renaissance antiker und germanischer Traditionen. Im Gefolge dieser »neuen« Motive erschien »kraftvolle Männlichkeit [...] als positive, geschichtsgestaltende Qualität, und sie bewährte sich vorzugsweise im Kriege« (S. 132). Heldenverehrung, in der Kampfsituation wurzelnd, setzte sich bei den behandelten Dichtern (Klopstock, Schiller, Hölderlin, Novalis) immer wieder gegen jene reformatorisch-christliche Vorstellung durch, der Kriegsdienst als in Demut zu verrichtendes notwendiges Übel gilt.

In der ersten Fallstudie entrollt *Otto Dann*, wie der Pazifismus der Aufklärung, basierend auf einem Bündnis von Adel und Bürgertum, mit den anhebenden Kontroversen über die Französische Revolution seine motivierende Kraft einbüßte. So wurde um 1800 Frieden, häufig religiös, im Privaten kultiviert, teilweise vom Napoleonischen Universalstaat erhofft. Der aus seinen Trümmern erstehende deutsche Nationalismus witterte in der neuen Gattung des Volkskrieges die Chance, zugleich nationale Unabhängigkeit, Menschenrechte und sozialen Fortschritt zu erringen, hierin heutigen Befreiungsbewegungen in Neo-/Kolonien nicht unähnlich. Die Hoffnungen der Befreiungskriege, von der auf sie folgenden Politik kaum realisiert, wurden bis 1914 von interessierter Seite immer wieder gerne ins Spiel gebracht, um Kriegsbereitschaft zu stimulieren.

Anhand der ambivalenten Stellung der katholischen Hierarchie zur Revolution – Ablehnung im Vormärz, taktische Bejahung nach dem Ausbruch – demonstriert *Karin Jaeger* die Geburt des politischen Katholizismus in Deutschland: Die Gläubigen wurden zwar mobilisiert, ihre Impulse jedoch ganz unrevolutionär zugunsten einer Stärkung der Institution Kirche im veränderten politischen System eingesetzt.

Religiöse Interpretationen des preußisch-deutschen Sieges von 1871 befragt *Günter Brakelmann* hinsichtlich ihrer ideologischen Bedeutung: Gottes Signal zu einer Verdeutschung der

Welt, Gottes Urteil über die verweichlichte Kultur und emanzipatorische Politik Frankreichs, Gottes Betonung der Überlegenheit des – deutschen – Protestantismus gegenüber »Ultramontanismus« (römisch-katholischer Universalismus) und Revolution. Gemäß der Niederlage des äußeren Feindes Frankreich erschien die Niederhaltung des inneren (Arbeiterbewegung) als ebenso gottgewollt. So zeichnet Brakelmann ideengeschichtliche Linien, die sich in ihrer politisch-psychologischen Funktion vereinigen. Damit verweist er auf eine Ursache der mißlungenen Integration des zweiten Reiches, das erst im Weltkrieg seinen – zeitlichen – inneren »Frieden« fand.

Zum Vergleich mit den Kirchen prüft *Karl Holl* den Einfluß der (bürgerlichen) Deutschen Friedensgesellschaften (DFG) auf die zunehmend aggressive Politik vor 1914. Dabei gelangen besonders Aspekte politischer Kommunikation zur Darstellung. Aus der Sozialstruktur der DFG leitet er ihre politische und programmatische Isoliertheit ab: Dem Linksliberalismus zwar politisch verwandt, begegneten dort jedoch dem Pazifisten neben anderen auch handfeste imperialistische Positionen. Die soziokulturelle Verankerung der deutschen Pazifisten einerseits, andererseits aber auch Überzeugungen auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie<sup>1</sup> von der Unvermeidbarkeit des Krieges im Kapitalismus ließen eine Annäherung von DFG und SPD erst kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Erste Anzeichen eines Zusammengehens der DFG mit der Arbeiterbewegung in einschlägigen Fragen riefen den Argwohn militärischer Kreise wach. Die Schwierigkeiten von seiten staatlicher Stellen wuchsen, als die DFG während des Krieges sich um Aufrechterhaltung ihrer nun an Mitgliedern rasch zunehmenden Organisation mühten, um Verbreitung eines Friedensprogramms sowie um Kontaktpflege zu Gesinnungsgenossen im feindlichen Ausland. Die Diskussion der DFG führte während des Krieges ansatzweise zur Formulierung friedensfördernder gesellschaftlicher Strukturen. Gerade aber das »Fortbestehen alter politischer und gesellschaftlicher Strukturen« (S. 366) nach dem Kriege hinderte die DFG an einer praktischen Umsetzung des Erkannten.

Pathologische Verarbeitung der Niederlage von 1918, außenpolitische Einschränkungen und innenpolitische Bindungen hinderten den Nationalprotestantismus der Weimarer Republik (seine theologischen Führer waren teilweise am Sozialdarwinismus und dem Ideal des militärischen Machtstaates orientiert) an Beiträgen zum Frieden. *Reinhard Gaede* kontrastiert diese Richtung m. E. sachlich treffend mit den evangelischen Demokraten und Sozialisten sowie der christlichen Friedensbewegung, beides protestantische Minderheiten in jenen Jahren. Durch eine Berücksichtigung von Dahms Erklärungen für die reaktionäre Mentalität einer einflußreichen Gruppe im Weimarer Protestantismus, der Pfarrerschaft<sup>2</sup>, hätte Gaedes Beitrag noch gewinnen können.

Durch Zusammenarbeit mit der international zunehmend integrierten nicht-römisch-katholischen Weltchristenheit leistete die zu freier Organisation tendierende Bekennende (Minderheits-)Kirche von 1934 bis 1945 neben Unterstützung des antifaschistischen Widerstandes und Kritik der Kriegsideologie des Nationalsozialismus (*Armin Boyens*) einen wichtigen Beitrag zur kirchlichen Entwicklung nach 1945, etwa dem Stuttgarter Schuldbekennnis von 1947.

Mit den Erklärungen offizieller Vertreter des deutschen Protestantismus 1965/66 zu Vertriebenenschicksal, ehemaligen Ostgebieten und östlichen Nachbarn hat sich die evangelische Kirche unseres Landes ins Niemandsland der damaligen offiziellen Öffentlichkeit der Bundesrepublik vorgewagt und Pfeile nach innen gerichtet, die bis dahin mit zunehmender Drohgebärde auf Nachbarstaaten gezielt hatten (*Hartmut Rudolph*).

Eine generalisierende Bilanz von Tendenzanalysen und Fallstudien will trotz der unter-

1 *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 143.

2 *Karl-Wilhelm Dahm*, Pfarrer und Politik, Köln 1965, S. 114 ff. und passim. Dahms Erklärungsansatz ist berücksichtigt in: *Reinhard Gaede*, Kirche – Christen – Krieg und Frieden, Hamburg 1975.

schiedlichen Forschungsansätze Determinanten des Friedenshandelns von christlichen Kirchen bzw. Gruppen bestimmen. Ansatzpunkte für Friedenshandeln werden auf der theologischen, organisatorischen und politischen Ebene geortet:

Ihre transzendente Existenzbegründung verbietet es der Kirche, irgendwelche gegebenen Identifikationen (etwa mit dem Staat oder der Nation oder einer Partei) festzuschreiben. Nur durch beständige Relativierung von Selbstdefinitionen bleibt die Kirche ihrem absoluten Grund treu. Durch eine genossenschaftlich-demokratische Ordnung kann die Kirche dazu beitragen, daß die Autorität Jesu Christi uneingeschränkt (durch »vermittelnde« oder gar Ersatz-Autoritäten) bezeugt wird. Christliche Initiativgruppen, an Konsensbildung statt an verfügendem Handeln orientiert, in Distanz zur verfaßten Kirche, können, sofern sie die Intention grundlegender Neugestaltung der Kirche bewahren, erhebliche Beiträge zum inneren und zum internationalen Frieden leisten. Eine ökumenische (nicht-römisch-katholisch internationale) Übereinkunft der Kirchen verurteilt die Ideologie naturwüchsiger Unvermeidbarkeit des Krieges. Frieden ist als innergesellschaftlicher und zugleich überstaatlicher Prozeß zu begreifen, materielle Disparitäten zwischen Gruppen und Völkern sind als friedensgefährdend einzuschätzen. Kirchen sind besonders geeignet zum Brückenschlag zwischen Kontrahenten (vgl. Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates) – (Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger).

Mit der vorliegenden Studiensammlung wird der methodisch notwendige und inhaltlich ergiebige Weg historischer Untersuchungen beschritten, deren Stärke vor allem in der Möglichkeit des Vergleichs sowohl zwischen religiösen Organisationen sowie zwischen diesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt. Insgesamt ein unverzichtbares Komplement zu anderen, etwa sozialpsychologischen Ansätzen bei der Erforschung der gesellschaftlichen Wirkungen christlicher Gruppen am überlebenswichtigen Beispiel Krieg oder Frieden<sup>3</sup>.

Eckehart Lorenz

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XII), Hans Christians Verlag, Hamburg 1976, 495 S., Ln., 48 DM.

Unter den neueren Arbeiten zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Zeit der Weimarer Republik ragt die Arbeit von Jochen Jacke durch eine bemerkenswerte Verbindung von detaillierter Quellenanalyse und übergreifender Interpretation hervor. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Frühgeschichte der Weimarer Republik; zugleich liefert sie eine eindringende Darstellung eines besonders wichtigen Abschnitts in der Geschichte des deutschen Protestantismus.

Die Novemberrevolution bedeutete für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon deshalb einen epochalen Einschnitt, weil mit der Beseitigung der Monarchie in den deutschen Einzelstaaten zugleich die Stellung der Fürsten als oberster Bischöfe in Wegfall kam. Zugleich stellte die Forderung nach Aufhebung des Staatskirchentums und nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche trotz aller Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht bereits im 19. Jahrhundert angebahnt hatten, die überlieferte Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Frage. Während die Novemberrevolution für die katholische Kirche nur Auswirkungen im Staat-Kirche-Verhältnis mit Notwendigkeit nach sich zog, hatte im Bereich des Protestantismus der politische Umsturz mit Zwangsläufigkeit Veränderungen der Kirchenverfassung zur Folge. Deshalb ist es folgerichtig, daß Jacke der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Umgestaltung der

<sup>3</sup> Vgl. dazu etwa Wolfgang Huber / Gerhard Liedke, Wie verhalten sich Christen zum Krieg?, in: Evangelische Kommentare, Stuttgart 1975, H. 1, S. 22 ff.

schiedlichen Forschungsansätze Determinanten des Friedenshandelns von christlichen Kirchen bzw. Gruppen bestimmen. Ansatzpunkte für Friedenshandeln werden auf der theologischen, organisatorischen und politischen Ebene geortet:

Ihre transzendente Existenzbegründung verbietet es der Kirche, irgendwelche gegebenen Identifikationen (etwa mit dem Staat oder der Nation oder einer Partei) festzuschreiben. Nur durch beständige Relativierung von Selbstdefinitionen bleibt die Kirche ihrem absoluten Grund treu. Durch eine genossenschaftlich-demokratische Ordnung kann die Kirche dazu beitragen, daß die Autorität Jesu Christi uneingeschränkt (durch »vermittelnde« oder gar Ersatz-Autoritäten) bezeugt wird. Christliche Initiativgruppen, an Konsensbildung statt an verfügendem Handeln orientiert, in Distanz zur verfaßten Kirche, können, sofern sie die Intention grundlegender Neugestaltung der Kirche bewahren, erhebliche Beiträge zum inneren und zum internationalen Frieden leisten. Eine ökumenische (nicht-römisch-katholisch internationale) Übereinkunft der Kirchen verurteilt die Ideologie naturwüchsiger Unvermeidbarkeit des Krieges. Frieden ist als innergesellschaftlicher und zugleich überstaatlicher Prozeß zu begreifen, materielle Disparitäten zwischen Gruppen und Völkern sind als friedensgefährdend einzuschätzen. Kirchen sind besonders geeignet zum Brückenschlag zwischen Kontrahenten (vgl. Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates) – (Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger).

Mit der vorliegenden Studiensammlung wird der methodisch notwendige und inhaltlich ergiebige Weg historischer Untersuchungen beschritten, deren Stärke vor allem in der Möglichkeit des Vergleichs sowohl zwischen religiösen Organisationen sowie zwischen diesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt. Insgesamt ein unverzichtbares Komplement zu anderen, etwa sozialpsychologischen Ansätzen bei der Erforschung der gesellschaftlichen Wirkungen christlicher Gruppen am überlebenswichtigen Beispiel Krieg oder Frieden<sup>3</sup>.

Eckehart Lorenz

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XII), Hans Christians Verlag, Hamburg 1976, 495 S., Ln., 48 DM.

Unter den neueren Arbeiten zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Zeit der Weimarer Republik ragt die Arbeit von Jochen Jacke durch eine bemerkenswerte Verbindung von detaillierter Quellenanalyse und übergreifender Interpretation hervor. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Frühgeschichte der Weimarer Republik; zugleich liefert sie eine eindringende Darstellung eines besonders wichtigen Abschnitts in der Geschichte des deutschen Protestantismus.

Die Novemberrevolution bedeutete für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon deshalb einen epochalen Einschnitt, weil mit der Beseitigung der Monarchie in den deutschen Einzelstaaten zugleich die Stellung der Fürsten als oberster Bischöfe in Wegfall kam. Zugleich stellte die Forderung nach Aufhebung des Staatskirchentums und nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche trotz aller Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht bereits im 19. Jahrhundert angebahnt hatten, die überlieferte Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Frage. Während die Novemberrevolution für die katholische Kirche nur Auswirkungen im Staat-Kirche-Verhältnis mit Notwendigkeit nach sich zog, hatte im Bereich des Protestantismus der politische Umsturz mit Zwangsläufigkeit Veränderungen der Kirchenverfassung zur Folge. Deshalb ist es folgerichtig, daß Jacke der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Umgestaltung der

<sup>3</sup> Vgl. dazu etwa Wolfgang Huber / Gerhard Liedke, Wie verhalten sich Christen zum Krieg?, in: Evangelische Kommentare, Stuttgart 1975, H. 1, S. 22 ff.

evangelischen Kirchenverfassung in gleichem Maß seine Aufmerksamkeit zuwendet. Er untersucht diese beiden Fragerichtungen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang am Beispiel der altpreußischen Landeskirche. Diese Auswahl ist gut begründet; denn die Kirche der altpreußischen Union war die mit weitem Abstand größte und einflußreichste Kirche. Da es auch nach der Novemberrevolution gelang, ihre Einheit aufrechtzuerhalten, blieben die Entscheidungen, die in ihr fielen, von maßgebender Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Protestantismus insgesamt; dies zeigte sich bereits an dem maßgeblichen Einfluß, den die Kirche der altpreußischen Union und ihre führenden Vertreter im Deutschen Evangelischen Kirchenbund ausübten. Trotz dieser besonderen Bedeutung der preußischen Landeskirche bleibt zu hoffen, daß ähnlich hervorragende Arbeiten auch für die Entwicklung in den anderen deutschen Landeskirchen durchgeführt werden.

Ein einleitendes Kapitel charakterisiert das protestantische Staatskirchentum vor 1918. Ihm folgt der erste Hauptteil, der sich mit dem Kampf um die Trennung von Staat und Kirche beschäftigt. Schon in ihm begegnet als eines der auffälligsten Kennzeichen der Entwicklung die Differenz zwischen den Positionen, die von der Konsistorialbürokratie, also den leitenden Amtsträgern des Evangelischen Oberkirchenrats, eingenommen wurden, und der konservativen Mehrheit in der preußischen Generalsynode. Gegenüber der starren anti-republikanischen Haltung der Synodalmehrheit ist die Haltung der Bürokratie durch ein ungleich höheres Maß an Flexibilität gekennzeichnet. Diese Flexibilität wird in erster Linie im Interesse der Bestandssicherung für die kirchliche Organisation eingesetzt. Die so entstehende Position bringt der Verfasser auf die Formel, »daß die Kirche einerseits unter Berufung auf das Trennungsprogramm der Revolutionsregierung die neugewonnene kirchliche Selbständigkeit konsequent verteidigte und sich gegen alle staatlichen Eingriffe in das innere Leben der Kirche verwahrte, während sie andererseits unter Berufung auf die früheren Rechtsverhältnisse von der republikanischen Regierung die gleichen Sicherungen und Finanzhilfen verlangte, wie sie der monarchische Staat gewährt habe« (S. 94). Man kann in dieser Haltung mit dem Verfasser einen »inneren Widerspruch« entdecken; man kann sie aber unter organisationspolitischen Gesichtspunkten als besonders folgerichtig und im übrigen auch erstaunlich erfolgreich kennzeichnen. Dies gilt, obwohl die soziale Basis für die offizielle Kirchenpolitik sehr begrenzt war. Besonders deutlich zeigt sich dies an dem Mißerfolg, der den Versuchen von kirchlicher Seite, bei den Wahlen zur Nationalversammlung die DNVP und die DVP zu unterstützen, beschieden war: Weniger als 25 % der Protestanten folgten solchen Wahlempfehlungen.

Die Neuordnung der evangelischen Kirchenverfassung in Preußen, die der Verfasser im zweiten Hauptteil untersucht, ist nicht zuletzt durch den Umstand bestimmt, daß es nicht gelang, diejenigen Schichten zu aktiver Beteiligung zu bewegen, deren Verhältnis zur Kirche seit dem 19. Jahrhundert durch das Merkmal der distanzierten Mitgliedschaft, wie heutige Kirchensoziologie dies nennt, charakterisiert war: in erster Linie das liberale Bürgertum und die Arbeiterschaft. Die historische Untersuchung dieser distanzierten Mitgliedschaft erweist sich gerade angesichts der Studie von Jacke, aber auch im Blick auf heute aktuelle Fragen, als ein dringendes Desiderat. Angesichts dieses Phänomens endeten die Versuche zu einer Neuordnung der Kirchenverfassung mit einem Ergebnis, das durch ein Höchstmaß an Kontinuität gekennzeichnet ist: Der berühmt gewordene Ausspruch eines Kirchenführers, die Revolution habe in der evangelischen Kirche nicht stattgefunden, bewahrheitete sich hier in erheblichem Umfang. Das »Siebssystem« bei der Wahl der synodalen Vertretungsorgane wurde beibehalten; die durch den Wegfall des landesherrlichen Summepiskopats entstandene Lücke wurde durch ein neues Organ – den »Kirchensenat« – geschlossen, das alle Spuren eines aus der Not geborenen Kompromisses an sich trug.

Jacke schließt seine Untersuchung mit einem dritten Hauptteil ab, der »Grundlagen und Tendenzen protestantischer Kirchenpolitik« behandelt; in ihm geht es um die Frage, ob sich das Selbstverständnis der evangelischen Kirchen und die Auffassung ihrer Rolle in Staat

und Gesellschaft nach der Novemberrevolution verändert haben und welche Auswirkungen sich aus solchen Veränderungen für das faktische politische Verhalten der Kirchenleitungen ergaben. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser dabei dem Begriff der »Volkskirche«. Er zeigt, daß dieser Begriff zu höchst unterschiedlichen Zwecken Verwendung finden konnte – je nachdem, ob er als Zustandsbeschreibung oder als Programmformel, zur Begründung eines kirchlichen Öffentlichkeitsanspruchs oder als Schlüsselbegriff einer bestimmten Verfassungskonzeption verwendet wurde. In diesem Nachweis liegt ein wichtiger historischer Beitrag für die noch heute keineswegs abgeschlossene Diskussion darüber, ob der Begriff der »Volkskirche« das Selbstverständnis und die Aufgabe der Kirchen angemessen charakterisieren könne. Die Diskrepanz zwischen dem volkshkirchlichen Anspruch und der faktischen Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf Teile der Mittelschicht arbeitet der Verfasser nachdrücklich heraus; dieses Ergebnis allerdings hätte nochmals eine Modifikation erfahren müssen, wenn der Verfasser dem Phänomen der »distanzierten Mitgliedschaft« nachgegangen wäre.

Dieser Hinweis auf Grenzen der Untersuchung soll jedoch nur unterstreichen, wie weit die historische Darstellung gerade in diesem Fall vorangetrieben ist. Sie empfiehlt sich durch ihre Sorgfalt und Übersichtlichkeit ebenso wie durch ihre gute Lesbarkeit.

Wolfgang Huber

Gerald D. Feldman / Heidrun Homburg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923* (= Historische Perspektiven 5), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977, 422 S., kart., 58 DM.

Gerald D. Feldman, *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1977, XIX, 518 S., Ln., \$ 33.50.

Diese beiden Bände sind ein ungewöhnliches Zweigespann. Die deutsche Ausgabe ist zwar zum Teil eine direkte Übersetzung einiger Kapitel der amerikanischen Arbeit, läßt aber lange Abschnitte, die sich mit Einzelheiten und Unterlagen befassen, aus; dagegen bietet sie eine lange Einleitung über die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und über ihre Kartellierung vor dem Ersten Weltkrieg sowie einen von Heidrun Homburg zusammengestellten Anhang, der mehr als die Hälfte des Bandes umfaßt, mit längeren Auszügen aus Dokumenten, die als Grundlagen des eigentlichen Werkes gedient haben. Mit Ausnahme der Spezialisten, die die Verhandlungen im einzelnen und die Schachzüge, mit denen die Organisationen der Eisen- und Stahlfabrikanten ihre Politik entwickelten und aufrechterhielten, genauestens verfolgen wollen, werden die Leser die deutsche Ausgabe als die ungleich wertvollere betrachten.

Es soll gleich vorweggenommen werden, daß diese Arbeit auf einer Fülle von Primärquellen beruht, die Feldman mit exemplarischer Gründlichkeit durchgearbeitet hat und die er mit eindrucksvollem Geschick zu einem Gesamtbild zusammenfügt, welches in überzeugender Weise eine Reihe von wichtigen Fragen dieser Periode der deutschen und europäischen Geschichte neu beantwortet bzw. zu neuen Antworten weiterhilft. Sowohl die Zusammenstellung einer Unmenge von neuen Daten aus einer Vielfalt von Quellen wie auch ihre Verwertung in einer Studie, die sich mit gleicher Souveränität auf der Ebene der politischen wie auch der wirtschaftlichen Geschichtsschreibung bewegt, sind meisterhaft durchdacht und ausgeführt. Das Gesamtwerk ist daher ein Meilenstein auf dem langen Vormarsch in das Verständnis der Tragödie Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Quellen, auf die sich Feldman hauptsächlich stützt, sind die Archive der Konzerne in der Schwerindustrie selbst, ihrer Dachorganisationen und der einschlägigen Behörden, wie des Wirtschaftsministeriums, zusammen mit den Aufzeichnungen, Biographien und Nach-

und Gesellschaft nach der Novemberrevolution verändert haben und welche Auswirkungen sich aus solchen Veränderungen für das faktische politische Verhalten der Kirchenleitungen ergaben. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser dabei dem Begriff der »Volkskirche«. Er zeigt, daß dieser Begriff zu höchst unterschiedlichen Zwecken Verwendung finden konnte – je nachdem, ob er als Zustandsbeschreibung oder als Programmformel, zur Begründung eines kirchlichen Öffentlichkeitsanspruchs oder als Schlüsselbegriff einer bestimmten Verfassungskonzeption verwendet wurde. In diesem Nachweis liegt ein wichtiger historischer Beitrag für die noch heute keineswegs abgeschlossene Diskussion darüber, ob der Begriff der »Volkskirche« das Selbstverständnis und die Aufgabe der Kirchen angemessen charakterisieren könne. Die Diskrepanz zwischen dem volkshkirchlichen Anspruch und der faktischen Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf Teile der Mittelschicht arbeitet der Verfasser nachdrücklich heraus; dieses Ergebnis allerdings hätte nochmals eine Modifikation erfahren müssen, wenn der Verfasser dem Phänomen der »distanzierten Mitgliedschaft« nachgegangen wäre.

Dieser Hinweis auf Grenzen der Untersuchung soll jedoch nur unterstreichen, wie weit die historische Darstellung gerade in diesem Fall vorangetrieben ist. Sie empfiehlt sich durch ihre Sorgfalt und Übersichtlichkeit ebenso wie durch ihre gute Lesbarkeit.

Wolfgang Huber

Gerald D. Feldman / Heidrun Homburg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923* (= Historische Perspektiven 5), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977, 422 S., kart., 58 DM.

Gerald D. Feldman, *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1977, XIX, 518 S., Ln., \$ 33.50.

Diese beiden Bände sind ein ungewöhnliches Zweigespann. Die deutsche Ausgabe ist zwar zum Teil eine direkte Übersetzung einiger Kapitel der amerikanischen Arbeit, läßt aber lange Abschnitte, die sich mit Einzelheiten und Unterlagen befassen, aus; dagegen bietet sie eine lange Einleitung über die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und über ihre Kartellierung vor dem Ersten Weltkrieg sowie einen von Heidrun Homburg zusammengestellten Anhang, der mehr als die Hälfte des Bandes umfaßt, mit längeren Auszügen aus Dokumenten, die als Grundlagen des eigentlichen Werkes gedient haben. Mit Ausnahme der Spezialisten, die die Verhandlungen im einzelnen und die Schachzüge, mit denen die Organisationen der Eisen- und Stahlfabrikanten ihre Politik entwickelten und aufrechterhielten, genauestens verfolgen wollen, werden die Leser die deutsche Ausgabe als die ungleich wertvollere betrachten.

Es soll gleich vorweggenommen werden, daß diese Arbeit auf einer Fülle von Primärquellen beruht, die Feldman mit exemplarischer Gründlichkeit durchgearbeitet hat und die er mit eindrucksvollem Geschick zu einem Gesamtbild zusammenfügt, welches in überzeugender Weise eine Reihe von wichtigen Fragen dieser Periode der deutschen und europäischen Geschichte neu beantwortet bzw. zu neuen Antworten weiterhilft. Sowohl die Zusammenstellung einer Unmenge von neuen Daten aus einer Vielfalt von Quellen wie auch ihre Verwertung in einer Studie, die sich mit gleicher Souveränität auf der Ebene der politischen wie auch der wirtschaftlichen Geschichtsschreibung bewegt, sind meisterhaft durchdacht und ausgeführt. Das Gesamtwerk ist daher ein Meilenstein auf dem langen Vormarsch in das Verständnis der Tragödie Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Quellen, auf die sich Feldman hauptsächlich stützt, sind die Archive der Konzerne in der Schwerindustrie selbst, ihrer Dachorganisationen und der einschlägigen Behörden, wie des Wirtschaftsministeriums, zusammen mit den Aufzeichnungen, Biographien und Nach-

lassen der Hauptfiguren in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Diese Arbeit mußte einmal erledigt werden, doch ist es nicht verwunderlich, wenn der Forscher, der sich auf Jahre hinaus mit diesem Quellenmaterial bewegt, manchmal die Dinge mit einer verschobenen Perspektive zu sehen beginnt. Die eigene Ecke rückt zu sehr in die Mitte: Entferntere Einflüsse werden vernachlässigt; Wünsche werden zu Entschlüssen, Entschlüsse zu Geschehnissen befördert; und wenn sich die Geschichte manchmal im Interesse der Figuren im Vordergrund bewegt, ist es allzu leicht, dem Glauben zu verfallen, daß diese Figuren die Geschichte bestimmt haben. Die vorliegende Arbeit ist von dieser Tendenz nicht ganz unberührt geblieben, trotz ihrer allgemeinen Gegnerschaft gegen die Hauptfiguren, die Unternehmer in der Schwerindustrie selbst. Saßen die Stinnes, Reusch, Vögler und ihre Genossen wirklich so unangefochten am Steuer der Geschichte?

Der Schwerpunkt der Diskussion liegt auf dem Gebiet der großen Inflation, und die vorhergehenden Jahre sind gewissermaßen bloß ein Vorspiel, in dem Stellungen eingenommen und definiert werden. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Einstellung des Unternehmertums in der Schwerindustrie, dem ein besonderer Einfluß und eine ungewöhnlich engstirnige und unpatriotische Politik zugeschrieben werden.

In den ersten Nachkriegsmonaten stand die Eisen- und Stahlindustrie einschließlich ihrer verarbeitenden Zweige im Zeichen einer dem heutigen Leser merkwürdig anmutenden Normalität. Niederlage, Revolution, Umsturz: Anscheinend merkte man hier kaum etwas davon. Statt dessen bekommen wir von Preisen und Lieferbedingungen zu hören, als ob alles in gleichen Bahnen wie vorher weiterlaufen würde, und man entwickelte den Franzosen gegenüber eine Strategie, die bewirken sollte, daß die deutsche Schwerindustrie trotz des Verlusts der Erzgebiete der französischen überlegen bleiben sollte – eine Strategie, die sich auf längere Sicht als erfolgreich bewährte. Im Laufe des folgenden Jahres, bis April 1920, machten sich neue Bedingungen geltend, die einen zentrifugalen Druck auslösten, der die Einheit der Industrie aufgrund von Interessendivergenzen auseinanderzusprengen drohte. Bei ansteigender Inflation ging das Interesse der Rohstahlproduzenten dahin, ans Ausland gegen ausländische Währung zu verkaufen, während die deutschen Verarbeiter das Rohmaterial im Lande zu behalten wünschten; ebenso gab es gegensätzliche Interessen zwischen Eisen und Kohle sowie zwischen integrierten und Spezialfirmen. Der Schwarzmarkt für Rohstoffe und Devisen florierte; Zusammenschlüsse waren alles eher als Beispiele von Rationalisierung, weil sie häufig Kapazitätsüberschüsse schufen und die schwächeren Einheiten überleben ließen. Die Rettung aus dieser von der Inflation herrührenden Zwangslage kam mit der Anlehnung an den Staat, besonders durch den Eisenwirtschaftsbund (EWB), mit dem der Tiefpunkt der unabhängigen Macht der schwerindustriellen Unternehmer erreicht war.

Im folgenden Jahr 1920–1921 hielt sich die Mark relativ stabil, aber im Sommer 1921 begann sie abzusinken. Zum Jahresende hingegen waren neue Voraussetzungen für Stabilität gegeben: Die Reparationen waren nun festgelegt (wiewohl auf einer unmöglichen Höhe), deutsche Exporte erfreuten sich des Vorteils einer geschwächten Währung, die meisten Grenzen waren gezogen. Es folgte nun eine kritische Periode von zwei Jahren bis zum Ende der Hyper-Inflation, in denen nach Feldman der deutschen Wirtschaftsführung zumindest zwei Strategien zur Verfügung standen, das Streben nach Stabilität oder aber nach Inflation, und in denen die Interessen der nun gestärkten und geeinigten Schwerindustrie erreichten, daß die Inflation gewählt wurde, obwohl es im Interesse anderer Industrien wie auch Deutschlands und Europas gelegen hätte, sich für Stabilisierung zu entscheiden. Hier, wenn irgendwo, lagen die fatalen Auswirkungen der Macht der Herren von Eisen und Stahl.

Zu den Gründen, die die Inflation als das kleinere Übel erscheinen ließen, gehörten (1) die Hoffnung auf einer Verringerung der Reparationssummen, (2) die Möglichkeit, weiterhin unter den Weltpreisen zu exportieren, (3) die Hoffnung der stärkeren Konzerne, daß die

schwächeren die Inflation nicht überleben würden, und (4) die Anwendung der Inflation als ein Hilfsmittel zur Abschaffung des Achtstundentages und anderer Errungenschaften der Revolutionszeit. Die ersten zwei dieser Gründe fanden weiten Anklang; die letzten zwei galten besonders als Vorteile für die Großkonzerne der Schwerindustrie. Jedoch leuchteten diese Gründe nicht allen Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie gleichermaßen ein: Die Textilindustrie z. B. zog die Strategie der Stabilisierung vor, aber es war die Strategie der Schwerindustrie, welche sich letzten Endes durchsetzte.

Wie weit waren daher die Stahlfabrikanten direkt für die Verlängerung der Inflation und für deren eventuelle Beschleunigung in eine Hyper-Inflation verantwortlich? Nach Feldman ist ihr Anteil an der Schuld groß, und seine ganze Beweisführung geht dahin, diese Ansicht zu unterstreichen. Jedoch ist gerade hier der Ausgangspunkt von besonderer Wichtigkeit. Wenn die Argumente, die Intrigen und die Einflußnahme der Stahlindustriellen diese Kapitel monopolisieren, als ob diese Männer die einzig Tätigen gewesen wären, während Staatsbeamte, Gewerkschaftsführer oder Politiker nur ab und zu als Nebenfiguren auftauchen, so mag das am Quellenmaterial liegen, aber es stellt das Parallelogramm der Kräfte jener Jahre nur unvollkommen zur Schau. Es gab viele andere Interessen, die der Inflation nur schwache Schranken entgegensetzen wollten. Havenstein, der vielgerügte Reichsbankpräsident, war sich dessen bewußt, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine dauernde Erweiterung der Kreditbasis nötig machte, und diejenigen, die die Katastrophe einer scharfen Deflationspolitik in Kauf zu nehmen bereit waren, waren in der Minorität. Überhaupt ist es trotz der kurzen Nachkriegsstabilisierung gar nicht klar, daß die Inflation selbst mit bestem Willen hätte gebremst werden können: Unsere Erfahrungen der letzten paar Jahre sprechen dagegen. Als die Inflation außer Kontrolle geriet und die Industrie an Bargeldmangel zu leiden begann, als jede Wirtschaftsplanung aufhörte und Kapitalinvestitionen unterbleiben mußten, als die Preise wild ins Schleudern gerieten und das Überleben einzelner Firmen vom Zufall der Preisschere abhing, konnte niemand die Lawine zum Halten bringen. Es ist schon richtig, daß sich einzelne Stahlkonzerne, hauptsächlich durch die Manipulation der Auslandswährung, stärken und bereichern konnten, während viele schwächere untergingen, aber das bedeutet noch nicht, daß diese Stahlkonzerne für die Inflation verantwortlich waren. Ebenso ist es klar, daß, wenn sich dieselben Konzerne an der Ruhrbesetzung schadlos hielten und sie am Ende zur Abschaffung des Achtstundentages und anderer Arbeiterschutzvereinbarungen benutzten, dies noch nicht bedeutet, daß sie für die Besetzung verantwortlich waren.

Die Mitschuld der Unternehmer der Schwerindustrie an den wirtschaftlichen Entscheidungen, die unter anderem die Inflation, die Schwächung der Sozialgesetzgebung, die Besetzung der Ruhr und das Untergraben der liberalen Staatsführung zur Folge hatten, kann nach dieser detaillierten Forschungsarbeit nicht bestritten werden. Um ihr Ausmaß festzustellen und die Stärke des Einflusses des Ruhrkomplexes auf die kritischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre zu erwägen, bedarf es aber ebenso überzeugungskräftiger Studien anderer Machtzentren in der Weimarer Republik zum Vergleich. Sidney Pollard

Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 73), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1973. 208 S., kart., 39,60 DM.

Die in dem Sammelband veröffentlichten Aufsätze konzentrieren sich auf zwei Problemkreise: die Inflation und ihre Folgen sowie die Währungspolitik und die Weltwirtschaftskrise, wobei der Schwerpunkt wiederum auf der Analyse der deutschen Entwicklung liegt, während andere europäische Länder und ihre Probleme nur in den Beiträgen von *Aldcroft* und *Siegenthaler* Berücksichtigung gefunden haben. Gemeinsames Merkmal aller Beiträge – so unterschiedlich die behandelten Fragestellungen im einzelnen auch sind – ist es, daß sie

schwächeren die Inflation nicht überleben würden, und (4) die Anwendung der Inflation als ein Hilfsmittel zur Abschaffung des Achtsturentages und anderer Errungenschaften der Revolutionszeit. Die ersten zwei dieser Gründe fanden weiten Anklang; die letzten zwei galten besonders als Vorteile für die Großkonzerne der Schwerindustrie. Jedoch leuchteten diese Gründe nicht allen Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie gleichermaßen ein: Die Textilindustrie z. B. zog die Strategie der Stabilisierung vor, aber es war die Strategie der Schwerindustrie, welche sich letzten Endes durchsetzte.

Wie weit waren daher die Stahlfabrikanten direkt für die Verlängerung der Inflation und für deren eventuelle Beschleunigung in eine Hyper-Inflation verantwortlich? Nach Feldman ist ihr Anteil an der Schuld groß, und seine ganze Beweisführung geht dahin, diese Ansicht zu unterstreichen. Jedoch ist gerade hier der Ausgangspunkt von besonderer Wichtigkeit. Wenn die Argumente, die Intrigen und die Einflußnahme der Stahlindustriellen diese Kapitel monopolisieren, als ob diese Männer die einzig Tätigen gewesen wären, während Staatsbeamte, Gewerkschaftsführer oder Politiker nur ab und zu als Nebenfiguren auftauchen, so mag das am Quellenmaterial liegen, aber es stellt das Parallelogramm der Kräfte jener Jahre nur unvollkommen zur Schau. Es gab viele andere Interessen, die der Inflation nur schwache Schranken entgegensetzen wollten. Havenstein, der vielgerügte Reichsbankpräsident, war sich dessen bewußt, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine dauernde Erweiterung der Kreditbasis nötig machte, und diejenigen, die die Katastrophe einer scharfen Deflationspolitik in Kauf zu nehmen bereit waren, waren in der Minorität. Überhaupt ist es trotz der kurzen Nachkriegsstabilisierung gar nicht klar, daß die Inflation selbst mit bestem Willen hätte gebremst werden können: Unsere Erfahrungen der letzten paar Jahre sprechen dagegen. Als die Inflation außer Kontrolle geriet und die Industrie an Bargeldmangel zu leiden begann, als jede Wirtschaftsplanung aufhörte und Kapitalinvestitionen unterbleiben mußten, als die Preise wild ins Schleudern gerieten und das Überleben einzelner Firmen vom Zufall der Preisschere abhing, konnte niemand die Lawine zum Halten bringen. Es ist schon richtig, daß sich einzelne Stahlkonzerne, hauptsächlich durch die Manipulation der Auslandswährung, stärken und bereichern konnten, während viele schwächere untergingen, aber das bedeutet noch nicht, daß diese Stahlkonzerne für die Inflation verantwortlich waren. Ebenso ist es klar, daß, wenn sich dieselben Konzerne an der Ruhrbesetzung schadlos hielten und sie am Ende zur Abschaffung des Achtsturentages und anderer Arbeiterschutzvereinbarungen benutzten, dies noch nicht bedeutet, daß sie für die Besetzung verantwortlich waren.

Die Mitschuld der Unternehmer der Schwerindustrie an den wirtschaftlichen Entscheidungen, die unter anderem die Inflation, die Schwächung der Sozialgesetzgebung, die Besetzung der Ruhr und das Untergraben der liberalen Staatsführung zur Folge hatten, kann nach dieser detaillierten Forschungsarbeit nicht bestritten werden. Um ihr Ausmaß festzustellen und die Stärke des Einflusses des Ruhrkomplexes auf die kritischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre zu erwägen, bedarf es aber ebenso überzeugungskräftiger Studien anderer Machtzentren in der Weimarer Republik zum Vergleich. Sidney Pollard

Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 73), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1973. 208 S., kart., 39,60 DM.

Die in dem Sammelband veröffentlichten Aufsätze konzentrieren sich auf zwei Problemkreise: die Inflation und ihre Folgen sowie die Währungspolitik und die Weltwirtschaftskrise, wobei der Schwerpunkt wiederum auf der Analyse der deutschen Entwicklung liegt, während andere europäische Länder und ihre Probleme nur in den Beiträgen von *Aldcroft* und *Siegenthaler* Berücksichtigung gefunden haben. Gemeinsames Merkmal aller Beiträge – so unterschiedlich die behandelten Fragestellungen im einzelnen auch sind – ist es, daß sie

unsere Kenntnisse z. T. ganz erheblich erweitern, zumindest jedoch durch eine kritische Analyse des bisherigen Forschungsstandes zu einer schärferen Erfassung der ungeklärten Probleme in der wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung während der Zwischenkriegszeit beitragen.

Nicht die Validität der wirtschaftstheoretischen Erklärungsmodelle steht im Mittelpunkt von *Peter Czadas* Aufsatz über die Ursachen und Folgen der deutschen Inflation, sondern der Versuch, einer Klärung der Frage näher zu kommen, weshalb die politischen Entscheidungsgremien in Deutschland die Inflation bis zum totalen Zusammenbruch der Währung haben laufen lassen. Dabei arbeitet Czada die ins Auge fallende Interessenkonvergenz von Großindustrie und rechtsstehenden Parteien an einem ungehinderten Fortgang des Inflationsprozesses und als dessen Folgen die sozial und politisch gleichermaßen systemdestabilisierende Umschichtung der Einkommen und Vermögen sowie die strukturellen Fehlentwicklungen in den Investitionsentscheidungen der deutschen Wirtschaft heraus. Allerdings kann auch Czada unsere Kenntnisse über das tatsächliche Verhalten der Wirtschaftssubjekte, so über ihre Investitionsentscheidungen und die Bildung von Auslandskapital oder auch über die Abwälzung der sozialen Kosten der Inflation, nicht wesentlich über das hinaus erweitern, was schon *Bresciani-Turroni* in seiner klassischen Studie über die deutsche Inflation festgestellt hat. Dennoch dürfte sein Ansatz, bei dem die Frage nach den politisch-ökonomischen Entscheidungen der einzelnen am Willensbildungsprozeß beteiligten Kräfte wenigstens mit der nötigen Präzision gestellt worden ist, bei weiteren empirischen Arbeiten sehr viel erfolgversprechender sein als die rein ökonomische Argumentation von *Laursen* und *Pedersen*, die in ihrem Buch über die deutsche Inflation einseitig die (angeblich in erster Linie den unselbständig Beschäftigten zugute kommenden) Vorzüge der proinflationären Politik herausgestrichen haben.

In engem Zusammenhang mit diesen Problemen steht *Derek H. Aldcrofts* Aufsatz über die Wirkungen der Währungspolitik für die Wirtschaftstätigkeit in Großbritannien während der 20er Jahre. Es geht ihm dabei im wesentlichen um eine Überprüfung der allgemein vertretenen Auffassung, daß die Währungspolitik restriktiv gewesen sei, binnenwirtschaftlich deflationär gewirkt habe und daher für die dauernd sehr hohe Arbeitslosenquote verantwortlich sei. Nach *Aldcrofts* Befund war die Geldversorgungspolitik der Bank von England jedoch in den 20er Jahren mit Ausnahme der Jahre 1920/22 (Bekämpfung der Kriegsinflation) weder von der Menge noch von den Konditionen her ausgesprochen restriktiv. Wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung scheint die ungleichmäßige Entwicklung in der Industrie aufgrund ungelöster struktureller Probleme, insbesondere des Niedergangs der alten Exportindustrien, gewesen zu sein, wenngleich der Autor nicht ausschließt – diese Frage also noch einer weiteren Durchleuchtung bedürfte –, daß eine wirklich expansive Geldpolitik der Bank von England zu einer Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte beitragen können.

Wichtige Aufschlüsse über Ursachen und Verlauf der Weltwirtschaftskrise in Deutschland liefern die Aufsätze von *Friedrich-Wilhelm Henning* über die Liquidität der Banken in der Weimarer Republik und von *Gerd Hardach* über die Währungskrise 1931. *Henning* weist zu Recht darauf hin, daß schon vor 1914 die Liquidität des deutschen Bankensystems ungenügend gewesen ist und sich dann im Weltkrieg und in der Inflationszeit nur formell verbesserte. Nach 1924 reagierten die Banken auf die schnelle Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit nicht mit einer angemessenen Erweiterung der Eigenkapitalausstattung und vernachlässigten die Herstellung eines quantitativ und qualitativ ausgewogenen Verhältnisses ihrer Debitoren und Kreditoren. Schon zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 befanden sich die Banken daher in Liquiditätsschwierigkeiten, da sie – hier wirkte die Inflationsfurcht nach – z. T. mit kurzfristigen Einlagen nicht nur unrentable Investitionen finanziert, sondern sich selber auch mit Aktienkäufen sehr stark in der Industrie engagiert hatten. In der Weltwirtschaftskrise mit ihrem internationalen Preisverfall, der forcierten deutschen

Deflationspolitik, dem Sinken der Aktienkurse und schließlich dem Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder führte dieses Fehlverhalten zu einer solchen Liquiditätsklemme im gesamten Bankensystem, daß nicht nur eine Reihe von Banken zusammenbrach bzw. nur noch durch staatliche Intervention gerettet werden konnte, sondern darüber hinaus die Liquiditätsschwierigkeiten des Bankensystems auch die Abwärtsbewegung der Binnenkonjunktur beschleunigten und mit dazu beitrugen, daß Deutschland 1931 den Goldstandard aufgeben mußte. Den diesem Ereignis vorausgehenden innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Entscheidungen von Reichsregierung, Reichsbank und Großbanken ist *G. Hardach* in seinem Aufsatz über die Währungsfrage 1931 nachgegangen. Viel stärker als Henning, der die Chancen einer alternativen Politik der Banken und die Gründe, weshalb diese nicht verfolgt wurden, nur in einem Nebensatz berührt, bemüht sich Hardach um eine Aufhellung der Frage nach der Verantwortung für getroffene und unterlassene Entscheidungen und weist überzeugend nach, daß eine Kombination aus währungspolitischen Dogmatismus der Reichsbank, gefährlichen außenpolitischen Manövern der Reichsregierung in der Reparationsfrage und in der Frage der geplanten Zollunion mit Österreich und den Rivalitäten der Großbanken untereinander für das währungspolitische Desaster im Sommer 1931 verantwortlich zu machen ist.

In einem zweiten Aufsatz untersucht *Henning* die Frage, wann die Weltwirtschaftskrise in Deutschland überwunden war. Wegen der z. T. sehr widersprüchlichen ökonomischen Daten gelangt er in dieser Frage zu keiner abschließenden Bewertung, obgleich er insgesamt eher der These zuzuneigen scheint, daß der konjunkturelle Wendepunkt im 1. Halbjahr 1933 und nicht schon im Herbst 1932 anzusiedeln ist, doch liegt der Wert seines Aufsatzes ohnehin in erster Linie in der akribischen Darstellung der für die Bemessung der Konjunkturlage in den Jahren 1929 bis 1933/34 wichtigen Indikatoren, an der keine Untersuchung über die politischen und ökonomischen Probleme der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf Deutschland mehr vorbeigehen kann.

Einem ganz anderen, weder von der Nationalökonomie noch von der Geschichtswissenschaft ausreichend beachteten Problembereich geht *Hansjörg Siegenthaler* in seinem Aufsatz über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung des technischen Wissens in der Schweiz nach. Unzweifelhaft ist die Frage, ob und unter welchen speziellen Bedingungen die Investitionsbereitschaft der wirtschaftlichen Unternehmungen für erfinderische Aktivitäten von der jeweiligen globalen Konjunkturlage beeinflusst wird, wegen der damit verbundenen langfristigen Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung von hohem historischen wie aktuellem Interesse. Weitaus problematischer ist es jedoch, ob die von Siegenthaler entwickelten Methoden zur Erfassung des Phänomens »erfinderische Aktivität« zureichend sind, d. h. ob dessen Gleichsetzung mit der Zahl der erteilten Patente schlüssig ist, ob andererseits ein starker Rückgang der Patenterteilungen und Patentgesuche der führenden Unternehmen eines Industriezweiges einfach für atypisch und daher unerheblich erklärt werden darf, ob die Zunahme von stellungsuchenden Technikern und Ingenieuren ignoriert werden kann und ob schließlich nicht genauere Daten über den Kapitaleinsatz für technische Entwicklungen unerlässlich sind. Dem abschließenden Urteil Siegenthalers, daß eine hohe Resistenz erfinderischer Aktivität gegenüber depressiven Einflüssen in einem Konjunkturabschwung bestanden habe, dürfte unter diesen Umständen nicht ohne weiteres zugestimmt werden können.

Peter-Christian Witt

Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 10), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, VIII, 321 S., brosch., 48 DM.

In den letzten Jahren ist in der deutschen Geschichtswissenschaft viel stärkeres Gewicht auf die Untersuchung von Strukturen, Prozessen und Institutionen gelegt worden als auf die

Deflationspolitik, dem Sinken der Aktienkurse und schließlich dem Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder führte dieses Fehlverhalten zu einer solchen Liquiditätsklemme im gesamten Bankensystem, daß nicht nur eine Reihe von Banken zusammenbrach bzw. nur noch durch staatliche Intervention gerettet werden konnte, sondern darüber hinaus die Liquiditätsschwierigkeiten des Bankensystems auch die Abwärtsbewegung der Binnenkonjunktur beschleunigten und mit dazu beitrugen, daß Deutschland 1931 den Goldstandard aufgeben mußte. Den diesem Ereignis vorausgehenden innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Entscheidungen von Reichsregierung, Reichsbank und Großbanken ist *G. Hardach* in seinem Aufsatz über die Währungsfrage 1931 nachgegangen. Viel stärker als Henning, der die Chancen einer alternativen Politik der Banken und die Gründe, weshalb diese nicht verfolgt wurden, nur in einem Nebensatz berührt, bemüht sich Hardach um eine Aufhellung der Frage nach der Verantwortung für getroffene und unterlassene Entscheidungen und weist überzeugend nach, daß eine Kombination aus währungspolitischen Dogmatismus der Reichsbank, gefährlichen außenpolitischen Manövern der Reichsregierung in der Reparationsfrage und in der Frage der geplanten Zollunion mit Österreich und den Rivalitäten der Großbanken untereinander für das währungspolitische Desaster im Sommer 1931 verantwortlich zu machen ist.

In einem zweiten Aufsatz untersucht *Henning* die Frage, wann die Weltwirtschaftskrise in Deutschland überwunden war. Wegen der z. T. sehr widersprüchlichen ökonomischen Daten gelangt er in dieser Frage zu keiner abschließenden Bewertung, obgleich er insgesamt eher der These zuzuneigen scheint, daß der konjunkturelle Wendepunkt im 1. Halbjahr 1933 und nicht schon im Herbst 1932 anzusiedeln ist, doch liegt der Wert seines Aufsatzes ohnehin in erster Linie in der akribischen Darstellung der für die Bemessung der Konjunkturlage in den Jahren 1929 bis 1933/34 wichtigen Indikatoren, an der keine Untersuchung über die politischen und ökonomischen Probleme der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf Deutschland mehr vorbeigehen kann.

Einem ganz anderen, weder von der Nationalökonomie noch von der Geschichtswissenschaft ausreichend beachteten Problembereich geht *Hansjörg Siegenthaler* in seinem Aufsatz über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung des technischen Wissens in der Schweiz nach. Unzweifelhaft ist die Frage, ob und unter welchen speziellen Bedingungen die Investitionsbereitschaft der wirtschaftlichen Unternehmungen für erfinderische Aktivitäten von der jeweiligen globalen Konjunkturlage beeinflusst wird, wegen der damit verbundenen langfristigen Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung von hohem historischen wie aktuellen Interesse. Weitaus problematischer ist es jedoch, ob die von Siegenthaler entwickelten Methoden zur Erfassung des Phänomens »erfinderische Aktivität« zureichend sind, d. h. ob dessen Gleichsetzung mit der Zahl der erteilten Patente schlüssig ist, ob andererseits ein starker Rückgang der Patenterteilungen und Patentgesuche der führenden Unternehmen eines Industriezweiges einfach für atypisch und daher unerheblich erklärt werden darf, ob die Zunahme von stellungsuchenden Technikern und Ingenieuren ignoriert werden kann und ob schließlich nicht genauere Daten über den Kapitaleinsatz für technische Entwicklungen unerlässlich sind. Dem abschließenden Urteil Siegenthalers, daß eine hohe Resistenz erfinderischer Aktivität gegenüber depressiven Einflüssen in einem Konjunkturabschwung bestanden habe, dürfte unter diesen Umständen nicht ohne weiteres zugestimmt werden können.

Peter-Christian Witt

Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 10), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, VIII, 321 S., brosch., 48 DM.

In den letzten Jahren ist in der deutschen Geschichtswissenschaft viel stärkeres Gewicht auf die Untersuchung von Strukturen, Prozessen und Institutionen gelegt worden als auf die

Analyse der historischen Wirkung von einzelnen Personen. Im Zuge einer allgemeinen – und berechtigten – Skepsis gegenüber einer in erster Linie an Personen orientierten Geschichtsbetrachtung ist die Biographie bis auf wenige Ausnahmefälle »Amateurhistorikern« überlassen worden. Der Verfasser der aus einer Frankfurter Dissertation hervorgegangenen Biographie Ludwig Landmanns, des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Main von 1924 bis 1933, ist sich über die »Tücken« seines »eher traditionelle[n] Verfahren[s], mit Amt und Person des Oberbürgermeisters den komplexen Organismus einer Stadt [...] erfassen« zu wollen (S. III), im klaren, will aber versuchen, über die Lebensbeschreibung hinaus die das Individuum mitbestimmenden Strukturen und Prozesse ebenfalls in den Blick zu bekommen, und – neben einem Stück Frankfurter Stadtgeschichte – somit auch einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Selbstverwaltung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erbringen (S. 21).

Nach einer abgewogenen und breit angelegten Einleitung, in der Rebenitsch vor allem die Rolle der Oberbürgermeister vor dem Hintergrund der deutschen Selbstverwaltungstradition analysiert und einige typische Charakteristika dieser »zentralen Figuren des kommunalen Beamtenkörpers« hervorhebt, stellt er im ersten Kapitel die Herkunft und Jugend des 1868 in der Rheinpfalz geborenen, aus einer kleinbürgerlich jüdischen Familie stammenden Landmann dar, der nach seiner Gymnasialzeit in Mannheim und einem Jurastudium in München, Berlin und Heidelberg in den Dienst der Stadt Mannheim trat, zunächst als juristischer Hilfsarbeiter, dann als persönlicher Referent des Oberbürgermeisters, schließlich als Stadtsyndikus. Rebenitsch widmet der Zeit unter dem Mannheimer Oberbürgermeister Otto Beck, einem besonders ausgeprägten Vertreter der tatkräftigen, schöpferischen, aber auch autokratischen Oberbürgermeister am Ende des 19. Jahrhunderts, ein eigenes Kapitel, weil Landmann hier offenbar entscheidende Anregungen für seine Frankfurter Zeit erhielt, die 1916 mit seiner von der Fortschrittspartei begünstigten Wahl zum Stadtrat begann. Die Schilderung der Aktivitäten Landmanns in seiner Stadtratszeit bis 1924 – vor allem in den Bereichen des Kanalbaus, der Wirtschaftspolitik und des Siedlungswesens, zudem seines Engagements für die Frankfurter Messe und für einen Verkehrsverbund im Rhein-Main-Wirtschaftsraum – zeigt, daß sich in diesen Jahren bereits die Konzeption herausbildete, die seine Oberbürgermeistertätigkeit seit 1924 weitgehend bestimmte und von Rebenitsch als »Zielprojektion« charakterisiert wird, »nach welcher Frankfurt wirtschaftliches, administratives und kulturelles Zentrum einer südwestdeutschen Provinz werden mußte, um die historisch gewachsenen Territorialgrenzen und die Partikularkräfte der Länder zu zersprengen« (S. 251). Doch hat es Landmann offensichtlich verstanden, dieses weitgesteckte Ziel zunächst für sich zu behalten und sich in der Öffentlichkeit in erster Linie besonders im Bereich von Wirtschaft und Verkehr als »großzügig planender, ideenreicher Kommunalpolitiker von beachtlichem Durchsetzungsvermögen« zu profilieren (S. 110). Bei der Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1924 war er aus diesem Grunde für die Stadtverordneten der Demokratischen Partei, der SPD und des Zentrums der geeignete Nachfolger für den bisherigen Oberbürgermeister Georg Voigt. Die allgemeine »Neue Ära« ab 1924 bedeutete dann auch für Frankfurt durch die ausdrückliche »Expansionspolitik« Landmanns eine kräftige Aufschwungphase, die 1928 ihren Höhepunkt erreichte. Rebenitsch beschreibt ausführlich die vielen Einzelteile, aus denen sich das Gesamtbild zusammengesetzt hat: Flughafen-, Autobahn- und Kanalbau gehören hier ebenso hinein wie eine gezielte Eingemeindungs- und Energiepolitik. Landmann sorgte dabei durch die Gründung von insgesamt 29 gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen mit fast 50 Tochtergesellschaften dafür, daß die kommunalwirtschaftliche Expansion Frankfurts dem Einfluß der Stadtverordneten weitgehend entzogen wurde. Frankfurt entwickelte sich vor diesem Hintergrund zum »teuersten kommunalen Verwaltungskörper in Deutschland« (S. 191). Als dann ab 1929 die Kommunalpolitik in die allgemeine Staatskrise mit hineingezogen wurde, erwies sich dieses »System Landmann« als einer der Hauptangriffspunkte von links und

rechts und führte auch zu einer immer erregteren Auseinandersetzung um die Person Landmanns. Dies, die nationalsozialistische Machtergreifung und ein angegriffener Gesundheitszustand führten im März 1933 zur Rücktrittserklärung Landmanns, der Jahre der Vereinsamung, Krankheit, finanziellen Not und Flucht folgten, bis er am 5. 3. 1945 in Holland starb. Die Bitterkeit dieses Lebensausklangs stellt Rebentisch in einem eindringlichen »Biographischen Epilog« dar.

Insgesamt kommt der Verfasser zu dem Fazit, daß Landmann weder den Typ des modernen Parteipolitikers im Oberbürgermeisteramt wie etwa Konrad Adenauer repräsentierte, noch von einem »konservativen Beamtenliberalismus« geprägt war wie z. B. Hans Luther, sondern als »Fachpolitiker« zu verstehen ist, »der technisch-verwaltungsmäßige Methoden in der Politik bevorzugte und sich auf sachlich begrenzte Ziele [...] beschränkte«, unter dem langfristigen Aspekt einer »Veränderung und Modernisierung der Gesellschaft an sich« (S. 306).

Rebentischs Arbeit stellt – insgesamt gesehen – ein hervorragendes Beispiel für die Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer wissenschaftlichen Biographie dar – Möglichkeiten insofern, als der eine Verknüpfungspunkt vielfältiger Fäden, das Individuum Landmann, in einer Fülle von treffenden Einzelanalysen sorgfältig und materialreich geschildert wird und gleichzeitig die anderen Enden der Fäden, d. h. die jeweiligen Situationen und Aktionen sowie die Mit- und Gegenspieler (beispielhaft etwa auf den Seiten 211 ff. die Gegenüberstellung Landmanns und Adenauers), schlaglichtartig beleuchtet und mit vielen Details vorgestellt werden. Die Grenzen liegen jedoch dort, wo der Leser gerne etwas mehr über den Gesamtteppich, d. h. die politische, soziale und wirtschaftliche Gesamtstruktur wissen möchte, in der das Individuum mehr oder weniger fest eingebunden war. Es kommt weitgehend, z. T. stark aufzählend, nur das in den Blick, was bewußt von Landmann angepackt worden ist oder direkt auf ihn gewirkt hat. Die starke Betonung seiner Fachkompetenz, seiner Autorität, seines quasi überparteilichen Eintretens für die lokalen Interessen Frankfurts, das sich z. B. in seiner Expansionspolitik und Industrieförderung ausdrückte, läßt Landmann trotz gelegentlicher Hinweise auf seine von einem bürgerlichen Linksliberalismus und von munizipalsozialistischen Ideen geprägte Vorstellungswelt als ein außerhalb der Parteien, Interessenmächte und Herrschaftszusammenhänge stehendes Einzelwesen erscheinen. Weitere Kriterien zu einer Beurteilung Landmanns ließen sich vermutlich erst vor dem Hintergrund einer Analyse der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung Frankfurts gewinnen, einer Analyse, deren Fehlen auch Rebentisch nachdrücklich bedauert (S. 21). Der Verfasser zeigt aber, daß er sich dieser Grenzen immer bewußt gewesen ist. In dem von ihnen gesetzten Rahmen hat er jedenfalls eine eindringliche und anregende Studie über das Wirken eines beachtenswerten Kommunalpolitikers der Weimarer Republik vorgelegt und gleichzeitig eine Fülle von interessantem Material zur Situation der deutschen Selbstverwaltung in diesen Jahren aufbereitet.

Jürgen Reulecke

Modris Eksteins, *The Limits of Reason: The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy* (= Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, London 1975, XV, 337 pp., Hardback, £ 7.00.

»The Limits of Reason« is based upon an assumption: »A newspaper is a product of the intellect but it is also a complex social organism; its character is determined by the dialectical interplay of individual creativity and institutional structures. Unless a newspaper is considered both as a multidimensional institution in its own right and as a part of a wider social and political context, its utterances cannot be appreciated fully by the historian and they are often even liable to misinterpretation« (p. vii). The hypothesis is substantiated in one of the most interesting and well-written studies to have appeared in German history

rechts und führte auch zu einer immer erregteren Auseinandersetzung um die Person Landmanns. Dies, die nationalsozialistische Machtergreifung und ein angegriffener Gesundheitszustand führten im März 1933 zur Rücktrittserklärung Landmanns, der Jahre der Vereinsamung, Krankheit, finanziellen Not und Flucht folgten, bis er am 5. 3. 1945 in Holland starb. Die Bitterkeit dieses Lebensausklangs stellt Rebentisch in einem eindringlichen »Biographischen Epilog« dar.

Insgesamt kommt der Verfasser zu dem Fazit, daß Landmann weder den Typ des modernen Parteipolitikers im Oberbürgermeisteramt wie etwa Konrad Adenauer repräsentierte, noch von einem »konservativen Beamtenliberalismus« geprägt war wie z. B. Hans Luther, sondern als »Fachpolitiker« zu verstehen ist, »der technisch-verwaltungsmäßige Methoden in der Politik bevorzugte und sich auf sachlich begrenzte Ziele [...] beschränkte«, unter dem langfristigen Aspekt einer »Veränderung und Modernisierung der Gesellschaft an sich« (S. 306).

Rebentischs Arbeit stellt – insgesamt gesehen – ein hervorragendes Beispiel für die Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer wissenschaftlichen Biographie dar – Möglichkeiten insofern, als der eine Verknüpfungspunkt vielfältiger Fäden, das Individuum Landmann, in einer Fülle von treffenden Einzelanalysen sorgfältig und materialreich geschildert wird und gleichzeitig die anderen Enden der Fäden, d. h. die jeweiligen Situationen und Aktionen sowie die Mit- und Gegenspieler (beispielhaft etwa auf den Seiten 211 ff. die Gegenüberstellung Landmanns und Adenauers), schlaglichtartig beleuchtet und mit vielen Details vorgestellt werden. Die Grenzen liegen jedoch dort, wo der Leser gerne etwas mehr über den Gesamtteppich, d. h. die politische, soziale und wirtschaftliche Gesamtstruktur wissen möchte, in der das Individuum mehr oder weniger fest eingebunden war. Es kommt weitgehend, z. T. stark aufzählend, nur das in den Blick, was bewußt von Landmann angepackt worden ist oder direkt auf ihn gewirkt hat. Die starke Betonung seiner Fachkompetenz, seiner Autorität, seines quasi überparteilichen Eintretens für die lokalen Interessen Frankfurts, das sich z. B. in seiner Expansionspolitik und Industrieförderung ausdrückte, läßt Landmann trotz gelegentlicher Hinweise auf seine von einem bürgerlichen Linksliberalismus und von munizipalsozialistischen Ideen geprägte Vorstellungswelt als ein außerhalb der Parteien, Interessenmächte und Herrschaftszusammenhänge stehendes Einzelwesen erscheinen. Weitere Kriterien zu einer Beurteilung Landmanns ließen sich vermutlich erst vor dem Hintergrund einer Analyse der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung Frankfurts gewinnen, einer Analyse, deren Fehlen auch Rebentisch nachdrücklich bedauert (S. 21). Der Verfasser zeigt aber, daß er sich dieser Grenzen immer bewußt gewesen ist. In dem von ihnen gesetzten Rahmen hat er jedenfalls eine eindringliche und anregende Studie über das Wirken eines beachtenswerten Kommunalpolitikers der Weimarer Republik vorgelegt und gleichzeitig eine Fülle von interessantem Material zur Situation der deutschen Selbstverwaltung in diesen Jahren aufbereitet.

Jürgen Reulecke

Modris Eksteins, *The Limits of Reason: The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy* (= Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, London 1975, XV, 337 pp., Hardback, £ 7.00.

»The Limits of Reason« is based upon an assumption: »A newspaper is a product of the intellect but it is also a complex social organism; its character is determined by the dialectical interplay of individual creativity and institutional structures. Unless a newspaper is considered both as a multidimensional institution in its own right and as a part of a wider social and political context, its utterances cannot be appreciated fully by the historian and they are often even liable to misinterpretation« (p. vii). The hypothesis is substantiated in one of the most interesting and well-written studies to have appeared in German history

during the last years. Whereas an expert can read for nuances, a student and general reader can easily follow the presentation – a quality found too infrequently in recent historical studies. Eksteins has demonstrated the relationship of newspapers to their milieu through a social-historical analysis of the publishing houses of Mosse, Ullstein and Sonnemann. This excellent monograph will be criticized in the spirit that a great portrait requires microscopic examination from all angles.

The lack of liberalism and liberals, according to one school of thought on German history, made possible the triumph of National Socialism. Had liberalism been a stronger element the Nazi reign could have been avoided. This circular argument has also been offered for communism, socialism and conservatism. The ideological preferences of the authors arguing such cases are obvious. Does the imposition of such values upon history bring further insight into the course of events? Certainly, in the studies of the German Revolution of 1918–1919 the attempts to illustrate alternatives to the government's choices have extended the knowledge of the social dimensions during that era, even if the authors have been too enamoured with their own alternatives (especially the councils) to account for why they ultimately did not provide an alternative in fact. Within this context Eksteins' study of the liberal press in the Weimar Republic can be appreciated: he implicitly adheres to the viewpoint that a *true* liberalism might have obstructed or at least opposed National Socialism. But his values and preferences do not interfere with showing that institutionally and politically German liberalism was in such a state of decay and dissolution that nothing was left to ›surrender‹ to National Socialism by 1933.

Eksteins examines the institutional base and the policy formulation of three leading ›liberal‹ newspaper publishing houses and concludes that »the liberal response to the challenge of National Socialism was determined by the relationship of liberals to the Weimar state, to their own parties, and to the electorate« (p. vii). Through examining ›atypical‹ firms, »selected because they identified themselves most closely with the ideals of the Weimar Republic« (p. viii), he finds »this press adapted its editorial policies and internal organization to suit the new National Socialist regime as rapidly as most other newspapers« (p. ix). Secondly, he maintains that for the »quiet and rapid ›surrender‹ of 1933 to occur the entire institutional foundation of German liberalism had to be in a state of decay and disarray«, and he seeks to »describe and to explain the nature of the confusion prevalent in an important sector of this liberal substructure« (p. ix, similarly 278 f.). Therefore, Eksteins thinks that the notion of a ›seizure of power‹ should be reconsidered, since the »entire subsoil necessary for democratic parliamentary government had been eroded« and »liberal behavior in 1933 was determined not so much by what National Socialism represented as by what liberalism no longer represented« (p. x). In addition, this refreshingly direct unmasking of the Weimar Republic's liberalism seeks to offer an explanation by carefully defining the social circumstances in which the liberal press operated. The study contains two parts. The first provides a general overview of German liberalism and the press in the early twentieth century, the role of leading liberal journalists and editors in the establishment of the German Democratic Party (DDP), the nature and situation of the press in the Weimar Republic and the development of the three publishing firms to the late 1920s. The second examines the »eclipse of liberalism« especially after 1928, the financial and organizational difficulties in the press empires during the depression, their relativistic response to rule by presidential decree and their reconciliation with National Socialism.

The review of liberalism suffers from a lack of precision on the meaning attached by liberals to »democratization« which Eksteins thinks a small group of ›left‹ liberals energetically fostered already in Imperial Germany. Here and at other points in the study few criteria are enumerated by which to distinguish ›left‹ from other liberals (especially p. 7). What specifically does the following mean in reference to the Germany of October 1918:

»A socially-conscious, national-minded democratic liberalism indeed seemed to have triumphed over not only national liberalism but traditional left liberalism as well, and moreover, to have revived the liberal movement as a whole« (p. 12)? By contrast, the background to the development of the German press is a fine resumé packed with information and marked by clear categories. The press' main features by 1914 are found, by comparisons with France and Britain, to have been »its abundance, its decentralization and its growing commercialization and politicization« (p. 16). The rise of the three family firms is recounted by Eksteins with a sharp eye for telling pieces of information. But as he speaks of the political views and attachments of the Mosses, Ullsteins and Sonnemanns, the same vagueness of terminology reappears: »progressively inclined liberal publishers« (p. 16), »radical tone« (p. 18) or »most progressive« (p. 22). Eksteins seems to take at face value Sonnemann's assertions about his editorial policy: »politically liberal, in social-political matters always just and friendly to reform, always inclined to support the economically weak« (pp. 27 f.). He claims the »newspapers of the Mosse, Ullstein and Sonnemann firms all subscribed to this liberal-democratic conception of the role of the press« defined as a press which »had a responsibility to the public independent of parties, economic interests and government« (p. 28). If these firms »subscribed« to such views they did not do so very loudly in Imperial Germany, or their press would have suffered the restrictions under the Reich Press Law of 1874 which constantly found Social Democratic editors in jail for uttering such views, and the press department of the Foreign Office would not have given August Stein, the Berlin representative of the Sonnemann »Frankfurter Zeitung« special briefings, and the Zentralverband deutscher Industrieller which worked closely with the Imperial government would hardly have invited the Ullstein »Vossische Zeitung« and the »Frankfurter Zeitung« to its conferences. (See A. Hall, *The War of Words: Anti-socialist Offensives and Counter-propaganda in Wilhelmine Germany*, in: *Journal of Contemporary History* XI, 1976, p. 18, 22). Eksteins errs in making these firms into »democratic« opponents within Imperial Germany; they were an element within the establishment even if marked by their moderation (on social matters, on measures against Social Democracy and on war aims, though Eksteins also presents materials which indicate the Ullstein press members advocated extensive annexations, pp. 55 f.).

Eksteins brings sufficient evidence for the ties of these liberals to the German state when he outlines the significant role of the liberal press in the founding of the DDP. This was to be a *new* liberal party, which *needed* to be distinguished from the old. The previously pejorative term »democratic«, which the liberals had avoided, suddenly appeared not only as a party name but as a form of new self-identification. Eksteins writes: »the prominent left-liberal press, or democratic press, as it now described itself« (p. 49). A contemporary whom Eksteins quotes found the new DDP »devilishly similar to the Progressive People's Party [...] and the young bourgeois democratic party [...] far more opportunistic than principled« (Gerlach, p. 51). Yet, Eksteins – undoubtedly revealing his personal values – accepts the shift in terms and henceforth employs the term »democrat« or »left democrat« (p. 52, for example). But, despite these reservations – crucial ones for the general thesis that the decay of liberal institutions took place during the late 1920s – he provides a concise account on the turning away of the journalists and editors from party politics, which shows that »within months of the founding of the DDP the relationship between the party and the distinguished Berlin-Frankfurt press of democratic persuasion had evolved into a love-hate relationship« (p. 58). Eksteins acknowledges that the DDP's early success in Weimar was probably due to the fact that it »appeared to represent both the rising star of democracy and the best defense against socialist domination of parliament« (p. 61). He coins the apt phrase »Vernunftdemokraten« to describe those with no real commitment to the democratic cause. Further, he admits that the »powerful grip of moneyed interests on the party successfully cordoned off radicalism within the DDP on

social and economic questions« (p. 64). The description of the DDP's left wing as »radical, progressive, tolerant and cosmopolitan in spirit and character« (p. 66) is left without specific illustrations.

When Eksteins turns to the press he is on surer ground and makes his main contributions to Weimar history. He stresses the decentralized nature of the press despite the impact of the inflation. The tendency to rely upon syndicated columns and to become financially dependent upon big business and heavy industry are well illustrated. Eksteins shows how papers claiming not to support any political party in fact supported a political tendency, especially those which became enmeshed in Hugenberg's financial and wire-press services. He concludes that by the mid-1920s: »Political initiative in much of the press had been surrendered to the barons of the German economy, and the press which functioned within their sphere of influence was a tool [...] of their political aims« (p. 82). This was due, as Eksteins argues very well, to the dependence upon centralized sources of funds and news. The depression pushed almost all the remaining semi-independent newspapers into a »neutrality« which favored the political Right or outrightly into advocating an »awakening« of Germany. It is in delineating the politics of the various presses and in describing the response of the publishing houses to financial and other pressures that Eksteins proves his skill as an historian. The difficulties of the DDP in maintaining a supportive press, especially in competition with the German People's Party (DVP) or the conservative parties, are explored in depth (pp. 84–93, with a contradiction on the DVP on pp. 87 f.). In this regard Eksteins finds that the Mosse, Ullstein and Sonnemann papers never repudiated the DDP but »a gradual process of disengagement from the party's politics, if not its fundamental ideas, occurred« (p. 93). The strained relations between the party leaders and, in Eksteins' terms, the »radical journalists of the democratic press« (p. 94) are exemplified by two leading editors, Wolff and Gerlach, soon leaving the party and another, Bernard, having difficulties within it. In Eksteins' terms the party proved »singularly incapable of absorbing and pacifying criticism« while the leading »left-democratic newspapers [...] frequently displayed an exaggerated and unwarranted self-assurance in their judgements [...]« (p. 102). The latter he attributes to the editors being employees of large commercial enterprises which had to produce a marketable product. The second-generation of owners in the Mosse, Ullstein and Sonnemann firms apparently brought a new tenor in the 1920s: »The predominance of business considerations [...] fostered the emergence of an opportunist frame of mind [...] to look for and to emphasize those nuances in progressive liberalism which might best promote commercial interests« (p. 104). Economic troubles combined with »ideological scepticism amongst the public« changed the relationship between management and editors, according to Eksteins, in these family firms. A sharp analysis of the major newspapers belonging to each publishing house supports the hypothesis of the newspaper as a »complex social organism«. The review of these press empires includes a solid account of their readerships' social make-up, their involvements in related enterprises and, most significantly, their financial situations. He explores the role of Jews on their staffs and the question of these papers' general influence. The latter issue is too vaguely presented and the conclusion that the »democratic press« was not »an independent political power galvanizing and precipitating political action« (p. 137) seems too far reaching for the limited, primarily autobiographical, sources presented. Some comparisons with Britain or France to match the comparison on the structure of the press would have helped buttress the argument.

As German liberalism went into the tail-spin from which it never recovered after 1928, the leading »democratic« editors made similar attempts as during 1919 to revive, unify and recreate liberalism. Eksteins provides novel information on the attempts by members of these press firms to attain liberal unity. But, he again falls into questionable terminology with such statements as »The Ullsteins espoused liberalism and democracy as their

political doctrines. Their liberalism, however, was never one of sophisticated political programmes but based rather on a straightforward belief in the need for human decency« (p. 150). He rightly notes that for all these publishing houses the DDP was dead by 1930 and adds: »It was the Democratic Party which, in spite of its inadequacies and shortcomings, had tied the democratic press to the Republic, and had given this press a political *raison d'être* in real rather than just theoretical terms. As the DDP declined in significance as a factor in the politics of the Republic, the *Berliner Tageblatt*, *Frankfurter Zeitung* and *Vossische Zeitung* were correspondingly less able to relate to the imperfect realities of the Republic« (p. 158). The statement could force the reader to ask if such a press had ever been democratic, whether the liberal press fooled itself as well as others in switching to a self-definition of »democratic«. To Eksteins »reason, discussion and compromise« are the »conceptual basis of liberal democracy« (p. 60). Yet, at the instigation of the DVP the Ullstein »Berliner Illustrierte« published the infamous »Badebild« of Ebert and Noske with its retouched emphasis upon their genitals to appear simultaneously with the enactment of the Weimar Constitution in August 1919. Or, as Eksteins himself notes, the Mosse firm fired editors for participating in the founding of the Republican Party. And, he shows that the »Frankfurter Zeitung« repeatedly lied about its new shareholder, I. G. Farben, after 1928. Were such firms democratic in the above sense? Or was, as the government's press representative claimed already in September 1920: »at present all the press is set upon sensations and not political finesse« (Das Kabinett Fehrenbach, Boppard 1971, p. 179)?

The second half of Eksteins' study need not be reviewed in detail. In it he demonstrates the aggravation of the earlier difficulties in the liberal press. The impact of I. G. Farben's buying into the Sonnemann firm is skillfully delineated through following changes in personnel and policy. Here Eksteins presents novel information on the finances of this firm. The bitter feud within the Ullstein family during 1929 and its consequences for staff and the publishing empire follows. Then he traces the response of the major newspapers of the three firms to the crisis situation after the dissolution of the Great Coalition. He finds that no thorough analysis of the National Socialist phenomenon appeared in these papers. By the fall of 1930 many liberals were admitting that liberalism was dead and they were passing the torch to Social Democracy. The statement had more than symbolic meaning, for as so frequently in German history, Social Democracy – despite not being a party of the »individual« – was left defending liberal values and ideals. In any case, Eksteins clearly shows the liberal press did not do so under Hindenburg/Brüning, and finds: »By 1932 success and not methods had become the measuringrod applied to government policy: as long as the economic crisis was weathered and National Socialism was prevented from attaining any significant executive power, virtually any means adopted by the government to achieve these ends was tolerated, if not always appreciated« (p. 222). While not excusing these attitudes, Eksteins tries to indicate the degree to which the shift to the right politically resulted from economic pressures as the depression carved away subscriptions, advertising and staff. The liberal press acceded to pressure from both government and industry. Despite demonstrating this with numerous dismissals and the inability of this press to respond clearly to National Socialism, Eksteins insists on terming these journalists and editors »rationalists« (p. 244). When Hitler finally became chancellor the »left-liberal editors« mustered only »amazement, sorrow, and finally a mood of resignation« (p. 268) and moved in the direction of »non-partisanship« which meant acquiescence to the new status quo and acceptance of dictatorship. On March 7, 1933 the »Frankfurter Zeitung« declared that the National Socialists had »won power by legal democratic means« (p. 275). Two weeks later the »Vossische Zeitung« claimed the »revolution« had been without a breach of the laws (p. 275). Eksteins notes: »[...] no trace of opposition was voiced to the enabling law, before or after its passage« (p. 276). The explanation for the acceptance

of National Socialism, in Eksteins' thinking, lies deeper than in the individual decisions to co-operate with the regime and to publish under its terms: »The accommodation with National Socialism, so rapidly arranged by the democratic press, was determined more by the obvious political and ideological disorientation and the related economic and administrative problems of this press than by subjective hopes and fears. The political tenets, the moral values, and the institutional basis of democracy had been steadily corroded or corrupted in recent years and ultimately rejected by a clear majority of the German public« (p. 279). The »Gleichschaltung« of the Ullstein, Mosse and Sonnemann firms occurred in such a manner as to gain prestige for the Nazi regime. Eksteins clears away the myths of »between-the-lines« resistance as he presents the transfer of the three firms to the Nazis.

Eksteins has added extensively to an understanding of how the press works and how the boundaries of economic interests and necessities circumscribe the actions of individuals and institutions. But his book should bear a different title: *The Limits of Enlightened Self-Interest: The German Liberal Press and the Collapse of the Weimar Republic*.

Dieter K. Buse

Herbert Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik* (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, X, 336 S., brosch., 46 DM.

Hans Bohrmann, *Strukturwandel der deutschen Studentenpresse. Studententpolitik und Studentenzeitschriften 1848–1974* (= Kommunikation und Politik, Bd. 4), Verlag Dokumentation, München 1975, 337 S., Linson, 44 DM.

Dörings Komplementärstudie zu Sontheimers Buch »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik« und seine quellenmäßige Vertiefung bzw. Korrektur der Arbeiten von Bleuel, Kurucz und Ringer erfaßt nicht die gesamte Minderheit der »demokratisch« gesinnten Professoren der Weimarer Republik, sondern nur den »Weimarer Kreis« »verfassungstreuer Hochschullehrer« – ausgeklammert bleiben die von den »liberalen Geheimräten des Weimarer Kreises« durch eine tiefe Kluft geschiedenen pazifistischen und sozialistischen »akademischen Außenseiter«. Dafür zählen zu der untersuchten Gruppe so erlauchte Namen der unter Naumanns und Max Webers Einfluß stehenden Weimarer »Gelehrtenaristokratie« wie die Staatsrechtler Anschütz und Thoma, die Nationalökonominnen Brentano und Herkner, die Historiker Delbrück, Goetz und Meinecke, die Theologen Baumgarten und von Harnack, und der Soziologe Adolf Weber.

Ausführlich erarbeitet der Autor an zahlreichen neu erschlossenen Quellen das intellektuelle Gruppenprofil des Kreises: Die im einzelnen sehr differenzierte »demokratische« Gesinnung seiner Mitglieder reichte vom »Vernunftrepublikanismus« bis zum »demokratischen Idealismus«, neben Anhängern des Parlamentarismus standen Bejäger eines Präsidialsystems und eines überparteilich-obrigkeitsstaatlichen »Ersatzkaisertums«. In der Nachfolge von Max Webers plebiszitärer Führerdemokratie stehend, gingen sie jedoch alle von der Notwendigkeit einer überragenden Führung in der Massendemokratie aus. Nicht alle widerstanden so später dem »Führer« Hitler.

Döring sieht die Weimarer Frontstellung zwischen »antidemokratischen« und »demokratischen« »Gelehrtenpolitikern« als bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung weiterwirkende Fortsetzung der – von Schwabe analysierten und von Böhme dokumentierten – Flügelbildung zwischen »Annexionisten« und »Gemäßigten« während des Ersten Weltkrieges. Detailliert berichtet er von der ersten informellen Zusammenfassung der »verfassungstreuen« Hochschullehrer in der »Erklärung verfassungstreuer Hochschullehrer« nach dem Kapp-Putsch 1920 bis zum regelmäßigen Spaziergang der republik-

of National Socialism, in Eksteins' thinking, lies deeper than in the individual decisions to co-operate with the regime and to publish under its terms: »The accommodation with National Socialism, so rapidly arranged by the democratic press, was determined more by the obvious political and ideological disorientation and the related economic and administrative problems of this press than by subjective hopes and fears. The political tenets, the moral values, and the institutional basis of democracy had been steadily corroded or corrupted in recent years and ultimately rejected by a clear majority of the German public« (p. 279). The »Gleichschaltung« of the Ullstein, Mosse and Sonnemann firms occurred in such a manner as to gain prestige for the Nazi regime. Eksteins clears away the myths of »between-the-lines« resistance as he presents the transfer of the three firms to the Nazis.

Eksteins has added extensively to an understanding of how the press works and how the boundaries of economic interests and necessities circumscribe the actions of individuals and institutions. But his book should bear a different title: *The Limits of Enlightened Self-Interest: The German Liberal Press and the Collapse of the Weimar Republic*.

Dieter K. Buse

Herbert Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik* (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, X, 336 S., brosch., 46 DM.

Hans Bohrmann, *Strukturwandel der deutschen Studentendrucke. Studentendrucke und Studentenzeitschriften 1848–1974* (= Kommunikation und Politik, Bd. 4), Verlag Dokumentation, München 1975, 337 S., Linson, 44 DM.

Dörings Komplementärstudie zu Sontheimers Buch »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik« und seine quellenmäßige Vertiefung bzw. Korrektur der Arbeiten von Bleuel, Kurucz und Ringer erfaßt nicht die gesamte Minderheit der »demokratisch« gesinnten Professoren der Weimarer Republik, sondern nur den »Weimarer Kreis« »verfassungstreuer Hochschullehrer« – ausgeklammert bleiben die von den »liberalen Geheimräten des Weimarer Kreises« durch eine tiefe Kluft geschiedenen pazifistischen und sozialistischen »akademischen Außenseiter«. Dafür zählen zu der untersuchten Gruppe so erlauchte Namen der unter Naumanns und Max Webers Einfluß stehenden Weimarer »Gelehrtenaristokratie« wie die Staatsrechtler Anschütz und Thoma, die Nationalökonomien Brentano und Herkner, die Historiker Delbrück, Goetz und Meinecke, die Theologen Baumgarten und von Harnack, und der Soziologe Adolf Weber.

Ausführlich erarbeitet der Autor an zahlreichen neu erschlossenen Quellen das intellektuelle Gruppenprofil des Kreises: Die im einzelnen sehr differenzierte »demokratische« Gesinnung seiner Mitglieder reichte vom »Vernunftrepublikanismus« bis zum »demokratischen Idealismus«, neben Anhängern des Parlamentarismus standen Bejager eines Präsidialsystems und eines überparteilich-obrigkeitsstaatlichen »Ersatzkaisertums«. In der Nachfolge von Max Webers plebiszitärer Führerdemokratie stehend, gingen sie jedoch alle von der Notwendigkeit einer überragenden Führung in der Massendemokratie aus. Nicht alle widerstanden so später dem »Führer« Hitler.

Döring sieht die Weimarer Frontstellung zwischen »antidemokratischen« und »demokratischen« »Gelehrtenpolitikern« als bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung weiterwirkende Fortsetzung der – von Schwabe analysierten und von Böhme dokumentierten – Flügelbildung zwischen »Annexionisten« und »Gemäßigten« während des Ersten Weltkrieges. Detailliert berichtet er von der ersten informellen Zusammenfassung der »verfassungstreuen« Hochschullehrer in der »Erklärung verfassungstreuer Hochschullehrer« nach dem Kapp-Putsch 1920 bis zum regelmäßigen Spaziergang der republik-

freundlichen Berliner Professoren um Meinecke. Erst in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik ab 1924 verwirklichte sich jedoch diese Ansätze in Organisationen: 1925/26 wurde die »Vereinigung freiheitlicher Akademiker« ins Leben gerufen, welche programmatisch der DDP nahestand und eine vereinsmäßige Zusammenarbeit von republikanisch gesinnten Akademikern und Studenten erstrebte. Der ebenfalls 1926 gegründete »Weimarer Kreis« beschränkte sich auf Professoren, verzichtete auf eine feste Organisationsstruktur, verfolgte aber nach Döring das gleiche politische Ziel wie die »Vereinigung«, jedoch mit unterschiedlicher Taktik: Die Gründungsväter des »Kreises« (allen voran Meinecke) habe das Ziel geleitet, aus Angst vor einer Minoritätsposition (kein »republikanischer Hochschullehrerbund«!) »die Kollegenschaft in nationaler Harmonie wie in der Vorkriegszeit zu vereinigen« (S. 82). Geplant war eine Art Weimarer »Große Koalition«, die von der SPD (Radbruch!) bis zur DVP reichte.

Freilich war der »Kreis« in Wirklichkeit nicht um eine Öffnung nach links bemüht; Döring konstatiert vielmehr, daß von seiner Zusammensetzung und seinen Aktivitäten her deutlich sei, »daß den Wortführern des Weimarer Kreises die Gewinnung der Kollegen auf der Rechten« wichtiger erschien als die wirksame Organisation einer republikanischen Minderheitsgruppe (S. 89 f.). Denn – so ein Mitglied des »Kreises« – die »Absonderung zu republikanischen Bündeln [störe] die Bildung eines einheitlichen Staatsbewußtseins« (S. 90).

Daraus freilich folgte dann auch, daß das Bekenntnis des »Kreises« zur Republik nur »inhaltlich entleert« (S. 100) sein konnte: »Die Programmatik der Weimarer Vereinigung wurde bewußt inhaltsarm gehalten, damit auch rechtsstehende Kollegen keinen Anstoß zu nehmen brauchten. Als überbrückende Formel war der Begriff der »Verfassungstreue« hervorragend geeignet« (S. 90). Denn mit diesem Begriff konnte ein formales Bekenntnis zur Demokratie ausgesprochen werden, das sich teilweise gar nicht als Bekenntnis zur demokratischen Staatsform verstand, sondern als bloße Staatsbejahung und Staatsgesinnung, und mit diesem »nach »rechts« gerichteten Überbrückungsrezept« (S. 96) gerade einer Politisierung der Hochschule entgegenarbeitete. Deshalb war nach Meinecke das Ziel des Kreises auch die »Entpolitisierung« des akademischen Lebens, um auf diese Weise die Position der »Mitte« entgegen der »Deutschnationalen Hochschullehrervereinigung« wie den pazifistisch-sozialistischen Professoren behaupten zu können.

Dieser entpolitisierte nationalliberale Standpunkt einer undogmatischen Staatsgesinnung mochte in der Ära Stresemann zeitgemäß sein, als der »Weimarer Kreis« mit seinen Tagungen von 1926 und 1927 auf dem Höhepunkt stand. In den folgenden Jahren der neu entfachten politischen Auseinandersetzungen war die Folge dieser Haltung jedoch nicht eine verstärkte Initiative zugunsten der gefährdeten Demokratie, sondern »weise« Zurückhaltung: »Indem sich der Weimarer Kreis mit seiner auf Versöhnung und Herunterspielen der Gegensätze gestimmten Haltung derart stark von der Stabilisierung der innerpolitischen Situation abhängig machte, mußte er mit seinem Konzept in Schwierigkeiten geraten, sobald die Republik, die er stützen wollte, selbst in eine neue Krise geriet« (S. 101). Ein Versuch von Anschütz und Radbruch im Jahre 1930, aus der vorsichtigen politischen Zurückhaltung auszubrechen, um der vom Nationalsozialismus radikalisierten Studentenschaft durch ein deutliches Verfassungsbekenntnis entgegenzutreten, fand nicht die Zustimmung des »Kreises«: »Die Berliner Gründer des Weimarer Kreises waren also zu dieser Zeit nicht bereit, von ihrem Konzept einer Überbrückung der Gegensätze in »entpolitisierter« nationaler Harmonie abzugehen und nahmen die aus diesem Leitbild resultierende politische Wirkungslosigkeit der republikfreundlichen Minderheit bewußt in Kauf [. . .]. Das Integrationskonzept der Verfassungstreue, das einen nur formalen, inhaltlich variablen Konsens mit der bestehenden Staatsneuordnung gewährleisten sollte, war wirkungslos geworden« (S. 103 f.). Kein Wunder, daß deshalb ein wirksamer kollekt-

tiver Kampf der demokratischen Minderheit der Weimarer Hochschullehrer gegen den Nationalsozialismus in Hochschule und Staat schon an den Meinungsverschiedenheiten innerhalb des »Kreises« scheiterte.

Aber auch nach außen hin blieben die Aktivitäten der »demokratischen« Professoren wirkungslos. Bereits an den Universitäten stießen sie bei den jüngeren, vom Fronterlebnis geprägten Hochschullehrern auf keine Resonanz: »Es mutet paradox an, ist aber als Tatsache festzuhalten, daß die Sechzig- bis Achtzigjährigen, deren politisches Bewußtsein noch im Kaiserreich geprägt worden war, stärker als ihre jüngeren Kollegen zur Anerkennung der Weimarer Neuordnung bereit waren« (S. 139). Auch zur akademischen Jugend blieben diese im Standesgetto verhafteten Professoren ohne Kontakt – im Gegensatz zur Verbindung der »Vereinigung freiheitlicher Akademiker« mit republikanischen Studentengruppen. Von der gewollten Distanz zu den pazifistischen und sozialistischen Kollegen war bereits die Rede. Ebenso auffällig war die Abkapselung von allen anderen akademischen Berufsgruppen (etwa den Studienräten). Ebenso wenig wurde die soziale Distanz zum sonstigen Besitz- und Bildungsbürgertum (Beamte, Abgeordnete, Industrielle, Bankiers, Freiberufliche) zu gemeinsamer Aktion hin überbrückt.

Wie stellte sich der »Weimarer Kreis« zur organisierten Arbeiterbewegung? Ihm ging es in Fortsetzung der Bestrebungen der Wilhelminischen »Kathedersozialisten« um »die politische Integration des Proletariats durch die besitzenden und gebildeten Klassen« im Staat (S. 183). Diese Vorstellung einer Überwindung des Klassenkampfes und der gefährlich drohenden Herrschaft der »Massen« verband sich mit liberalen Elitevorstellungen zu der Hoffnung, die Weimarer Demokratie werde sich unter die Führung einer »Geistesaristokratie« stellen lassen – eine typisch bildungsbürgerliche Führungsvorstellung, welche sich ebenso bei den bürgerlichen »sozialistischen Studentengruppen« sowie linksbürgerlichen Jugendbewegten und »intellektuellen Linksradi kalen« der Weimarer Zeit deutlich zeigt<sup>1</sup>.

Dahinter, so deutet es Döring mit Recht, stand die Angst des traditionellen Bildungsbürgertums vor einer sozialen wie kulturellen Nivellierung und einer wirtschaftlichen Bedrohung durch das aufsteigende Proletariat – ein typisch mittelständisches Syndrom. Diese durch eine Abwehrhaltung des Bildungsbürgertums gegen revolutionäre Demokratisierungstendenzen motivierten Elitevorstellungen sieht Döring mit Kurt Klotzbach (Das Eliteproblem im politischen Liberalismus, Köln/Opladen 1966) als über Deutschland hinausgreifendes Kennzeichen der Krise des Liberalismus in den west- und mitteleuropäischen Industriestaaten (S. 189). Freilich meint er, »das hartnäckige Festhalten am Führungs- und Erziehungsanspruch nicht nur gegenüber der Arbeiterbewegung, sondern auch gegenüber der Gesamtnation« lasse sich auch aus den spezifisch deutschen Voraussetzungen eines »idealistischen Politikverständnisses« erklären (S. 190–192). Dies gelte nicht nur für die ideengeschichtliche Kontinuität der »idealistischen Macht-Kultur-Synthese« (S. 192); der professorale Drang zur Entpolitisierung der Hochschule und der Anspruch »zur überparteilich-idealistischen Führung der Nation« hingen vielmehr auch (warum eigentlich »paradoxe rweise«, wie Döring schreibt?) mit dem »Krisenbewußtsein« und der »Statusfurcht« jener Mitglieder der akademischen Welt zusammen (S. 199 ff.).

Allerdings sagt Döring, daß »von einer unvermittelten, direkten Beziehung zwischen sozialökonomischer Position und politischem Bewußtsein der Hochschullehrer« nicht die Rede sein könne (S. 202), womit er die jüngst von Klaus Vondung konstatierte Schwierig-

<sup>1</sup> Ulrich Linse, Hochschulrevolution. Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: AfS XIV, 1974, S. 1–114; ders., Die Kommune der deutschen Jugendbewegung. Die Überwindung des Klassenkampfes aus dem Geiste der bürgerlichen Utopie, München 1973; Hans-Harald Müller, Intellektueller Linksradikalismus in der Weimarer Republik, Kronberg/Ts. 1977.

keit einer sozialen Ideengeschichte des Bildungsbürgertums<sup>2</sup> bestätigt. Dafür kommt, so Dörings richtige Schlußfolgerung, dem Konflikt zwischen der Bildungselite, welche der traditionelle Lieferant von gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen war, und den mit ihr konkurrierenden neuen politischen Sinnstiftern, den Interessenverbänden und den Massenparteien, ein um so größeres Gewicht zu (S. 202). Aus diesem Grunde konnten auch die repräsentativen Figuren des »Weimarer Kreises« lediglich Sympathien zur DDP entwickeln; denn »sie hielten diese Partei für eine seltene Ausnahme unter den modernen Massenparteien, und sie sahen ein verwandtes politisch-ethisches Rollenverständnis wie bei sich selbst in ihr verkörpert« (S. 204). Döring zeigt in Anwendung von Wolfgang J. Mommsens Überlegungen (Max Weber und die deutsche Politik, Tübingen 1959, <sup>2</sup>1974) einleuchtend, wie diese Angst vor der industriellen Massengesellschaft und ihren Organisationsformen durch die Idee der plebiszitären Führerdemokratie aufgewogen wurde.

Döring verweist auf einen höchst interessanten Sachverhalt: Folgende zwei Dokumente fanden zwischen 1914 und 1933 die höchste Unterzeichnerzahl unter den deutschen Hochschullehrern: Die »Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches« (vom 16. 10. 1914) wurde von drei Vierteln, das Dokument mit der zweithöchsten Unterzeichnerzahl, das »Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat« (von 1933) von einem Achtel der deutschen Hochschullehrer (Ordinarien und Nichtordinarien) unterschrieben. Eine Schlußfolgerung – Döring zieht sie nicht – ergibt sich daraus für eine Analyse des deutschen akademischen Bildungsbürgertums: Mit dem Ersten Weltkrieg schien die Chance gekommen, den vom Prozeß der Industrialisierung und Technisierung bedrohten Führungsanspruch dieser Gruppe dadurch neu zu legitimieren und ihm gesamtgesellschaftliche Resonanz zu verschaffen, daß der Sieg der deutschen Waffen auch als Sieg der deutschen Wissenschaft gedeutet und gleichzeitig in einem der letzten großen bildungsbürgerlichen Ordnungsentwürfe der Weltkrieg zur deutschen Apokalypse überhöht wurde<sup>3</sup>. Der hier sichtbar werdende geistige, aber auch soziale und politische Sendungsanspruch der deutschen Gebildeten brach jedoch nach 1918 nicht zusammen, sondern fand zwei Wege der Artikulation: entweder als Nein zur Demokratie oder als Ja zur Führerdemokratie. Hitler, der »Führer«, schien schließlich als das letzte Bollwerk gegenüber den nivellierenden Tendenzen des Massenzeitalters und als ein Ausweg, den eigenen Sendungsanspruch wenigstens in der Projektion weiterträumen zu können. Die tatsächliche Voraussetzung zur Realisierung des bürgerlichen Führungsanspruches, die bürgerliche Revolution, war jedoch in Deutschland ausgeblieben und konnte im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter der Massenbewegungen, nicht mehr nachgeholt werden. Die mittelständische Angst vor der organisierten Arbeiterklasse schlug in den Wunsch nach dem Geführt-Werden um. Gustav Radbruch, der sozialdemokratische Außenseiter des »Weimarer Kreises«, formulierte den Tatbestand bereits auf der ersten Tagung des »Kreises« 1926: Die deutschen Professoren seien immer mit den »Gesten der Führerschaft« aufgetreten, in Wirklichkeit aber »vielfach Geführte, wo nicht Angeführte des Zeitgeistes gewesen« (S. 197).

Dörings Studie illustriert so in hervorragender Weise die im deutschen Bildungsbürgertum des Zweiten Kaiserreiches und der Ersten Republik vorherrschende Ideologie einer Überwindung des Klassenkampfes aus dem Geiste der bürgerlichen Utopie (»Einheit und Gemeinsamkeit«).

Die »strikte Distanz von Wissenschaft und Tagespolitik« war nach Döring das vorherrschende Verständnis der elitären politischen Führungsrolle der Mitglieder des »Weimarer Kreises« (Döring S. 195). Die Selbstinterpretation als »verfassungstreue« und »demokra-

2 Einleitung von Klaus Vondung zu: ders., Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen 1976.

3 Ders., Deutsche Apokalypse 1914, ebda., S. 153–171, 198–200.

tische« Hochschullehrer bedeutete also nicht die Abstinenz von politischen Äußerungen – ganz im Gegenteil –, aber diese Rolle beruhte auf der Distanz von jeder offenen Interessen-, Tages- und Parteipolitik und damit vom Alltag des demokratischen Prozesses überhaupt. Welch ein erfrischender Gegensatz, wenn *Hans Bohrmann* seine publizistikwissenschaftliche Arbeit mit den Sätzen beginnt: »Hochschulen dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keine aristokratischen Enklaven sein, in der Wissenschaft als Forschung, Lehre und Studium in ›Einsamkeit und Freiheit‹ (Schelsky) betrieben wird. Darin steckt die These, daß Demokratie nicht nur bei der staatlichen Organisation, sondern auch in den Teilbereichen der Gesellschaft Teilhabe beinhaltet« (S. 11). Damit tritt die Sphäre der »Öffentlichkeit« ins Blickfeld, und die von Bohrmann untersuchten Studentenzeitschriften werden zu Kommunikationsmitteln der Studentenschaft untereinander wie mit der weiteren politischen Öffentlichkeit. Der Verfasser will diese sich wandelnden Kommunikationsstrukturen vom Ursprung der deutschen Studentenzeitschriften in einer sich erst bildenden bürgerlichen Öffentlichkeit bis zur Studentenrevolte der 60er Jahre untersuchen.

Allerdings vermag Bohrmann die beim Sozialgeschichtler durch diesen Ansatz geweckten Erwartungen nicht zu erfüllen. Der Strukturwandel der studentischen Öffentlichkeit ab 1800 wird hinter den vielen vorgebrachten Details und Statistiken nicht sichtbar, eine neue oder ergänzende Sichtweise der Geschichte der deutschen Hochschule und Studentenschaft im 19./20. Jahrhundert aus dem Blickwinkel der Studentenpresse nicht geboten. Einzelne Kapitel sind dagegen für den Historiker von Interesse, so der Abschnitt über die politische Steuerung der Studentenpresse in Hitler-Deutschland. Als durchgängiges und pressegeschichtlich beleuchtetes Thema der Arbeit erscheint die Geschichte des Korporationswesens von seinen Anfängen über die nationalsozialistische Entscheidung gegen die Korporationsverbände bis zu ihrem schließlichen Wiederaufleben im Nachkriegs-Westdeutschland (»Restaurations-Periode«); bei diesem Gegenstand wird auch das emotionale Engagement des Verfassers spürbar:

»Der gesellschaftliche Regressionsprozeß [nach 1945] ist deutlich an der Entwicklung der Studentenzeitschriften ablesbar. Zu den Publikationen der Hochschulen und der studentischen Selbstverwaltung sowie der freien Studentengruppen treten seit 1950 die Blätter der Korporationen, die an die Tradition ihrer Presse vor dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen. Sie bilden einen geschlossenen Block, dem bei knapp einem Drittel der insgesamt erscheinenden Titel gut 33 % der Gesamtauflage zufallen [...]. Demgegenüber behaupten die Zeitschriften der studentischen Selbstverwaltung mit einem Anteil von gut einem Drittel der insgesamt erscheinenden Titel nur ein knappes Drittel der Gesamtauflage [...]. Die hohe Mitgliederzahl der Korporationsverbände (Aktive und Altakademiker) bedingt die hohen Auflagen; die dagegen geringen Auflagezahlen der Zeitschriften der studentischen Selbstverwaltung bleiben erfahrungsgemäß unter der Anzahl der jeweils an einer Hochschule [...] immatrikulierten Studenten. Daneben steht eine Gruppe relativ heterogener publizistischer Erscheinungen, die unter der Bezeichnung ›Freie Studentenzeitschriften‹ zusammengefaßt werden können« (S. 130 f.).

Trotzdem gibt der Verfasser an, daß die Zeitschriften der Korporationen sowohl hinsichtlich der Zahl der Titel wie der Gesamtauflage im Vergleich zur Ersten Republik zurückgegangen seien. Lediglich der Anstieg der Studentenzahlen insgesamt habe einen absoluten Rückgang der Verbindungsangehörigen in der BRD verhindert – im Vergleich sei ihr relativer Anteil an der Gesamtstudentenschaft von zwei Dritteln in der Ersten Republik auf ein Drittel in der BRD gesunken. Ihre Zeitschriften fänden fast ausschließlich unter ihren Mitgliedern Verbreitung: »Während die Publikationen der AStA und vor allem die ›freien Studentenzeitschriften‹ in die Öffentlichkeit hineinwirken, wie es sich exemplarisch bei der Bewegung ›Kampf dem Atomtod‹ (1958/59) zeigte, als die Zeit-

schrift ›konkret‹ der Wortführer einer studentischen Opposition wurde, sind die Zeitschriften der Korporationen der Öffentlichkeit fast völlig unbekannt. Diese Reduktion auf das bloße Verbandsorgan bewirkt zweifellos eine beschränkte Verbreitung korporativer Gedanken und trägt zugleich zu einer gewissen Abkapselung gegenüber anderen geistigen Strömungen innerhalb der Studentenschaft bei« (S. 140). Der Verfasser sieht hier das Problem, daß die Korporationen auf Grund ihrer Randstellung in der öffentlichen Debatte gegenüber hochschulpolitischen Problemstellungen nicht offen und zur Kooperation mit anderen studentischen Vereinigungen nicht bereit waren.

Einen besonderen Aspekt der »Restaurationsperiode« zeigt der sehr interessante Abschnitt über Vertriebsverbote gegen studentische Presseorgane in den frühen 60er Jahren, welcher für Bohrmann nach Aussage der dem Buch vorangestellten ›Danksagung‹ den Ausgangspunkt für seine Untersuchung bot: »Die Restauration der Universitäten einschließlich der Studentenkorporationen und der Altherrenschaften war, wenn von der FU Berlin und einigen wenigen Großstadtuniversitäten abgesehen wird, auf den Konsens mit der Mehrheit der Studenten gebaut« (S. 152). Dieser Konsens wurde erst mit dem Wiederaufleben neonazistischer Strömungen (»Bund nationaler Studenten«) und der radikal-sozialistischen Bewegung ›Kampf dem Atomtod‹ und ihren universitären Organen erschüttert und mündete direkt in den Streit um das Vertriebsverbot von Studentenzeitungen (gemeint war insbesondere ›konkret‹) auf Universitätsgelände (Hausrecht!) als Unterlaufen der grundgesetzlich garantierten Informationsfreiheit in den Jahren 1960/1961. Dazu kamen Strafanzeigen wegen Gotteslästerung. Bohrmann: »Die Konflikte um ›konkret‹ und um die Gotteslästerung zeigen äußerlich die Resonanz der Studentenpresse deutlich an, inhaltlich signalisieren sie das Ende des politischen Konsensus in der Bundesrepublik auf einem Nebenschauplatz. Schon in der Ära Adenauer werden [so] die gesellschaftlichen Positionen sichtbar, die später in der Großen Koalition (1966–1969) die Studentenrevolte trugen« (S. 160).

Bohrmanns Schlußkapitel beschäftigt sich mit dieser Studentenrevolte. Hier wird er am ehesten seiner selbstgestellten Aufgabe gerecht, Formen von »Öffentlichkeit« zu untersuchen. Er zeigt, wie die Studentenrevolte vergeblich Anschluß an SPD (1960 und 1973 trennte sich diese von ihren studentischen Nachwuchsorganisationen!) und Gewerkschaften suchte; doch »die Fremdheit der beiden Sphären konnte nicht überbrückt werden« (S. 172). So konstituierte sich die Studentenbewegung in der »politischen Isolation«, im »Ghetto« (S. 172), um von hier aus als APO auf die Öffentlichkeit einzuwirken und Gegen-Öffentlichkeit darzustellen. Waren vor der Studentenrevolte Studentenzeitungen das wichtigste publizistische Kommunikationsmittel der Studentenschaft gewesen, so wurde diese jetzt durch die im Offset-Druck oder mit stark verbilligten Vervielfältigungstechniken hergestellten Flugblätter, Plakate und Wandzeitungen (neben allen Formen mündlicher Mitteilung und Beeinflussung) auf den zweiten Platz zurückgedrängt, schon weil die alten periodisch erscheinenden Organe für die neue Form studentischen Aktionismus ungeeignet waren. Dies wirkte sich auch auf den Kommunikationsstil gegenüber der weiteren Öffentlichkeit aus: »Weil ein Hauptinteresse an der Politisierung und Organisation von studentischem Protest vorhanden war, wurde die Öffentlichkeit nur bei Demonstrationen oder bei planmäßig ausgedehnten Aktivitäten Ziel publizistischer Strategien: Auch hier wurden neben der mündlichen Agitation vor allem Flugblätter und Broschüren verwendet« (S. 179 f.). Dabei zeigten die neuen technischen Möglichkeiten auch neue Wege des Kontakts zur Bevölkerung: So die 1968 täglich an den Berliner Kiosken verteilten Analysen von Bild-Zeitungs-Artikeln in Flugblattform. Die »konsequente soziale Verbreiterung« als »wirksames Vehikel für die Herstellung anderer Öffentlichkeit« (S. 173) scheiterte jedoch. Die bürgerliche Revolution fand auch im Gewande des Neomarxismus nicht statt – der alte bildungsbürgerliche Führungsanspruch versackte in

einer bloßen Studentenrevolte. Diese freilich stand mit ihrer Forderung nach partizipatorischer Demokratie, mit ihren neuen Demonstrations- und Aktionsformen und auch mit ihren neuen publizistischen Möglichkeiten ganz auf dem Boden der modernen Massendemokratie und mußte deshalb gerade bei denjenigen Hochschullehrern, welche das »Demokratie«-Verständnis des »Weimarer Kreises« tradierten, auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Über diese größeren Zusammenhänge hätte man bei Bohrmann gerne mehr erfahren.

Dafür eignet sich das Buch in ausgezeichnete Weise als Nachschlagewerk, und darin wird man auch seinen bleibenden Wert suchen dürfen: Der Verfasser legt eine umfangreiche Bibliographie zur deutschen Studentengeschichte (53 S.) einschließlich einer »Vorbemerkung zur Quellenlage und bibliographischen Erschließung für studentengeschichtliche Untersuchungen« vor, dann eine Vollständigkeit erstrebende Bibliographie über die deutsche Studentenpresse (22 S.) und schließlich eine Bibliographie der deutschen Studentenzeitschriften in den Westzonen und in der BRD seit 1945 (32 S.), welche die bisherigen Bibliographien der deutschen Studentenzeitschriften (Ewald Horn und Hardy E. Zimmermann) zur Gegenwart hin ergänzt und neben den üblichen Angaben auch Hinweise auf Auflagenhöhen enthält (leider keine Standortangaben).

Ulrich Linse

Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel, Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936: Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Quellen (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 11 und 12), Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Köln/Berlin 1974, 336 und 441 S., Ln., zus. 98 DM.

Im Zentrum dieser Dokumentation, der ersten aus einer umfassender geplanten Serie, die sich der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in den preußischen Ostprovinzen widmen will, steht eine Auswahl von monatlichen Lageberichten, die die Staatspolizeistellen in Stettin und Köslin, der Stettiner Regierungspräsident, Graf Bismarck-Schönhausen, sowie der Oberpräsident und Gauleiter Schwede-Coburg weisungsgemäß ihren Dienstaufsichtsbehörden in Berlin, dem Gestapa bzw. dem Innenministerium, abgestattet haben. Um diesen Quellenkern gruppiert sich ein quantitativ in etwa gleich starker Fundus an Sachakten, die institutionelle Aspekte berühren, Veränderungen im Berichtswesen seit der »Machtergreifung« verzeichnen und die wichtigsten der von den Berichterstattern mitgeteilten Vorgänge noch einmal aufgreifen, durch Hintergrundinformationen anreichern und dadurch in ein schärferes Licht tauchen. Dazu wird in einem gesonderten Band der Versuch einer Auswertung vorgenommen, der freilich einer gründlichen regionalgeschichtlichen Analyse, an der es gerade für das ostelbische Deutschland vielfach mangelt, noch genügend Raum läßt. In die Darstellung sind immer wieder Zitate aus Materialien unterschiedlichster Provenienz eingeflochten, besonders ausführlich aus Erinnerungen und nach 1945 eingeholten Zeugenaussagen, aber auch aus Dissertationen und der zeitgenössischen Publizistik, letztere überwiegend in den Abschnitten zur ökonomischen Entwicklung der Provinz, wo sie eigene Erläuterungen der Bearbeiter fast völlig ersetzen. Dieses Verfahren, so sehr es die Anschaulichkeit erhöhen mag, ist nicht ganz unproblematisch, vor allem dann, wenn es sich mit nur punktuellen, unzulänglich miteinander verknüpften Eindrücken begnügt, so in der Skizze zur Situation der ländlichen Arbeiterschaft (Bd. 1, S. 216 ff.), die aus drei nur bedingt vergleichbaren Texten besteht, von denen der eine, ein Artikel aus dem »Wochenblatt der Landesbauernschaft«, überdies in recht krasser Form den Standpunkt der Agrarunternehmer referiert und – gestützt auf dubiose, im einzelnen nicht nachprüfbare Lohnberechnungen – die

einer bloßen Studentenrevolte. Diese freilich stand mit ihrer Forderung nach partizipatorischer Demokratie, mit ihren neuen Demonstrations- und Aktionsformen und auch mit ihren neuen publizistischen Möglichkeiten ganz auf dem Boden der modernen Massendemokratie und mußte deshalb gerade bei denjenigen Hochschullehrern, welche das »Demokratie«-Verständnis des »Weimarer Kreises« tradierten, auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Über diese größeren Zusammenhänge hätte man bei Bohrmann gerne mehr erfahren.

Dafür eignet sich das Buch in ausgezeichnete Weise als Nachschlagewerk, und darin wird man auch seinen bleibenden Wert suchen dürfen: Der Verfasser legt eine umfangreiche Bibliographie zur deutschen Studentengeschichte (53 S.) einschließlich einer »Vorbemerkung zur Quellenlage und bibliographischen Erschließung für studentengeschichtliche Untersuchungen« vor, dann eine Vollständigkeit erstrebende Bibliographie über die deutsche Studentenpresse (22 S.) und schließlich eine Bibliographie der deutschen Studentenzeitschriften in den Westzonen und in der BRD seit 1945 (32 S.), welche die bisherigen Bibliographien der deutschen Studentenzeitschriften (Ewald Horn und Hardy E. Zimmermann) zur Gegenwart hin ergänzt und neben den üblichen Angaben auch Hinweise auf Auflagenhöhen enthält (leider keine Standortangaben).

Ulrich Linse

Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel, Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936: Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Quellen (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 11 und 12), Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Köln/Berlin 1974, 336 und 441 S., Ln., zus. 98 DM.

Im Zentrum dieser Dokumentation, der ersten aus einer umfassender geplanten Serie, die sich der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in den preußischen Ostprovinzen widmen will, steht eine Auswahl von monatlichen Lageberichten, die die Staatspolizeistellen in Stettin und Köslin, der Stettiner Regierungspräsident, Graf Bismarck-Schönhausen, sowie der Oberpräsident und Gauleiter Schwede-Coburg weisungsgemäß ihren Dienstaufsichtsbehörden in Berlin, dem Gestapa bzw. dem Innenministerium, abgestattet haben. Um diesen Quellenkern gruppiert sich ein quantitativ in etwa gleich starker Fundus an Sachakten, die institutionelle Aspekte berühren, Veränderungen im Berichtswesen seit der »Machtergreifung« verzeichnen und die wichtigsten der von den Berichterstattern mitgeteilten Vorgänge noch einmal aufgreifen, durch Hintergrundinformationen anreichern und dadurch in ein schärferes Licht tauchen. Dazu wird in einem gesonderten Band der Versuch einer Auswertung vorgenommen, der freilich einer gründlichen regionalgeschichtlichen Analyse, an der es gerade für das ostelbische Deutschland vielfach mangelt, noch genügend Raum läßt. In die Darstellung sind immer wieder Zitate aus Materialien unterschiedlichster Provenienz eingeflochten, besonders ausführlich aus Erinnerungen und nach 1945 eingeholten Zeugenaussagen, aber auch aus Dissertationen und der zeitgenössischen Publizistik, letztere überwiegend in den Abschnitten zur ökonomischen Entwicklung der Provinz, wo sie eigene Erläuterungen der Bearbeiter fast völlig ersetzen. Dieses Verfahren, so sehr es die Anschaulichkeit erhöhen mag, ist nicht ganz unproblematisch, vor allem dann, wenn es sich mit nur punktuellen, unzulänglich miteinander verknüpften Eindrücken begnügt, so in der Skizze zur Situation der ländlichen Arbeiterschaft (Bd. 1, S. 216 ff.), die aus drei nur bedingt vergleichbaren Texten besteht, von denen der eine, ein Artikel aus dem »Wochenblatt der Landesbauernschaft«, überdies in recht krasser Form den Standpunkt der Agrarunternehmer referiert und – gestützt auf dubiose, im einzelnen nicht nachprüfbare Lohnberechnungen – die

Vorzüge der Land- gegenüber der Stadtarbeit preist. Eine intensivere Kommentierung wäre hier, aber nicht nur hier, durchaus am Platz gewesen.

Die abgedruckten Aktenstücke umgreifen im wesentlichen eine Zeitspanne von knapp anderthalb Jahren, setzen im Juli 1934 an einer entscheidenden Zäsur, der Entmachtung der SA, ein und enden etwas abrupt im Dezember 1935. Sie registrieren die Wellenbewegungen nach den blutigen Aktionen gegen Röhm und seine engeren Gesinnungsgenossen, beobachten die allmähliche Erholung des Wirtschaftslebens und vermitteln ein insgesamt eindrucksvolles Bild von der stufenweisen Konsolidierung des Regimes auf provinzieller Ebene, in deren Verlauf die schlimmsten Auswüchse jenes Prozesses der »Mobilmachung der Gewalt« (Sauer) aus den Monaten der »nationalen Revolution« gekappt wurden und der unberechenbare, »individuelle« Terror von SA- und SS-Formationen in bürokratisierte, vermutlich auch für das Rechtsempfinden der Öffentlichkeit erträglichere Kanäle umgelenkt wurde. In Pommern fand dies seinen Ausdruck in einem umfänglichen Reviement in den Hierarchien der Partei und den ihr angeschlossenen Gliederungen, der an prominentester Stelle der Gauleiter Karpenstein zum Opfer fiel, ferner in der Auflösung des »wilden«, von Angehörigen der SS auf dem Gelände der stillgelegten Vulkan-Werft in Stettin eingerichteten Schutzhaftlagers Bredow und der gerichtlichen Ahndung der dort an den willkürlich eingewiesenen Insassen verübten Exzesse. Denunziantentum, politische Drangsalierung und rassistische Diskriminierung blieben gleichwohl an der Tagesordnung, nun jedoch weniger eruptiv »von unten« aufbrechend als »von oben« manipuliert und im Sinne akklamativer Legitimation planvoll genutzt. Überwachung und Verfolgung richteten sich nicht nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch – wengleich in abgeschwächter Form – gegen konservative Mit- und Gegenspieler, namentlich in der protestantischen Kirche und im Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm), dessen Anspruch auf soziale Exklusivität in den Berichten mehrfach scharf gerügt wird.

Pommern mit Walter Görnitz als einen »Hort reaktionärer Verschwörung«, als eine »deutsche Vendée« zu beschreiben (zit. Bd. 1, S. 73), wäre, wie die Herausgeber zu Recht relativieren, sicherlich verfehlt. Das Mißtrauen aber, mit dem die NSDAP vielen der profilierten Repräsentanten des grundsässigen Adels begegnete, verdient größte Beachtung, und es wäre ohne Zweifel eine lohnende Aufgabe, dem Umfang und den konkreten Dimensionen des Machtverlustes nachzuspüren, den die traditionellen Eliten in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung der Provinz hatten hinnehmen müssen. Die hier angezeigte Quellensammlung, der sich hoffentlich bald die angekündigten Folgebände hinzugesellen, hätte ihren Zweck erfüllt, wenn sie Anstöße zu solchen und anderen weiterführenden Untersuchungen liefern würde.

Jens Flemming

Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (= Veröffentlichungen des Historischen Institutes der Universität Salzburg XIII), Geyer Edition, Wien/Salzburg 1975, IV, 200 S., kart., 36 DM.

Gerhard Botz, Assistent an der Universität Linz, hat in den letzten Jahren mehrere wissenschaftliche Publikationen über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus verfaßt. Die vorliegende Studie behandelt ein nicht unwesentliches Moment der grausamen Judenverfolgungen in Wien.

Die tristen Wohnverhältnisse der Mehrzahl der Wiener – Überbelegung kleiner Wohnungen, Mangel an sanitären Einrichtungen, Untermietprobleme usw. – waren eine Folge des raschen Wachstums der Stadt am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Spekulation

Vorzüge der Land- gegenüber der Stadtarbeit preist. Eine intensivere Kommentierung wäre hier, aber nicht nur hier, durchaus am Platz gewesen.

Die abgedruckten Aktenstücke umgreifen im wesentlichen eine Zeitspanne von knapp anderthalb Jahren, setzen im Juli 1934 an einer entscheidenden Zäsur, der Entmachtung der SA, ein und enden etwas abrupt im Dezember 1935. Sie registrieren die Wellenbewegungen nach den blutigen Aktionen gegen Röhm und seine engeren Gesinnungsgenossen, beobachten die allmähliche Erholung des Wirtschaftslebens und vermitteln ein insgesamt eindrucksvolles Bild von der stufenweisen Konsolidierung des Regimes auf provinzieller Ebene, in deren Verlauf die schlimmsten Auswüchse jenes Prozesses der »Mobilmachung der Gewalt« (Sauer) aus den Monaten der »nationalen Revolution« gekappt wurden und der unberechenbare, »individuelle« Terror von SA- und SS-Formationen in bürokratisierte, vermutlich auch für das Rechtsempfinden der Öffentlichkeit erträglichere Kanäle umgelenkt wurde. In Pommern fand dies seinen Ausdruck in einem umfänglichen Reviement in den Hierarchien der Partei und den ihr angeschlossenen Gliederungen, der an prominentester Stelle der Gauleiter Karpenstein zum Opfer fiel, ferner in der Auflösung des »wilden«, von Angehörigen der SS auf dem Gelände der stillgelegten Vulkan-Werft in Stettin eingerichteten Schutzhaftlagers Bredow und der gerichtlichen Ahndung der dort an den willkürlich eingewiesenen Insassen verübten Exzesse. Denunziantentum, politische Drangsalierung und rassistische Diskriminierung blieben gleichwohl an der Tagesordnung, nun jedoch weniger eruptiv »von unten« aufbrechend als »von oben« manipuliert und im Sinne akklamativer Legitimation planvoll genutzt. Überwachung und Verfolgung richteten sich nicht nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch – wengleich in abgeschwächter Form – gegen konservative Mit- und Gegenspieler, namentlich in der protestantischen Kirche und im Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm), dessen Anspruch auf soziale Exklusivität in den Berichten mehrfach scharf gerügt wird.

Pommern mit Walter Görnitz als einen »Hort reaktionärer Verschwörung«, als eine »deutsche Vendée« zu beschreiben (zit. Bd. 1, S. 73), wäre, wie die Herausgeber zu Recht relativieren, sicherlich verfehlt. Das Mißtrauen aber, mit dem die NSDAP vielen der profilierten Repräsentanten des grundsässigen Adels begegnete, verdient größte Beachtung, und es wäre ohne Zweifel eine lohnende Aufgabe, dem Umfang und den konkreten Dimensionen des Machtverlustes nachzuspüren, den die traditionellen Eliten in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung der Provinz hatten hinnehmen müssen. Die hier angezeigte Quellensammlung, der sich hoffentlich bald die angekündigten Folgebände hinzugesellen, hätte ihren Zweck erfüllt, wenn sie Anstöße zu solchen und anderen weiterführenden Untersuchungen liefern würde.

Jens Flemming

Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (= Veröffentlichungen des Historischen Institutes der Universität Salzburg XIII), Geyer Edition, Wien/Salzburg 1975, IV, 200 S., kart., 36 DM.

Gerhard Botz, Assistent an der Universität Linz, hat in den letzten Jahren mehrere wissenschaftliche Publikationen über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus verfaßt. Die vorliegende Studie behandelt ein nicht unwesentliches Moment der grausamen Judenverfolgungen in Wien.

Die tristen Wohnverhältnisse der Mehrzahl der Wiener – Überbelegung kleiner Wohnungen, Mangel an sanitären Einrichtungen, Untermietprobleme usw. – waren eine Folge des raschen Wachstums der Stadt am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Spekulation

und Profitsucht ließen tausende Mietkasernen entstehen, die, im Laufe der Jahre immer mehr vernachlässigt, zu Slums wurden.

Der soziale Wohnungsbau der ersten Republik zeigte zwar den möglichen Ausweg, aber die Zeit von ungefähr zehn Jahren war trotz großer Leistungen zu kurz. In den Jahren 1934–1938 wurde nur sehr wenig gebaut, und die Nationalsozialisten, die in ihrer grenzenlosen Demagogie auch eine rasche Lösung der Wohnungsnot versprochen hatten, sahen sich mit einer schwierigen Frage konfrontiert.

Die Verfolgung der Juden, Emigration, Verhaftungen, Verschickungen bis zur sogenannten Endlösung waren für die Machthaber ein willkommenes Mittel, zu »freien Wohnungen« zu kommen. G. Botz hat alle diesbezüglichen Akten des »Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs«, die Unterlagen im Magistrat der Stadt Wien, die vorhandenen Materialien einzelner maßgeblicher nationalsozialistischer Funktionäre wie Globocnik, Scharitzer, Tavs u. a. für diese Arbeit verwertet.

Es ist Botz gelungen, eine fast lückenlose Dokumentation der Wohnungsproblematik zu erstellen. Bis Dezember 1938 hatten schon 44 000 »Judenwohnungen« in Wien ihre Besitzer gewechselt. Im Jahre 1939 wurden »offiziell« vom Wohnungsamt der Stadt Wien ungefähr 8000 jüdische Wohnungen »arisiert«, während die »wildes Arisierung« auf fast 50 000 geschätzt werden. Obwohl eine verhältnismäßig große Zahl von Wiener Familien an der brutalen Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen sowie an der widerrechtlichen Inbesitznahme von Möbeln und Hausrat beteiligt war, konnte auch damit das Wohnungsproblem nicht gelöst werden.

Im Anhang finden wir viele erstmals veröffentlichte Dokumente, die außerordentlich interessant sind. An die Kanzlei des Führers ergingen 1939 mehr als 700 Gesuche von Wienern, die hofften, auf diesem Weg zu einer Wohnung zu kommen. Der Bedarf wird mit 150 000 Wohnungen geschätzt! Gauleiter Bürkel plante den Bau von 9000 Wohnungen – aber auch dazu kam es nicht. Bürkel schlug dem Führer daher schon im Juli 1939 die komplette Aussiedlung der Wiener Juden in »eine Barackenstadt« vor, »indem die entsprechenden Wohnungseinheiten durch Auszug der jüdischen Familien für die Volksgenossen in der Stadt frei werden«. Im Oktober 1939 legte die Hauptverwaltung Bauwesen der Stadtverwaltung einen Plan für die Errichtung eines jüdischen Barackenlagers bei Gänserndorf vor. Die Ausführung der Baracken wurde »möglichst einfach, doch solide« geplant, es wurde mit einer Benützungsdauer von »zehn Jahren« gerechnet. Für dreiköpfige Familien wurde mit 11 m<sup>2</sup>, für vierköpfige mit 15 m<sup>2</sup> und für sechsköpfige mit 19 m<sup>2</sup> Wohnfläche gerechnet. Die Grunderwerbs-, Erschließungs- und Baukosten wurden mit 599 RM pro Kopf präliminiert. Es ist jedoch nicht zur Ausführung dieses Aussiedlungsplanes gekommen, da man später errechnete, daß die »Endlösung« doch billiger sei. Am 3. 12. 1940 wurde Gauleiter Schirach von der Reichskanzlei mitgeteilt, »daß die in dem Reichsgau Wien noch wohnhaften 60 000 Juden beschleunigt, also noch während des Krieges, wegen der in Wien herrschenden Wohnungsnot ins Generalgouvernement abgeschoben werden sollen«.

Es ging den Nazis aber nicht nur um die Vernichtung der Juden, wie der Brief von Reichsleiter Bormann an Schirach vom 2. 11. 1941 zeigt. »Zunächst seien baldigst in Verbindung mit Reichsführer SS Himmler alle Juden abzuschicken, anschließend alle Tschechen und sonstigen Fremdvölkischen, die eine einheitliche politische Ausrichtung und Meinungsbildung der Wiener Bevölkerung ungemein erschweren.«

Das Buch gehört zu den interessantesten Werken zu dieser Thematik, die in den letzten Jahren erschienen sind.

Herbert Steiner

Helmut Stellrecht, Adolf Hitler – Heil und Unheil. Die verlorene Revolution, Grabert-Verlag, Tübingen 1974, 333 S., Ln., 26,80 DM.

Am Rande der kritischen zeitgeschichtlichen Literatur zum Nationalsozialismus, die in den vergangenen Jahren – auch international – einen erstaunlichen Umfang angenommen hat, haben sich nicht nur populäre und marktorientierte, sondern auch obskure und gefährliche Schriften angesiedelt, die bei uns zwar nicht ernstgenommen, in der DDR jedoch um so aufmerksamer registriert werden (dazu M. Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei, Berlin-DDR 1975). Diese Schriften erscheinen in bestimmten Verlagen, zu denen u. a. Schönborn, Orion-Heimreiter und Grabert in Tübingen gehören. (Der ehemalige nationalsozialistische Dozent Grabert verwaltet auch das nur begrenzt zugängliche »Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte«.) Da die extrem rechts orientierten Publikationen nach dem Bericht des Verfassungsschutzes 1975 den bisherigen Höchststand erreicht haben, erscheint es geboten, keine Zurückhaltung gegenüber unseriösen Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus zu üben und an einem signifikanten Beispiel die akute Gefährdung zu verdeutlichen.

Der Verfasser stellt sich nicht vor, läßt aber gelegentlich durchblicken, daß er sich um den Aufbau des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes und um die Schulung der Hitler-Jugend verdient gemacht hat. Als HJ-Obergebietsführer hat er den Wehrsport organisiert und theoretisch begründet (H. Stellrecht, Soldatentum und Jugendertüchtigung, Berlin 1935). Seine Gedanken zur »Neuen Erziehung«, in hoher Druckauflage im damaligen »Reichsmusterbetrieb« Wilhelm Limpert erschienen, propagieren eine Ertüchtigung, die darauf abzielt, »einer Rasse ihre Höchstform zu geben, damit sie die großen, ihr von der Vorsehung gestellten Aufgaben erfüllen kann«. Weniger bekannt sind folgende Daten: Ab 1941 war Stellrecht Stabsleiter Alfred Rosenbergs und Leiter des Schulungsamtes im Rang eines SS-Brigadeführers. Während des Krieges organisierte er für die NSDAP »Gauschulungstage«, denen er bestimmte »Reichsthemen« zuordnete. Das Schulungsthema für 1943/44 lautete bezeichnenderweise: »Der Jude als Weltparasit« (R. Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Stuttgart 1970, S. 135). Im Mai 1945 wurde Stellrecht von der Regierung Dönitz dazu berufen, Denkschriften über die Zukunft Deutschlands zu verfassen. Welches sind nun die heutigen Grundgedanken dieses einstmals prominenten Nationalsozialisten?

Indem Stellrecht der gegenwärtigen Geschichtsschreibung, die er für tendenziös erklärt, sein angeblich authentisches Wissen konfrontiert, beschreibt er Hitler als den Exponenten einer deutschen Volksbewegung, die nach dem »Willen der Geschichte« (S. 8) die einstige Macht und Größe des Reiches wiederherzustellen gestrebt habe.

Geschichte ist für Stellrecht nicht das Ergebnis der Auseinandersetzung konkreter politischer Mächte, sondern ein von der »Vorsehung« gelenkter Prozeß. Diesem irrationalen Phantom entspricht der vage Begriff der »Zuständigkeit«: Nach dem geheimen göttlichen Telos sei ein starkes Reich der europäischen Mitte »das von der Geschichte her Zustehende« (S. 15). Auftrag dieses Reiches sei Schutz und Schirm des Abendlandes vor dem anbrandenden Bolschewismus. Nachdem der »Dolchstoß« in den Rücken der siegreichen Heere des 1. Weltkriegs diese Mission erschüttert habe, habe sich die größte deutsche Volksbewegung seit der Reformation erhoben, um nach dem aufgegebenen »Formgesetz« Deutschland völkisch-soldatisch zu prägen. Damit sei eines »der begabtesten Völker der Geschichte« (S. 11) zu seiner europäischen Sendung herangereift. Sein aktivster Stoßtrupp sei die NSDAP gewesen, die in der »unblutigsten und diszipliniertesten Revolution« aller Zeiten (S. 22) die drohende Überflutung durch den Kommunismus gebannt habe. Hitler hätte den göttlichen Auftrag auch erfüllt, wenn man ihm nicht den 2. Weltkrieg »aufgezwungen« hätte, wenn er nicht an den »eigentlichen« Kriegsverbrechern gescheitert wäre: am internationalen Judentum, an Churchill und Roosevelt. Stellrecht will den Ausgang

der Katastrophe nicht gelten lassen; er vertraut weiterhin auf eine mythische Finalität der Geschichte, die sich trotz aller Rückschläge in Jahrtausenden erfüllen werde.

Um die schwerste historische Belastung des Nationalsozialismus auszuräumen, befaßt Stellrecht sich ausführlich mit dem Antisemitismus. Er wirbt im Stil der Rechtfertigungsliteratur um Verständnis und wiederholt die bekannten Beschuldigungen, wie man sie bei Hitler und Rosenberg nachlesen kann: Der Jude gilt ihm immer noch als der Zerstörer der germanisch-deutschen Wertbegriffe, als steril-unproduktiver Parasit: »Er ist Raffer, nicht Schaffer« (S. 245). Als Urheber des Marxismus und Bolschewismus habe das internationale Judentum die Vernichtung des deutschen Volkes geplant. Dennoch habe es sich bei der Inbesitznahme seiner neuen Heimat den verhaßten völkisch-soldatischen Geist selbst zu eigen gemacht: »Das jüdische Volk in Palästina ist am Deutschen gesundet« (S. 255).

Sogar die untilgbare Mordschuld der systematischen Judenvernichtung weiß Stellrecht zu relativieren. Trotz aller Bagatellisierungsversuche kann er jedoch nicht leugnen, daß es außer den Konzentrationslagern, deren Einrichtung er verteidigt, auch Todeslager gegeben hat. Die Tötung von Millionen von Juden wird nicht gerechtfertigt, aber als notwendige »Kriegsmaßnahme« (S. 263) begründet. Stellrecht äußert sogar den Verdacht, daß »zwischen jüdischen Stellen und nationalsozialistischen Stellen von vornherein eine Absprache bestand, diese ganz fürchterlichen Aktionen zu veranstalten« (S. 273). Er vermutet sogar, daß Himmler jüdische Komplizen hatte, denen sein Selbstmord am 23. Mai 1945 sehr gelegen kam.

Hier muß der Rezensent das Referat unterbrechen, um die Frage aufzuwerfen, ob die Verbreitung solcher Druckerzeugnisse noch toleriert werden kann, ob damit nicht die gesetzlich fixierte Grenze der freien Meinungsäußerung überschritten worden ist.

Rekapitulieren wir nun die charakteristischen Züge von Stellrechts Hitler-Bild. Der Autor verbucht es als wesentlichen Vorzug, im Gegensatz zu den meisten Autoritäten der NS-Forschung von einer intimen persönlichen Kenntnis Hitlers auszugehen. Seit Beginn der zwanziger Jahre hat er Hitler »unzählige Male gesehen und gehört« (S. 9), zuletzt bei der täglichen Tischrunde im Führerhauptquartier und bei der Verteidigung Berlins. So meint er dazu befähigt und berufen zu sein, aus der Distanz von 30 Jahren ein authentisches Hitler-Bild zu zeichnen. Diese Meinung trägt. Jede Zeile des Buches läßt erkennen, daß es nicht aus kritischer Distanz, sondern aus dem Ethos ungebrochener Gefolgschaftstreue entstanden ist. Aus der Perspektive der Gläubigkeit ergibt sich ein mythisch gefärbtes Persönlichkeitsbild.

Nach Stellrecht verfügte Hitler über ein profundes, vielseitiges Wissen, über außerordentliche historische, militärische, technische, architektonische und biologische Kenntnisse. Er habe sich ein geschlossenes Weltbild geschaffen, das er schöpferisch auf die Massen zu übertragen verstanden habe. Als genialer Redner habe er sich zum Sprachrohr der gewaltigen völkischen Bewegung gemacht. Sein Ideal der rassischen Gesundheit und Kraft – so Stellrecht – verband sich mit einem ausgeprägten ästhetischen Bewußtsein und einem lebendigen religiösen Gefühl. Hitlers künstlerisches Ingenium habe Berlin und München ein neues Gesicht, seine politische und militärische Gestaltungskraft der deutschen Geschichte ein neues Profil gegeben. Die Machtergreifung war für den Autor ein elementares Ereignis, in dem sich Gott wieder seinem deutschen Volke zugewandt habe.

Stellrecht läßt es nicht dabei bewenden, Hitler als den Retter der Nation darzustellen; er feiert ihn als »Heilsträger, als Heiland und Erlöser« (S. 96). Er wagt es sogar, ihn als indogermanischen Heilsträger mit dem »Semiten« Jesus Christus zu vergleichen, in ihm den »von der Vorsehung gesandten Heilsträger zur Wiederaufrichtung des Reiches« (S. 104) zu sehen, ihn einen »Gesandten Gottes« zu nennen, der Wunder über Wunder verrichtet habe.

Angesichts dieser wahnwitzigen Aussagen fahndet der Leser nach kritischen Vorbehalten und Einschränkungen; er findet jedoch nur Andeutungen pseudokritischer Art, die nicht an die Substanz gehen. Was hat der ehemalige Gefolgsmann an seinem »Gesandten Gottes« zu bemängeln? Er hält ihn für ein politisches Genie, vermißt jedoch die Fähigkeit zur praktischen Verwaltung der Macht, d. h. zur Kanzlerschaft. Ausschlaggebend für den Weg in die Katastrophe sei das Versagen der Paladine (Hierl, Röhm, Göring, Bormann) gewesen, das Hitler dazu genötigt habe, sich auf die Alleinherrschaft zurückzuziehen. Ein geradezu luziferischer Einfluß wird Goebbels zugeschrieben, der Hitler vor dem Volk zum göttlichen Idol stilisiert habe. (Diese These stellt den Leser vor die Frage, ob Stellrechts Buch nicht die gleiche Idolatrie intendiert.)

Die im Untertitel genannte Alternative von »Heil und Unheil« wird also auf simple Weise aufgelöst: Luzifer Goebbels wird schuldig gesprochen, Hitler zum »Führergott« verführt zu haben, der schließlich der Geschichte seinen Willen aufzuzwingen gesucht, tausend Jahre deutscher Geschichte aufs Spiel gesetzt und endlich die gottgewollte deutsche Revolution verfehlt habe. Trotzdem läßt der Autor Hitlers einmalige historische Größe unangetastet: »Adolf Hitler bleibt, auch wenn er tot ist« (S. 97).

Wir erfahren durch Stellrecht eigentlich nichts Neues – wohl aber werden wir darüber belehrt, daß die Langlebigkeit der nationalsozialistischen Ideologie nicht unterschätzt werden darf. Will man sich Max Picards Wort vom »Hitler in uns selbst« nicht anschließen, dann gilt doch die Abwandlung: »Hitler noch unter uns«.

Hajo Bernett

Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich (= Historische Perspektiven, Bd. 3), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976, 212 S., kart., 24,80 DM.

Der Sammelband enthält die überarbeiteten Referate, die zu diesem Thema auf dem Historikertag 1974 in Braunschweig gehalten wurden. In seiner Einleitung umreißt *Schieder* zunächst den Stand der neueren Faschismusforschung und insbesondere der deutschen: Stagnation empirischer Untersuchungen, Vorherrschen von fast ausschließlich auf den deutschen Nationalsozialismus fixierten Faschismus-»Theorien«, Mangel an vergleichenden Forschungsprojekten, die mehr als »nur additiv zusammengefügt« sind. Demgegenüber sind die hier vorliegenden sechs Referate/Aufsätze so konzipiert, daß jeweils zwei von ihnen ein bestimmtes Thema für Italien und für Deutschland untersuchen. Gemeinsam ist ihnen ferner ein »empiristischer« Ausgangspunkt; doch fallen sie, was die Erschließung neuen oder (zumindest in Deutschland) wenig bekannten Materials angeht, recht unterschiedlich aus und – wie kaum anders zu erwarten – gleichfalls in ihrem methodischen Ansatz. Die zu vergleichenden Themen beziehen sich alle auf die beiden faschistischen Bewegungen selbst, d. h. auf den Gegenstandsbereich, »durch den Bewegungs- und Regimephase sowohl des italienischen Faschismus wie des Nationalsozialismus jeweils am deutlichsten miteinander verbunden sind« (S. 15). Unter der ersten Fragestellung (»die Sozialstruktur der beiden faschistischen Bewegungen bzw. Parteien«) untersuchen *Michael H. Kater* den »Sozialen Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung« und der *Herausgeber* den »Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung«. Tatsächlich behandeln beide Aufsätze auch ausführlich die diesen Ereignissen vorausliegenden Jahre. Der Frage nach der »sozialen Außenbasis des Faschismus«, insbesondere nach dem Wählerverhalten, gehen *Heinrich August Winkler* für Deutschland (»Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP«) und *Jens Petersen* für Italien nach (»Wählerverhalten und soziale Basis des Faschismus in Italien zwischen 1919 und 1928«). Wie schon die Formulierung der beiden Titel erkennen läßt, steht bei Winkler das Problem

Angesichts dieser wahnwitzigen Aussagen fahndet der Leser nach kritischen Vorbehalten und Einschränkungen; er findet jedoch nur Andeutungen pseudokritischer Art, die nicht an die Substanz gehen. Was hat der ehemalige Gefolgsmann an seinem »Gesandten Gottes« zu bemängeln? Er hält ihn für ein politisches Genie, vermißt jedoch die Fähigkeit zur praktischen Verwaltung der Macht, d. h. zur Kanzlerschaft. Ausschlaggebend für den Weg in die Katastrophe sei das Versagen der Paladine (Hierl, Röhm, Göring, Bormann) gewesen, das Hitler dazu genötigt habe, sich auf die Alleinherrschaft zurückzuziehen. Ein geradezu luziferischer Einfluß wird Goebbels zugeschrieben, der Hitler vor dem Volk zum göttlichen Idol stilisiert habe. (Diese These stellt den Leser vor die Frage, ob Stellrechts Buch nicht die gleiche Idolatrie intendiert.)

Die im Untertitel genannte Alternative von »Heil und Unheil« wird also auf simple Weise aufgelöst: Luzifer Goebbels wird schuldig gesprochen, Hitler zum »Führergott« verführt zu haben, der schließlich der Geschichte seinen Willen aufzuzwingen gesucht, tausend Jahre deutscher Geschichte aufs Spiel gesetzt und endlich die gottgewollte deutsche Revolution verfehlt habe. Trotzdem läßt der Autor Hitlers einmalige historische Größe unangetastet: »Adolf Hitler bleibt, auch wenn er tot ist« (S. 97).

Wir erfahren durch Stellrecht eigentlich nichts Neues – wohl aber werden wir darüber belehrt, daß die Langlebigkeit der nationalsozialistischen Ideologie nicht unterschätzt werden darf. Will man sich Max Picards Wort vom »Hitler in uns selbst« nicht anschließen, dann gilt doch die Abwandlung: »Hitler noch unter uns«.

Hajo Bernett

Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich (= Historische Perspektiven, Bd. 3), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976, 212 S., kart., 24,80 DM.

Der Sammelband enthält die überarbeiteten Referate, die zu diesem Thema auf dem Historikertag 1974 in Braunschweig gehalten wurden. In seiner Einleitung umreißt *Schieder* zunächst den Stand der neueren Faschismusforschung und insbesondere der deutschen: Stagnation empirischer Untersuchungen, Vorherrschen von fast ausschließlich auf den deutschen Nationalsozialismus fixierten Faschismus-»Theorien«, Mangel an vergleichenden Forschungsprojekten, die mehr als »nur additiv zusammengefügt« sind. Demgegenüber sind die hier vorliegenden sechs Referate/Aufsätze so konzipiert, daß jeweils zwei von ihnen ein bestimmtes Thema für Italien und für Deutschland untersuchen. Gemeinsam ist ihnen ferner ein »empiristischer« Ausgangspunkt; doch fallen sie, was die Erschließung neuen oder (zumindest in Deutschland) wenig bekannten Materials angeht, recht unterschiedlich aus und – wie kaum anders zu erwarten – gleichfalls in ihrem methodischen Ansatz. Die zu vergleichenden Themen beziehen sich alle auf die beiden faschistischen Bewegungen selbst, d. h. auf den Gegenstandsbereich, »durch den Bewegungs- und Regimephase sowohl des italienischen Faschismus wie des Nationalsozialismus jeweils am deutlichsten miteinander verbunden sind« (S. 15). Unter der ersten Fragestellung (»die Sozialstruktur der beiden faschistischen Bewegungen bzw. Parteien«) untersuchen *Michael H. Kater* den »Sozialen Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung« und der *Herausgeber* den »Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung«. Tatsächlich behandeln beide Aufsätze auch ausführlich die diesen Ereignissen vorausliegenden Jahre. Der Frage nach der »sozialen Außenbasis des Faschismus«, insbesondere nach dem Wählerverhalten, gehen *Heinrich August Winkler* für Deutschland (»Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP«) und *Jens Petersen* für Italien nach (»Wählerverhalten und soziale Basis des Faschismus in Italien zwischen 1919 und 1928«). Wie schon die Formulierung der beiden Titel erkennen läßt, steht bei Winkler das Problem

von Mittelstand und Nationalsozialismus im Vordergrund, während Petersen eine sozialgeschichtlich weitausholende Analyse der Wahlen von 1919 bis 1924 vornimmt. Das letzte der drei Themen schließlich (»Verhältnis der traditionellen Machteliten zu den faschistischen Bewegungen«) untersucht *Hans Mommsen* im Hinblick auf die verschiedenen Komponenten »traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase«; *Ernst Nolte* dagegen stellt das Verhältnis Faschismus – Industrie in den Mittelpunkt seiner Überlegungen (»Die »herrschenden Klassen« und der Faschismus in Italien«), die mit Andeutungen über eine strukturelle Verwandtschaft von Faschismus und Sozialismus schließen, denen bereits auf dem Historikertag lebhaft widersprochen wurde. – Die vergleichende Betrachtung war der *Diskussion* vorbehalten, deren Hauptresultate *Schieder* unter fünf Punkten zusammengefaßt hat: 1) Sowohl der Partito Nazionale Fascista (PNF) wie die NSDAP waren bereits Massenparteien, bevor sie an die Macht gelangten. Bei dieser Feststellung darf allerdings nicht unterschlagen werden, daß die Massenanhängerschaft des PNF längst nicht immer eine freiwillige war, sondern erst die brutale organisierte Gewalt dem Faschismus zu seinem entscheidenden Durchbruch verhalf (vgl. hierzu ergänzend Guido Quazza, *Resistenza e storia d'Italia. Problemi e ipotesi di ricerca*, Milano 1976, bes. S. 37 ff.). Auch für Deutschland gelangt *Mommsen* zu dem Schluß, daß die NSDAP »nur im Bündnis mit den traditionellen Eliten imstande [war], die politische Macht zu übernehmen« (S. 167). 2) Über die Zusammensetzung der Massenmitgliedschaft der beiden Parteien läßt sich sagen, daß bis zum Beginn der eigentlichen Regimephase (1929 bzw. 1934) unterschiedliche Sozialgruppen gleichsam durch sie hindurchwanderten – mit Ausnahme der Arbeiterschaft (S. 16 f.; vgl. *Mommsen*, S. 164); demgegenüber blieben 3) »die Führungskader beider Parteien allem Anschein nach erstaunlich konstant«. 4) Eine »undifferenzierte Mittelstandsthese« läßt sich für keine der beiden Parteien aufrechterhalten; dies verbietet allein schon die »grundlegende agrarische Beimengung«, die besonders für den frühen italienischen Faschismus charakteristisch ist. An der Frage, wie nun die beiden Parteien zu definieren seien, scheiden sich die Geister: ob »absolutistische« oder »totalitäre Volkspartei« (*Winkler*, S. 112), ob »allenfalls negative Volkspartei« oder »virtuelle Volkspartei« (*Mommsen*, S. 164 ff.), ob »universale Ersatzpartei« (*Schieder*, S. 80) oder »bürgerliche Massenpartei« bzw. »Interessenvertretung aller bürgerlichen Schichten gegen das aufsteigende Proletariat« (*Petersen*, S. 136 und 150). 5) Beide Parteien haben anfänglich einen starken politischen Mobilisierungseffekt gehabt, besonders unter den vorher politisch noch passiven Gesellschaftsschichten. – Allein schon aus den starken Divergenzen, wie PNF bzw. NSDAP zu definieren bzw. zu charakterisieren seien, ergibt sich, daß die Untersuchung ihrer sozialen Basis nicht ausreicht, um ihre »politischen Herrschaftsfunktionen und [die] für sie maßgebenden strategischen Zielsetzungen« zu bestimmen (S. 19). Denn, wie *Winkler* hervorhebt, die Politik der Nazis war »weniger als die irgendeiner anderen Massenpartei Resultante der gesellschaftlichen Kräfte, die ihre Basis ausmachten« (S. 112), oder, wie *Mommsen* es ausdrückt, »der Aufstieg der NSDAP [ist] nicht allein durch eine Zuordnung zu bestimmten sozialen Gruppen zu erklären« (S. 164). Mit diesen Bemerkungen werden die Grenzen des in diesem Band vorherrschenden Frage- und Interpretationsansatzes kenntlich gemacht, deren Verkennung die Faschismus-Forschung in eine neue Sackgasse führen würde. Einen der erfolgversprechendsten Neuansätze, den Nationalsozialismus zu erfassen, hat in jüngster Zeit Timothy W. Mason mit seinem Buch »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft« (1975) unternommen, und alle Beiträge des vorliegenden Sammelbandes bestätigen ihn darin, daß die antiproletarische Stoßrichtung die hervorstechendste Gemeinsamkeit von Faschismus und Nationalsozialismus war.

Volker Hunecke

Karl Lärmer, *Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen* (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6), Akademie Verlag, Berlin (O) 1975, VIII, 163 S., brosch., 28 DM.

Der Rezensent hat in seiner Arbeit über »Technik und Ingenieure im Dritten Reich« (1974) den Autobahnbau im Kontext der Motorisierung beschrieben und diesen in seiner zeitbedingt kriegsvorbereitenden Funktion ebenso erläutert wie als objektiven Entwicklungsschritt prosperierender Industriegesellschaften. Lärmer sieht in den Autobahnen »ein Instrument der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus«, das einen verkehrswirtschaftlichen Nutzen als Nebenzweck nicht ausgeschlossen habe. Wer hinter dieser spezifischen Nomenklatur eine solide historisch-materialistische Spezialstudie erwartet, sieht sich allerdings getäuscht. Diese Forschung zur Wirtschaftsgeschichte geht weder auf die Situation der Bauwirtschaft ein, auf spezifische Krisenprobleme der Bauindustrie und des Bauhandwerks, noch auf die Lage der deutschen Zementindustrie. Die Interessen der einschlägigen Wirtschaftszweige bleiben unberücksichtigt, obwohl die Verbindungen zum späteren Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen doch greifbar sind. Lärmer übersieht auch die wichtige Besprechung zwischen Hitler und Vertretern der Großindustrie, die im Mai 1933 unter dem Thema »Arbeitsbeschaffung« in der Reichskanzlei stattfand und auf zwei aktuelle Tagesordnungspunkte, darunter den Bau von Automobilstraßen, begrenzt wurde.

Der DDR-Autor verzichtet des weiteren auf die Analyse der Autobahndenkschriften von Ende 1932, obwohl diese beweiskräftigen Dokumente bekannt sind und teilweise schon bei Bracher/Sauer/Schulz zitiert wurden. Dieses seltsame Verfahren des Ausklammerns bleibt unverständlich, zumal es doch um »Hintergründe« gehen sollte. Zwar periodisiert der Autor seine Arbeit »1933 bis 1945«, doch wären genauere Untersuchungen des Punktes »Autostraßen« im Komplex der sog. »Arbeitsbeschaffung« vor 1933 unerlässlich gewesen. 1932 tritt manches klar zutage, was 1933 im Aktionismus der unterschiedlichen Gruppierungen wieder verschwimmt. Im übrigen hätte auch der terminus ad quem im Titel der Lärmerischen Arbeit korrekterweise »1941« lauten müssen, da der Autobahnbau zu jener Zeit eingestellt wurde. Der abrupte Schluß des vielleicht ehrgeizigsten Einzelvorhabens des Regimes verweist dreieinhalb Jahre vor Kriegsende auf die Minimierung eines strategischen Stellenwerts.

Der im Grunde müßige Streit um den strategischen Nutzen der Autobahnen wird von Lärmer noch einmal referiert. Tatsächlich läßt sich die strategische Funktion eines gut ausgebauten Straßennetzes in einer Zeit zwischenstaatlicher Konflikte kaum in Zweifel ziehen. Wenn sich an die deutschen Autobahnpläne bei »Freund« und »Feind« entsprechende Hoffnungen und Befürchtungen knüpften, dann war das eher selbstverständlich. Von größerem Interesse kann heute eigentlich nur noch die Frage sein, ob der Autobahnbau voll und ganz (sic!) der Kriegsvorbereitung und dem Kriege diene und dienen sollte, d. h., um hier einmal im Kanon normativer Terminologie zu bleiben, »der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus«.

Ohne einen Personenkult, gar einen historischen Personenkult vertreten zu wollen, meint der Rezensent, daß allein Hitler 1933 eine relativ klare Vorstellung, eine Art »Konzept« besaß. Mit seiner Politik suchte Hitler jenen Komplex der Motorisierung zu fördern, den er schon Mitte der 20er Jahre als »kampfbestimmend« für den kommenden »technischen Krieg« beschrieben hatte. Dieser begründeten Perspektive gegenüber blieb »der deutsche Imperialismus« recht konturenlos. Viele maßgebliche Militärs – Lärmer weiß es – hielten die Motorisierung und den Autobahnbau für unnütz, strategisch sogar für gefährlich und sorgten dafür, daß die Oberrheinstrecke nicht gebaut und die Strecke Frankfurt-Köln in mehr als Kanonenschußweite hinter den Rhein nach Innerdeutschland verlegt wurde. Die Großindustrie wußte mit Autobahnplänen 1933 wenig anzufangen. Mit

Lärmer ließe sich hier Marx zitieren, wonach sie erst dann eingreift, wenn die Produktion von Wegen zu einer Notwendigkeit für die Produzenten, speziell für das produktive Kapital selbst wird. Die Straßenbaumeister selbst aber, welche die Autobahnen anlegten, wollten bei der Trassierung ohnehin nur ingenieurtechnische Gesichtspunkte gelten lassen. Was blieb, war neben der Arbeitsbeschaffung, die Lärmer zu Recht relativ gering einschätzt, die beabsichtigte Propagandawirkung und – damit in engstem Zusammenhang – der innen- und außenpolitisch bedeutsame strategische Effekt, daß sich in der technischen Leistung ein ökonomischer Aufschwung und ein neues Großmachtstreben gleichermaßen artikulieren konnten.

Im Kontext des Schemas entzieht der Autor Einwänden gegen seine Hauptthese dadurch den Boden, daß er die Geschichte der Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zitiert (S. 120), wonach – frei nach den Thesen des XIII. EKKI-Plenums – 1933 jene Partei die Macht übernahm, die »mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärer Kreise am meisten entsprach«. Nun setzte die NSDAP, die gemeint ist, unter Hitlers Führung den Autobahnbau tatsächlich durch. Der Rezensent allerdings würde jene »Abenteuerlichkeit« eher an anderen, im ganzen aussagekräftigeren Ereignissen als dem Autobahnbau messen.

Schließlich würdigt auch Lärmer den Autobahnbau als technischen »Fortschritt« mit destruktiven Zielsetzungen (S. 145). Angesichts des unbestrittenen Faktums, daß Autobahnen inzwischen verkehrsökonomisch notwendig sind, wird von einem zu frühen Einsatz finanzieller und materieller Mittel und von Verschwendung gesprochen. Ähnliche Bedenken erhoben – mutatis mutandis – 1932 die Gruppe um Gregor Straßer unter Bezug auf Werner Sombart und Mitte der 30er Jahre Offiziere der deutschen Wehrwirtschaftsorganisation. Erstere bezeichneten Autobahnen als einen Luxus für reiche Leute, letztere wünschten an ihrer Stelle mehr Rüstungsbauten. Die Beurteilung des technischen Fortschritts als »Fortschritt« hängt auch in der Sicht des Autors von allgemeinen gesellschaftlichen Kriterien ab. Es kommt darauf an, sie zu definieren. Karl-Heinz Ludwig

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. I: September 1945–Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 1197 S., Ln., 188 DM (Subskriptionspreis 168 DM).

Der Zeitraum deutscher Geschichte von 1945 bis 1949, für viele Betrachter lange im toten Winkel zwischen Drittem Reich und bundesrepublikanischer Gegenwart gelegen, findet seit einigen Jahren zunehmendes Interesse. Er ist dabei teilweise, unter Stichworten wie »Restauration des Kapitalismus« oder Beginn des »Kalten Krieges«, Gegenstand einer Diskussion, welche historische Legitimationsgrundlagen der gesellschaftlichen wie der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland berührt. Auch im Hinblick hierauf und nicht allein wegen der systematischen Aufarbeitung deutscher Geschichte über das Jahr 1945 hinaus ist es daher zu begrüßen, wenn nun Bundesarchiv und Münchener Institut für Zeitgeschichte eine Aktenedition herausbringen. Band I – die Jahre 1945/46 betreffend – der auf etwa fünf Bände berechneten, chronologisch angelegten Reihe liegt vor.

Eine Edition dieses Umfangs kann die Entwicklung zwischen deutscher Kapitulation und Gründung der Bundesrepublik freilich nicht umfassend dokumentieren. Unvermeidlich hatten die Herausgeber Eingrenzungen vorzunehmen. Diese sind klar und vertretbar getroffen: Im Unterschied zur lange vorherrschenden Betrachtung Deutschlands als Ob-

Lärmer ließe sich hier Marx zitieren, wonach sie erst dann eingreift, wenn die Produktion von Wegen zu einer Notwendigkeit für die Produzenten, speziell für das produktive Kapital selbst wird. Die Straßenbaumeister selbst aber, welche die Autobahnen anlegten, wollten bei der Trassierung ohnehin nur ingenieurtechnische Gesichtspunkte gelten lassen. Was blieb, war neben der Arbeitsbeschaffung, die Lärmer zu Recht relativ gering einschätzt, die beabsichtigte Propagandawirkung und – damit in engstem Zusammenhang – der innen- und außenpolitisch bedeutsame strategische Effekt, daß sich in der technischen Leistung ein ökonomischer Aufschwung und ein neues Großmachtstreben gleichermaßen artikulieren konnten.

Im Kontext des Schemas entzieht der Autor Einwänden gegen seine Hauptthese dadurch den Boden, daß er die Geschichte der Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zitiert (S. 120), wonach – frei nach den Thesen des XIII. EKKI-Plenums – 1933 jene Partei die Macht übernahm, die »mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärer Kreise am meisten entsprach«. Nun setzte die NSDAP, die gemeint ist, unter Hitlers Führung den Autobahnbau tatsächlich durch. Der Rezensent allerdings würde jene »Abenteuerlichkeit« eher an anderen, im ganzen aussagekräftigeren Ereignissen als dem Autobahnbau messen.

Schließlich würdigt auch Lärmer den Autobahnbau als technischen »Fortschritt« mit destruktiven Zielsetzungen (S. 145). Angesichts des unbestrittenen Faktums, daß Autobahnen inzwischen verkehrsökonomisch notwendig sind, wird von einem zu frühen Einsatz finanzieller und materieller Mittel und von Verschwendung gesprochen. Ähnliche Bedenken erhoben – mutatis mutandis – 1932 die Gruppe um Gregor Straßer unter Bezug auf Werner Sombart und Mitte der 30er Jahre Offiziere der deutschen Wehrwirtschaftsorganisation. Erstere bezeichneten Autobahnen als einen Luxus für reiche Leute, letztere wünschten an ihrer Stelle mehr Rüstungsbauten. Die Beurteilung des technischen Fortschritts als »Fortschritt« hängt auch in der Sicht des Autors von allgemeinen gesellschaftlichen Kriterien ab. Es kommt darauf an, sie zu definieren. Karl-Heinz Ludwig

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. I: September 1945–Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 1197 S., Ln., 188 DM (Subskriptionspreis 168 DM).

Der Zeitraum deutscher Geschichte von 1945 bis 1949, für viele Betrachter lange im toten Winkel zwischen Drittem Reich und bundesrepublikanischer Gegenwart gelegen, findet seit einigen Jahren zunehmendes Interesse. Er ist dabei teilweise, unter Stichworten wie »Restauration des Kapitalismus« oder Beginn des »Kalten Krieges«, Gegenstand einer Diskussion, welche historische Legitimationsgrundlagen der gesellschaftlichen wie der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland berührt. Auch im Hinblick hierauf und nicht allein wegen der systematischen Aufarbeitung deutscher Geschichte über das Jahr 1945 hinaus ist es daher zu begrüßen, wenn nun Bundesarchiv und Münchener Institut für Zeitgeschichte eine Aktenedition herausbringen. Band I – die Jahre 1945/46 betreffend – der auf etwa fünf Bände berechneten, chronologisch angelegten Reihe liegt vor.

Eine Edition dieses Umfangs kann die Entwicklung zwischen deutscher Kapitulation und Gründung der Bundesrepublik freilich nicht umfassend dokumentieren. Unvermeidlich hatten die Herausgeber Eingrenzungen vorzunehmen. Diese sind klar und vertretbar getroffen: Im Unterschied zur lange vorherrschenden Betrachtung Deutschlands als Ob-

jekt der internationalen Politik ist »bewußt die engere Perspektive der inneren deutschen Politik« gewählt (S. 5) – eine Entscheidung, für die wohl auch unzureichender Zugang zu bisher nicht publiziertem relevantem Material gesprochen hätte. Innerhalb dieser Perspektive will die Publikation »Vorformen westdeutschen Regierungs-Handelns oberhalb der Länderebene« rekonstruieren (S. 8); dabei sollen schließlich primär politische Entscheidungen dokumentiert werden, worunter hier Fragen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, auch solche des Verwaltungsaufbaus, nicht aber »Maßnahmen zur kurzfristigen Bewältigung der materiellen Not« verstanden sind (vgl. S. 10, 69, 88). Unter diesen Eingrenzungen und in diesem Sinne ist Vorgeschichte der Bundesrepublik (und nicht Geschichte der Nachkriegszeit) Gegenstand der Publikation.

Von dem so definierten Editionsziel her begründet sich zunächst die Beschränkung des Bandes I auf die allgemeinen (d. h. nicht fachspezifischen) zonalen und bizonalen Gremien der Amerikanischen und der Britischen Zone; die Französische Zone entfällt infolge fehlender entsprechender Institutionen. In den Band aufgenommen sind die Protokolle der Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen der Britischen Zone (bis 1. 3. 1946), des Zonenbeirats der Britischen Zone, des Länderrats der US-Zone sowie der bizonalen Länderchef-Konferenzen; die Tagungen dieser Gremien sind ohne Ausnahme dokumentiert. Hinzu kommen noch einige ausgewählte Protokolle von Direktoriensitzungen des Länderrats, auch einiger Besprechungen zwischen Vertretern jener zonalen Gremien und der Militärregierungen u. ä. m. Der Band besitzt somit den Vorteil einer recht homogenen Provenienz und – auf der Ebene der Protokolle – Vollständigkeit der veröffentlichten Dokumente; Auswahlprobleme von Fall zu Fall sind auf diese Weise erheblich reduziert.

Die Zielsetzung der Publikation hat darüber hinaus eine spezifische Behandlung der herangezogenen Protokolle zur Folge: Da diese großenteils gerade kurzfristige Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet – vom Kampf gegen den Schwarzen Markt über Fragen der Schuttbeseitigung bis zur Bereitstellung von Leder für die Schuhfabrikation – betreffen, sind aus Raumgründen diesbezügliche Abschnitte nicht mit abgedruckt. Umgekehrt, im Falle relevant erachteter Anlagen (wie Referate, Anträge usw.) sowie Passagen der ausführlicheren Wortprotokolle des Zonenbeirats hingegen haben die Bearbeiter diese in die Verhandlungsprotokolle eingerückt. Sehr zu begrüßen ist, daß bei Kürzungen stets die Verhandlungspunkte genannt und vielfach auch Kurzregesten eingeführt sind, so daß sowohl eine gewisse Kontrollierbarkeit der Bearbeiterentscheidungen gewährleistet ist als auch für den in anderer Richtung Interessierten Hinweise auf zahlreiche Fundstellen erhalten bleiben. Trotz dieser zahlreichen Operationen am Text behält der Leser dank Marginalien und unterschiedlicher Drucktypen stets mühelos den Überblick.

Mehr wohl noch als in der soeben angedeuteten Aufbereitung der Protokolle liegt das Verdienst der beiden Bearbeiter in der übrigen hervorragenden Einrichtung der Edition für den Benutzer.

Dies gilt zunächst für die ca. 80 Seiten umfassende Einleitung. Sie führt nicht nur in die politischen Probleme der Jahre 1945/46 und damit in die Inhalte der vorgelegten Materialien ein, sondern erleichtert es mit ihrer Darstellung von Verwaltungsstrukturen, Entstehung und Funktion der überregionalen deutschen Institutionen auch, den Stellenwert der Diskussionen und Entscheidungen in den dokumentierten Gremien abzuschätzen. Lediglich einige Überlappungen zwischen Teil 2 und 3 der Einleitung hätten vielleicht vermieden werden können.

Weiter: Eine immense und diffizile Einzelarbeit steht hinter einem beeindruckenden Anmerkungsapparat zu den vorgelegten Protokollen. Vogel und Weisz kommentieren den Text und verweisen unter Heranziehung der Literatur zur Nachkriegsgeschichte sowie zahlreicher gedruckter und ungedruckter Quellen; ausgewertet sind so u. a. Unter-

lagen des Bundesarchivs, des Parlamentsarchivs des Bundestages, der Staats- bzw. Hauptstaatsarchive Stuttgart, München, Bremen, Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf und Detmold, des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte und des Archivs der sozialen Demokratie. Das Ergebnis: Erläuterungen tragen zum Verständnis zahlloser Textstellen bei, Ergänzungen ziehen nichtabgedruckte Dokumente u. ä. heran, Hinweise zeigen dem Benutzer Wege zur Weiterarbeit oder verweisen auf abweichende Überlieferungen. Wohl jeder mit diesem Band wissenschaftlich Arbeitende wird von den im Anmerkungsapparat enthaltenen Vorarbeiten profitieren können.

Es bleibt noch der bei einem Band dieser Art besonders wichtige Punkt des Registers: Ein Personen- und ein Sachregister von zusammen 33 Seiten Umfang erschließen den Band für den Benutzer und erweisen sich, wie Stichproben zeigen, auch bei weniger zentralen Fragen als fündig.

Abschließend läßt sich feststellen: Die Edition kann und will nicht die Vorgeschichte der Bundesrepublik umfassend dokumentieren. Von seiten der Herausgeber und Bearbeiter wird dies durch die Anregung zu komplementären Aktenpublikationen der Länder und die Feststellung unterstrichen, daß Dokumente des staatlichen Bereichs allein »kein abschließendes historisches Bild« zulassen (S. 87). Dennoch schlagen die »Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik« eine breite und, dank der hohen Qualität der Edition, gut begehbare Schneise, von der zudem zu erwarten ist, daß sie sich in den Folgebänden mit zunehmender Bedeutung der überregionalen Institutionen noch weiter verbreitern wird. Die Edition stellt im übrigen von ihrer Anlage her einen wichtigen Schritt zu der weiteren systematischen Erschließung der Jahre 1945–49 dar und kann schon als solcher der von den Herausgebern gesehenen Gefahr entgegenwirken, »daß die zeitgeschichtliche Bewertung dieser grundlegenden Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland in vordergründigen und voreiligen Interpretationen stecken bleibt« (S. 7).

Wolfgang Rudzio

Rainer Dohse, *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Holsten Verlag, Hamburg 1974, 239 S., kart., 24 DM.

Im Vorwort (S. 7) weist der Autor auf den allgemeinen Mangel an archivalischen Materialien zur Erforschung der Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland und in der BRD hin. Diesem Mangel versuchte Rainer Dohse dadurch abzuwehren, daß er an Stelle der fehlenden Archivalien mündliche und schriftliche Auskünfte von Hans Ulrich Noack, Heinrich Christian Meier, Theodor Kögler, Wolf Schenke, Otto Strasser und Nikolaus J. Ryschkowsky – jeweils führende Repräsentanten der Organisationen, die in der Studie untersucht werden – als Primärinformationen benutzte; die subjektive Einfärbung der Aussagen der Beteiligten ist offensichtlich. Der Aussagewert des Materials ist daher zweifelhaft; für die eigentliche Analyse ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Aussagen, ihrer eventuellen Ergänzungen und Korrekturen oder ihrer Widerlegung. Der Autor hat dieses Handicap und seine Folgen nicht ausreichend berücksichtigt. Eine zum Teil ausgedehnte Paraphrasierung des Materials der Beteiligten führt in Verbindung mit dem bezweifelbaren Quellenwert dazu, daß die Untersuchung zu starke Züge einer Selbstdarstellung der Organisationen hat.

Den Kern der Untersuchung bilden die Vereinigungen, die Neutralitätsbestrebungen in der Zeit von 1949 bis 1955 verfolgten und sich im Jahre 1951 zum Deutschen Kongreß in Frankfurt zusammenschlossen. Es handelt sich dabei um den Nauheimer Kreis von Professor Dr. Noack, die Oppositionellen Sozialdemokraten um Heinrich Christian Meier und Erich Arp, den Freiheitsbund von Theodor Kögler und die sogenannte Dritte Front von Wolf Schenke. Außerdem werden die Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie

lagen des Bundesarchivs, des Parlamentsarchivs des Bundestages, der Staats- bzw. Hauptstaatsarchive Stuttgart, München, Bremen, Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf und Detmold, des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte und des Archivs der sozialen Demokratie. Das Ergebnis: Erläuterungen tragen zum Verständnis zahlloser Textstellen bei, Ergänzungen ziehen nichtabgedruckte Dokumente u. ä. heran, Hinweise zeigen dem Benutzer Wege zur Weiterarbeit oder verweisen auf abweichende Überlieferungen. Wohl jeder mit diesem Band wissenschaftlich Arbeitende wird von den im Anmerkungsapparat enthaltenen Vorarbeiten profitieren können.

Es bleibt noch der bei einem Band dieser Art besonders wichtige Punkt des Registers: Ein Personen- und ein Sachregister von zusammen 33 Seiten Umfang erschließen den Band für den Benutzer und erweisen sich, wie Stichproben zeigen, auch bei weniger zentralen Fragen als fündig.

Abschließend läßt sich feststellen: Die Edition kann und will nicht die Vorgeschichte der Bundesrepublik umfassend dokumentieren. Von seiten der Herausgeber und Bearbeiter wird dies durch die Anregung zu komplementären Aktenpublikationen der Länder und die Feststellung unterstrichen, daß Dokumente des staatlichen Bereichs allein »kein abschließendes historisches Bild« zulassen (S. 87). Dennoch schlagen die »Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik« eine breite und, dank der hohen Qualität der Edition, gut begehbare Schneise, von der zudem zu erwarten ist, daß sie sich in den Folgebänden mit zunehmender Bedeutung der überregionalen Institutionen noch weiter verbreitern wird. Die Edition stellt im übrigen von ihrer Anlage her einen wichtigen Schritt zu der weiteren systematischen Erschließung der Jahre 1945–49 dar und kann schon als solcher der von den Herausgebern gesehenen Gefahr entgegenwirken, »daß die zeitgeschichtliche Bewertung dieser grundlegenden Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland in vordergründigen und voreiligen Interpretationen stecken bleibt« (S. 7).

Wolfgang Rudzio

Rainer Dohse, *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Holsten Verlag, Hamburg 1974, 239 S., kart., 24 DM.

Im Vorwort (S. 7) weist der Autor auf den allgemeinen Mangel an archivalischen Materialien zur Erforschung der Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland und in der BRD hin. Diesem Mangel versuchte Rainer Dohse dadurch abzuwehren, daß er an Stelle der fehlenden Archivalien mündliche und schriftliche Auskünfte von Hans Ulrich Noack, Heinrich Christian Meier, Theodor Kögler, Wolf Schenke, Otto Strasser und Nikolaus J. Ryschkowsky – jeweils führende Repräsentanten der Organisationen, die in der Studie untersucht werden – als Primärinformationen benutzte; die subjektive Einfärbung der Aussagen der Beteiligten ist offensichtlich. Der Aussagewert des Materials ist daher zweifelhaft; für die eigentliche Analyse ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Aussagen, ihrer eventuellen Ergänzungen und Korrekturen oder ihrer Widerlegung. Der Autor hat dieses Handicap und seine Folgen nicht ausreichend berücksichtigt. Eine zum Teil ausgedehnte Paraphrasierung des Materials der Beteiligten führt in Verbindung mit dem bezweifelbaren Quellenwert dazu, daß die Untersuchung zu starke Züge einer Selbstdarstellung der Organisationen hat.

Den Kern der Untersuchung bilden die Vereinigungen, die Neutralitätsbestrebungen in der Zeit von 1949 bis 1955 verfolgten und sich im Jahre 1951 zum Deutschen Kongreß in Frankfurt zusammenschlossen. Es handelt sich dabei um den Nauheimer Kreis von Professor Dr. Noack, die Oppositionellen Sozialdemokraten um Heinrich Christian Meier und Erich Arp, den Freiheitsbund von Theodor Kögler und die sogenannte Dritte Front von Wolf Schenke. Außerdem werden die Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie

und zum freien Sozialismus um Prof. Alfred Weber, die Gesamtdeutsche Volkspartei und der Bund für Deutschlands Erneuerung um Dr. Otto Strasser vorgestellt.

Die einzelnen Organisationen sind ungleichgewichtig dargestellt; die Einzelbeiträge sind in sich geschlossen; in ihnen wird nur gelegentlich auf die anderen verwiesen, und zwar bei personellen Verflechtungen. Es entsteht der Eindruck eines Sammelbandes; der Titel »Der Dritte Weg« deutet zwar an, daß alle Organisationen etwas Gemeinsames verbindet. Jedoch wird dieses Gemeinsame in seinen strukturellen und ideologischen Zusammenhängen in den taktischen und strategischen Absichten nicht untersucht.

Verdienstvoll ist die allgemeine Sichtung des Materials, die mit dieser Studie geleistet wurde. Der handbuchartige Charakter wird auch in der knappen Einleitung (S. 9–18) und in der Ergebnissicherung (S. 195–205) deutlich. Allen Organisationen gemeinsam war ein nationales Eigeninteresse mit dem Wunsch nach Frieden und der Hoffnung auf ein geeintes und unabhängiges Europa (S. 195). Die Gruppierungen favorisierten verschiedene Konzepte zur Realisierung dieser Zielvorstellungen: Neben der Brückentheorie war es der Gedanke, daß Deutschland eine Dritte Kraft zwischen Ost und West sein könnte. Außerdem wurde ein Konzept vertreten, nach dem das Deutsche Reich eine Brandmauer zwischen Ost und West sein könnte. Alle Konzeptionen stellen eine Überforderung des Deutschen Reiches dar, wenn man an ihre politische Umsetzung denkt. Nach der Meinung Dohses war es nicht nur die Ungunst der politischen Situation, die dies verhinderte, sondern es waren auch organisatorische und andere Mängel wie unklare Ziele in den Gruppierungen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß fast nichts über die soziale Basis der Organisationen ausgeführt wird.

Diese handbuchartige Darstellung weckt das Interesse an weiteren die Problematik Neutralisierung vertiefenden Analysen. Die Studie von Rainer Dohse ist dafür ein unentbehrlicher Ausgangspunkt.

Kurt Thomas Schmitz

Otto Ernst Kempfen (Hrsg.), Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung. Mit einem Nachwort von Helmut Ridder (= Campus Paperbacks: Politik und Gesellschaft), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976, 248 S., Pb., 26,80 DM.

Zwar haben weder die Bundestagsdebatten seit 1974 noch die Diskussionen um den »Orientierungsrahmen 85« wesentlich zur Entwicklung des Sozialstaatsgedankens beigetragen, doch zeigt sich in den letzten Jahren eine verstärkte außerparlamentarische Auseinandersetzung über Inhalt und Perspektiven des Sozialstaatsprinzips. Die Frage nach dem »Gewerkschaftsstaat« und die Diskussion über »Mitbestimmung und Grundgesetz«<sup>1</sup>) markieren nur einen wichtigen Ausschnitt der verfassungsrechtlichen Problematik. Das System der sozialen Sicherheit und Forderungen nach Verankerung sozialer Grundrechte (Wahlprüfstein Recht auf Arbeit) stehen für weitere Komplexe im Rahmen der aktuellen Sozialstaatsproblematik.

Es ist das Verdienst *Otto Ernst Kempens* – Justitiar beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden –, durch seine Sammlung grundlegende Aufsätze über »Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung« zugänglich zu machen, die sonst verstreut und schwer erreichbar sind. Besonders der Historiker wird das dankbar vermerken, da die zünftige Fachliteratur zu dieser Thematik wenig hergibt. Es sind folglich keine Historiker, die Kempfen als Autoren heranzieht, sondern Rechtswissenschaftler und Politologen. Zwar existiert mit Ernst Forsthoffs Sammlung über »Rechtsstaatlichkeit und So-

1 *Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz*. Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. bis 3. Oktober 1975 in Frankfurt am Main, Hrsg. Heinz Oskar Vetter, Frankfurt/Köln 1976. Darin auch ein Kurzbeitrag *Kempens*.

und zum freien Sozialismus um Prof. Alfred Weber, die Gesamtdeutsche Volkspartei und der Bund für Deutschlands Erneuerung um Dr. Otto Strasser vorgestellt.

Die einzelnen Organisationen sind ungleichgewichtig dargestellt; die Einzelbeiträge sind in sich geschlossen; in ihnen wird nur gelegentlich auf die anderen verwiesen, und zwar bei personellen Verflechtungen. Es entsteht der Eindruck eines Sammelbandes; der Titel »Der Dritte Weg« deutet zwar an, daß alle Organisationen etwas Gemeinsames verbindet. Jedoch wird dieses Gemeinsame in seinen strukturellen und ideologischen Zusammenhängen in den taktischen und strategischen Absichten nicht untersucht.

Verdienstvoll ist die allgemeine Sichtung des Materials, die mit dieser Studie geleistet wurde. Der handbuchartige Charakter wird auch in der knappen Einleitung (S. 9–18) und in der Ergebnissicherung (S. 195–205) deutlich. Allen Organisationen gemeinsam war ein nationales Eigeninteresse mit dem Wunsch nach Frieden und der Hoffnung auf ein geeintes und unabhängiges Europa (S. 195). Die Gruppierungen favorisierten verschiedene Konzepte zur Realisierung dieser Zielvorstellungen: Neben der Brückentheorie war es der Gedanke, daß Deutschland eine Dritte Kraft zwischen Ost und West sein könnte. Außerdem wurde ein Konzept vertreten, nach dem das Deutsche Reich eine Brandmauer zwischen Ost und West sein könnte. Alle Konzeptionen stellen eine Überforderung des Deutschen Reiches dar, wenn man an ihre politische Umsetzung denkt. Nach der Meinung Dohses war es nicht nur die Ungunst der politischen Situation, die dies verhinderte, sondern es waren auch organisatorische und andere Mängel wie unklare Ziele in den Gruppierungen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß fast nichts über die soziale Basis der Organisationen ausgeführt wird.

Diese handbuchartige Darstellung weckt das Interesse an weiteren die Problematik Neutralisierung vertiefenden Analysen. Die Studie von Rainer Dohse ist dafür ein unentbehrlicher Ausgangspunkt.

Kurt Thomas Schmitz

Otto Ernst Kempfen (Hrsg.), Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung. Mit einem Nachwort von Helmut Ridder (= Campus Paperbacks: Politik und Gesellschaft), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976, 248 S., Pb., 26,80 DM.

Zwar haben weder die Bundestagsdebatten seit 1974 noch die Diskussionen um den »Orientierungsrahmen 85« wesentlich zur Entwicklung des Sozialstaatsgedankens beigetragen, doch zeigt sich in den letzten Jahren eine verstärkte außerparlamentarische Auseinandersetzung über Inhalt und Perspektiven des Sozialstaatsprinzips. Die Frage nach dem »Gewerkschaftsstaat« und die Diskussion über »Mitbestimmung und Grundgesetz«<sup>1</sup>) markieren nur einen wichtigen Ausschnitt der verfassungsrechtlichen Problematik. Das System der sozialen Sicherheit und Forderungen nach Verankerung sozialer Grundrechte (Wahlprüfstein Recht auf Arbeit) stehen für weitere Komplexe im Rahmen der aktuellen Sozialstaatsproblematik.

Es ist das Verdienst *Otto Ernst Kempens* – Justitiar beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden –, durch seine Sammlung grundlegende Aufsätze über »Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung« zugänglich zu machen, die sonst verstreut und schwer erreichbar sind. Besonders der Historiker wird das dankbar vermerken, da die zünftige Fachliteratur zu dieser Thematik wenig hergibt. Es sind folglich keine Historiker, die Kempfen als Autoren heranzieht, sondern Rechtswissenschaftler und Politologen. Zwar existiert mit Ernst Forsthoffs Sammlung über »Rechtsstaatlichkeit und So-

1 *Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz*. Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. bis 3. Oktober 1975 in Frankfurt am Main, Hrsg. Heinz Oskar Vetter, Frankfurt/Köln 1976. Darin auch ein Kurzbeitrag *Kempens*.

zialstaatlichkeit« bereits eine einschlägige Aufsatzsammlung, doch hat Kempfen sich zum Ziel gesetzt, »eine ergänzende Darstellung der Sozialstaatsdiskussion mitsamt den von Forsthoff ausgeblendeten Aspekten« (S. 17) zu bieten. Der Akzent liegt dabei auf neueren und neuesten Beiträgen.

In seiner Einleitung entwickelt Kempfen den Begriff der Sozialstaatlichkeit und schlägt sich auf die Seite derer, die »im Grundgesetz eine aus historischer Erfahrung bewußt über die bisherigen Versuche hinausgehende Verfassungsordnung sehen, für welche der Sozialstaatsatz das umfassende organisatorische Leitprinzip eines grundrechtlich bestimmten demokratischen Gesamtsystems ist« (S. 17). Der Herausgeber diskutiert die verschiedenen Standpunkte von Hermann Heller bis zu Helmut Ridder und gelangt schließlich zu künftigen Möglichkeiten einer »das staatliche Legitimationssystem ergänzenden ›sozialen Selbstverwaltung«« (S. 47). Dabei meidet er den Terminus der ›überbetrieblichen Mitbestimmung«, doch bezieht er sich eindeutig auf »paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialausschüsse«, die »vor allem investitionskordinierend und informierend arbeiten« (S. 46 f.). Eine zentrale Aufgabe bei der künftigen Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips sieht Kempfen in der organisatorischen und rechtlichen Durchformung des Verhältnisses von »Staatsapparat und organisierter Gesellschaft« (S. 48). Seine Hoffnungen richtet Kempfen auf die Chance, »das Legitimationsdefizit unserer Exekutive auf dezentralisierten Willensbildungsebenen« auszugleichen (S. 49).

Die folgende Sammlung bringt als grundlegenden Text *Hermann Hellers* Aufsatz über »Rechtsstaat oder Diktatur?« aus dem Jahre 1930. Darauf folgt *Wolfgang Abendroths* Beitrag »Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« aus der Bergsträsser-Festschrift von 1965. Hinzu kommt ein Rezensionenaufsatz von *Dieter Suhr*, der die Diskussion bis 1970 höchst pointiert und gleichzeitig informativ zusammenfaßt. Die rechtspositivistische Schule wird durch *Ernst Forsthoff* vertreten, flankiert durch *Rüdiger Altmann*, dessen Nähe zur »Konzertierten Aktion« den aktuellen gesellschaftspolitischen Bezug wieder herstellt. *Peter von Oertzens* »Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus« weisen diesen Mitautor des »Orientierungsrahmens 85« als einen Wissenschaftler aus, der vorzüglich aus Marx und Habermas zu zitieren weiß, sich aber bei der sozialstaatlichen Konkretisierung seiner Erkenntnisse schwertut.

Eine hervorragende Rolle nimmt *Helmut Ridder* dadurch ein, daß er sowohl durch einen Beitrag als auch durch ein ausführliches Nachwort vertreten ist. Bei Ridders Beitrag handelt es sich um eine verfassungsrechtliche Betrachtung zur Stellung der Gewerkschaften im Sozialstaat, die Ende der fünfziger Jahre aus Anlaß des umstrittenen Urteils über den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik entstand. In dem eigens für diesen Band geschriebenen Nachwort wagt Ridder nun eine aggressiv-polemische Attacke auf die bisherige rechtswissenschaftliche Publizistik, wendet sich gegen die »juristische Kurpfuscheri« (S. 243) in der Forsthoff-Nachfolge, aber auch insgesamt gegen unterentwickeltes Sozialstaatsdenken.

Ridder meint, die »Rätephobie« dürfe kein Argument gegen die »reale Republik« sein. Der soziale, demokratische Staat sei nicht bloß staatlicher »Aufsatz über der Gesellschaft«. Die *normative* Funktion der vielberufenen »Sozialstaatsklausel« harre noch »der politischen und wissenschaftlichen Entfaltung«. Angesichts dieser Erwartung erscheinen die vorliegenden Texte »größtenteils« zur Kritik provozierend, »insoweit sie im ideologischen Nebel der juristischen Sozialstaatsexegese staken« (S. 247). Nichtjuristische Texte sollten zu Hilfe genommen werden, denn über das »Wie der gebotenen Demokratisierung« werde in der Sozialstaatsklausel nichts ausgesagt. Geheimnisvoll andeutend, meint Ridder, bei der alchemistischen Goldmacherei wäre schließlich Porzellan herausgekommen. Eine vergleichbare Entwicklung brauche kein Schade zu sein.

Ridders letzte Sätze einbezogen, ist dieser Band gewiß nicht das letzte Wort in Sachen Sozialstaatsprinzip, zumal eine entsprechende geschichtswissenschaftliche Sammlung aussteht. Es mag auch zu kritisieren sein, daß neben Hermann Heller nicht die bahnbrechenden Arbeiten von Hugo Sinzheimer und Franz L. Neumann veröffentlicht werden. Schließlich bleibt auch die begriffliche Ableitung des Sozialstaatsbegriffs zu sehr in den bei Ernst Rudolf Huber u. a. vorzufindenden Interpretationsbahnen. Kein Wort, daß Karl Ballod (*Atlanticus*) den Terminus schon früh in einem Bestseller des Dietz-Verlages verwendete. Aber Kempen geht es auch gar nicht um die historische Ableitung, sondern um die aktuelle, verfassungspolitische Aufgabenstellung im Kontext der Geschichte. Es handelt sich deshalb um eine höchst nützliche Sammlung und durchaus heilsame Provokation für Historiker der Arbeiterbewegung, die nicht nur wissen wollen, woher die Reise kommt, sondern wohin sie in der weiteren Geschichte – möglicherweise – gehen kann.

Gerhard Beier

Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1976 (amerikanische Originalfassung 1973), VIII, 435 S., engl. brosch., 34 DM.

Roland Simon-Schaefer/Walther Ch. Zimmerli, *Theorie zwischen Kritik und Praxis. Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule (= problemata 37)*, Friedrich Frommann Verlag/Günther Holzboog, Stuttgart-Bad Canstatt 1975, 186 S., kart., 24 DM, Ln., 36 DM.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat im letzten Jahrzehnt an den deutschen Hochschulen eine wachsende Bedeutung erlangt. In einem gewissen Umfang sind die meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland von ihr beeinflußt worden. Dies gilt in unübersehbarem Maße vor allem für den pädagogischen Bereich. Durch die entscheidende Rolle, die grundlegende Thesen von Jürgen Habermas bei der Erarbeitung der Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht des Landes Nordrhein-Westfalen gespielt haben, haben einige ihrer Ergebnisse eine gleichsam offizielle Anerkennung erfahren.

Ganz im Gegensatz zu diesen tatsächlichen Gegebenheiten stehen die Aussagen in dem überaus einseitigen Geleitwort von *Hanne Herkommer* und *Bodo von Greiff* zur deutschen Ausgabe des Buches von *Martin Jay*. Ihnen zufolge droht der Kritischen Theorie in der deutschen Gegenwart nur Verfolgung und »ein politisches Verdikt« (S. 6). Mehr noch als bei der ersten Lektüre dieses »Geleitworts« fragt sich der Leser nach der Kenntnis des Textes von Martin Jay, wie es in ein solches gerade wegen seiner Ausgewogenheit beeindruckendes Buch gelangen konnte.

Martin Jay ist mit dieser ersten Geschichte der Frankfurter Schule das Kunststück einer überaus glücklichen Verbindung seiner praktischen Sympathie für die Kritische Theorie mit einer kritisch-distanzierten Darstellung ihrer äußeren Geschichte und ihrer theoretischen Entwicklung gelungen. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem nach nahezu einem halben Jahrhundert kontinuierlicher Wirksamkeit das Ende der Frankfurter Schule mit dem Tod Theodor W. Adornos und Max Horkheimers besiegelt scheint. Denn, wie unter anderem in der Arbeit von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* deutlich wird, ist der wegen seiner Erkenntnisinteressen, wegen seiner wissenschaftlichen Fruchtbarkeit und wegen seiner Originalität als Denker am ehesten als Erbe der Gründungsväter der Frankfurter Schule anzusehende Jürgen Habermas zugleich auch in den wesentlichen Fragen als ein theoretischer Neubeginn anzusehen.

Nachdem in den Diskussionen der letzten Jahre hauptsächlich die Arbeiten Adornos und

Ridders letzte Sätze einbezogen, ist dieser Band gewiß nicht das letzte Wort in Sachen Sozialstaatsprinzip, zumal eine entsprechende geschichtswissenschaftliche Sammlung aussteht. Es mag auch zu kritisieren sein, daß neben Hermann Heller nicht die bahnbrechenden Arbeiten von Hugo Sinzheimer und Franz L. Neumann veröffentlicht werden. Schließlich bleibt auch die begriffliche Ableitung des Sozialstaatsbegriffs zu sehr in den bei Ernst Rudolf Huber u. a. vorzufindenden Interpretationsbahnen. Kein Wort, daß Karl Ballod (Atlanticus) den Terminus schon früh in einem Bestseller des Dietz-Verlages verwendete. Aber Kempen geht es auch gar nicht um die historische Ableitung, sondern um die aktuelle, verfassungspolitische Aufgabenstellung im Kontext der Geschichte. Es handelt sich deshalb um eine höchst nützliche Sammlung und durchaus heilsame Provokation für Historiker der Arbeiterbewegung, die nicht nur wissen wollen, woher die Reise kommt, sondern wohin sie in der weiteren Geschichte – möglicherweise – gehen kann.

Gerhard Beier

Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1976 (amerikanische Originalfassung 1973), VIII, 435 S., engl. brosch., 34 DM.

Roland Simon-Schaefer/Walther Ch. Zimmerli, *Theorie zwischen Kritik und Praxis. Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule (= problemata 37)*, Friedrich Frommann Verlag/Günther Holzboog, Stuttgart-Bad Canstatt 1975, 186 S., kart., 24 DM, Ln., 36 DM.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat im letzten Jahrzehnt an den deutschen Hochschulen eine wachsende Bedeutung erlangt. In einem gewissen Umfang sind die meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland von ihr beeinflußt worden. Dies gilt in unübersehbarem Maße vor allem für den pädagogischen Bereich. Durch die entscheidende Rolle, die grundlegende Thesen von Jürgen Habermas bei der Erarbeitung der Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht des Landes Nordrhein-Westfalen gespielt haben, haben einige ihrer Ergebnisse eine gleichsam offizielle Anerkennung erfahren.

Ganz im Gegensatz zu diesen tatsächlichen Gegebenheiten stehen die Aussagen in dem überaus einseitigen Geleitwort von *Hanne Herkommer* und *Bodo von Greiff* zur deutschen Ausgabe des Buches von *Martin Jay*. Ihnen zufolge droht der Kritischen Theorie in der deutschen Gegenwart nur Verfolgung und »ein politisches Verdikt« (S. 6). Mehr noch als bei der ersten Lektüre dieses »Geleitworts« fragt sich der Leser nach der Kenntnis des Textes von Martin Jay, wie es in ein solches gerade wegen seiner Ausgewogenheit beeindruckendes Buch gelangen konnte.

Martin Jay ist mit dieser ersten Geschichte der Frankfurter Schule das Kunststück einer überaus glücklichen Verbindung seiner praktischen Sympathie für die Kritische Theorie mit einer kritisch-distanzierten Darstellung ihrer äußeren Geschichte und ihrer theoretischen Entwicklung gelungen. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem nach nahezu einem halben Jahrhundert kontinuierlicher Wirksamkeit das Ende der Frankfurter Schule mit dem Tod Theodor W. Adornos und Max Horkheimers besiegelt scheint. Denn, wie unter anderem in der Arbeit von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* deutlich wird, ist der wegen seiner Erkenntnisinteressen, wegen seiner wissenschaftlichen Fruchtbarkeit und wegen seiner Originalität als Denker am ehesten als Erbe der Gründungsväter der Frankfurter Schule anzusehende Jürgen Habermas zugleich auch in den wesentlichen Fragen als ein theoretischer Neubeginn anzusehen.

Nachdem in den Diskussionen der letzten Jahre hauptsächlich die Arbeiten Adornos und

Habermas' und nach ihrer Wiederveröffentlichung 1968 auch die wichtigsten Aufsätze Horkheimers aus der »Zeitschrift für Sozialforschung« der 20er und 30er Jahre das Bild von der Frankfurter Schule in der interessierten Öffentlichkeit geprägt hatten, wird durch die gründliche und kenntnisreiche Arbeit von *Martin Jay* nun der Überblick über ihre ganze Entwicklung und ihre gesamte personelle und theoretische Spannweite ermöglicht. Eine Reihe von bekannten Sozialwissenschaftlern, deren Zugehörigkeit zu dieser institutionalisierten Gruppe in den Jahren der Weimarer Republik heute nur noch wenigen bekannt ist, wird in ihrem persönlichen und wissenschaftlichen Verhältnis zur Frankfurter Schule vorgestellt. Zu ihnen gehören, um einige der wichtigsten Namen zu nennen, Walter Benjamin, Franz Borkenau, Erich Fromm, Henryk Grossmann, Otto Kirchheimer, Paul Lazarsfeld, Leo Löwenthal, Franz Neumann, Friedrich Pollock und Karl August Wittfogel. Sie alle gehörten in den zwanziger Jahren zum Mitarbeiterstab des 1923 auf eine Idee von Felix J. Weil hin in Frankfurt gegründeten »Instituts für Sozialforschung«. Weils Vater, der Getreidegroßkaufmann Hermann Weil, sicherte durch eine äußerst großzügige Spende und unbeirrte Dauerfinanzierung über viele Jahre hinweg die materielle Unabhängigkeit des Instituts. Als spiritus rector erwies sich deutlich schon in den ersten Jahren und im Verlauf der kommenden Jahrzehnte immer mehr Max Horkheimer. Auf Grund seiner energischen Anstöße zu kritischer Überprüfung entwickelte sich das theoretische Selbstverständnis der Institutsmitglieder, soweit es überhaupt als ein grundlegend einheitliches angesehen werden kann, von dem zunächst zu Beginn der zwanziger Jahre noch vorherrschenden eher orthodox zu nennenden Marxismus weg in Richtung auf die theoretische Neuorientierung, die auf Grund einer Formulierung Horkheimers aus den dreißiger Jahren als »Kritische Theorie« der Gesellschaft bekannt geworden ist. Erst später begannen dann Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno, deren Namen in der Öffentlichkeit heute am engsten mit der Frankfurter Schule verbunden sind, weil ihre theoretische Tätigkeit am weitesten in unsere Gegenwart hineinreichte, eine größere Rolle zu spielen.

Martin Jay rekonstruiert kenntnisreich und einfühlsam die Quellen und die Herausbildung dieses neuen Theorieansatzes. Zu Recht ordnet er ihn in den Zusammenhang der zu Beginn der Weimarer Republik von Georg Lukács und Karl Korsch begonnenen Bemühungen um eine Wiederaneignung der philosophischen Grundlagen und Aspekte des Marxismus ein. Im Unterschied zu diesen beiden Denkern verbanden aber die Vertreter der Kritischen Theorie ihre Rückwendung zu den linkshegelianischen Ursprüngen des Marxismus nicht mit einer fortgeltenden Bezugnahme auf die Arbeiterklasse als den Hauptträger der praktischen Absichten dieser Theorie, sondern lösten sich, mit einem Höhepunkt in den Arbeiten Adornos in den fünfziger und sechziger Jahren, von ihren sozialen Voraussetzungen und Bezügen immer mehr ab. Jay zeigt, wie neben der Rückwendung auf den Linkshegelianismus als Interpretationsrahmen des Marxismus vor allem die »Integration der Psychoanalyse« dazu beigetragen hat, der Kritischen Theorie ihr spezifisches Gepräge zu verleihen. Später, nach der erzwungenen Emigration in die USA, widmete sich das Institut dann unter dem Eindruck des hereingebrochenen Faschismus vor allem der empirischen Erforschung der Persönlichkeits- und Vorurteilsstrukturen, die den Faschismus letztlich möglich gemacht haben. Die im Zuge dieser großangelegten Untersuchungen erfolgten Veröffentlichungen »The Authoritarian Personality« und »Studies in Prejudice« verschafften der Arbeit des Instituts Einfluß und Respekt in der internationalen Sozialwissenschaft. Insbesondere durch die Arbeiten Benjamins und Adornos kam als weiterer Aspekt der Kritischen Theorie die Beschäftigung mit ästhetischen Problemen hinzu.

Die Vielfalt ihrer Interessenschwerpunkte und die interdisziplinäre Organisation ihrer Bearbeitung sind zwei der herausragenden Merkmale der Frankfurter Schule. Die Ergeb-

nisse ihrer Arbeit sind außer in zahllosen Buchveröffentlichungen vor allem in der von der Gründung des Instituts bis zu seiner Wiederübersiedlung nach Frankfurt nach dem zweiten Weltkrieg herausgegebenen institutseigenen »Zeitschrift für Sozialforschung« nachzulesen.

Jay läßt deutlich werden, daß alle Institutsangehörigen ausgeprägte intellektuelle Persönlichkeiten waren, so daß ihre summarische Zusammenfassung unter der Kennzeichnung »Frankfurter Schule« nur mit vielen Vorbehalten möglich ist. Ausgehend im wesentlichen von den theoretischen Impulsen Horkheimers, ließen sie sich zum allergrößten Teil aber von einer gemeinsamen Grundhaltung leiten. Dies gilt ganz besonders für den engeren Kern der Persönlichkeiten, die in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeit des Instituts nach dessen Wiederübersiedlung nach Frankfurt im Jahre 1950 getragen haben. Da die Frankfurter Universität den meisten der an einer Rückkehr interessierten Wissenschaftler des Instituts, die ohne Ausnahme 1933 emigrieren mußten, keine Lehrstühle anbieten konnte, hatten Horkheimer und Adorno allein die Kontinuität der Institutsarbeit zu sichern.

Gerade für diese beiden Autoren gilt die Kennzeichnung der Kritischen Theorie, die Jay gibt, in uneingeschränkter Weise, wenn er ihren Ansatz so umreißt, daß sie allem systematischen Denken stets ablehnend gegenüberstand. »Stattdessen fand die Kritische Theorie, wie der Name impliziert, ihren Ausdruck in einer Reihe von Kritiken, die sich mit anderen Denkern und Traditionen auseinandersetzten. Das heißt, sie erfuhr ihre Entwicklung im Dialog, und ihre Genese war so dialektisch wie die Methode, die sie auf gesellschaftliche Probleme angewendet wissen wollte. Nur wenn man ihr mit ihren eigenen Begriffen gegenübertritt, sie als einen ›Störenfried‹ anderer Systeme versteht, kann man sie voll begreifen« (S. 63). Nach den anfänglich vor allem von Horkheimer ausgearbeiteten Vorstellungen sollte die »spätbürgerliche« Wirklichkeit der entwickelten westlichen Gesellschaften mittels einer substantiellen Vernunft kritisiert werden, deren Verbreitung die Kritik des herrschenden Verständnisses von Wissenschaft voraussetzte. Zwar sollte diese Art der Kritik im Dienste einer emanzipatorischen Praxis stehen, diese Praxis selbst war aber in den späteren Jahren immer weniger ein kontrollierender Bezugspunkt der Arbeit der Frankfurter Schule. Diese kritische Gesellschaftsbetrachtung wollte nämlich schon dem eigenen Selbstverständnis der Kritischen Theorie zufolge im wesentlichen auf der Ebene einer »Negativen Dialektik« (wie ein Buchtitel Adornos heißt) verbleiben. Das Befremden und die allseits unerwartete Überraschung, mit der Adorno Ende der sechziger Jahre reagierte, als einige seiner aktivsten Seminarteilnehmer, unter ihnen Hans Jürgen Krahl und die Brüder Wolff, dazu übergingen, praktische Konsequenzen aus der von der Kritischen Theorie gelernten scharfen und totalen Gesellschaftskritik zu ziehen, war von Adornos Seite echt. Die Praxis, die er im Auge gehabt hatte, war stets bezogen auf eine Art von sensibler und unbeschädigter Subjektivität, zu der ein Sich-Einlassen auf Organisation, Kampf und Kompromiß, die die politische Praxis ausmachen, in keiner Weise gepaßt hätte. Diese trotz des beständig proklamierten praktischen Geltungskriteriums der eigenen Theorie »im Innersten apolitische Haltung« (S. 341) der Frankfurter Schule arbeitet Jay überzeugend heraus. Sie kommt in Marcuses Aufforderung zur »Großen Weigerung« gegenüber der kapitalistischen Konsumkultur ebenso zum Ausdruck wie in Adornos und Horkheimers konstantem Beharren auf »Nichtidentität«, auf »Negation« und darauf, »nicht mitzumachen«. Es ist eines der interessantesten Ergebnisse der Untersuchung von Jay, daß die Gruppe von Wissenschaftlern, die das Institut trugen und die sämtlich aus wohlhabenden jüdischen Elternhäusern kamen, selbst in der Weimarer Republik schon und dann auch wieder im amerikanischen Exil im Verhältnis zur übrigen akademischen Welt und zur Gesellschaft sich bewußt als eine »Außen-seitergruppe« (S. 337) gehalten hat, so daß ihre selbstgewählte akademisch-soziale

Existenzform und der Grundgestus ihres Theoretisierens auf das genaueste einander entsprechen.

Erstaunlich für den kundigen Leser wird es sein, im nachhinein zu lesen, daß einer der Gründe, die die Gruppe um Horkheimer nach dem zweiten Weltkrieg bewog, nach Deutschland zurückzukehren, in der Absicht bestand, die deutsche Soziologie und ihre Studenten mit den Methoden der empirischen amerikanischen Sozialforschung vertraut zu machen. Wer die Seminararbeit und die Veröffentlichungen aus dem Umkreis der Frankfurter Schule in den sechziger Jahren kennengelernt hat, weiß, daß eine ihrer Hauptanstrengungen umgekehrt vielmehr gerade darin bestand, die Prämissen dieser modernen amerikanischen Forschungsmethoden einer scharfen Kritik zu unterziehen und eine Gesellschaftstheorie anzubieten, in der für sie kein legitimer Platz mehr war. In diesen Fragen hat sie es, wie auch der Titel von Jay zu Recht nahelegt, immer lieber mit der »dialektischen Phantasie« gehalten.

Die Studie von Jay bricht im Jahre 1950 mit der Beschreibung der Rücksiedlung des Instituts aus dem amerikanischen Exil ab. Für die Geschichte der deutschen Soziologie und in gewisser Weise auch der deutschen Sozialgeschichte wäre eine Fortsetzung dieser Untersuchung der Geschichte der Frankfurter Schule für den Zeitraum zwischen 1950 und der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre sehr zu wünschen. Es würde sich dann zeigen, wie groß die direkten und indirekten Einflüsse dieses theoretischen Ansatzes nicht nur auf die sozialwissenschaftliche akademische Welt, sondern auch auf die Linkswendung der Jungsozialisten ab 1969 und auf die Konzeption der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und anderer Bereiche der politischen Bildungsarbeit seither gewesen sind.

Das Buch von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* will keine Geschichte der Frankfurter Schule sein, auch nicht der Entwicklung von Jürgen Habermas, der nicht nur im Zentrum der kritischen Betrachtungen der Autoren steht, sondern alleiniger Bezugspunkt ihrer Ausführungen ist. Da zudem seine Theorie auch nicht in ihrem Unterschied zur »traditionellen« Kritischen Theorie der Frankfurter Schule untersucht wird, ist der Untertitel »Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule« irreführend. Tatsächlich handelt es sich nahezu ausschließlich um kritische Auseinandersetzungen mit dem wissenschaftstheoretischen Ansatz von Jürgen Habermas. Diese Ebene der Kritik ist insofern gewiß höchst berechtigt, als Habermas' Wendung gegenüber dem Ansatz von Adorno und Horkheimer in der Hauptsache darin besteht, die beibehaltenen alten Intentionen einer umfassenden emanzipatorischen Praxis dadurch einzulösen, daß er die wissenschaftstheoretischen Grundlagen für eine Theorie entwickelt, die diesem Anspruch gerecht werden kann. Während Horkheimer und Adorno davon ausgingen, daß eine solche Theorie durch ihre Methodengegnerschaft in ihrem emanzipatorischen Gehalt geradezu charakterisiert sei, arbeitet Habermas an dem Programm, in kritischer Auseinandersetzung mit der fortgeschrittensten internationalen Wissenschaftstheorie eine Methodologie für eine kritisch-emanzipatorische Sozialwissenschaft zu entwickeln, in der die Erkenntnisinhalte durch das Interesse an Emanzipation legitimiert sind. Seit seiner Frankfurter Antrittsvorlesung von 1965 hat er unter dem Stichwort »Erkenntnis und Interesse« an diesem Programm gearbeitet. Mit einigen der damit aufgeworfenen Fragen beschäftigt sich der vorliegende Sammelband. Er enthält vier Einzelaufsätze von Walther Ch. Zimmerli und fünf Einzelaufsätze von Roland Simon-Schaefer. Trotz der zutreffenden Selbstcharakterisierung der beiden Schweizer Philosophieassistenten, der Leser habe kein Buch zu erwarten, »das zwei Autoren *miteinander*, sondern eher eines, das sie *gegeneinander* geschrieben haben« (S. 13), fragt sich der Leser mit fortschreitender Lektüre zunehmend ratlos, was wohl das verbindende Element der beiden Arten von Beiträgen ist. Erkennbar ist lediglich die rein formale Übereinstimmung, daß beide Autoren den Ansatz von Habermas kritisieren. Sie tun dies aber aus zwei Perspektiven, die ihrerseits wissenschaftstheoretisch nicht

miteinander vereinbar sind. Während Zimmerli aus der Perspektive einer dialektischen Universalhermeneutik an Habermas kritisiert, daß sein auf erkenntnisleitende Interessen abgestelltes Erkenntnisprogramm zu kurz greife, weil er sowohl die philosophische Hermeneutik als auch die Hegelsche Dialektik verkürzt rezipiert habe, kritisiert Simon-Schaefer den Habermasschen Ansatz aus der Perspektive des Kritischen Rationalismus.

Die starken Seiten der Beiträge von *Zimmerli* bestehen in einer sehr informativen Skizze des sogenannten »Hermeneutikstreits« zwischen 1967 und 1971, der neben dem »Positivismusstreit« und dem Streit um die Systemtheorie die dritte große wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung war, auf die sich Habermas eingelassen hat, in diesem Falle als Diskussionsgegner des Heidelberger Philosophen H.-G. Gadamer. Nach einer detaillierten und klar herausgearbeiteten Gegenüberstellung der Hauptargumente beider Seiten kommt Zimmerli zu dem Schluß, daß Habermas' Kritik an der Hermeneutik und damit die Mängel seines eigenen, als Gegenprogramm dazu entwickelten Ansatzes auf drei Versäumnissen seinerseits beruhen: (1) Habermas legt in den Begriff des »Konsensus« als Grundbegriff der Hermeneutik zu viel hinein. Während dieser Begriff nur das Sich-Verständigen meine, interpretiere Habermas ihn im Sinne von Miteinander-Übereinkommen (S. 118). (2) Habermas übersieht, daß auch die von ihm selber als Basis seiner Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie in Angriff genommene »Theorie der kommunikativen Kompetenz« noch hermeneutisch hinterfragt werden und daher keine letzte Wissenschaftsgrundlage sein kann (S. 120). (3) Habermas übersieht, daß auch seine eigene Antizipation der künftigen »guten Gesellschaft«, die als absoluter Bezugspunkt in seinen wissenschaftstheoretischen und gesellschaftstheoretischen Konzeptionen figuriert, durch seine eigenen historischen und gesellschaftlichen Denkvorsetzungen vermittelt ist (S. 120).

Nach Zimmerlis Auffassung würde Habermas durch eine Einsicht in diese Mängel dazu gebracht, die universelle Hermeneutik und eine »rationale Dialektik« als angemessene Konzeptionen zu akzeptieren, statt ein Programm zu entfalten, das wie seine erkenntnisleitenden Interessen auf einem Mangel an Selbstreflexion beruht. In seinem Schlußaufsatz bemüht sich Zimmerli um die Skizze einer solchen »rationalen« Dialektik. Es erscheint dem Rezensenten als fragwürdig, ob Zimmerlis eigener Ansatz weiterführen kann als der von Habermas. Verdienstvoll und informativ sind in jedem Falle seine Darstellung der Habermasschen Position und die Herausarbeitung einiger ihrer zentralen Schwachstellen.

Die Beiträge von *Simon-Schaefer* sind zum einem dem Nachweis gewidmet, daß Habermas seine Gegner im sogenannten »Positivismusstreit« in wesentlichen Fragen unrichtig interpretiert hat. Hierzu gehört vor allem der Sinn des Wertfreiheitspostulats, das Simon-Schaefer zufolge nicht einem irrationalen Dezisionismus Vorschub leisten will, sondern »ein analytisches Instrument« darstellt, das eine rationale Wissenschaft überhaupt erst konstituiert (S. 180). Aus diesem Mißverständnis, das ein Grundzug der ganzen Frankfurter Schule ist, resultiert nach Simon-Schaefer der Hauptfehler der theoretischen Konzeption von Jürgen Habermas. Legitim wäre eine Kritik oder auch »Kritische Theorie« des gesellschaftlich vorherrschenden Typs der instrumentellen Vernunft in den Kategorien der praktischen Philosophie. Statt sich aber dieser Aufgabe zu unterziehen, will Habermas seine praktischen Interessen dadurch verwirklichen, daß er die bestehenden Wissenschaften grundsätzlich kritisiert und der Meinung ist, nur durch eine grundsätzlich neue Wissenschaft könnten die herrschenden Einstellungen und Wertungen geändert werden. Damit leistet Habermas weder der Wissenschaft noch seinen praktischen Interessen den besten Dienst. »Der Versuch, eine kritische Theorie der Gesellschaft zu begründen in Entgegensetzung zu der sogenannten traditionellen Wissenschaft, beruht [. . .] auf einer falschen wissenschaftstheoretischen Zuordnung eines ursprünglich richtigen gesellschafts-

kritischen Grundgedankens« (S. 180). Die übrigen Aufsätze dieses Verfassers sind dem Nachweis dieser These im einzelnen gewidmet, indem die Unangemessenheit von Habermas' Ansatz mit wissenschaftstheoretischen Argumenten dargelegt wird.

Die für den Rezensenten interessantesten Passagen des gesamten Bandes sind das halbe Dutzend Seiten, auf denen Simon-Schaefer das Grunddilemma der Frankfurter Schule traditioneller, aber auch Habermasscher Prägung zu erklären versucht, nämlich die Frage, warum diese Theorie zur immer wieder von ihr selbst beschworenen politischen Praxis nicht hat führen können. Hier gelingen dem Verfasser einige grundsätzliche Einsichten über die Grenzen der Wirksamkeit der Kritischen Theorie für die politische Praxis. Zwei seiner wichtigsten Argumente lauten: (1) Politische Praxis kann nicht, wie Habermas es tut, nach dem Modell der Selbstveränderung durch Reflexion beschrieben werden, wie es die Psychoanalyse praktiziert, denn: »Fasziniert von der Psychoanalyse, hat Habermas den grundlegenden Unterschied zwischen einer Neurose und der kapitalistischen Gesellschaft übersehen. Die Neurose kann im günstigen Falle zum Verschwinden gebracht werden dadurch, daß man sie erkennt. Die kapitalistische Gesellschaft ist aber, auch wenn man sie durchschaut und entlarvt hat, immer noch genau so wirklich wie zuvor, sie verschwindet nicht automatisch. Wenn man sie durchschaut hat, dann tauchen überhaupt erst die wirklichen Probleme einer kritischen Theorie auf, und das sind durchweg technische Fragen: Wie kann denn nun eine Änderung der Gesellschaft technisch wirklich bewältigt werden? Wie muß die herrschaftsfreie Gesellschaft organisiert werden, damit sie ihrem Anspruch gerecht wird?« (S. 159). (2) Politische Praxis kann aber auch nicht nach dem von Habermas bemühten Modell einer herrschaftsfreien Kommunikation verstanden werden. »Die Frage, die eine praktische Philosophie lösen müßte, wie nämlich als vernünftig erkannte Normen in der Gesellschaft verwirklicht werden können, ist durch die Idee des herrschaftsfreien Diskurses mündiger Subjekte gerade nicht beantwortet« (S. 163). Der herrschaftsfreie Dialog ist selbst als Idee *vorpolitisch*, denn er ist zwar geeignet, bessere Normen für die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermitteln, für deren Umsetzung im politischen Kampf leistet er indessen keinen Beitrag.

Mit diesem Urteil, daß die Kritische Theorie in die eigentlich politische Dimension in ihren Theorien niemals vorgestoßen sei, trifft Simon-Schaefer tatsächlich deren Grunddilemma im Kern. Eine Theorie, die angetreten war, um alle Wissenschaft an ihren praktischen Ergebnissen zu messen, muß sich am Ende auch an ihrer eigenen Praxislosigkeit messen lassen.

Es ist das gemeinsame Ergebnis beider hier vorgestellter Bücher, daß die Kritische Theorie, was immer ihre Verdienste im übrigen auch sein mögen, in dem Bereich, auf den hin sie angelegt war, der gesellschaftsverändernden Praxis, keine Erfolge vorzuweisen hat.

Thomas Meyer

Horst Heimann, Theoriediskussion in der SPD. Ergebnisse und Perspektiven (= Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 308 S., kart., 19,80 DM.

Bei diesem Buch handelt es sich zugleich um eine Geschichte der Theoriediskussion in der SPD seit dem Ende der 60er Jahre und um einen Beitrag zu ihr. Der Autor entwirft nicht lediglich die Skizze der tatsächlichen Entwicklung der theoretischen Auseinandersetzungen, sondern er nimmt selbst Stellung. Gleichwohl ist dieses Stück Zeitgeschichtsschreibung in praktischer Absicht von wissenschaftlichem Wert, weil die Identifikation des Autors nicht mit einer der an der Theoriediskussion beteiligten Gruppierungen erfolgt, sondern auf breiteren Grundlagen ruht. So ist auch die praktische Absicht des Buches nicht in der Stärkung einer bestimmten Richtung zu suchen, sondern in der Verbesserung der Qualität der Theoriediskussion insgesamt. Wegen der Unabgeschlossenheit dieser

kritischen Grundgedankens« (S. 180). Die übrigen Aufsätze dieses Verfassers sind dem Nachweis dieser These im einzelnen gewidmet, indem die Unangemessenheit von Habermas' Ansatz mit wissenschaftstheoretischen Argumenten dargelegt wird.

Die für den Rezensenten interessantesten Passagen des gesamten Bandes sind das halbe Dutzend Seiten, auf denen Simon-Schaefer das Grunddilemma der Frankfurter Schule traditioneller, aber auch Habermasscher Prägung zu erklären versucht, nämlich die Frage, warum diese Theorie zur immer wieder von ihr selbst beschworenen politischen Praxis nicht hat führen können. Hier gelingen dem Verfasser einige grundsätzliche Einsichten über die Grenzen der Wirksamkeit der Kritischen Theorie für die politische Praxis. Zwei seiner wichtigsten Argumente lauten: (1) Politische Praxis kann nicht, wie Habermas es tut, nach dem Modell der Selbstveränderung durch Reflexion beschrieben werden, wie es die Psychoanalyse praktiziert, denn: »Fasziniert von der Psychoanalyse, hat Habermas den grundlegenden Unterschied zwischen einer Neurose und der kapitalistischen Gesellschaft übersehen. Die Neurose kann im günstigen Falle zum Verschwinden gebracht werden dadurch, daß man sie erkennt. Die kapitalistische Gesellschaft ist aber, auch wenn man sie durchschaut und entlarvt hat, immer noch genau so wirklich wie zuvor, sie verschwindet nicht automatisch. Wenn man sie durchschaut hat, dann tauchen überhaupt erst die wirklichen Probleme einer kritischen Theorie auf, und das sind durchweg technische Fragen: Wie kann denn nun eine Änderung der Gesellschaft technisch wirklich bewältigt werden? Wie muß die herrschaftsfreie Gesellschaft organisiert werden, damit sie ihrem Anspruch gerecht wird?« (S. 159). (2) Politische Praxis kann aber auch nicht nach dem von Habermas bemühten Modell einer herrschaftsfreien Kommunikation verstanden werden. »Die Frage, die eine praktische Philosophie lösen müßte, wie nämlich als vernünftig erkannte Normen in der Gesellschaft verwirklicht werden können, ist durch die Idee des herrschaftsfreien Diskurses mündiger Subjekte gerade nicht beantwortet« (S. 163). Der herrschaftsfreie Dialog ist selbst als Idee *vorpolitisch*, denn er ist zwar geeignet, bessere Normen für die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermitteln, für deren Umsetzung im politischen Kampf leistet er indessen keinen Beitrag.

Mit diesem Urteil, daß die Kritische Theorie in die eigentlich politische Dimension in ihren Theorien niemals vorgestoßen sei, trifft Simon-Schaefer tatsächlich deren Grunddilemma im Kern. Eine Theorie, die angetreten war, um alle Wissenschaft an ihren praktischen Ergebnissen zu messen, muß sich am Ende auch an ihrer eigenen Praxislosigkeit messen lassen.

Es ist das gemeinsame Ergebnis beider hier vorgestellter Bücher, daß die Kritische Theorie, was immer ihre Verdienste im übrigen auch sein mögen, in dem Bereich, auf den hin sie angelegt war, der gesellschaftsverändernden Praxis, keine Erfolge vorzuweisen hat.

Thomas Meyer

Horst Heimann, Theoriediskussion in der SPD. Ergebnisse und Perspektiven (= Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 308 S., kart., 19,80 DM.

Bei diesem Buch handelt es sich zugleich um eine Geschichte der Theoriediskussion in der SPD seit dem Ende der 60er Jahre und um einen Beitrag zu ihr. Der Autor entwirft nicht lediglich die Skizze der tatsächlichen Entwicklung der theoretischen Auseinandersetzungen, sondern er nimmt selbst Stellung. Gleichwohl ist dieses Stück Zeitgeschichtsschreibung in praktischer Absicht von wissenschaftlichem Wert, weil die Identifikation des Autors nicht mit einer der an der Theoriediskussion beteiligten Gruppierungen erfolgt, sondern auf breiteren Grundlagen ruht. So ist auch die praktische Absicht des Buches nicht in der Stärkung einer bestimmten Richtung zu suchen, sondern in der Verbesserung der Qualität der Theoriediskussion insgesamt. Wegen der Unabgeschlossenheit dieser

Diskussion selbst und wegen der mangelnden zeitlichen Distanz zu dem behandelten Abschnitt kann es sich bei Heimanns Buch freilich nur um eine Zwischenbilanz handeln.

Diese ist von um so größerem Wert, als es sich bei dem vorgeführten Ausschnitt aus der Geschichte der theoretischen Selbstverständigung der deutschen Sozialdemokratie um eine grundlegende Besinnung auf den Gehalt der sozialistischen Prinzipien handelt. Die Tatsache, daß diese Theoriediskussion der Sozialdemokratie von Gruppen gleichsam aufgedrängt wurde, die in ihren Personen und Ideen aus der Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre hervorgegangen sind, hat ihre Struktur auf eigentümliche Weise bis in die jüngste Gegenwart geprägt.

Heimann legt auf kenntnisreiche Art dar, wie sich die Jungsozialisten in der SPD spätestens seit 1969, wo auf ihrem ersten Münchener Kongreß in Beschlüssen und Personalentscheidungen der Übergang zur innerparteilichen Opposition vollzogen wurde, zum Organ der politischen Formulierung vieler Impulse machten, die von der außerparlamentarischen Bewegung ihren Ausgang genommen hatten. Diese Konstellation führte seiner Darstellung zufolge nun dazu, daß von weiten Kreisen der Sozialdemokratie diese Theoriediskussion niemals als Angebot zur Grundlegung einer gemeinsamen Strategie angenommen worden ist, während die Theorie der Jungsozialisten in erheblichem Maße jener akademischen Einstellung der vollständigen Sofortveränderung des gesamten kapitalistischen Gesellschaftssystems verhaftet bleibt, die zu einer realistischen Veränderungskonzeption unfähig ist.

Heimann geht nun so vor, daß er zunächst für »drei Hauptbereiche der Theorie« (S. 49), nämlich Ziel und Weg der Politik sowie Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, untersucht, welche grundsätzlichen Alternativen der Orientierung hier jeweils möglich sind und ob die Position des Godesberger Programms der Sozialdemokratie und die in den Beschlüssen der Jungsozialisten deutlich werdende Haltung innerhalb der gleichen Alternative angesiedelt sind oder ob sie sich prinzipiell voneinander unterscheiden. Dieses Verfahren ist dem Nachweis gewidmet, daß sich bei allen Unterschieden im einzelnen eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie und den Entscheidungen der Jungsozialisten nachweisen läßt. Denn eine Analyse der Beschlüsse der Bundeskongresse der Jungsozialisten zwischen 1969 und 1971 und deren Vergleich mit den Programmen und Beschlüssen der Gesamtpartei zeigt eine grundsätzliche Übereinstimmung in den drei von Heimann untersuchten Theoriebereichen. In ihrem Zielverständnis sind beide gleichermaßen »systemverändernd« und nicht »systemerhaltend«, wenn unter »System« die profitorientierte undemokratische kapitalistische Produktionsweise verstanden wird und nicht etwa der politische Rahmen einer freiheitlich demokratischen Grundordnung (S. 145). In ihrem Wegverständnis stimmen beide in der Ablehnung der Revolutionsstrategie zugunsten einer Politik schrittweiser Reformen überein. In den theoretischen Grundfragen der Gesellschaftsanalyse gehen beide von der Erkenntnis der Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse aus.

Der Wert der Heimannschen Analyse besteht nun nicht so sehr im Ergebnis dieses Vergleichs – in einigen Punkten hätte man sich feinere Vergleichskriterien als die genannten gewünscht –, sondern in der Darstellung und Zusammenfassung der einzelnen Programm-entscheidungen der Jungsozialisten und der Gesamtpartei. Ein Mangel seiner Arbeit liegt darin, daß er mit einem weithin ungeklärten Systembegriff arbeitet. Zwar unterscheidet er nachdrücklich zwischen dem politisch-demokratischen System, das von der Gesamtpartei und den Jungsozialisten ausdrücklich bejaht wird, und dem undemokratischen Wirtschaftssektor, dessen Demokratisierung gemeint ist, wenn von Systemveränderung die Rede ist (S. 173 ff.), aber es bleibt doch unklar, welche Merkmale genau das Wirtschaftssystem zum kapitalistischen machen und unter welchen Voraussetzungen es sozialistisch genannt zu werden verdiente. Heimann wünschte sich, zur Unterscheidung

der beiden Systemalternativen würden konsequent die Bezeichnungen Kapitalismus und Sozialismus gewählt; da er aber den Sozialismus nicht mit Vergesellschaftung gleichsetzt, wäre bei dieser Begriffsverwendung eine Klärung der Systemkriterien sinnvoll gewesen. Immerhin gibt Heimann die ins Auge gefaßte Richtung an, wenn er von einer Demokratisierung des Wirtschaftssystems als Kennzeichen der Überwindung des Kapitalismus spricht. Angesichts dieser Sachlage können die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Jungsozialisten und Gesamtpartei Heimann zufolge nur auf Unklarheit der Begriffe und Mangel an Kommunikationsbereitschaft zurückgeführt werden.

Von besonderem Wert ist Heimanns ebenso scharfsinnige wie witzige Rekonstruktion der Fraktionierung innerhalb des Bundesverbandes der Jungsozialisten, wie sie sich in krasser Form auf dem Wiesbadener Bundeskongreß 1975 äußerte. Anhand des bis heute heftig umstrittenen Begriffs einer angeblichen »Systemgrenze« für Reformen, die eine Überwindung des Kapitalismus auf diesem Wege unmöglich mache, zeigt Heimann, wie sehr die Jungsozialisten in ihrer Strategievorstellung von den akademischen Antirevisionisten beeinflusst bleiben, deren Theorien die eigene politische Anwendbarkeit systematisch ignorieren. Wenn die Jungsozialisten es nicht verstehen, sich von diesen Einflüssen freizumachen, und eine reformorientierte Theoriebildung in Angriff nehmen, werden sie nach Heimanns Einschätzung in die politische »Sackgasse« (S. 190) geraten. Die Überwindung ihres »Strategie-Defizits« (S. 178), das die Jungsozialisten trotz ihrer beachtlichen Grundposition bislang nicht abbauen konnten, hat sie spätestens seit 1975 auf Abwege geführt, weil sie in einem dogmatischen Rückgriff auf marxistische Positionen die Wirklichkeit der Bundesrepublik zunehmend verfehlen. Es ist zunächst überraschend, daß Heimann diesem Teil der Jungsozialisten empfiehlt, statt an einen dogmatisch verengten Marx lieber an den Revisionismus Bernsteins anzuknüpfen. Es gelingt ihm in einer beachtenswerten Bernsteininterpretation darzutun, daß Bernstein nicht als Gewährsmann für einen theorieleeren Opportunismus herangezogen werden kann, sondern vielmehr der theoretische »Vater systemverändernder Reformstrategie« ist (S. 251). Bei ihm sind die Begriffe und Anregungen zu finden, die beide wichtigen Desiderate zugleich erfüllen: theoretische Fundierung und praktische Ausrichtung der sozialistischen Politik. (Diesen Punkt hat Heimann in der Zwischenzeit durch eine Neuauflage ausgewählter Bernstein-Texte mit einer ausführlichen Einleitung vertieft.)

Neben dieser theoretischen Umorientierung empfiehlt Heimann vor allem die Beachtung einiger Grundsätze in der künftigen Theoriediskussion, die er aus einer Analyse des relativen Mißerfolgs der bisherigen gewinnt. Dazu gehört vor allem, daß die Praxis ein Ende haben muß, wo über komplette Theorien abgestimmt wird und Personalwahlen vom Bekenntnis zu bestimmten Theorien abhängig gemacht werden. Ein solches Verfahren führt statt zu einer wirklichen Diskussion zur dauernden Verhärtung der Fronten und zu einem bloß taktischen Gebrauch der Theorien.

Heimanns Fazit: Nicht die Beendigung, sondern die qualitative Verbesserung der Theoriediskussion ist der Schlüssel für das Gelingen sozialdemokratischer Politik.

Dieses kenntnisreiche, nützliche und kluge Buch, das verständlich und geistreich geschrieben ist, muß jedem zur Lektüre empfohlen werden, der sich in theoretischer oder praktischer Absicht der Theoriediskussion in der Sozialdemokratie zuwendet.

Thomas Meyer

Hans Jöchen Brauns/Urs Jaeggi/Klaus Peter Kisker/Axel Zerdick/Burkhard Zimmermann, Die SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945 (= Texte zur politischen Theorie und Praxis; Fischer Taschenbücher 6518), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1976, 406 S., kart., 12,80 DM.

Die Autoren des umfänglichen Taschenbuchs, sämtlich an Berliner Hochschulen lehrende SPD-Mitglieder, möchten mit ihm vor allem einen praktisch-politischen »Diskussionsbeitrag« zur weiteren Politik der SPD liefern.

Es liegt daher nahe, zunächst die zentralen Thesen und Perspektiven des Buches deutlich zu machen: Nach ihnen sucht die SPD »die Interessen des Kapitals ebenso wie die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten«, was »bei zunehmender Verschärfung der ökonomischen Krise scheitern muß«; dies sei gegenwärtig das Schicksal der sozialdemokratischen Reformpolitik (S. 7 f.). Immer wieder seit 1945, so suchen die Autoren zu zeigen, habe sich die Partei theoretisch wie praktisch versagt, sich allein auf die Interessen der Arbeiterklasse auszurichten und »den Sozialismus« bzw. wenigstens Zwischenschritte zu ihm zu erkämpfen. Wenn der SPD auch zuweilen partiell richtige (z. B. antimonopolistische) Tendenzen attestiert und ihre linken Minderheitsströmungen in der Darstellung berücksichtigt werden, gilt sie den Autoren doch »seit 1914 als Partei der Bewahrung bürgerlicher Ideologien in der Arbeiterklasse«, als eine Partei, die freilich »noch« Lohnabhängige an sich binde und daher politische Arbeit in ihr notwendig erscheinen lasse (S. 312, 315).

In derartigen Perspektiven und Formulierungen sowie in der übrigen Begrifflichkeit wird – trotz gelegentlicher Differenzierungsansätze – ein holzgeschnittener, grobflächiger »Marxismus« sichtbar, der das ganze Buch durchzieht. Er ist charakterisiert durch einfache antagonistische bzw. dichotomische Gegenüberstellungen, etwa die von monopolistischem Kapital und Arbeiterklasse oder die von »bürgerlicher Ideologie und der Ideologie der Arbeiterklasse« (S. 227); durch das Schema von den »objektiven« Interessen (z. B. S. 171); durch eine Vorstellung von »dem Sozialismus«, die ihn lediglich als Aufhebung der Lohnarbeit faßt (S. 64, 70); durch die von Fülberth/Harrer übernommene, historisch unzutreffende Definition von »Revisionismus« (S. 11).

Zur Position des Buches gehört schließlich noch die als Alternative geforderte »konsequent fortschrittliche Politik«, als deren Elemente vor allem eine harte Klassenvertretung, eine Beendigung parlamentarischer »Illusionen« und wesentlich parlamentarischer Politik (z. B. S. 83, 75) sowie der Abbau von Antikommunismus und die Perspektive der Aktionseinheit (z. B. S. 316 ff.) hervortreten. Die Autoren deuten selbst an, daß eine Politik in ihrem Sinne wohl zur Regierungsunfähigkeit der SPD (wenn auch nur unter heutigem Bewußtseinsstand) führen müßte (S. 7); Faktoren, die dem entgegenstehen, werden – abgesehen vom Glauben an ein einmal doch durchbrechendes Klassenbewußtsein – nicht genannt. Was somit als Ausweg aus der »Krise« der SPD angeboten wird, sind der Bruch mit Grundentscheidungen des Godesberger Programms und der sichere Abmarsch in eine Grundsatzopposition gegen den »bürgerlichen« Staat.

Der Charakter eines primär politisch gemeinten Diskussionsbeitrages hat das Autorenkollektiv immerhin nicht davon abgehalten, seinen Ausführungen eine recht breite Materialbasis zugrunde zu legen und sich um einen sorgfältigen Nachweis zu bemühen. Indem über partei- und sozialgeschichtliche Literatur hinaus SPD-Jahrbücher und Parteitageprotokolle, Zeitschriften wie Die Neue Gesellschaft, Berliner Blätter, Gewerkschaftliche Monatshefte und die alte Sozialistische Politik, ferner Dokumentationen wie die Flechtheims und Keesings Archiv herangezogen sind, gelingt es, trotz des weitgespannten Gegenstands über eine reine Sekundäranalyse hinauszukommen. Freilich handelt es sich durchweg um bereits publiziertes Material, so daß das Buch dem mit der SPD-Entwicklung Vertrauten kaum wesentlich Neues an Information vermitteln kann. Doch

Menge und Dichte der ausgebreiteten Information machen es lesenswert und dürften ihm einen breiten Leserkreis auch über den Bereich derer hinaus sichern, die von den Thesen des Buches überzeugt sind.

Leider finden sich im Text auch freischwebende, meist vage formulierte Behauptungen, die als solche vom Durchschnittsleser kaum erkannt werden können. Beispiele hierfür sind u. a. die Behauptungen,

- Schumacher und »viele Sozialdemokraten« hätten nach 1945 die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration ausgeschlossen (S. 62);
- die SPD sei vor 1948 für eine Planwirtschaft eingetreten, welche Konsumfreiheit ausgeschlossen hätte (S. 69);
- kommunale Finanznot habe seit Mitte der fünfziger Jahre in enger Verbindung mit Rüstungs- und Notstandspolitik gestanden (S. 223).

Zu begrüßen ist der vorgenommene Versuch einer systematischen Einbeziehung sozio-ökonomischer Entwicklungen in die Parteianalyse. Dieser Versuch wird sichtbar bereits in der – übersichtlichen und konsequenten – Gliederung des Bandes, die ihn zunächst in vier chronologische Hauptabschnitte (1945–49, 1950–66, ab 1966, gegenwärtige Situation) unterteilt, welche ihrerseits jeweils ein Kapitel zur ökonomischen Entwicklung, eines zur »Lage der Arbeiterklasse« (unter Einbeziehung des Faktors Bewußtsein) sowie eines zur eigentlichen Parteientwicklung enthält. Eine Integration der drei Betrachtungsebenen ist jedoch nicht erreicht worden, im wesentlichen laufen die drei Stränge der Darstellung nebeneinander her. Dies hat zur Folge, daß die an der ökonomischen Entwicklung ausgerichtete Abschnittsgliederung (die nicht 1959/60 und nicht 1969 Einschnitte vornimmt, wie es die parteiliche Entwicklung eher nahelegt) nicht völlig überzeugen kann. Alles in allem ein Buch, das sich der nicht mehr ganz kurzen Reihe der Darstellungen der Nachkriegs-SPD hinzugesellt, welche von linker Grundsatzkritik an ihrem Gegenstand geprägt sind (Pirker, Narr, Hofschien, v. Freyberg u. a.). Es dürfte gerade auch dank seines zweifellos auch vorhandenen Informationsgehalts im Sinne seiner Autoren wirken, wenn auch doch wohl nur im universitären Bereich.

Wolfgang Rudzio

Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, hrsg. von Ferdi Breidbach und Rüdiger May, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1975, 326 S., Ln., 34 DM.

Zweck des Buches ist eine apologetische Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Öffentlichkeit, die Sozialausschüsse seien keine wirkungsvollen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen in der CDU/CSU: also ein politischer und kein wissenschaftlicher Zweck. Dementsprechend sind Autoren und Beiträge ausgewählt, die sich in drei Gruppen einteilen lassen: 1) die prominenten Parteiführer und MdB, u. a. H. Kohl, K. Carstens, F. J. Strauß, R. Barzel, J. Klein, H. Köhler, G. Kuhn, A. Müller, M. Wissmann, G. Tandler, N. Blüm und F. Breidbach; 2) Funktionäre der Sozialausschüsse oder mit sozialen Fragen beschäftigte Fraktionsangestellte, z. B. H. Enneper, W. Koppers, R. Lindemann und E. Müller-Steineck, und 3) schließlich einige Wissenschaftler und Publizisten, so H. Kaltefleiter, E. Dall'Asta, O. von Nell-Breuning und H.-W. Hartelt.

Der Tenor der Beiträge kann je nach ideologischem Standort des Autors klassifiziert werden. *H. Kohl* stellt in knappen Zügen sein Konzept der Volkspartei in integrativer und ideologisch mediatisierender Zielsetzung dar. *Strauß* propagiert im Grunde dasselbe. Auf das im Einleitungsaufsatz von *R. May* angeschnittene Problem der Position der Sozialausschüsse gehen beide nicht ein und können dies auch nicht, da sie ihre Verwendung des Begriffes »Integration« nicht darlegen. *Köhler* expliziert im gleichen Sinn katalogartig die Einzelbestimmungen einer Volkspartei: Konservativ sei sie in Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft – die ja an sich liberal sein soll –, liberal gegenüber der Öffnung

Menge und Dichte der ausgebreiteten Information machen es lesenswert und dürften ihm einen breiten Leserkreis auch über den Bereich derer hinaus sichern, die von den Thesen des Buches überzeugt sind.

Leider finden sich im Text auch freischwebende, meist vage formulierte Behauptungen, die als solche vom Durchschnittsleser kaum erkannt werden können. Beispiele hierfür sind u. a. die Behauptungen,

- Schumacher und »viele Sozialdemokraten« hätten nach 1945 die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration ausgeschlossen (S. 62);
- die SPD sei vor 1948 für eine Planwirtschaft eingetreten, welche Konsumfreiheit ausgeschlossen hätte (S. 69);
- kommunale Finanznot habe seit Mitte der fünfziger Jahre in enger Verbindung mit Rüstungs- und Notstandspolitik gestanden (S. 223).

Zu begrüßen ist der vorgenommene Versuch einer systematischen Einbeziehung sozio-ökonomischer Entwicklungen in die Parteianalyse. Dieser Versuch wird sichtbar bereits in der – übersichtlichen und konsequenten – Gliederung des Bandes, die ihn zunächst in vier chronologische Hauptabschnitte (1945–49, 1950–66, ab 1966, gegenwärtige Situation) unterteilt, welche ihrerseits jeweils ein Kapitel zur ökonomischen Entwicklung, eines zur »Lage der Arbeiterklasse« (unter Einbeziehung des Faktors Bewußtsein) sowie eines zur eigentlichen Parteientwicklung enthält. Eine Integration der drei Betrachtungsebenen ist jedoch nicht erreicht worden, im wesentlichen laufen die drei Stränge der Darstellung nebeneinander her. Dies hat zur Folge, daß die an der ökonomischen Entwicklung ausgerichtete Abschnittsgliederung (die nicht 1959/60 und nicht 1969 Einschnitte vornimmt, wie es die parteiliche Entwicklung eher nahelegt) nicht völlig überzeugen kann. Alles in allem ein Buch, das sich der nicht mehr ganz kurzen Reihe der Darstellungen der Nachkriegs-SPD hinzugesellt, welche von linker Grundsatzkritik an ihrem Gegenstand geprägt sind (Pirker, Narr, Hofschien, v. Freyberg u. a.). Es dürfte gerade auch dank seines zweifellos auch vorhandenen Informationsgehalts im Sinne seiner Autoren wirken, wenn auch doch wohl nur im universitären Bereich.

Wolfgang Rudzio

Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, hrsg. von Ferdi Breidbach und Rüdiger May, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1975, 326 S., Ln., 34 DM.

Zweck des Buches ist eine apologetische Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Öffentlichkeit, die Sozialausschüsse seien keine wirkungsvollen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen in der CDU/CSU: also ein politischer und kein wissenschaftlicher Zweck. Dementsprechend sind Autoren und Beiträge ausgewählt, die sich in drei Gruppen einteilen lassen: 1) die prominenten Parteiführer und MdB, u. a. H. Kohl, K. Carstens, F. J. Strauß, R. Barzel, J. Klein, H. Köhler, G. Kuhn, A. Müller, M. Wissmann, G. Tandler, N. Blüm und F. Breidbach; 2) Funktionäre der Sozialausschüsse oder mit sozialen Fragen beschäftigte Fraktionsangestellte, z. B. H. Enneper, W. Koppers, R. Lindemann und E. Müller-Steineck, und 3) schließlich einige Wissenschaftler und Publizisten, so H. Kaltefleiter, E. Dall'Asta, O. von Nell-Breuning und H.-W. Hartelt.

Der Tenor der Beiträge kann je nach ideologischem Standort des Autors klassifiziert werden. *H. Kohl* stellt in knappen Zügen sein Konzept der Volkspartei in integrativer und ideologisch mediatisierender Zielsetzung dar. *Strauß* propagiert im Grunde dasselbe. Auf das im Einleitungsaufsatz von *R. May* angeschnittene Problem der Position der Sozialausschüsse gehen beide nicht ein und können dies auch nicht, da sie ihre Verwendung des Begriffes »Integration« nicht darlegen. *Köhler* expliziert im gleichen Sinn katalogartig die Einzelbestimmungen einer Volkspartei: Konservativ sei sie in Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft – die ja an sich liberal sein soll –, liberal gegenüber der Öffnung

für Problemlösungen der Zukunft – was eigentlich besser ›umsichtig‹ oder ›beweglich‹ heißen könnte –, sozial, wenn es auf die Gerechtigkeit ankomme – wobei die prinzipielle Antinomie von Sozial- und Rechtsstaat nicht diskutiert wird –, und schließlich »christlich« im Bild vom Menschen; wie allerdings sein Bild vom Menschen mit den übrigen drei Bestimmungen in Einklang zu bringen ist, bleibt ungesagt.

*Kaltesleiter/Rabeneich* unterstützen diese Vorstellungen mit Hinweisen auf das Wählerverhalten in den siebziger Jahren und *K. Carstens* mit einem historischen Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik, der freilich in seinen Einzelheiten außerordentlich problematisch ist; denn z. B. übersieht er, daß die von ihm als Verdienste der CDU reklamierten Gesetze zur Mitbestimmung oder Betriebsverfassung Adenauer u. a. mit Generalstreikdrohungen abgerungen werden mußten.

Anders liegen dagegen die Akzente bei *Norbert Blüm*. Er rückt das christliche Element in der Programmatik der CDU in den Vordergrund und leitet daraus die Forderung nach immerwährendem Kampf gegen jedwede Form sich stets erneut verfestigender Herrschaft sowie die Gleichheit aller Bürger ab. *v. Nell-Breuning* legt ähnliche Vorstellungen in freilich mehr systematischer Weise vor.

Die konstatierte Dualität taucht auch in jenen Abschnitten des Buches auf, die sich mit der Stellung der Sozialausschüsse innerhalb der CDU befassen. *Koppers, Enneper* und *Lindemann* beklagen, liberale und konservative Kräfte hätten die Bemühungen der Sozialausschüsse, etwa das Ahlener Programm durchzusetzen, verhindert, wobei sie es unterlassen, z. B. Adenauer zu nennen. *H. George*, Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, stellt demgegenüber eine wachsende Dominanz der Arbeitnehmerorganisation in der Partei fest und beteuert, dies sei dem Charakter einer Volkspartei abträglich.

Das Buch spiegelt also, insgesamt gesehen, die Situation der CDU wider, sein Schlußteil, eine umfangreiche Zusammenstellung der Programmatik der Sozialausschüsse, ist für den Zeithistoriker der weitaus informativste Abschnitt.

Peter Hüttenberger

Peter Claus Hartmann, Pariser Archive, Bibliotheken und Dokumentationszentren zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in Benützungspraxis und Bestände für Historiker, Politologen und Journalisten (= Dokumentation Westeuropa 1), Verlag Dokumentation, München 1976, 131 S. und Stadtplan, Linson, 28 DM.

Voilà une plaquette utile, à recommander vivement à tout chercheur »parisien« lisant l'allemand, ainsi qu'aux autres, car la part réservée à cette langue est relativement minime. Si la lecture cursive de l'ouvrage, qui explique par le détail les démarches à suivre (jamais les mêmes) pour obtenir (ou non) un livre ou un document dans la cinquantaine des plus importantes archives et bibliothèques parisiennes, est à déconseiller à qui n'est pas amateur de Kafka ou du Père Ubu, les renseignements rassemblés par l'auteur représenteront pour l'utilisateur un gain de temps inappréciable. Et je ne parle pas seulement pour les débutants en la matière; même à qui fréquente depuis 10, 15 ou 20 ans ces lieux de »la mémoire du monde«, le livre de Hartmann pourra faire découvrir l'existence de telle ou telle bibliothèque ou archive négligée ou ignorée.

Peut-être aurait-il fallu signaler, de la même manière que »l'annexe de Versailles« du département des imprimés de la Bibliothèque Nationale, quelques grandes annexes de province, comme »l'annexe d'Aix-en-Provence« du département Outre-Mer des Archives Nationales. Mais la principale critique qu'on peut adresser à ce guide est d'avoir fait commencer, pour la description des fonds d'archives, le 19<sup>e</sup> siècle à 1850 environ (de façon non systématique d'ailleurs, étant donné l'imbrication des fonds), ce qui écarte dans une large mesure la période décisive de la Révolution, de l'Empire et des suites,

für Problemlösungen der Zukunft – was eigentlich besser ›umsichtig‹ oder ›beweglich‹ heißen könnte –, sozial, wenn es auf die Gerechtigkeit ankomme – wobei die prinzipielle Antinomie von Sozial- und Rechtsstaat nicht diskutiert wird –, und schließlich »christlich« im Bild vom Menschen; wie allerdings sein Bild vom Menschen mit den übrigen drei Bestimmungen in Einklang zu bringen ist, bleibt ungesagt.

*Kaltesleiter/Rabeneich* unterstützen diese Vorstellungen mit Hinweisen auf das Wählerverhalten in den siebziger Jahren und *K. Carstens* mit einem historischen Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik, der freilich in seinen Einzelheiten außerordentlich problematisch ist; denn z. B. übersieht er, daß die von ihm als Verdienste der CDU reklamierten Gesetze zur Mitbestimmung oder Betriebsverfassung Adenauer u. a. mit Generalstreikdrohungen abgerungen werden mußten.

Anders liegen dagegen die Akzente bei *Norbert Blüm*. Er rückt das christliche Element in der Programmatik der CDU in den Vordergrund und leitet daraus die Forderung nach immerwährendem Kampf gegen jedwede Form sich stets erneut verfestigender Herrschaft sowie die Gleichheit aller Bürger ab. *v. Nell-Breuning* legt ähnliche Vorstellungen in freilich mehr systematischer Weise vor.

Die konstatierte Dualität taucht auch in jenen Abschnitten des Buches auf, die sich mit der Stellung der Sozialausschüsse innerhalb der CDU befassen. *Koppers, Enneper* und *Lindemann* beklagen, liberale und konservative Kräfte hätten die Bemühungen der Sozialausschüsse, etwa das Ahlener Programm durchzusetzen, verhindert, wobei sie es unterlassen, z. B. Adenauer zu nennen. *H. George*, Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, stellt demgegenüber eine wachsende Dominanz der Arbeitnehmerorganisation in der Partei fest und beteuert, dies sei dem Charakter einer Volkspartei abträglich.

Das Buch spiegelt also, insgesamt gesehen, die Situation der CDU wider, sein Schlußteil, eine umfangreiche Zusammenstellung der Programmatik der Sozialausschüsse, ist für den Zeithistoriker der weitaus informativste Abschnitt.

Peter Hüttenberger

Peter Claus Hartmann, Pariser Archive, Bibliotheken und Dokumentationszentren zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in Benützungspraxis und Bestände für Historiker, Politologen und Journalisten (= Dokumentation Westeuropa 1), Verlag Dokumentation, München 1976, 131 S. und Stadtplan, Linson, 28 DM.

Voilà une plaquette utile, à recommander vivement à tout chercheur »parisien« lisant l'allemand, ainsi qu'aux autres, car la part réservée à cette langue est relativement minime. Si la lecture cursive de l'ouvrage, qui explique par le détail les démarches à suivre (jamais les mêmes) pour obtenir (ou non) un livre ou un document dans la cinquantaine des plus importantes archives et bibliothèques parisiennes, est à déconseiller à qui n'est pas amateur de Kafka ou du Père Ubu, les renseignements rassemblés par l'auteur représenteront pour l'utilisateur un gain de temps inappréciable. Et je ne parle pas seulement pour les débutants en la matière; même à qui fréquente depuis 10, 15 ou 20 ans ces lieux de »la mémoire du monde«, le livre de Hartmann pourra faire découvrir l'existence de telle ou telle bibliothèque ou archive négligée ou ignorée.

Peut-être aurait-il fallu signaler, de la même manière que »l'annexe de Versailles« du département des imprimés de la Bibliothèque Nationale, quelques grandes annexes de province, comme »l'annexe d'Aix-en-Provence« du département Outre-Mer des Archives Nationales. Mais la principale critique qu'on peut adresser à ce guide est d'avoir fait commencer, pour la description des fonds d'archives, le 19<sup>e</sup> siècle à 1850 environ (de façon non systématique d'ailleurs, étant donné l'imbrication des fonds), ce qui écarte dans une large mesure la période décisive de la Révolution, de l'Empire et des suites,

sans laquelle l'histoire non seulement française mais européenne aux 19e et 20e siècles reste quelque peu en l'air. Il suffit pour s'en convaincre de considérer la littérature (d'est en ouest) parue au cours des deux dernières décennies sur le jacobinisme allemand ou sur la naissance du mouvement ouvrier allemand à l'étranger avant 1848.

Jacques Grandjonc